

109 - 4 - 1346

Wirtsch. I. u. Verwaltung Hauptamt  
Az.: I IV/Vo/E8. 3.44 Tgb.Nr. 391/44  
geh.

Berlin, den März 1944

G e h e i m !

Betr.: Verwaltung jüdischer Vermögenswerte  
Bezug: Gef. W.-V. H. A. v. 9.12.43 - Az. A II/3 Reink. Geh.  
Tgb.Nr. 13/43  
Verteiler: An alle W.-Wirtschaftler bzw. Verwaltungen bei den  
Höf. W.- und Pol.-Führern nach Verteilungslisten v.  
9.12.1943 s. Anl.

Unter Bezugnahme auf die Verfügung des Chefs des .v.  
Hauptamtes vom 9.12.1943 wird nochmals gebeten,  
mitzuteilen, ob bei den Dienststellen des dortige  
schaftsbereichs irgendetwelche Einnahmen oder Ausgaben  
die Umsiedlung der Juden angefallen sind, ferner ob  
wo Abrechnung erfolgt ist.

Fehlangebeige erforderlich.

I. A.

W.-Standartenführer  
Chef des Prüfungsamtes

34. I. IV. M. - 2. 11. 42.



Prag, den 7. Dezember 1942.

1.) Kanzlei setze auf besonderen Wegen : (S)

Oberst-Gruppenführer !

Ich habe sofort nach Ihrer am 1.12.1942 mir  
Beisein von General Reinefarth ausgesprochen  
über vorgekommene Mißstände und Unzulänglichkeiten  
Erfassung, Verwaltung und Verwertung des  
mögens in Böhmen und Mähren durch das "Zentralamt"  
Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren  
dem Sie die Absicht geäußert hatten, den Lei-  
satzstabes II, Polizeimajor Jürk, die Kontrolle  
sicht über das "Zentralamt" zu übertragen, da  
haber der Sicherheitspolizei und des SD mit mir  
Er war sogleich in der Lage, eine umfassende mündliche  
Darstellung der Aufgaben des Zentralamtes und seine  
lut zufriedenstellenden Tätigkeit zu geben. Er hat  
meinen Befehl hin die beiliegenden Berichte erstatten las-  
sen, deren genaue Durchsicht ich empfehle.

Da ich befürchte, daß Sie, Oberst-Gruppenführer, Ihre Mei-  
nung auf Grund falscher Informationen bilden, bitte ich  
Sie, mir die Ihnen zu Ohren gekommenen Klagen oder Be-  
schwerden zur Kenntnis zu bringen, damit ich in der Lage  
bin, jeden einzelnen Fall nachzuprüfen. Da eine W-Dienst-  
stelle und die bei ihr beschäftigten W-Angehörigen Gegen-  
stand der Anwürfe sind, liegt es sowohl im Interesse der  
W als auch im Interesse der beteiligten Führer, Unterfüh-  
rer und Männer, daß Klarheit geschaffen wird.

3a

Prag, den 7. Dezember 1944

Pr. S. IV H - III 1/42

Handwritten initials or mark in blue ink.

I. Kanceli setze auf handschriftliche Weise (1.)  
Standartenführer Weinmann

Operativ-Gruppenführer  
zur Kenntnis.

Ich habe sofort nach Ihrer am 1.12.1944 mit  
Polizei von General Reinhardt ausgesprochener  
über vorgenommene Mängel und Unzulänglichkeiten  
Prüfung, Verweisung und Überweisung des  
Mängel in Böden und Wäldern durch das  
Bekanntmachung der Tadelurteile in Böden und Wäldern  
den die Absicht geäußert hatten, die  
aufsetzes II, Polizeistapelwerk, die  
sicht über das "Zentralamt" zu übertragen,  
aber der Sicherheitspolizei und des  
Es war möglich in der Lage, eine  
Darstellung der Aufgaben des Zentralamtes  
auf erzielbaren Teiligkeit zu geben.  
meinen sollen die polizeilichen  
den, deren genaue Umstände  
zum Vorgang.

Da ich betriebe, das die, Operativ-Gruppenführer, Ihre  
und auf Grund falscher Informationen bilden, bitte ich  
da, mir die Ihnen zu Ordon gekommenen Klagen oder Be-  
werden zur Kenntnis zu bringen, damit ich in der Lage  
bin, jeden einzelnen Fall nachzugehen. Ich bin in der Lage  
stelle und die bei der beschriebenen Mängelgefahren gegen-  
stand der Ermittlung sind, liegt es sowohl im Interesse der  
als auch im Interesse der beteiligten Polizei, Unter-  
nen und Mängel, das Kanceli gesondert wird.

11908

109-4-1396

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei  
und des SD

Prag, den 3. Dezember 1942  
XIX, Kastanienallee 19  
Fernruf 70615, 70465

Tgb. Nr. B. d. S. - I - 109/42 g

Bitte bei der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

An den  
Höheren 44- und Polizeiführer  
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren  
44-Gruppenführer Staatssekretär F r a n k

P r a g

Betr.: Erfassung, Verwaltung und Verwertung  
Vermögens in Böhmen und Mähren.

Vorg.: Mündlicher Befehl vom 1.12.1942

Anlg.: 2 Akten.

Befehlsgemäß lege ich einen kurzen Bericht des Zentralamtes für die Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren über die Erfassung, Verwaltung und Verwertung des jüdischen Vermögens vor. In dem Bericht konnten nur die wichtigsten Dinge zur Sprache gebracht werden, da er ansonsten zu unübersichtlich geworden wäre. Ich bin der Auffassung, dass die beigelegten Verordnungen, Erlassabdrucke, Skizzen und graphischen Darstellungen ein anschaulicheres Bild geben, als ein langer Bericht. Ausserdem wäre ich dankbar, wenn mir Gelegenheit geboten würde, in einem mündlichen Vortrag die gewünschten Ergänzungen zu geben.

Ich darf jedoch feststellen, dass eine derartige Meinung, in weiterer Folge eine derartige Aeusserung über die Arbeit des Zentralamtes vermutlich garnicht hätte aufkommen können, wenn sich der Leiter des Einsatzstabes II sofort mit mir oder 44-Sturmabführer Günther in Verbindung gesetzt hätte.

b.w.

109-4/9946

4a

Wenn jedoch, wie in vorliegendem Falle Anordnungen ergehen, bzw. zur Unterschrift vorgelegt werden, ohne dass der nach der Organisation und dem Geschäftsverteilungsplan des Reichsprotectors allein Verantwortliche vorher gehört wird, ist jede geordnete Verwaltungstätigkeit in Frage gestellt. Die Dienststellen werden dann in unproduktiven Berichten und Rechtfertigungen ersticken, anstatt ordentliche Arbeit zu leisten. Nicht zuletzt darf ich erwähnen, dass die Arbeits- und Verantwortungsfreudigkeit der in Frage kommenden  $\text{H-}$ Führer und -Männer, die gerade bei der Lösung der Judenfrage in einem erhöhten Ausmass gefordert werden muss, dadurch stark beeinträchtigt wird.

Die nachgeordneten Behörden wurden durch mehrfache Erlasse des Reichsprotectors in klarer und nicht misszuverstehender Form darauf aufmerksam gemacht, dass in Judenfragen der Sicherheitspolizei (Zentralamt) die alleinige Führung zukommt. Wenn diesen Dienststellen nun auf einmal ein derartiger Erlass zugeht, wie der vom 23.11.1942, so leidet darunter auch das Ansehen der Sicherheitspolizei selbst.

Ich bitte daher, den Stellvertretenden Reichsprotector,  $\text{H-}$ Oberst-Gruppenführer Daluge über den tatsächlichen Sachverhalt zu unterrichten. Da gleichzeitig gegen Angehörige der Sicherheitspolizei schwerwiegende Vorwürfe erhoben wurden, bitte ich weiterhin, mir die beim Stellv. Reichsprotector vorliegenden konkreten Berichte und Beschwerden zuzuleiten, damit ich die Haltlosigkeit im Einzelnen nachweisen kann.

Da sich auch die Geheime Staatspolizei mit der Verwaltung und Verwertung von beschlagnahmtem und eingezogenem Vermögen befasst, lege ich einen Bericht der Staatspolizeileitstelle Prag ebenfalls vor, der über Art und Umfang der in diesem Zusammenhang geleisteten Arbeit hinreichend Auskunft gibt.

80610



*J. Weimann*

$\text{H-}$ Standartenführer

Betrifft: Erfassung, Verwaltung und Verwertung des jüdischen Vermögens in Böhmen und Mähren.

A. Aufgabe und rechtliche Grundlagen des Zentralamts für die Regelung der Judenfrage.

Mit Einverleibung des Protektorats Böhmen und Mähren ergab sich die Notwendigkeit, auch hier an die Lösung der Judenfrage heranzugehen. Nach den in der Ostmark gemachten Erfahrungen erschien es zweckmäßig, die gesamten Arbeiten bei einer Stelle zu vereinigen. Auf Anordnung des Reichsprotectors wurde in Prag eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung eingerichtet und als Rechtsträger der Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren geschaffen. Die Grundlage bildete die Verordnung des Reichsprotectors über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen vom 5. März 1940 - VBIRProt. Nr. 11. Hauptzweck war die Sicherung der Geldmittel für die jüdische Auswanderung und die einheitliche Steuerung der gesamten Judenfrage.

Die Vielgestalt der wirtschaftlichen, finanziellen, arbeitsrechtlichen und sozialen Probleme, die mit der Lösung dieser Frage im Zusammenhang stehen, erfordert nicht nur eingehende Verwaltungsanordnungen, sondern bedurfte auch mehrfach der gesetzlichen Regelung. Ich verweise hierbei auf die Anlagen I - IX. Erst so war es möglich eine geordnete Erfassung und Abwicklung des ganz erheblichen Judenvermögens zu sichern.

B. Sicherstellung der notwendigen Geldmittel

Die rechtzeitige, systematische Erfassung des gesamten Judenvermögens im Protektorat Böhmen und Mähren brachte ein Ergebnis, das prozentuell weit über das Ausmaß im übrigen Reichsgebiet und in der Ostmark herausragt. Die gesamte Auswanderung und Evakuierung kann daher aus eigenen Mitteln getragen werden. Darüberhinaus werden für spätere volkstumpolitische Aufgaben ganz namhafte Summen zur Verfügung stehen. Der Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren ist heute Eigentümer von 10 780 Liegenschaften im Werte von 411 000 000.-- RM und verfügt über anderweitiges Vermögen in der Höhe von 171 020 000.-- RM. Dabei ist die Überführung des gesamten jüdischen Vermögens auf den Auswanderungsfonds bei weitem noch nicht abgeschlossen. Diese Ergebnisse allein beweisen die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit der getroffenen Anordnungen und Durchführungsmaßnahmen.

C. Errichtung des Ghettos Theresienstadt

Mit der Ausweitung des Krieges kam an Stelle der Auswanderung die Evakuierung der Juden. Auf Befehl von W-Obergruppenführer Heydrich wurde das Ghetto Theresienstadt geschaffen, in dem heute bereits 50 000 Juden untergebracht sind. Die Evakuierung der 2 300 arischen Familien aus Theresienstadt, der Ankauf sämtlicher Liegenschaften und die Abwicklung der umfang-

reichen Entschädigungsansprüche wurden vom Zentralamt ohne wesentliche Hilfsmittel ebenfalls in kürzester Zeit bewältigt. Die hierzu erforderlichen Mittel wurden aus Judenvermögen aufgebracht. Die Einrichtung des Ghettos ist soweit vorgeschritten, daß auf Anordnung des Reichsführers-~~der~~ Theresienstadt als Altersghetto für das gesamte Reichsgebiet vorgesehen ist. So haben dort bereits 40 000 Juden aus dem übrigen Reichsgebiet und 60 000 Juden aus dem Protektorat Aufnahme gefunden. (40 000 Protektoratsjuden wurden inzwischen von dort nach dem Osten ab transportiert).

D. Abwicklung des Judenvermögens.

Das schwierigste Kapitel ist die Abwicklung des Judenvermögens, da es sich hier um städtischen und landwirtschaftlichen Grundbesitz, Wertpapiere, Forderungen aller Art, Schmuck- und Kunstgegenstände, Einrichtungen usw. handelt.

Die Abwicklung des Vermögens wurde vom Reichsprotector ebenfalls dem Zentralamt für die Regelung der Judenfrage übertragen. Grundlage bilden die 2. - 4. Verordnung des Reichsprotectors über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen sowie der Erlaß des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren vom 15. Dezember 1941 (siehe Beilagen I - IX).

Mit den wenigen deutschen Kräften, die dem Zentralamt zur Verfügung stehen, mußte an die Verwertung dieser gang ver-

4  
schieden gearteten Vermögensschaften geschritten werden. Durch bis ins einzelne gehende Vorschriften und durch dauernde Kontrolle wurde sicher gestellt, daß nicht nur jedwede Verschleuderung, sondern auch irgendwelche Unkorrektheiten verhindert wurden. Die vom Reichssicherheitshauptamt, vom Reichsrechnungshof und vom Beauftragten des W-Obergruppenführers Pohl als Leiter des W-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes (W-Brigadeführer Frank) durchgeführten Überprüfungen ergaben keinerlei Anstände.

Im Hinblick auf den Mangel an Arbeitskräften mußte die Verwertung der Möbel und des Hausrats in den Provinzgemeinden den geschäftsführenden Bezirkshauptmännern übertragen werden. Ihnen obliegt auch die Verwaltung der Liegenschaften. Diese Arbeiten werden bei den Bezirkshauptmännern von hierzu besonders beauftragten Angestellten durchgeführt, deren Besoldung durch das Zentralamt erfolgt. Die Angestellten unterliegen jedoch der Dienstaufsicht der Bezirkshauptmänner. Für die Überprüfung der Gebahrung bei den Bezirkshauptmännern wurde ein eigener Revisor eingestellt. Verstöße gegen die Anordnungen des Reichsprotectors wurden bisher nur beim Bezirkshauptmann in Pilsen festgestellt, die noch Gegenstand der Überprüfung sind.

Der Verkauf der Möbel erfolgt zu Preisen, die von gerichtlich beeideten Sachverständigen festgestellt werden. Erfassung, Schätzung, Abtransport, Verkauf und die Einzahlung des Kaufpreises er-

folgt in einer Weise, die irgendwelche unlautere Manipulationen ausschließen. Sowohl der Rechnungshof als auch der Beauftragte des W-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes, W-Brigadeführer Frank, haben die Verkaufshallen besichtigt und sich eingehend mit dem Verkaufsgang beschäftigt. Sämtliche Prüfungsorgane äußerten ihre Anerkennung und die gewissenhafte und jederzeit einwandfreie Gebarung. Es ist bisher in einem einzigen Falle eine Unkorrektheit festgestellt worden, die darin bestand, daß ein beim Zentralamt beschäftigter Kraftfahrer (Volksdeutscher aus der Slowakei), einen billigen Teppich für seinen eigenen Bedarf angekauft und ihn dann um einen höheren Preis weiterverkauft hat. Der Fahrer wurde mit verschärftem Arrest bestraft und entlassen.

Der Umfang der Tätigkeit gerade auf diesem Gebiet, sowie die arbeitsmäßigen und verkehrstechnischen Schwierigkeiten - Mangel an deutschen Arbeitern, Fehlen von motorisierten Verkehrsmitteln - ist am besten aus den beiliegenden graphischen Darstellungen zu ersehen.

Das Tempo in der Freimachung der Wohnungen, sowie Lagerung und Abgabe der Einrichtungsgegenstände kann sofort beschleunigt werden, wenn hier zusätzlich Arbeitskräfte und Treibstoff zur Verfügung gestellt werden. Dem Zentralamt werden von den zuständigen Stellen diesbezügliche Anträge unter Hinweis auf die Kriegswirtschaftslage stets abgelehnt.

E. Vergebung der Wohnungen.

Bis zum 1.10.1940 wurden in Prag allein 14 920 Wohnungen erfasst. Inzwischen wurden hiervon 12 577 Wohnungen an den Wohnungsbeauftragten der NSDAP abgegeben und deutschen wohnkulturellen Zwecken nutzbar gemacht. Für die Vergebung der Wohnungen selbst ist nicht das Zentralamt, sondern der Wohnungsbeauftragte der NSDAP zuständig und verantwortlich.

Ich bedauere es daher, daß auf Grund leichtfertiger oder fahrlässiger Informationen überhaupt die Meinung entstehen konnte, daß die Arbeiten seitens des Zentralamtes nicht mit der notwendigen Sorgfalt, Energie oder gar mit mangelnder Sauberkeit zur Durchführung gelangen.

Einrichtung und Leistung des Zentralamtes, wie ich sie hier nur kurz skizzieren konnte und die vorgenommenen Überprüfungen seitens dreier Stellen rechtfertigen die Feststellung, daß mit einem Minimum an deutschem Kräfteinsatz zweckmäßige und saubere Arbeit geleistet worden ist. Es muß in diesem Zusammenhange einmal ganz deutlich gesagt werden, daß die wenigen W-Männer, denen diese unter den widrigsten Verhältnissen durchzuführende Aufgabe aufgebürdet werden mußte, nur dann in der Lage sind, diesem Auftrage gerecht zu werden, wenn sie des restlosen Vertrauens und der unbedingten Abstützung seitens ihrer höchsten Vorgesetzten sicher sind. Daß gerade hier Anwürfe kommen können, - meist stammen sie von Leuten, die glauben, irgendwie zu

kurz gekommen zu sein -, ist in der Natur der Sache gelegen.

Das Zentralamt bzw. die Sicherheitspolizei ist gern bereit, die Verwertung des zur Abwicklung übernommenen Vermögens einer anderen Stelle abzugeben. Beweis hierfür ist ein Antrag, der im Frühjahr dieses Jahres dem W-Obergruppenführer Heydrich vorgelegt wurde, und der dahin ging, die Verwertung den Parteidienststellen zu übertragen. Obergruppenführer Heydrich hat nach eingehender Überprüfung der bisherigen Arbeiten des Zentralamtes entschieden, daß das Zentralamt die Verwertung weiter zu führen habe, da es der Partei an geschulten Leuten fehle und damit keine ordnungsgemäße Verwertung gewährleistet wäre.

Im übrigen ist der Leiter des Einsatzstabes II nach Rücksprache mit W-Sturmbannführer Günther inzwischen selbst zu dem Ergebnis gekommen, daß kein Grund für irgendwelche Änderungen in der bisherigen Arbeitsweise bestünde.

  
W-Standartenführer.

10008

# Verordnungsblatt

## des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren

### Věstník nařízení Reichsprotectora in Böhmen und Mähren

1940	Ausgegeben in Prag, den 8. März Vydáno v Praze dne 8. března	Nr. 11 Čís. 11
------	---	-------------------

Tag den	Inhalt / Obsah	Seite strana
8. 3. 1940.	Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen . . . . .	77
	Nařízení Reichsprotectora in Böhmen und Mähren o péči o Židy a židovské organisace . . . . .	77
	Berichtigungen . . . . .	79
	Opravy . . . . .	79

### Verordnung

#### des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Betreuung der Juden über jüdische Organisationen.

Vom 5. März 1940.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über das Rechtsföhrungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939 (RGBl. I, S. 1039) wird verordnet:

#### § 1

(1) Die israelitischen Kultusgemeinden im Protektorat Böhmen und Mähren haben die Aufgabe und sind berechtigt, sämtliche Juden (§ 6 der Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über das jüdische Vermögen vom 21. Juni 1939, VStR Prot. S. 45) auf dem Gebiete der Auswanderung zu betreuen. Der Reichsprotector kann ihnen, soweit dies erforderlich ist, weitere Aufgaben zuweisen.

(2) Die israelitischen Kultusgemeinden sind berechtigt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe einer Beitragsordnung, die der Genehmigung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren oder der von ihm beauftragten Stelle bedarf, Anlagen von den Juden zu erheben.

(3) Den Weisungen der Israelitischen Kultusgemeinde in Prag haben die sonstigen israelitischen Kultusgemeinden und jüdisch-politischen Organisationen (§ 2) im Protektorat Böhmen und Mähren Folge zu leisten.

### Nařízení

#### Reichsprotectora in Böhmen und Mähren o péči o Židy a židovské organisace.

Ze dne 5. března 1940.

Na základě § 1. nařízení o právu vydávati právní předpisy v Protektoratu Böhmen und Mähren ze dne 7. června 1939 (Říšský zák. I., str. 1039.) se nařizuje:

#### § 1.

(1) Israelitské náboženské obce v Protektoratu Böhmen und Mähren mají úkol a jsou oprávněny pečovati o veškeré Židy (§ 6. nařízení Reichsprotectora in Böhmen und Mähren o židovském majetku ze dne 21. června 1939, Věstn. R. Prot. str. 45.) v oboru vystěhovalectví. Reichsprotector může, pokud je to nutné, přikázati jim další úkoly.

(2) Israelitské náboženské obce jsou oprávněny vybíratí od Židů k plnění svých úkolů dávky v míře příspěvkového řádu, který vyžaduje schválení Reichsprotectora in Böhmen und Mähren nebo místa jim pověřeného.

(3) Jiné israelitské náboženské obce a židovskopolitické organisace (§ 2.) v Protektoratu Böhmen und Mähren jsou povinny uposlechnouti pokynů Israelitské náboženské obce v Praze.

(\*) Den Umfang dieses Weisungsrechts bestimmt im Auftrage des Reichsprotectors die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag.

§ 2

(1) Die israelitischen Kultusgemeinden und die sonstigen jüdischen Organisationen, Stiftungen und Fonds mit Ausnahme der im § 7 der Verordnung über das jüdische Vermögen vom 21. Juni 1939, BBl. Prot. S. 45, aufgezählten Rechtsgebilde unterstehen der Aufsicht der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag. Die Zentralstelle führt die Aufsicht nach den Weisungen des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren.

(2) Die in Absatz 1 angeführten Organisationen, Stiftungen und Fonds gelten als jüdisch, wenn sie tatsächlich unter beherrschendem Einfluß von Juden stehen. Ob dies der Fall ist, entscheidet der Reichsprotector in Böhmen und Mähren oder die von ihm beauftragte Stelle.

§ 3

(1) Das Aufsichtsrecht der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag umfaßt auch die Befugnis, die im § 2 aufgeführten jüdischen Rechtsgebilde aufzulösen oder in andere Organisationen zu überführen und einzugliedern.

(2) Die Entscheidung darüber bedarf keiner Begründung und ist unanfechtbar. Den auf Grund des Absatzes 1 zu treffenden Verfügungen stehen die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen oder die Satzungen dieser Rechtsgebilde, insbesondere auch hinsichtlich der Vermögensverwertung, nicht entgegen.

§ 4

(1) Ansprüche jedweder Art gegen die im § 2 genannten jüdischen Rechtsgebilde sind dem ordentlichen Rechtsweg einschließlich der Zwangsvollstreckung entzogen. Auf Antrag der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag sind bereits anhängige Verfahren einzustellen.

(2) Auf die in Absatz 1 bezeichneten Ansprüche sind die Vorschriften des Gesetzes über die Gewährung von Entschädigungen bei der Einziehung oder dem Übergang von Vermögen vom 9. Dezember 1937, RGBl. I, S. 1333, dem Sinne nach anzuwenden. Die näheren Bestimmungen hierüber erläßt der Reichsprotector in Böhmen und Mähren.

§ 5

(1) Als Vermögensträger der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag wird ein öffentlich-rechtlicher Fonds geschaffen, der Rechtspersönlichkeit genießt.

(2) Der Fonds führt den Namen „Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren“. Sein Sitz ist in Prag.

(3) Er ist von sämtlichen Abgaben befreit.

(\*) Rozsah tohoto práva udělovati pokyny stanoví z rozkazu Reichsprotectora Ústředna pro židovské vystěhovalectví v Praze.

§ 2.

(1) Israelitské náboženské obce a jiné židovské organizace, nadace a fondy, s výjimkou právních útvarů vypočtených v § 7. nařízení o židovském majetku ze dne 21. června 1939, Věstn. R. Prot. str. 45., podléhají dozoru Ústředny pro židovské vystěhovalectví v Praze. Ústředna vede dozor podle pokynů Reichsprotectora in Böhmen und Mähren.

(2) Organizace, nadace a fondy uvedené v odstavci 1. platí za židovské, jsou-li skutečně pod vládou židovského vlivu. Zda tomu tak je, rozhodne Reichsprotector in Böhmen und Mähren nebo místo jím pověřené.

§ 3.

(1) Dozorčí právo Ústředny pro židovské vystěhovalectví v Praze zahrnuje též oprávnění, židovské právní útvary uvedené v § 2. rozpustiti nebo převésti a veleniti do jiných organizací.

(2) Rozhodnutí o tom nepotřebuje odůvodnění a nelze mu odporovati. Opatřením, jež jest na základě odstavce 1. učiniti, neodporují příslušná zákonná ustanovení nebo stanovy těchto právních útvarů, zvláště též pokud se týče zhodnocení majetku.

§ 4.

(1) Nároky jakéhokoli druhu proti židovským právním útvarům jmenovaným v § 2. jsou z řádného pořadu práva včetně exekučního výkonu vyloučeny. Na návrh Ústředny pro židovské vystěhovalectví v Praze buďtež zahájena řízení zastavena.

(2) Na nároky označené v odstavci 1. jest předpisů zákona o poskytování odškodnění při zabavení nebo převodu jmění ze dne 9. prosince 1937, Říšský zák. I, str. 1333., použiti obdobně. Blíže ustanovení o tom vydá Reichsprotector in Böhmen und Mähren.

§ 5.

(1) Jako nositel majetku Ústředny pro židovské vystěhovalectví v Praze se utvoří veřejnoprávní fond, požívající právní osobnosti.

(2) Fond nese jméno „Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren“. Sídlem jeho jest Praha.

(3) Jest zproštěn veškerých dávek.

(\*) In bürgerlichen Rechtsfachen des Fonds ist die deutsche Gerichtsbarkeit begründet.

(\*) Fondsaufsichtsbehörde ist der Befehlshaber der Sicherheitspolizei beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren, der auch die Satzungen erläßt.

§ 6

Vermögen aufgelöster israelitischer Kultusgemeinden und sonstiger jüdischer Rechtsgebilde der im § 2 bezeichneten Art kann von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag dem Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren zugewiesen werden, ohne daß Rechtsnachfolge eintritt.

§ 7

Durch Maßnahmen nach dieser Verordnung werden Entschädigungsansprüche nicht begründet.

§ 8

Diese Verordnung tritt am 10. März 1940 in Kraft.

Prag, den 5. März 1940.

(\*) V civilněprávních věcech fondu jsou příslušny německé soudy.

(\*) Dozorčím úřadem nad fondem jest velitel bezpečnostní policie u Reichsprotectora in Böhmen und Mähren, jenž také vydá stanovny.

§ 6.

Majetek rozpuštěných israelitských náboženských obcí a jinakých židovských právních útvarů druhu v § 2. označeného může býti Ústřednou pro židovské vystěhovalectví v Praze přikázán vystěhovaleckému fondu pro Čechy a Moravu, aniž nastupuje právní následnictví.

§ 7.

Opatřeními podle tohoto nařízení nezakládají se nároky na odškodnění.

§ 8.

Toto nařízení nabývá účinnosti dnem 10. března 1940.

V Praze dne 5. března 1940.

Der Reichsprotector in Böhmen  
und Mähren  
Freiherr von Neurath.

Im Reichsgesetzbl. I. S. 398, ist folgende Berichtigung angeordnet:

**Berichtigung.**

In der Verordnung über die Sicherstellung des Vermögens des ehemaligen polnischen Staates vom 15. Januar 1940 (Reichsgesetzbl. I. S. 174) muß es im § 1 Abs. 2 Buchst. a Zeile 2 statt „Luftwaffe“ richtig heißen „Luftfahrt“.

Berlin, den 19. Februar 1940.

Der Beauftragte  
für den Vierjahresplan  
im Auftrag  
Bergbohm.

Die in vorstehender Berichtigung angeführte Verordnung wurde im VBIRProt. 1940, S. 64, veröffentlicht.

\* \* \*

**Berichtigung.**

Im Verordnungsblatt des Reichsprotectora in Böhmen und Mähren Nr. 6 vom 10. Februar 1940 hat auf Seite 37, § 2, Absatz 1, der letzte Satz im tschechischen Wortlaut statt: „Z nařízených vězení se povoluje výkon k zajištění.“ richtig zu lauten: „Na základě nařízení (Arrestanordnungen) povoluje se exekuce k zajištění.“

V říšském zák. I., str. 398, jest nařizena tato oprava:

**Oprava.**

V nařízení o zajištění majetku bývalého polského státu ze dne 15. ledna 1940 (Říšský zák. I., str. 174.) má býti v § 1., odst. 2., písm. a, 2. řádka místo „letecké zbraně“ správně znění: „letectví“.

V Berlinu dne 19. února 1940.

Zmocněnec pro čtyřletý plán  
z rozkazu  
Bergbohm.

Nařízení uvedené v předchozí opravě bylo uveřejněno ve Věstn. R. Prot. 1940, str. 64.

\* \* \*

**Oprava.**

Ve Věstníku nařízení Reichsprotectora in Böhmen und Mähren čís. 6 ze dne 10. února 1940 má na str. 37., § 2., odstavec 1., poslední věta v českém textu místo: „Z nařízených vězení se povoluje výkon k zajištění.“ správně znění: „Na základě nařízení (Arrestanordnungen) povoluje se exekuce k zajištění.“

# Verordnungsblatt

## des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren

### Věstník nařízení Reichsprotectora in Böhmen und Mähren

1940	Ausgegeben in Prag, den 10. Oktober Vydáno v Praze dne 10. října	Nr. 43 Čís.
------	---	----------------

Tag den	Inhalt / Obsah	Seite strana
26. 7. 1940.	Verordnung über die vorläufige Anwendung eines Abkommens über die Ausdehnung des deutsch-griechischen Verrechnungsabkommens auf das Protektorat Böhmen und Mähren . . . . .	500
	Nařízení o prozatímním používání dohody o rozšíření německo-řecké súčtovací dohody na Protektorat Böhmen und Mähren . . . . .	500
27. 7. 1940.	Verordnung über die vorläufige Anwendung einer siebenten Vereinbarung zur Änderung des deutsch-finnischen Handelsvertrags . . . . .	502
	Nařízení o prozatímním používání sedmého ujednání měničeho německo-finskou obchodní smlouvu . . . . .	502
10. 9. 1940.	Verordnung über die vorläufige Anwendung eines Abkommens zur Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem Protektorat Böhmen und Mähren und der Italienisch-Albanischen Zollunion . . . . .	504
	Nařízení o prozatímním používání dohody k úpravě platebního styku mezi Protektorátem Böhmen und Mähren a Italsko-Albánskou celní unií . . . . .	504
11. 9. 1940.	Verordnung über den Handel und die Auftragsvermittlung bei öffentlichen Aufträgen . . . . .	506
	Nařízení o obchodu a zprostředkování příkazu při veřejných objednávkách	506
16. 9. 1940.	Achter Durchführungserlaß zur Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über das jüdische Vermögen vom 21. Juni 1939 (WBMProt. S. 45) . . . . .	507
	<u>Osmý prováděcí výnos k nařízení Reichsprotectora in Böhmen und Mähren o židovském majetku ze dne 21. června 1939 (Věstn. R. Prot. str. 45)</u> . . . . .	507
25. 9. 1940.	Verordnung über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland (Außenhandelsstatistik) im Protektorat Böhmen und Mähren . . . . .	508
	Nařízení o statistice obchodu se zbožím s cizinou (statistika zahraničního obchodu) v Protektorátu Böhmen und Mähren . . . . .	508
30. 9. 1940.	Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren zur Ergänzung der Satzung der Böhmischo-Mährischen Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft in Prag . . . . .	510
	Nařízení Reichsprotectora in Böhmen und Mähren doplňující stanovy Česko-Moravské úřadovny pro dovoz a vývoz výrobků hospodářství vyživovacího a zemědělského v Praze . . . . .	510

13a

2. 10. 1940.	Verordnung über die Verlängerung der Sommerzeit . . . . .	511
	Nařizení o prodloužení letního času . . . . .	511
7. 10. 1940.	Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Ver- mietung von Judenwohnungen . . . . .	511
	Nařizení Reichsprotectora in Böhmen und Mähren o pronajímání židov- ských bytů . . . . .	511
	Berichtigung . . . . .	512
	Oprava . . . . .	512

## Verordnung

**über die vorläufige Anwendung eines Abkommens über die Ausdehnung des deutsch-griechischen Verrechnungsabkommens auf das Protektorat Böhmen und Mähren.**

Vom 26. Juli 1940.

(RGBl. II, S. 156, ausä. am 2. VIII. 1940).

Auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten vom 4. April 1933 (Reichsgesetzbl. I, S. 162) wird hiermit verordnet, daß das in Athen am 27. Juni 1940 unterzeichnete Abkommen über die Ausdehnung des Abkommens über die Zahlungen im Warenverkehr zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Griechenland (Deutsch-Griechisches Verrechnungsabkommen) vom 24. September 1937 (Reichsgesetzbl. II, S. 569) mit dem Tage der Einbeziehung des Protektorats Böhmen und Mähren in das deutsche Zollgebiet vorläufig angewendet wird. Dieser Tag wird im Reichsgesetzblatt bekanntgemacht werden.

Der deutsche Wortlaut des Abkommens wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 26. Juli 1940.

Der Reichsminister des Auswärtigen

In Vertretung

Freiherr von Weizsäcker.

\* \* \*

## Abkommen

**über die Ausdehnung des deutsch-griechischen Verrechnungsabkommens auf das Protektorat Böhmen und Mähren.**

### Artikel I

Vom Tage der Einbeziehung des Protektorats Böhmen und Mähren in das deutsche Zollgebiet gelten die Bestimmungen des Abkommens über

## Nařizení

o prozatímním používání dohody o rozšíření německo-řecké súčtovací dohody na Protektorat Böhmen und Mähren.

Ze dne 26. července 1940.

(Říšský zák. II., str. 156., vyd. dne 2. VIII. 1940.).

Na základě zákona o prozatímním používání oboustranných hospodářských dohod s cizími státy ze dne 4. dubna 1933 (Říšský zák. I., str. 162.) nařizuje se tímto, že dohody podepsané dne 27. června 1940 v Athenách o rozšíření dohody o platech v obchodu se zbožím mezi Německým Reichem a královstvím Řeckým (německo-řecká súčtovací dohoda) ze dne 24. září 1937 (Říšský zák. II., str. 569.) bude zatímne používáno dnem zapojení Protektoratu Böhmen und Mähren do německého celního území. Tento den bude vyhlášen v Říšském zákoníku.

Německé znění dohody se v dalším uveřejňuje.

V Berlinu dne 26. července 1940.

Říšský ministr zahraničí

V zastoupení

Freiherr von Weizsäcker.

\* \* \*

## Dohoda

o rozšíření německo-řecké súčtovací dohody na Protektorat Böhmen und Mähren.

### Článek I.

Ode dne zapojení Protektoratu Böhmen und Mähren do německého celního území platí ustanovení dohody o platech v obchodu se zbožím mezi

die Zahlungen im Warenverkehr zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Griechenland vom 24. September 1937 einschließlich aller zusätzlichen Vereinbarungen auch für die Zahlungen zwischen dem Protektorat Böhmen und Mähren und dem Königreich Griechenland.

## Artikel 2

Alle aus dem Warenverkehr zwischen dem Protektorat Böhmen und Mähren und dem Königreich Griechenland bis zu diesem Tage entstandenen Zahlungsverpflichtungen sind binnen einer Übergangszeit von 4 Monaten nach diesem Tage, soweit auf dem Konto der Bank von Griechenland bei der Nationalbank für Böhmen und Mähren hinreichende Deckung vorhanden ist, noch in der bisherigen Weise zu erfüllen. Die Bank von Griechenland wird ihrerseits während dieser Übergangszeit der Nationalbank für Böhmen und Mähren Zahlungsaufträge nur im Rahmen ihrer in Prag verfügbaren Guthaben zuleiten.

Soweit die in Absatz 1 bezeichneten Zahlungsverpflichtungen auf Kronen des Protektorats Böhmen und Mähren lauten, gilt für griechische Schuldner und für Schuldner des Protektorats das Kursverhältnis zwischen der Krone des Protektorats und der Drachme, das vor dem Tage der Einbeziehung des Protektorats in das deutsche Zollgebiet letztmals angewandt wurde. Sollte sich nach der Einbeziehung des Protektorats eine wesentliche Änderung des gegenwärtigen intervalutarischen Kurses der Drachme ergeben, so können die Vorsitzenden des deutschen und des griechischen Regierungsausschusses einen der Änderung entsprechenden anderweitigen Umrechnungsfuß vereinbaren.

Sollte sich die Übergangszeit von 4 Monaten als zu kurz erweisen, so kann sie durch Vereinbarung zwischen den Vorsitzenden der beiden Regierungsausschüsse verlängert werden.

Die bei der Nationalbank für Böhmen und Mähren für die Bank von Griechenland geführten Konten — Sonderkonto A und Konto Zuzer — werden mit dem Tage der Einbeziehung des Protektorats zusammengelegt; das zusammengelegte Konto wird am Tage des Ablaufs der Übergangszeit abends geschlossen. Ein etwa verbleibender Saldo wird auf das Konto A (1090) der genannten Bank bei der Deutschen Verrechnungskasse in Berlin überwiesen. Die Umrechnung des K-Betrages in RM hat zum Kurse von  $K 100 = 8,53 \text{ RM}$  zu erfolgen.

Über die technische Abwicklung werden die Deutsche Verrechnungskasse und die Bank von Griechenland Vereinbarungen treffen.

Vor Beginn der Übergangszeit abgeschlossene Kompensationsgeschäfte können noch abgewickelt werden.

74  
Deutsches Reichem a královstvím Reckým ze dne 24. září 1937 včetně všech dodatkových ujednání též pro platy mezi Protektorátem Böhmen und Mähren a královstvím Reckým.

## Článek 2.

Všechny platební závazky vzniklé z oběhu se zbožím mezi Protektorátem Böhmen und Mähren a královstvím Reckým až k tomuto dni jest splniti ještě dosavadním způsobem během přechodné doby čtyř měsíců po tomto dnu, pokud jest na kontě Recké banky u Národní banky pro Čechy a Moravu dostatečně krytí po ruce. Recká banka bude se své strany během této přechodné doby dodávati Národní bance pro Čechy a Moravu platební příkazy jen v rámci jejich pohotových pohledávek v Praze.

Pokud platební závazky, označené v odstavci 1., znějí na koruny Protektorátu Böhmen und Mähren, platí pro recké dlužníky a pro dlužníky Protektorátu kursový poměr mezi korunou Protektorátu a drachmou, kterého bylo přede dnem zapojení Protektorátu do německého celního území naposledy použito. Objevila-li by se snad po zapojení Protektorátu podstatná změna přítomného mezivalutárního kursu drachmy, mohou předsedové německého a reckého vládního výboru dohodnouti se na nějakém jiném přepočítacím kursu, odpovídajícím změně.

Ukázala-li by se snad přechodná doba 4 měsíců příliš krátkou, může býti dohodou mezi předsedy obou vládních výborů prodloužena.

Konta vedená u Národní banky pro Čechy a Moravu pro Reckou banku — zvláštní konto A a konto cukr — sloučí se dnem zapojení Protektorátu; sloučené konto se uzavře večer v den uplynutí přechodné doby. Případně zůstávající saldo se poukáže na konto A (1090) jmenované banky u Německé sčítovací pokladny v Berlíně. Přepočtení částky v K na RM stane se v kursu  $K 100 = 8,53 \text{ RM}$ .

O technickém vyřízení dohodnou se Německá sčítovací pokladna a Recká banka.

Kompensací obchody uzavřené před počátkem přechodné doby mohou býti ještě vyřízeny.

Artikel 3

Dieses Abkommen soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden.

Dieses Abkommen tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Die beiden Regierungen werden es indessen, wenn die Ratifikationsurkunden bis dahin noch nicht ausgetauscht sein sollten, von dem Zeitpunkt ab vorläufig anwenden, zu dem die Einbeziehung des Protektorats Böhmen und Mähren in das deutsche Zollgebiet erfolgt. Die deutsche Regierung wird der königlich griechischen Regierung diesen Zeitpunkt spätestens 14 Tage vorher mitteilen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und griechischer Sprache.

Athen, den 27. Juni 1940.

Morajt.

K. Barbareffos.

Článek 3.

Tato dohoda má být ratifikována. Ratifikační listiny mají být pokud možno nejdříve v Berlíně vyměněny.

Tato dohoda vstupuje v platnost výměnou ratifikačních listin. Obě vlády budou ji zatím, kdyby snad ratifikační listiny až do té doby ještě nebyly vyměněny, užívatí prozatímně od toho okamžiku počínaje, v němž se stane zapojení Protektorátu Böhmen und Mähren do německého celního území. Německá vláda sdělí tuto dobu královské řecké vládě nejpozději 14 dní předem.

Vyhotoveno ve dvojím prvpise v německém a řeckém jazyku.

Athény, dne 27. června 1940.

Morajt.

K. Barbareffos.

Verordnung

über die vorläufige Anwendung einer siebenten Vereinbarung zur Aenderung des deutsch-finnischen Handelsvertrags.

Vom 27. Juli 1940.

(RGBl. II, S. 157, ausgeg. am 2. VIII. 1940).

Auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten vom 4. April 1933 (Reichsgesetzbl. I, S. 162) wird hiermit verordnet, daß das in Berlin am 29. Juni 1940 unterzeichnete Protokoll über eine weitere Aenderung des Handelsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland vom 24. März 1934 (Reichsgesetzbl. II, S. 140) mit dem Tage der Einbeziehung des Protektorats Böhmen und Mähren in das deutsche Zollgebiet vorläufig angewendet wird. Dieser Tag wird im Reichsgesetzblatt bekanntgemacht werden.

Der deutsche Wortlaut des Protokolls wird nachstehend veröffentlicht.

Diese Verordnung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 29. September 1939 (Reichsgesetzbl. II, S. 976) und vom 24. Januar 1940 (Reichsgesetzbl. II, S. 32).

Berlin, den 27. Juli 1940.

Der Reichsminister des Auswärtigen

In Vertretung

Freiherr von Weizsäcker.

\* \* \*

Nariadení

o prozatímním používání sedmého ujednání měnicího německo-finskou obchodní smlouvy.

Ze dne 27. července 1940.

(Říšský zák. II., str. 157., vyd. dne 2. VIII. 1940.)

Na základě zákona o prozatímním používání oboustranné hospodářské dohody s cizími státy ze dne 4. dubna 1933 (Říšský zák. I., str. 162.) se tímto nařizuje, že se prozatímně bude používatí protokolu podepsaného dne 29. června 1940 v Berlíně o další změně obchodní smlouvy mezi Německým Reichem a republikou Finskou ze dne 24. března 1934 (Říšský zák. II., str. 140.) dnem zapojení Protektorátu Böhmen und Mähren do německého celního území. Tento den bude vyhlášen v Říšském zákoníku.

Německé znění protokolu se v dalším uveřejňuje.

Toto nariadení se vydává u připojení na vyhlášky ze dne 29. září 1939 (Říšský zák. II., str. 976.) a ze dne 24. ledna 1940 (Říšský zák. II., str. 32.).

V Berlíně dne 27. července 1940.

Říšský ministr zahraničí

V zastoupení

Freiherr von Weizsäcker.

\* \* \*

**Protokoll**

vom 29. Juni 1940 über eine weitere Änderung des Handelsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland vom 24. März 1934.

Die deutsche und die finnische Regierung sind über folgendes übereingekommen:

I.

Die nachstehend bezeichneten deutschen Erzeugnisse werden bei ihrer Einfuhr nach Finnland zu den nachstehend festgesetzten Bedingungen zugelassen:

Nummer des finnischen Zolltarifs	Warenbezeichnung	ermäßigter Satz nach Grundgesetz d. Reichs
20—001 20—003/11	Gemüse und Speiseschwämme verschiedener Art in luftdicht verschlossenen Behältnissen . . . . .	75%
20—013/17	Tafelobst und Beeren in luftdicht verschlossenen Behältnissen . . . . .	75%
37—007	Handschuhe aus Leder, nicht unter die Nummer 37—011 fallend . . . . .	50%
46—005 46—016	Halbseidene Gewebe, nicht anderweitig genannt . . . . .	80%
46—009 46—019	Bänder, Schnüre und Posamentierwaren aus Halbseide . . . . .	75%
47—025	Teppiche aus Wolle und Tierhaaren mit Flor, nicht gefnüpft . . . . .	75%
48—049	Bänder, Schnüre und Posamentierwaren aus Baumwolle mit Flor . . . . .	75%
49—039	Bänder, Schnüre und Posamentierwaren aus anderen pflanzlichen Spinnstoffen: aus Plüsch und Samt . . . . .	75%
51—005 51—006 51—011 51—012	Halbseidene Wirkwaren . . . . .	75%
54—002	Schuhwerk aus Lackleder . . . . .	50%
54—005	Anderes Schuhwerk aus Leder . . . . .	25%
85—010	Bijouterie, zum persönlichen Gebrauch bestimmt; Teile dazu, anderweit nicht genannt . . . . .	80%

**Protokol**

ze dne 29. června 1940 o další změně obchodní smlouvy mezi Německým Reichem a republikou Finskou ze dne 24. března 1934.

Německá a finská vláda se shodly na tomto:

I.

Německé výrobky v následujícím označené připoštějí se při jejich dovozu do Finska za následujících pevně stanovených podmínek:

Číslo finského celního sazebníku	Označení zboží	Sazba dle přílohy k základnímu sázebníku
20—001 20—003/11	zelenina a jedlé houby různého druhu ve vzduchotěsně uzavřených nádobách . . . . .	75%
20—013/17	tabulové ovoce a bobule v nádobách vzduchotěsně uzavřených . . . . .	75%
37—007	rukavice z kůže, nespádající pod číslo 37—011 . . . . .	50%
46—005 46—016	polohedvábné tkaniny, nejméně jmenované jinak . . . . .	80%
46—009 46—019	stuhý, šňůry a prýmkařské zboží z polohedvábí . . . . .	75%
47—025	koberce z vlny a zvířecích chlupů s nerozstříženým florem, jiné než vázané . . . . .	75%
48—049	stuhý, šňůry a prýmkařské zboží z bavlny s nerozstříženým florem . . . . .	75%
49—039	stuhý, šňůry a prýmkařské zboží z jiných rostlinných přediv: z plyše a sametu . . . . .	75%
51—005 51—006 51—011 51—012	polohedvábné stávkové zboží . . . . .	75%
54—002	obuv z lakové kůže . . . . .	50%
54—005	jiná obuv z kůže . . . . .	25%
85—010	bižuterie, určená k osobnímu použití; části k tomu, jinak nejmenované . . . . .	80%

25

II.

Dieses Protokoll soll ratifiziert werden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden soll in Helsinki erfolgen. Das Protokoll wird am fünfzehnten Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Die beiden Regierungen sind jedoch darüber einig, daß das Protokoll von dem Tage der Einbeziehung des Protektorats Böhmen und Mähren in das deutsche Zollgebiet ab vorläufig angewendet wird.

Gesehen in doppelter Ausfertigung in deutscher und finnischer Sprache.

Berlin, am 29. Juni 1940.

Für die deutsche Regierung  
R. Schnurre.

Für die finnische Regierung  
R. v. Fieandt.

II.

Tento protokol má býti ratifikován. Výměna ratifikačních listin má se státi v Helsinkách. Protokol vstoupí v platnost patnáctého dne po výměně ratifikačních listin.

Obě vlády jsou však shodny v tom, že protokolu se bude zatím používati počínaje ode dne zapojení Protektoratu Böhmen und Mähren do německého celního území.

Stalo se ve dvojím vyhotovení v německém a finském jazyku.

V Berlinu dne 29. června 1940.

Za německou vládu  
R. Schnurre.

Za finskou vládu  
R. v. Fieandt.

### Verordnung

über die vorläufige Anwendung eines Abkommens zur Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem Protektorat Böhmen und Mähren und der Italienisch-Albanischen Zollunion.

Vom 10. September 1940.

(RGBl. II, S. 223, ausgeg. am 20. IX. 1940).

Auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten vom 4. April 1933 (Reichsgesetzbl. I, S. 162) wird hiermit verordnet, daß das in Berlin am 17. August 1940 unterzeichnete Abkommen zur Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem Protektorat Böhmen und Mähren und der Italienisch-Albanischen Zollunion mit dem Tage der Aufhebung der Zollgrenze zwischen dem Protektorat Böhmen und Mähren und dem übrigen Reichsgebiet vorläufig angewendet wird. Dieser Tag wird im Reichsgesetzblatt bekanntgemacht werden.

Der deutsche Wortlaut des Abkommens wird nachstehend veröffentlicht.

Diese Verordnung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Juni 1939 (Reichsgesetzblatt II, S. 837).

Berlin, den 10. September 1940.

Der Reichsminister des Auswärtigen  
von Ribbentrop.

\* \* \*

### Nariadení

o prozatímním používání dohody k úpravě platebního styku mezi Protektorátem Böhmen und Mähren a Italsko-Albánskou celní unií.

Ze dne 10. září 1940.

(Říšský zák. II., str. 223., vyd. dne 20. IX. 1940.).

Na základě zákona o prozatímním používání oboustranných hospodářských dohod s cizími státy ze dne 4. dubna 1933 (Říšský zák. I., str. 162.) nařizuje se tímto, že v Berlinu dne 17. srpna 1940 podepsané dohody k úpravě platebního styku mezi Protektorátem Böhmen und Mähren a Italsko-Albánskou celní unií bude prozatímně používáno dnem zrušení celní hranice mezi Protektorátem Böhmen und Mähren a ostatním územím Reichu. Tento den bude vyhlášen v Říšském zákoníku.

Německé znění dohody se v dalším uveřejňuje.

Toto nařízení vychází u připojení na vyhlášku ze dne 17. června 1939 (Říšský zák. II., str. 837).

V Berlinu dne 10. září 1940.

Říšský ministr zahraničí  
von Ribbentrop.

\* \* \*

## Abkommen

zur Regelung des Zahlungsverkehrs  
zwischen dem Protektorat Böhmen  
und Mähren und der Italienisch-  
Albanischen Zollunion.

Die deutsche Regierung und die italienische Regierung im Namen der Italienisch-Albanischen Zollunion haben folgende Vereinbarung getroffen, um den Zahlungsverkehr zwischen dem Protektorat Böhmen und Mähren und der Italienisch-Albanischen Zollunion zu regeln:

### Artikel 1

Das Abkommen zur Regelung der Zahlungen zwischen Deutschland und Italien (Verrechnungsabkommen) vom 26. September 1934\*) und die darauf folgenden Abkommen und Zusatzvereinbarungen\*) werden von dem Tage der Aufhebung der Zollgrenze zwischen dem Protektorat Böhmen und Mähren und dem übrigen Reichsgebiet auf die nach diesem Zeitpunkt abgeschlossenen Rechtsgeschäfte ausgedehnt mit der Maßgabe, daß vorläufig auch die nicht aus dem Warenverkehr herrührenden Zahlungen über das Reichsamt-Sammelkonto und das Allgemeine Sirekonto überwiesen werden.

### Artikel 2

Für die vor dem in Artikel 1 erwähnten Tage zwischen dem Protektorat Böhmen und Mähren und der Italienisch-Albanischen Zollunion abgeschlossenen Rechtsgeschäfte finden die Bestimmungen des in Rom am 5. Juli 1938 unterzeichneten Abkommens zur Regelung der aus dem Warenverkehr zwischen Italien und der Tschecho-Slowakei herrührenden Zahlungen für den für die Liquidierung dieser Geschäfte erforderlichen Zeitraum weiterhin Anwendung. Die Beendigung der Liquidationsperiode wird zwischen der Deutschen Verrechnungskasse und dem Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero vereinbart werden. Die Liquidation muß jedoch vier Monate nach der Aufhebung der Zollgrenze zwischen dem Protektorat Böhmen und Mähren und dem übrigen Reichsgebiet beendet sein.

### Artikel 3

Die Deutsche Verrechnungskasse und das Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero sind ermächtigt, die notwendigen Vereinbarungen für die Durchführung dieses Abkommens zu treffen.

### Artikel 4

Dieses Abkommen bildet einen Bestandteil des Abkommens zur Regelung der Zahlungen zwischen Deutschland und Italien (Verrechnungsabkom-

## Dohoda

o úpravě platebního styku mezi Protektoratem Böhmen und Mähren a Italsko-Albánskou celní unií.

Německá vláda a italská vláda ve jménu Italsko-Albánské celní unie učinily následující dohodu, aby upravily platební styk mezi Protektoratem Böhmen und Mähren a Italsko-Albánskou celní unií:

### Článek 1.

Dohoda o úpravě platů mezi Německem a Itálií (Súčtovací dohoda) ze dne 26. září 1934\*), a na to následující dohody a dodatková ujednání\*) rozšiřují se ode dne zrušení celní hranice mezi Protektoratem Böhmen und Mähren a ostatním územím Reichu na právní jednání uzavřená po tomto okamžiku v té míře, že prozatím i platy nepocházející z obchodu se zbožím budou poukazovány přes sběrné konto v Reichsmarf a všeobecné konto v lífe.

### Článek 2.

Pro právní jednání uzavřená přede dnem uvedeným v článku 1. mezi Protektoratem Böhmen und Mähren a Italsko-Albánskou celní unií použije se i nadále ustanovení dohody podepsané dne 5. července 1938 v Římě o úpravě platů pocházejících z obchodu se zbožím mezi Itálií a Československem pro období potřebné k likvidování těchto obchodů. Skončení likvidačního období bude sjednáno mezi Německou súčtovací pokladnou a Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero. Likvidace musí však býti skončena čtyři měsíce po zrušení celní hranice mezi Protektoratem Böhmen und Mähren a ostatním územím Reichu.

### Článek 3.

Německá súčtovací pokladna a Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero jsou zmocněny, aby učinily nutná ujednání ku provedení této dohody.

### Článek 4.

Tato dohoda tvoří součást dohody k úpravě platů mezi Německem a Itálií (súčtovací dohoda) ze dne 26. září 1934. Má býti ratifikována a ratifi-

\*) Rgl. Nr. 2 der Bekanntmachung vom 17. Juni 1939 (Reichsgesetzbl. II, S. 837).

\*) Slov. čís. 2 vyhlášky ze dne 17. června 1939 (Říšský zák. II., str. 837).

men) vom 26. September 1934. Es soll ratifiziert werden, und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Rom ausgetauscht werden. Es tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft, wird jedoch von dem Zeitpunkt der Aufhebung der Zollgrenze zwischen dem Protektorat Böhmen und Mähren und dem übrigen Reichsgebiet ab vorläufig angewandt werden.

Unterzeichnet in Berlin in deutscher und italienischer Sprache in je zwei Urschriften am 17. August 1940.

Carl Clodius.

A. Giannini.

kační listiny mají být jak možno nejdříve v Římě vyměněny. Nabývá platnosti výměnou ratifikačních listin, bude však jí prozatímne používáno počínaje okamžikem zrušení celní hranice mezi Protektorátem Böhmen und Mähren a ostatním územím Reichu.

Podepsáno v Berlinu v německém a italském jazyku vždy po dvou prvopisech dne 17. srpna 1940.

Carl Clodius.

A. Giannini.

## Verordnung

### über den Handel und die Auftragsvermittlung bei öffentlichen Aufträgen.

Vom 11. September 1940.

(RGBl. I, S. 1235, ausgeg. am 13. IX. 1940).

Auf Grund des § 2 des Gesetzes zur Durchführung des Vierjahresplans — Bestellung eines Reichskommissars für Preisbildung — vom 29. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I, S. 927) wird mit Zustimmung des Beauftragten für den Vierjahresplan verordnet:

#### § 1

Die zur Erfüllung der Aufträge öffentlicher Auftraggeber unmittelbar oder mittelbar bestimmten Waren dürfen nicht dadurch verteuert werden, daß sich ein Händler, Vermittler oder sonst jemand in volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigter Weise in den Weg der Ware vom Erzeuger zum öffentlichen Auftraggeber einschaltet.

#### § 2

(<sup>1</sup>) Bei Aufträgen öffentlicher Auftraggeber ist es Händlern und Vermittlern jeder Art verboten, eine höhere als eine volkswirtschaftlich gerechtfertigte Handelsspanne oder Vergütung zu fordern, zu vereinbaren oder ohne Vereinbarung anzunehmen.

(<sup>2</sup>) Händler und Vermittler haben vereinbarte Handelsspannen oder Vergütungen auf eine volkswirtschaftlich gerechtfertigte Höhe herabzusetzen, wenn sich die Handelsspannen oder Vergütungen unter Würdigung aller Umstände, insbesondere infolge einer wesentlichen Veränderung der Verhältnisse, die für ihre Berechnung maßgeblich waren, als unangemessen hoch erweisen.

(<sup>3</sup>) An Stelle der Senkung der Handelsspanne oder Vergütung haben Händler oder Vermittler entsprechende Beträge abzuführen, wenn dies der

## Nařízení

### o obchodu a zprostředkování příkazů při veřejných objednávkách.

Ze dne 11. září 1940.

(Říšský zák. I., str. 1235., vyd. dne 13. IX. 1940.).

Na základě § 2. zákona ku provedení čtyřletého plánu — ustanovení říšského komisaře pro utváření cen — ze dne 29. října 1936 (Říšský zák. I., str. 927.) nařizuje se se souhlasem zmocněnce pro čtyřletý plán:

#### § 1.

Zboží určené přímo nebo nepřímo ke splnění příkazů veřejných zakazníků nesmí být zdraženo tím, že se obchodník, zprostředkovatel nebo někdo jiný způsobem národohospodářsky neodůvodněným vsune do cesty zboží od výrobce k veřejnému zakazníku.

#### § 2.

(<sup>1</sup>) Při příkazech veřejných zakazníků jest zakázáno obchodníkům a zprostředkovatelům každého druhu, požadovati, smluviti nebo bez ujednání přimouti vyšší než národohospodářsky ospravedlněné obchodní rozpětí nebo odměnu.

(<sup>2</sup>) Obchodníci a zprostředkovatelé jsou povinni snížit smluvená obchodní rozpětí nebo odměny na národohospodářsky ospravedlněnou výši, prokáží-li se obchodní rozpětí nebo odměny při ocenění všech okolností, zvláště následkem podstatné změny poměrů, které pro jejich počítání byly směrodatny, jako nepřiměřeně vysoké.

(<sup>3</sup>) Místo poklesnutí obchodního rozpětí nebo odměny jsou povinni obchodníci nebo zprostředkovatelé odvésti přiměřené částky, nařídí-li nebo

Reichskommissar für die Preisbildung oder die von ihm beauftragten Stellen allgemein oder im Einzelfall anordnen oder zulassen.

§ 3

Der Reichskommissar für die Preisbildung oder die von ihm beauftragten Stellen können Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen oder anordnen.

§ 4

Die Verordnung tritt am 15. September 1940 in Kraft.

Berlin, den 11. September 1940.

Der Reichskommissar für Preis-  
bildung  
Wagner.

připustí-li to říšský komisař pro tvoření cen, nebo jim pověřená místa, všeobecně nebo v jednotlivém případě.

§ 3.

Říšský komisař pro tvoření cen nebo jim pověřená místa mohou připustiti nebo naříditi výjimky z předpisů tohoto nařízení.

§ 4.

Nařízení nabývá platnosti dne 15. září 1940.

V Berlinu dne 11. září 1940.

Říšský komisař pro tvoření cen  
Wagner.

### Achter Durchführungserlaß zur Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über das jüdische Vermögen vom 21. Juni 1939 (WBMProt. S. 45).

Vom 16. September 1940.

Auf Grund des § 11, Abs. 1, der Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über das jüdische Vermögen vom 21. Juni 1939 wird bestimmt:

§ 1

(\*) Juden, jüdische Unternehmen und jüdische Personenvereinigungen haben bis zum 15. November 1940 den in ihrem Eigentum oder Mieteigentum stehenden, im Protektorat Böhmen und Mähren befindlichen Wertpapierbesitz mit Ausnahme der in § 3 des Zweiten Durchführungserlasses vom 8. Dezember 1939 (WBMProt. S. 318) genannten Wertpapiere anzumelden.

(\*) § 2 des Vierten Durchführungserlasses vom 7. Februar 1940 (WBMProt. S. 45) findet Anwendung. Die Anmeldepflicht obliegt auch der Devisenbank, in deren Depot nach § 1 des Fünften Durchführungserlasses vom 2. März 1940 (WBMProt. S. 81) die Wertpapiere eingelegt sind.

§ 2

Soweit bereits nach dem Vierten Durchführungserlaß eine Anmeldung erfolgte, braucht sie nicht wiederholt zu werden.

§ 3

Die Anmeldung erfolgt nach dem Stande vom 1. November 1940.

### Osmý prováděcí výnos k nařízení Reichsprotectora in Böhmen und Mähren o židovském majetku ze dne 21. června 1939 (Věst. R. Prot. str. 45.).

Ze dne 16. září 1940.

Na základě § 11., odst. 1. nařízení Reichsprotectora in Böhmen und Mähren o židovském majetku ze dne 21. června 1939 se stanoví:

§ 1.

(\*) Židé, židovské podniky a židovská sdružení osob jsou povinni až do 15. listopadu 1940 přihlásiti držbu cenných papírů v jejich vlastnictví nebo spoluvlastnictví nalézající se v Protektoratu Böhmen und Mähren, s výjimkou cenných papírů jmenovaných v § 3. Druhého prováděcího výnosu ze dne 8. prosince 1939 (Věstn. R. Prot. str. 318.).

(\*) Použije se § 2. Čtvrtého prováděcího výnosu ze dne 7. února 1940 (Věstn. R. Prot. str. 45.). Přihlašovací povinnost přináleží též devisové bance, v jejímž depot podle § 1. Pátého prováděcího výnosu ze dne 2. března 1940 (Věstn. R. Prot. str. 81.) cenné papíry jsou vloženy.

§ 2.

Pokud se přihláška již stala podle Čtvrtého prováděcího výnosu, nepotřebuje býti opakována.

§ 3.

Přihláška stane se podle stavu dne 1. listopadu 1940.

§ 4

Die Anmeldung hat auf einem amtlichen Vordruck zu erfolgen, der bei den Devisenbanken in Empfang zu nehmen ist. Sie ist beim Reichsprotector einzureichen. Soweit die Wertpapiere im Depot einer Devisenbank liegen, sind die Anmeldungen bis zum 1. November 1940 dieser zur Überprüfung und Weiterleitung einzureichen.

§ 5

Der Anmeldepflicht unterliegen ferner Wertpapiere, die dem nichtjüdischen Ehegatten eines Juden gehören, dessen Ehe am 1. November 1940 nicht geschieden oder getrennt ist. Diese Anmeldungen sind besonders zu kennzeichnen.

§ 6

In gleicher Weise haben Juden, jüdische Unternehmen und jüdische Personenvereinigungen sowie nichtjüdische Personen, die mit einem Juden verheiratet sind, in Zukunft jeden Eigentums- oder Miteigentumserwerb von Wertpapieren innerhalb eines Monats vom Zeitpunkt des Erwerbes an anzumelden.

§ 7

Der Anmeldepflicht nach dem Vierten Durchführungserlaß unterliegt auch jeder nach Ablauf der Anmeldefrist jenes Erlasses erfolgte Erwerb durch Juden oder durch nichtjüdische Personen, die mit einem Juden verheiratet sind. Die Anmeldung ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen vom Zeitpunkt des Erwerbs vorzunehmen.

Prag, den 16. September 1940.

Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren  
Freiherr von Neurath.

§ 4.

Příhláška staniž se na úředním tiskopisu, který jest vyzvednouti u devisových bank. Podána budiž u Reichsprotectora. Pokud cenné papíry leží v depot některé devisové banky, buďtež přihlášky podány až do 1. listopadu 1940 této ku přezkoumání a dalšímu odevzdání.

§ 5.

Příhlašovací povinnosti podléhají dále cenné papíry, které patří nežidovskému manželi (manželce) židovské manželky (manžela), jichž manželství dne 1. listopadu 1940 není rozvedeno nebo rozloučeno. Tyto přihlášky buďtež zvláště označeny.

§ 6.

Stejným způsobem jsou povinni přihlašovati Židé, židovské podniky a židovská sdružení osob jakož i nežidovské osoby, kteří jsou se Židovkou ženati (se Židem vdány), v budoucnu každé nabytí vlastnictví nebo spoluvlastnictví cenných papírů během jednoho měsíce od okamžiku nabytí.

§ 7.

Příhlašovací povinnosti podle Čtvrtého prováděcího nařízení podléhá též každé nabytí Židem nebo nežidovskou osobou ženatou se Židovkou (provdanou za Žida) nastalé po uplynutí přihlašovací lhůty onoho výnosu. Příhlášku jest vykonati během lhůty dvou týdnů od okamžiku nabytí.

V Praze dne 16. září 1940.

## Verordnung

über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland (Außenhandelsstatistik) im Protektorat Böhmen und Mähren.

Vom 25. September 1940.

(RöBl. I, S. 1279, ausgeg. am 24. IX. 1940).

Auf Grund des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren vom 16. März 1939 (Reichsgesetzbl. I, S. 485) wird im Einvernehmen mit dem Reichsprotector in Böhmen und Mähren verordnet:

§ 1

Im Protektorat Böhmen und Mähren wird die Außenhandelsstatistik in reichseigene Verwaltung übernommen.

§ 2

(<sup>1</sup>) Im Protektorat Böhmen und Mähren gelten vom 1. Oktober 1940 ab:

## Nařízení

o statistice obchodu zbožím s cizinou (statistika zahraničního obchodu) v Protektoratu Böhmen und Mähren.

Ze dne 25. září 1940.

(Říšský zák. I, str. 1279., vyd. dne 24. IX. 1940.)

Na základě Výnosu Führera und Reichskanzlera o Protektoratu Böhmen und Mähren ze dne 16. března 1939 (Říšský zák. I, str. 485.) nařizuje se v dohodě s Reichsprotectorem in Böhmen und Mähren:

§ 1.

V Protektoratu Böhmen und Mähren přejímá se statistika zahraničního obchodu do vlastní správy Reichu.

§ 2.

(<sup>1</sup>) V Protektoratu Böhmen und Mähren platí počínaje od 1. října 1940:

78

- a) das Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland (Außenhandelsstatistik — §StatG. —) vom 31. März 1939 (Reichsgesetzbl. I, S. 645).
- b) die Verordnung zur vorläufigen Durchführung des Gesetzes über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland (Außenhandelsstatistik — §StatG. —) vom 31. März 1939 (Reichsministerialbl. S. 849) sowie die vom Präsidenten des Statistischen Reichsamts auf Grund dieser Verordnung erlassenen Anordnungen über die Außenhandelsstatistik vom 31. März 1939 (Reichsministerialbl. S. 849) und vom 29. August 1940 (Reichsministerialbl. S. 252).
- c) die Verordnung über die Erhebung einer Gebühr für den Umtausch und den Erfaß von Stempel- und Steuerzeichen vom 3. Juli 1924 (Reichsministerialbl. S. 237) hinsichtlich der statistischen Marken.

(2) Soweit in den §§ 14 und 15 des Gesetzes über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland auf die Reichsabgabenordnung Bezug genommen ist, finden die Vorschriften der Reichsabgabenordnung entsprechende Anwendung. Die §§ 6 und 7 der Verordnung über Zölle, Verbrauchssteuern und Monopole im Protektorat Böhmen und Mähren (Zuständigkeit der Zollbehörden und Amtshilfe) vom 16. September 1940 (Reichsgesetzbl. I, S. 1238) gelten sinngemäß.

§ 3

Befugnisse, die auf Grund des § 2 Abs. 1 einem Reichsminister übertragen sind, übt er für das Protektorat Böhmen und Mähren im Einvernehmen mit dem Reichsprotector aus.

§ 4

Soweit die in § 2 Abs. 1 bezeichneten Vorschriften nicht unmittelbar angewendet werden können, sind sie sinngemäß anzuwenden.

§ 5

Die im Protektorat Böhmen und Mähren bisher geltenden außenhandelsstatistischen Vorschriften treten am 1. Oktober 1940 außer Kraft.

Berlin, den 25. September 1940.

Der Reichswirtschaftsminister  
In Vertretung des Staatssekretärs  
von Hanneken.

Der Reichsminister der Finanzen  
In Vertretung des Staatssekretärs  
Weber.

Der Reichsminister des Innern  
In Vertretung  
Dr. Studart.

- a) zákon o statistice obchodu se zbožím s cizinou (statistika zahraničního obchodu — §StatG. — zák. o obch. statist.) ze dne 31. března 1939 (Říšský zák. I, str. 645).
- b) nařízení ku prozatímnímu provádění zákona o statistice obchodu se zbožím s cizinou (statistika zahraničního obchodu — §StatG. — zák. o obchod. statist.) ze dne 31. března 1939 (Věstn. říš. ministerstva str. 849.), jakož i presidentem Statistického úřadu Reichu na základě tohoto nařízení vydaná nařízení o statistice zahraničního obchodu ze dne 31. března 1939 (Věstn. říš. ministerstva str. 849.) a ze dne 29. srpna 1940 (Věstn. říš. ministerstva str. 252.).
- c) nařízení o vybrání poplatku za výměnu a náhradu kolkových a daňových známek ze dne 3. července 1924 (Věstn. říš. ministerstva str. 237.) ohledně statistických známek.

(2) Pokud v §§ 14. a 15. zákona o statistice obchodu se zbožím s cizinou se přihlíží k říšskému řádu dávkovému, použije se přiměřeně předpisů říšského řádu dávkového. §§ 6. a 7. nařízení o clech, spotřebních daních a monopolech v Protektoratu Böhmen und Mähren (příslušnost celních úřadů a úřední pomoc) ze dne 16. září 1940 (Říšský zák. I, str. 1238.) platí obdobně.

§ 3.

Oprávnění, která na základě § 2., odst. 1. jsou přenesena na některého říšského ministra, vykonává tento za Protektorat Böhmen und Mähren v dohodě s Reichsprotectorem.

§ 4.

Pokud předpisů označených v § 2., odst. 1. nemůže být užito přímo, budíž jich užito obdobně.

§ 5.

V Protektoratu Böhmen und Mähren dosud platné předpisy o statistice zahraničního obchodu pozbývají platnosti dne 1. října 1940.

V Berlinu dne 25. září 1940.

Říšský ministr hospodářství  
V zastoupení státního tajemníka  
von Hanneken.

Říšský ministr financí  
V zastoupení státního tajemníka  
Weber.

Říšský ministr vnitra  
V zastoupení  
Dr. Studart.

## Verordnung

des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren zur Ergänzung der Satzung der Böhmischo-Mährischen Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft in Prag.

Vom 30. September 1940.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung vom 7. Juni 1939 über das Rechtssetzungsrecht im Protectorat Böhmen und Mähren (RGBl. I, S. 1039) wird verordnet:

### Artikel I.

Die Satzung der Böhmischo-Mährischen Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft (Anlage zur Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Errichtung der Böhmischo-Mährischen Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft vom 12. April 1940, WBMProt. S. 163) erhält hinter § 8 folgenden § 9:

#### § 9

Anordnungen und Festsetzungen allgemeiner Art der Böhmischo-Mährischen Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft werden, soweit sie nicht den Betroffenen schriftlich mitgeteilt werden, im Verordnungsblatt des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren (WBMProt.) veröffentlicht.

### Artikel II.

Die Verordnung tritt am 1. Oktober 1940 in Kraft.

Prag, den 30. September 1940.

Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren

In Vertretung

R. G. Frank.

Staatssekretär.

## Nariadení

Reichsprotectora in Böhmen und Mähren doplňující stanovoy Česko-Moravské úřadovny pro dovoz a vývoz výrobků hospodářství vyživovacího a zemědělského v Praze.

Ze dne 30. září 1940.

Na základě § 1., odst. 2. nariadení ze dne 7. června 1939 o právu vydávati právní předpisy v Protectoratu Böhmen und Mähren (Říšský zák. I., str. 1039.) se nariadenuje:

### Článek I.

Stanovoy Česko-Moravské úřadovny pro dovoz a vývoz výrobků hospodářství vyživovacího a zemědělského v Praze (Příloha k nariadení Reichsprotectora in Böhmen und Mähren o zřízení Česko-Moravské úřadovny pro dovoz a vývoz výrobků hospodářství vyživovacího a zemědělského ze dne 12. dubna 1940, Věstn. R. Prot. str. 163.) obdrží za § 8. následující § 9.:

#### § 9.

Nariadení a stanoveni všeobecného rázu Česko-Moravské úřadovny pro dovoz a vývoz výrobků hospodářství vyživovacího a zemědělského budou, pokud se dotčeným nesdělí písemně, uveřejňována ve Věstniku nariadení Reichsprotectora in Böhmen und Mähren (Věstn. R. Prot.).

### Článek II.

Nariadení nabývá platnosti dne 1. října 1940.

V Praze dne 30. září 1940.

19

## Verordnung über die Verlängerung der Sommerzeit

Vom 2. Oktober 1940.

(RGBl. I, S. 1322, ausgeg. am 3. X. 1940).

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung verordnet für das Gebiet des Großdeutschen Reichs einschließlich der eingegliederten Ostgebiete mit Gesetzeskraft:

### § 1

Die durch § 1 der Verordnung über die Einführung der Sommerzeit vom 23. Januar 1940 (Reichsgesetzbl. I, S. 232) bestimmte Zeitrechnung bleibt bis auf weiteres bestehen.

### § 2

Der Reichsminister des Innern erläßt die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Berlin, den 2. Oktober 1940.

Der Vorsitzende  
des Ministerrats für die Reichs-  
verteidigung  
Göring,  
Reichsmarschall.

Der Generalbevollmächtigte für die  
Reichsverwaltung  
Fried.

Der Reichsminister und Chef der  
Reichskanzlei  
Dr. Lammers.

*Die in der vorstehenden Verordnung angeführte Verordnung über die Einführung der Sommerzeit vom 23. I. 1940 (RGBl. I, S. 232) wurde im VBIRProt. S. 55 veröffentlicht.*

## Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Vermietung von Judenwohnungen.

Vom 7. Oktober 1940.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über das Rechtsetzungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939 (RGBl. I, S. 1039) wird verordnet:

### § 1

(<sup>1</sup>) Wohnungen (Wohnräume), die an Juden (§ 6 der W. des Reichsprotectors in Böhmen und

## Narřízení o prodloužení letního času.

Ze dne 2. října 1940.

(Říšský zák. I., str. 1322., vyd. dne 3. X. 1940.).

Ministerská rada pro obranu Reichu nařizuje pro území Großdeutsches Reichu i s včleněnými východními územími s platností zákona:

### § 1.

Počítání času stanovené § 1. nařizení o zavedení letního času ze dne 23. ledna 1940 (Říšský zák. I., str. 232.) zůstane až na další v platnosti.

### § 2.

Říšský ministr vnitra vydá právní a správní předpisy potřebné ku provedení tohoto nařizení.

V Berlinu dne 2. října 1940.

Předseda ministerské rady  
pro obranu Reichu

Göring,  
říšský maršál.

Generální zmocněnec  
pro říšskou správu  
Fried.

Říšský ministr  
a šéf říšské kanceláře  
Dr. Lammers.

*Nařizení o zavedení letního času ze dne 23. ledna 1940 (Říš. zák. I., str. 232.), uvedené v předchozím nařizení, bylo uveřejněno ve Věstn. R. Prot., str. 55.*

## Narřízení Reichsprotectora in Böhmen und Mähren o pronajímání židovských bytů.

Ze dne 7. října 1940.

Na základě § 1. nařizení o právu vydávati právní předpisy v Protektoratu Böhmen und Mähren ze dne 7. června 1939 (Říšský zák. I., str. 1039.) se nařizuje:

### § 1.

(<sup>1</sup>) Byty (obytné místnosti), pronajaté Židům (§ 6. nař. Reichsprotectora in Böhmen und Mäh-

Mähren über das jüd. Vermögen vom 21. Juli 1939 — VBMProt. S. 45) vermietet sind, dürfen bei Auflösung des Mietvertrages nur mit Zustimmung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag vermietet werden. Entgegen dieser Bestimmung abgeschlossene Mietverträge sind unwirksam.

(2) Diese Anordnung erstreckt sich auch auf Wohnungen (Wohnräume), die von Juden nach Auflösung des Mietverhältnisses noch innegehabt werden oder nach dem 30. Juni 1940 geräumt und noch nicht wieder bezogen wurden. Darüber abgeschlossene Mietverträge können von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung für unwirksam erklärt werden.

(3) Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung kann die Ausübung der ihr zustehenden Befugnisse auf die Oberlandräte übertragen.

§ 2

Durch Maßnahmen nach dieser Verordnung werden Entschädigungsansprüche nicht begründet.

§ 3

Sind Wohnungen entgegen den Bestimmungen oder unter Umgehung der Bestimmungen dieser Verordnung vermietet worden, so kann die Zentralstelle für jüdische Auswanderung die Räumung der Wohnung anordnen. Nach fruchtlosem Ablauf der im Räumungsbescheid festgesetzten Frist kann die Zentralstelle für jüdische Auswanderung die Exekution durch zwangsweise Räumung bei Gericht beantragen. Die Kosten des Zwangsverfahrens sind dem Vermieter aufzuerlegen.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Prag, den 7. Oktober 1940.

Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren

In Vertretung

R. S. Frank,

Staatssekretär.

ren o židovském majetku ze dne 21. července 1939 — Věstn. R. Prot. str. 45.), smějí býti při zrušení nájemné smlouvy býti pronajaty jen se svolením Ústředny pro židovské vystěhovalectví v Praze. Nájemní smlouvy proti tomuto ustanovení uzavřené jsou neúčinné.

(2) Toto nařízení vztahuje se též na byty (obytné místnosti), které mají Židé v držení ještě po zrušení nájemného poměru nebo byly po 30. červnu 1940 vyklizeny a nebyly ještě znovu zaujaty. Smlouvy o tom uzavřené mohou býti Ústřednou pro židovské vystěhovalectví prohlášeny neúčinnými.

(3) Ústředna pro židovské vystěhovalectví může výkon oprávnění jí příslušejících přenést na Oberlandraty.

§ 2.

Opatření podle tohoto nařízení nezakládají nároků na odškodnění.

§ 3.

Byly-li byty pronajaty proti ustanovením nebo za obejití ustanovení tohoto nařízení, může Ústředna pro židovské vystěhovalectví naříditi vyklizení bytu. Po bezvysledném uplynutí lhůty stanovené ve vyklizovacím výměru může Ústředna pro židovské vystěhovalectví navrhnouti u soudu exekuci nuceným vyklizením. Náklady donucovacího řízení buďtež uloženy pronajimateli.

§ 4.

Toto nařízení nabývá platnosti vyhlášením.

V Praze dne 7. října 1940.

Berichtigung.

Im VBMProt. 1940, S. 468, § 3, Pft. 12, letzte Zeile, ist im tschechischen Wortlaut vor „daně z obratu“ einzuschalten das Wort „vyrovnávací“. Der deutsche Wortlaut bleibt unverändert.

Oprava.

Ve Věstn. R. Prot. 1940, str. 468., § 3., bod 12., poslední řádka, buďíž před slova „daně z obratu“ vsunuto slovo „vyrovnávací“. Německý text se nemění.

Das Verordnungsblatt des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren erscheint nach Bedarf. — Jahres- und Einzelbezug durch die Böhmischo-mährische Verlags- und Druckerei-G. m. b. S. in Prag II, Herrngasse 12, Fernruf 2414/48. Jahresbezug 120 K (RM. 12.—) unter Vorbehalt eines Zuschlages für umfangreichere Nummern. — Preis der Einzelnummer 25 Heller pro Seite. Mindestpreis 1 K (RM. 0,10). — Herausgegeben vom Reichsprotector in Böhmen und Mähren. — Druck und Verlag: Böhmischo-mährische Verlags- und Druckerei-G. m. b. S., Prag II, Herrngasse 12. Kontrollpostamt 25.

109-4-1346

# Verordnungsblatt

des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren

Věstník nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě

1941	Ausgegeben in Prag, den 22. August Vydáno v Praze dne 22. srpna	Nr. 40 Čís. 40
------	--	-------------------

Tag den	Inhalt / Obsah	Seite strana
30. 6. 1941.	Vierte Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Abwesenheitspflegschaft . . . . .	465
	Čtvrté nařízení provádějící nařízení o opatrovnictví za nepřítomného . . . . .	465
21. 7. 1941.	Zweite Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren zur Ergänzung der Satzung der Böhmischo-mährischen Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft in Prag . . . . .	466
	Druhé nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě doplňující stanovy Česko-Moravské úřadovny pro dovoz a vývoz výrobků hospodářství vyživovacího a zemědělského v Praze . . . . .	466
21. 7. 1941.	Vierte Bekanntmachung der Böhmischo-mährischen Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft in Prag . . . . .	467
	Čtvrtá vyhláška Česko-Moravské úřadovny po dovoz a vývoz výrobků hospodářství vyživovacího a zemědělského v Praze . . . . .	467
5. 8. 1941.	Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren zur Ergänzung der Verordnung über die Betreuung der Juden und jüdischer Organisationen vom 5. März 1940 (VBIRProt. S. 77) . . . . .	469
	<u>Nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě doplňující nařízení o péči o Židy a židovské organizace ze dne 5. března 1940 (Věstn. ř. prot. str. 77.) . . . . .</u>	469
	Bekanntmachung . . . . .	470

## Vierte Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Abwesenheitspflegschaft.

Vom 30. Juni 1941.

(RGBl. I S. 372, ausgeg. am 11. VII. 1941).

Auf Grund der §§ 6, 8 der Verordnung über die Abwesenheitspflegschaft vom 11. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2026) verordne ich folgendes:

### Artikel I

§ 3 der Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Abwesenheitspflegschaft vom 18. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2056) in der Fassung der Zweiten Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Abwesenheits-

## Čtvrté nařízení provádějící nařízení o opatrovnictví za nepřítomného.

Ze dne 30. června 1941.

(Říšský zák. I, str. 372., vyd. dne 11. VII. 1941.).

Na základě §§ 6., 8. nařízení o opatrovnictví za nepřítomného ze dne 11. října 1939 (Říšský zák. I, str. 2026.) nařizuji toto:

### Článek I

§ 3. nařízení ku provádění nařízení o opatrovnictví za nepřítomného ze dne 18. října 1939 (Říšský zák. I, str. 2056.) ve znění Druhého nařízení ku provádění nařízení o opatrovnictví za nepřítomného ze dne 22. ledna 1940 (Říšský zák. I,

pflegschaft vom 22. Januar 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 232) und der Dritten Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Abwesenheitspflegschaft vom 17. Juni 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 889) wird wie folgt ergänzt:

Als Nr. 7 ist neu aufzunehmen:

„7. Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.“

#### Artikel II

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 30. Juni 1941.

Der Reichsminister der Justiz

Mit der Führung der Geschäfte beauftragt

Dr. Schlegelberger.

*Die in der vorstehenden Verordnung angeführte Verordnung über die Abwesenheitspflegschaft vom 11. Oktober 1939 (RGBl. I S. 2026) und die Durchführungsverordnung hierzu vom 18. Oktober 1939 (RGBl. I S. 2056) wurden im VBIRProt. 1939 S. 223 bzw. 225, die 2. Durchführungsverordnung vom 22. Januar 1940 (RGBl. I S. 232) im VBIRProt. 1940 S. 58 veröffentlicht.*

*Die Dritte Verordnung vom 17. Juni 1940 (RGBl. I S. 889) hat nachstehenden Wortlaut:*

### Dritte Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Abwesenheitspflegschaft.

Vom 17. Juni 1940.

(RGBl. I S. 889).

Auf Grund der §§ 6, 8 der Verordnung über die Abwesenheitspflegschaft vom 11. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2026) verordne ich folgendes:

#### Artikel I

§ 3 der Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Abwesenheitspflegschaft vom 18. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2056) in der Fassung der Zweiten Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Abwesenheitspflegschaft vom 22. Januar 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 232) wird wie folgt ergänzt:

1. In Nr. 1 wird hinter „Union“ hinzugefügt: „mit ihren Mandatsgebieten“.
2. Als Nr. 6 ist neu aufzunehmen: „6. Monaco.“

#### Artikel II

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 17. Juni 1940.

Der Reichsminister der Justiz

In Vertretung

Dr. Schlegelberger.

str. 232.) a Třetího nařízení ku provádění nařízení o opatrovnictví za nepřítomného ze dne 17. června 1940 (Říšský zák. I., str. 889.) se doplňuje, jak následuje:

Jako čís. 7 jest nově pojmuti:

„7. Unie Socialistických sovětských republik.“

#### Článek II.

Toto nařízení nabývá platnosti dnem vyhlášení.

V Berlinu dne 30. června 1941.

Říšský ministr spravedlnosti

Vedením záležitosti pověřen

Dr. Schlegelberger.

*V předcházejícím nařízení uvedené nařízení o opatrovnictví za nepřítomného ze dne 11. října 1939 (Říšský zák. I., str. 2026.) a prováděcí nařízení k němu ze dne 18. října 1939 (Říšský zák. I., str. 2056.) byla uveřejněna ve Věstn. ř. prot. 1939, str. 223. příř. 225., 2. prováděcí nařízení ze dne 22. ledna 1940 (Říšský zák. I., str. 232.) ve Věstn. ř. prot. 1940, str. 58.*

*Třetí prováděcí nařízení ze dne 17. června 1940 (Říšský zák. I., str. 889.) má toto znění:*

### Třetí nařízení provádějící nařízení o opatrovnictví za nepřítomného.

Ze dne 17. června 1940.

(Říšský zák. I., str. 889).

Na základě §§ 6., 8. nařízení o opatrovnictví za nepřítomného ze dne 11. října 1939 (Říšský zák. I., str. 2026.) nařizuji toto:

#### Článek I.

§ 3. nařízení ku provádění nařízení o opatrovnictví za nepřítomného ze dne 18. října 1939 (Říšský zák. I., str. 2056.) ve znění Druhého nařízení ku provádění nařízení o opatrovnictví za nepřítomného ze dne 22. ledna 1940 (Říšský zák. I., str. 232.) se doplňuje, jak následuje:

1. V čís. 1 se za „Unie“ vloží: „s jejími mandátními územími“.
2. Jako čís. 6 jest nově pojmuti: „6. Monaco.“

#### Článek II.

Toto nařízení nabývá platnosti dnem vyhlášení.

V Berlinu dne 17. června 1940.

Říšský ministr spravedlnosti

V zastoupení

Dr. Schlegelberger.

## Zweite Verordnung

des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren zur Ergänzung der Satzung der Böhmischo-Mährischen Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft in Prag.

Vom 21. Juli 1941.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung vom 7. Juni 1939 über das Rechtsetzungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren (Reichsgesetzbl. I S. 1039) wird verordnet:

### Artikel I

Die Satzung der Böhmischo-Mährischen Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft (Anlage zur Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Errichtung der Böhmischo-Mährischen Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft vom 12. April 1940, VBIRProt. S. 163) erhält in § 1 folgenden Absatz 2:

Die Böhmischo-Mährische Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft kann im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Ausfuhr von Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft aus dem Protektorat Böhmen und Mähren, soweit sie nach dem Gesetz über Aus- und Einfuhrverbote vom 25. März 1939 (Reichsgesetzbl. I Seite 578) nicht verboten ist, untersagen oder genehmigungspflichtig machen. Sie kann die Genehmigung mit Auflagen versehen oder von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen abhängig machen.

### Artikel II

Die Verordnung tritt am 1. April 1941 in Kraft. Prag, den 21. Juli 1941.

Der Reichsprotector in Böhmen  
und Mähren

In Vertretung

K. H. Frank,  
Staatssekretär.

## Druhé nařízení

říšského protektora v Čechách a na Moravě doplňující stanov y Česko-Moravské úřadovny pro dovoz a vývoz výrobků hospodářství vyživovacího a zemědělského v Praze.

Ze dne 21. července 1941.

Na základě § 1., odst. 2. nařízení ze dne 7. června 1939 o právu vydávati právní předpisy v protektorátu Čechy a Morava (Říšský zák. I., str. 1039.) se nařizuje:

### Článek I

Stanov y, Česko-Moravské úřadovny pro dovoz a vývoz výrobků hospodářství zemědělského a vyživovacího (příloha k nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě o zřízení Česko-Moravské úřadovny pro dovoz a vývoz výrobků hospodářství vyživovacího a zemědělského ze dne 12. dubna 1940, Věstn. ř. prot. str. 163.) obdrží v § 1. následující odstavec 2.:

Česko-Moravská úřadovna pro dovoz a vývoz výrobků hospodářství zemědělského a vyživovacího může v rámci své příslušnosti zapověděti neb podrobti povinnosti povolovací vývoz výrobků hospodářství vyživovacího a zemědělského z protektorátu Čechy a Morava, pokud není podle zákona o zákazech vývozu a dovozu ze dne 25. března 1939 (Říšský zák. I., str. 578.) zakázán. Může ku povoleni uložiti závazky nebo je učiniti závislým na splnění určitých předpokladů.

### Článek II

Nařízení nabývá platnosti dne 1. dubna 1941. V Praze dne 21. července 1941.

Říšský protector v Čechách  
a na Moravě

V zastoupení

K. H. Frank,  
státní tajemník.

## Vierte Bekanntmachung

der Böhmischo-Mährischen Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft in Prag.

Vom 21. Juli 1941.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Satzung in der Fassung der Zweiten Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren zur Ergänzung der Satzung der Böhmischo-Mährischen Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft in Prag vom 21. Juli 1941 (VBIR-Prot. S. 467) wird folgendes angeordnet und bekanntgemacht:

## Čtvrtá vyhláška

Česko-Moravské úřadovny pro dovoz a vývoz výrobků hospodářství vyživovacího a zemědělského v Praze.

Ze dne 21. července 1941.

Na základě § 1., odst. 2. stanov ve znění Druhé nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě doplňující stanov y Česko-Moravské úřadovny pro dovoz a vývoz výrobků hospodářství vyživovacího a zemědělského v Praze ze dne 21. července 1941 (Věstn. ř. prot. str. 467.) se nařizuje a vyhláshuje toto:

Anlage

§ 1

Wer Waren, die in der Anlage verzeichnet sind, aus dem Protektorat Böhmen und Mähren ausführen will, bedarf hierzu einer Genehmigung der Böhmischo-Mährischen Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft.

Der Antrag auf Genehmigung der Ausfuhr ist der Böhmischo-Mährischen Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft rechtzeitig vor Abschluß des Verkaufes einzureichen.

Die Böhmischo-Mährische Ein- und Ausfuhrstelle behält sich vor, für die Anträge die Verwendung von Vordrucken vorzuschreiben.

§ 2

Die Anordnung tritt am 1. April 1941 in Kraft. Prag, den 21. Juli 1941.

Böhmischo-Mährische Ein- und Ausfuhrstelle für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft.

Anlage

- Saathafer . . . . .
- Malz, auch anderes zu Brauzwecken dienendes Malz (Farb-, Karamel- usw. Malz) . . . . .
- Zuckerrübensamen . . . . .
- Möhren-, Gemüsesamen, Dillsaat . . . . .
- Blumen-, Tabaksamen . . . . .
- Hopfen . . . . .
- Hopfenmehl (Lupulin) . . . . .
- Pilzpulver . . . . .
- Bäume, Reben, Stauden, Sträucher, Schößlinge zum Verpflanzen und sonstige lebende Gewächse, ohne oder mit Erdballen, auch in Töpfen oder Kübeln; Veredelungsreiser . . . . .
- Zichorien (Zichorienwurzeln) und andere als Kaffee-Ersatzstoffe geeignete Wurzeln und Wurzelteile, gebrannt (geröstet), auch gemahlen, ohne Zusatz von anderen Stoffen . . . . .
- Aprikosen-, Pfirsich-, Pflaumen-, Birnen-, Apfel- und Quittenkerne, ungeschält oder geschält; andere Obstkerne, anderweitig nicht genannt, ungeschält, zu Saatzwecken . . . . .
- Pferde . . . . .
- Hirsche, Hunde, Vögel und andere lebende Tiere, anderweitig nicht genannt
- Därme und Magen von Vieh, frisch oder getrocknet, auch eingesalzen, nicht zum Genuß; tierische Blasen, mit Ausnahme der Hausenblase, frisch oder getrocknet . . . . .
- Zucker . . . . .
- Branntwein aller Art usw. . . . .
- Wein mit Heilmittelzusätzen und andere zu Genußzwecken verwendbare weinhaltige Getränke, auch mit Zusatz von Gewürzen oder Zucker . . . . .
- Bier aller Art . . . . .
- andere Hefe aller Art . . . . .
- Obst- und andere Treber . . . . .
- Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelgewerbe . . . . .

Ausfuhrnummer des statistischen Warenverzeichnisses

- aus 4
- 9
- 20 b
- 21 b
- 21 c
- 30
- 31
- aus 36
- 38 a/1
- 62 a
- aus 71 a
- 100 a/1
- 125 b
- 157 a
- 176 a/177 b
- 178 a/179 c
- 182
- 186 a/b
- 189
- 196
- 198/204 b, 208/21,
- 218/219 d

§ 1.

Kdo chce vyvéztí z protektorátu Čechy a Morava zboží seznamenané v příloze, potřebuje k tomu povolení Česko-Moravské úřadovny pro dovoz a vývoz výrobků hospodářství vyživovacího a zemědělského.

Návrh na povolení vývozu budiž podán Česko-Moravské úřadovně pro vývoz a dovoz výrobků hospodářství vyživovacího a zemědělského včas před uzavřením prodeje.

Česko-Moravská úřadovna pro dovoz a vývoz si vyhrazuje předepsati pro návrhy použití tiskopisů.

§ 2.

Nařízení nabývá platnosti dne 1. dubna 1941. V Praze dne 21. července 1941.

Česko-Moravská úřadovna pro dovoz a vývoz výrobků hospodářství vyživovacího a zemědělského.

Příloha

22

**Příloha**

Vývozní číslo statistického seznamu zboží

Oves k seti . . . . .	ze	4
Slad, též jiný slad sloužící k účelům pivovarským (slad barvivý, karamelový atd.) . . . . .		9
Semeno řepy cukrové . . . . .		20 b
Semeno mrkvové, semena zeleninová, semeno koprové . . . . .		21 b
Květinová semena, tabákové semeno . . . . .		21 c
Chmel . . . . .		30
Chmelová moučka (lupulín) . . . . .		31
Prášek z hub . . . . .	ze	36
Stromy, révy, křoviny (trvalky), keře, výhonky k přesazování a jiné živoucí rostliny se zemním obalem nebo bez něho, též v hrncích nebo kbelících; štěpovací rouby . . . . .		38 a/1
Čekanka (čekankový kořen) a jiné kořeny a části kořenů vhodné jako kávové náhražky, pražené (sušené), též mleté, bez přísady jiných látek . . . . .		62 a
Jádra meruněk, broskví, švestek, hrušek, jablek a kdoulí, neloupaná nebo loupáná; jiná ovocná jádra jině nejmenovaná, neloupaná k účelům setby . . . . .	ze	71 a
Koně . . . . .		100 a/1
Jeleni, psi, ptáci a jiná živá zvířata, jině nejmenovaná . . . . .		125 b
Sřeva a žaludky dobytka, čerstvé nebo sušené, též nasolené, nikoli k požívání; zvířecí měchýře, vyjma vyzínu, čerstvé nebo sušené . . . . .		157 a
Cukr . . . . .		176 a/177 b
Pálené lihoviny všeho druhu atd. . . . .		178 a/179 c
Vino s přísadami léčiv a jiné nápoje obsahující vino, způsobilé k požívání též s přísadou koření nebo cukru . . . . .		182
Pivo všeho druhu . . . . .		186 a/b
ostatní droždí všeho druhu . . . . .		189
ovocné a jiné matoliny . . . . .		196
Výrobky živností potravinářských a živností požívatin . . . . .		198/204 b, 208/21, 218/219 d

**Verordnung**

des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren zur Ergänzung der Verordnung über die Betreuung der Juden und jüdischer Organisationen vom 5. März 1940 (VBIRProt. S. 77.)

Vom 5. August 1941.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über das Rechtsetzungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939 (RGBl. I S. 1039) und des § 1 Abs. 1 letzter Satz der Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren vom 5. März 1940 (VBIRProt. S. 77) wird verordnet:

**§ 1**

Den israelitischen Kultusgemeinden im Protektorat Böhmen und Mähren obliegt als weitere Aufgabe im Sinne des § 1 Abs. 1 der Verordnung des Reichsprotectors vom 5. März 1940 (VBIRProt. S. 77) die jüdische freie Wohlfahrtspflege.

**Nařízení**

říšského protektora v Čechách a na Moravě doplňující nařízení o péči o Židy a židovské organizace ze dne 5. března 1940 (Věstn. ř. prot. str. 77.)

Ze dne 5. srpna 1941.

Na základě § 1. nařízení o právu vydávat právní předpisy v protektorátu Čechy a Morava ze dne 7. června 1939 (říšský zák. I., str. 1039.) a § 1., odst. 1., poslední věta nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě ze dne 5. března 1940 (Věstn. ř. prot. str. 77.) se nařizuje:

**§ 1.**

Israelitským náboženským obcím v protektorátu Čechy a Morava přináleží jako další úkol ve smyslu § 1., odst. 1. nařízení říšského protektora ze dne 5. března 1940 (Věstn. ř. prot. str. 77.) židovská dobrovolná dobročinná péče.

22a

§ 2

Die israelitischen Kultusgemeinden im Protektorat Böhmen und Mähren haben als Träger der jüdischen freien Wohlfahrtspflege nach Maßgabe ihrer Mittel der Armenversorgung bedürftige Juden so ausreichend zu unterstützen, daß dadurch die öffentliche Armenfürsorge ersetzt wird.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. September 1941 in Kraft.

Prag, den 5. August 1941.

Der Reichsprotector in Böhmen  
und Mähren

In Vertretung

Dr. von Burgsdorff,

Unterstaatssekretär.

§ 2.

Israelitické náboženské obce v protektorátu Čechy a Morava jsou povinny jako nositelky židovské dobrovolné dobročinné péče v mezích svých prostředků podporovati Židy potřebné chudinského zaopatření v té míře dostatečně, aby tím byla nahrazena veřejná chudinská péče.

§ 3.

Toto nařízení nabývá platnosti dne 1. září 1941.

V Praze dne 5. srpna 1941.

Říšský protektor v Čechách  
a na Moravě

V zastoupení

Dr. von Burgsdorff,

státní podtajemník.

### Bekanntmachung.

*Der Regierungsinspektor Siegfried Hübler beim Oberlandrat in Prag, zur Zeit bei der Wehrmacht, ist zum Regierungsoberinspektor ernannt worden. Die Ernennung wird mit dem Tage der Veröffentlichung im Verordnungsblatt des Reichsprotectors rechtswirksam.*

\* \* \*

109-4-1096

# Verordnungsblatt

des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren

Věstník nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě

1941	Ausgegeben in Prag, den 14. Oktober Vydáno v Praze dne 14. října	Nr. 51 Čís.
------	---	----------------

Tag den	Inhalt / Obsah	Seite strana
13. 8. 1941.	Anordnung zur Sicherung der Qualität von Kleinarmaturen aus Zinklegierungen . . . . . Nařízení zajišťující jakost drobných armatur ze zinkových slitin . . . . .	547 547
16. 8. 1941.	Zusatzanordnung zu der Anordnung zur Vereinheitlichung von Handpumpen, und zwar Flügelpumpen, kurzen Saugpumpen, Ständern, liegenden Einzylinder-Handpumpen, stehenden Zweizylinder-Handpumpen, stehenden und fahrbaren Jauchepumpen vom 17. Februar 1941 . . . . . Dodatkové nařízení k nařízení jednotlicmu výrobu ručních pump, a to křídlových pump, krátkých ssacích pump, stojanů, ležatých jednoválcových ručních pump, stojatých dvouválcových ručních pump, stojatých a pojízdných močůvkových pump ze dne 17. února 1941 . . . . .	549 549
22. 9. 1941.	Anordnung über die Einbeziehung des Protektorats Böhmen und Mähren in das Frachtenleitverfahren . . . . . Nařízení o zahrnutí protektorátu Čechy a Morava do řízení pro směrování nákladů . . . . .	550 550
27. 9. 1941.	Verordnung über die Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über Zollerleichterungen für Waren slowakischen Ursprungs bei der Einfuhr in das Protektorat Böhmen und Mähren oder in den Reichsgau Sudetenland . . . . . Nařízení prodlužující dobu platnosti nařízení o celních úlevách pro zboží slovenského původu při dovozu do protektorátu Čechy a Morava nebo do říšské župy Sudetenland . . . . .	554 554
12. 10. 1941.	Zweite Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen . . . . . <u>Druhé nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě o péči o Židy a židovské organisace . . . . .</u>	555 555

**Anordnung**  
zur Sicherung der Qualität von Kleinarmaturen aus Zinklegierungen  
Vom 13. August 1941.

Auf Grund der Verordnung über die Lenkung und Verteilung der Maschinen- und Apparaterzeugung vom 3. April 1940 (VBIRProt. 1940, S. 149) ordne ich zur Sicherung der Qualität von Kleinarmaturen aus Zinklegierungen und zur Leistungssteigerung der Kleinarmaturenindustrie an:

- Bei der Herstellung von Kleinarmaturen aus Zink oder dessen Legierungen ist folgendes zu beachten:

**Nařízení**  
zajišťující jakost drobných armatur ze zinkových slitin  
Ze dne 13. srpna 1941.

Na základě nařízení o řízení a rozdělení výroby strojů a přístrojů ze dne 3. dubna 1940 (Věstn. ř. prot. 1940, str. 149.) nařizuji k zajištění jakosti drobných armatur ze zinkových slitin a ke stupňování výkonnosti průmyslu drobných armatur:

- Při výrobě drobných armatur ze zinku nebo jeho slitin budíž dbáno tohoto:

23a

- a) Es dürfen nur Qualitätslegierungen verarbeitet werden.
  - b) Zinkspäne dürfen nicht wiederverarbeitet werden. Ebenso darf kein Altmaterial eingesetzt werden.
  - c) Anschlußgewinde von Kleinarmaturen aus Zink oder dessen Legierungen sind vom Hersteller mit einem einwandfreien Korrosionsschutz zu versehen. Jedoch dürfen Anschlußgewinde von Kleingasarmaturen bis auf Widerruf ohne Korrosionsschutz ausgeliefert werden.
2. Auf jeder Armatur, die ganz oder in Teilen aus Qualitätszinklegierungen besteht, ist ein bei der Fachgruppe Maschinenbau der Wirtschaftsgruppe Eisen- und Metallindustrie, Prag, zu registrierendes Gütezeichen sichtbar anzubringen, welches gewährleistet, daß die unter 1. gegebenen Richtlinien eingehalten wurden. Außerdem ist jede Zinkarmatur durch Anbringung des Buchstabens „Z“ besonders zu kennzeichnen.
  3. Als Gütezeichen im Sinne dieser Anordnung ist ein Fabrikszeichen des Armaturenherstellers zu wählen.
  4. Als Qualitätszinklegierungen im Sinne dieser Anordnung gelten

ausschließlich solche Legierungen, die der Kundmachung Nr. 90 bzw. 109 des Ministeriums für Industrie, Handel und Gewerbe entsprechen (Amtsblatt d. Prot. B. u. M. Nr. 183 vom 8. August 1940 bzw. Nr. 237 vom 10. Oktober 1940).

Soweit Blockmaterial bzw. Ausgangsstoffe für Halbmaterial (Stangen, Rohre usw.) aus dem Altreich bezogen werden, gilt für Gußzeugnisse ausschließlich Blockmaterial, welches von bestimmten Erzeugern auf Feinzinkbasis gemäß DIN E 1706 hergestellt worden ist,

für Erzeugnisse, die aus Stangen, Rohren und sonstigen Materialien, die nicht Gußzeugnisse sind, hergestellt werden, solches Halbmaterial, dessen Ausgangswerkstoffe ausschließlich Qualitätszinklegierungen bilden, die von bestimmten Erzeugern auf Feinzinkbasis gemäß DIN E 1706 erzeugt wurden.

Diese Erzeuger sind von der Fachgruppe Maschinenbau der Wirtschaftsgruppe Eisen- und Metallindustrie zu benennen.

5. Kleinarmaturen im Sinne dieser Anordnung sind Armaturen, die zum Bereich der Fachabteilung „Kleinarmaturen“ der Fachuntergruppe Armaturen der Wirtschaftsgruppe Eisen- und Metallindustrie gehören.
6. Die Geschäftsführung der Fachgruppe Maschinenbau der Wirtschaftsgruppe Eisen- und Metallindustrie, Prag, hat die Durch-

- a) Zpracovány smějí být jen jakostní slitiny.
- b) Zinkové odštěpky nesmějí být znovu zpracovány. Rovněž tak nesmí být vsazen žádný starý materiál.
- c) Připojkové závity drobných armatur ze zinku nebo jeho slitin buďtež výrobcem opatřeny bezvadnou ochranou proti šíření. Připojkové závity drobných armatur smějí však až do odvolání být vydávány bez ochrany proti šíření.

2. Na každé armatuře, která pozůstává zcela nebo z části z jakostních slitin zinku, buďž viditelně umístěna značka jakosti, kterou jest zaregistrovati u odborné skupiny pro strojnictví při hospodářské skupině železářského a kovového průmyslu v Praze, a která zaručuje, že byly dodrženy směrnice dané pod 1. Mimo to buďž každá zinková armatura zvláště označena umístěním písmene „Z“.
3. Za značku jakosti ve smyslu tohoto nařízení buďž volena tovární značka výrobce armatur.
4. Za jakostní zinkové slitiny ve smyslu tohoto nařízení platí

výhradně takové slitiny, které odpovídají vyhláše čís. 90 příp. 109 ministerstva průmyslu, obchodu a živností (Úřední list prot. Č. a M. čís. 183. ze dne 8. srpna 1940, příp. čís. 237. ze dne 10. října 1940).

Pokud blokový materiál, příp. počáteční látky pro polomateriál (tyče, roury atd.) se odebírají ze Staré říše, platí za slevarenské výrobky výhradně blokový materiál zhotovený od určitých výrobců na základně čistého zinku podle DIN E 1706,

pro výrobky, které se zhotovují z tyčí, rour a jinakých materiálů, které nejsou slevarenskými výrobky, takový polomateriál, jehož počáteční výrobní látky tvoří výhradně jakostní zinkové slitiny, které byly vyrobeny určitými výrobci na základně čistého zinku podle DIN E 1706.

Tito výrobci buďtež ustanoveni odbornou skupinou pro strojnictví při hospodářské skupině železářského a kovového průmyslu.

5. Drobnými armaturami ve smyslu tohoto nařízení jsou armatury, patříci k oboru odborného oddělení „Drobné armatury“ odborné podskupiny pro armatury při hospodářské skupině železářského a kovového průmyslu.
6. Obchodní vedení odborné skupiny pro strojnictví při hospodářské skupině železářského a kovového průmyslu v Praze jest povinno do-

26

führung dieser Anordnung zu überwachen und mir laufend über das Ergebnis zu berichten. Die Hersteller sind ihr zur Auskunftserteilung, zur Einsichtgewährung in die Geschäftsbücher und zur Zulassung von Betriebsbesichtigungen verpflichtet.

7. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung fallen unter die Strafbestimmungen des § 4 der Verordnung vom 3. April 1940 (VBIRProt. S. 149). Als Zuwiderhandlung gilt auch jede Handlung, durch welche die Vorschriften dieser Anordnung umgangen werden.
8. Die Anordnung tritt am 15. Oktober 1941 in Kraft.

Prag, den 13. August 1941.

Der Bevollmächtigte für die Maschinenindustrie in Böhmen und Mähren.

zírati na provádění tohoto nařízení a mne běžně o výsledku zpravovati. Výrobci jsou jemu povinni k podávání zpráv, k povolení nahlédnutí do obchodních knih a k připuštění prohlídek závodů.

7. Jednání odporující tomuto nařízení spadají pod trestní ustanovení § 4. nařízení ze dne 3. dubna 1940 (Věstn. ř. prot. str. 149.). Za odporující jednání platí též každé jednání, jimž se předpisy tohoto nařízení obcházejí.

8. Nařízení nabývá platnosti dne 15. října 1941.

V Praze dne 13. srpna 1941.

Zmocněnec pro výrobu strojů  
v Čechách a na Moravě.

## Bekanntmachung.

Nachstehende Anordnungen des Bevollmächtigten für die Maschinenproduktion in Böhmen und Mähren werden hiermit veröffentlicht.

Prag, den 2. Oktober 1941.

Der Reichsprotector in Böhmen  
und Mähren

Im Auftrag

Dr. von Burgsdorff,  
Unterstaatssekretär.

\* \* \*

## Zusatzanordnung

zu der Anordnung zur Vereinheitlichung von Handpumpen, und zwar Flügelumpen, kurzen Saugpumpen, Ständern, liegenden Einzylinder-Handpumpen, stehenden Zweizylinder-Handpumpen, stehenden und fahrbaren Jauchepumpen vom 17. Februar 1941 (VBIRProt. S. 95).

Vom 16. August 1941.

Auf Grund inzwischen gesammelter Erfahrungen erhalten die Absätze 2 und 7 meiner Anordnung zur Vereinheitlichung von Handpumpen, und zwar Flügelumpen, kurzen Saugpumpen, Ständern, liegenden Einzylinder-Handpumpen, stehenden Zweizylinder-Handpumpen, stehenden und fahrbaren Jauchepumpen vom 17. Februar 1941 (VBIRProt. S. 95) folgende Neufassung:

## Vyhláška.

Následující nařízení zmocněnce pro výrobu strojů v Čechách a na Moravě se tímto uveřejňuje.

V Praze dne 2. října 1941.

Ríšský protektor v Čechách  
a na Moravě

Z rozkazu

Dr. von Burgsdorff,  
státní podtajemník.

\* \* \*

## Dodatkové nařízení

k nařízení jednotlicímu výrobu ručních pump, a to křídlových pump, krátkých ssacích pump, stojanů, ležatých jednoválcových ručních pump, stojatých dvouválcových ručních pump, stojatých a pojezdnych močůvkových pump ze dne 17. února 1941 (Věstn. ř. prot. str. 95.).

Ze dne 16. srpna 1941.

Na základě zkušeností zatím nashromážděných obdržel odstavec 2. a 7. mého nařízení jednotlicího výrobu ručních pump a to křídlových pump, krátkých ssacích pump, stojanů, ležatých jednoválcových ručních pump, stojatých dvouválcových ručních pump, stojatých a pojezdnych močůvkových pump ze dne 17. února 1941 (Věstn. ř. prot. str. 95.) následující nové znění:

„2. Kurze Saugpumpen und Ständer mit Arbeitszylinder sind nur noch in folgenden Ausführungen und Größen herzustellen:

Kurze Saugpumpen und Ständer:

Lichter Durchmesser . . . . mm 75 90  
Lichter Durchmesser des Rohr-  
anschlusses:

a) Kurze Saugpumpen . . . . mm 32 40  
Zoll  $\frac{1}{4}$   $\frac{1}{4}$

b) Ständer nur mit Deckelkopf  
oder mit Druckkopf in Ver-  
bindung mit einem Arbeits-  
zylinder . . . . . mm 40 50  
Zoll  $\frac{1}{4}$  2

Arbeitszylinder:

Lichter Durchmesser . mm 65 75 90 100  
Saugrohranschluß . . Zoll 1  $\frac{1}{4}$   $\frac{1}{4}$  2

Steigrohranschluß a) Zoll  $\frac{1}{4}$   $\frac{1}{4}$  2 2  
b) Zoll  $2\frac{1}{2}$  3  $3\frac{1}{2}$  4

Die unter b) angeführten Steigrohranschlüsse werden nur in den Fällen verwendet, in welchen der Kolben ohne Demontage der Steigrohrleitung demontiert werden soll.

7. Andere Größen dürfen nur noch bis zum 31. Dezember 1941 erzeugt und bis 30. Juni 1942 geliefert werden, die Ersatzteile dazu bis zum 30. Juni 1943.“

Prag, den 16. August 1941.

Der Bevollmächtigte für die Maschinenindustrie in Böhmen und Mähren.

„2. Krátké ssací pumpy a stojany s pracovním válcem buďtež vyráběny ještě jen v následujících provedeních a velikostech:

krátké ssací pumpy a stojany:

světlost průřezu . . . . . mm 75 90  
světlost průřezu přípojky na  
potrubí:

a) krátké ssací pumpy . . . . mm 32 40  
palců  $\frac{1}{4}$   $\frac{1}{4}$

b) stojany jen s víkovou hlavou  
nebo s tlačnou hlavou ve  
spojení s jedním pracovním  
válcem . . . . . mm 40 50  
palců  $\frac{1}{4}$  2

pracovní válce:

světlý průřez . . . . mm 65 75 90 100  
přípoj ssacího potrubí  
palců 1  $\frac{1}{4}$   $\frac{1}{4}$  2

přípoj výtlačného po-  
trubí . . . . . a) palců  $\frac{1}{4}$   $\frac{1}{4}$  2 2  
b) palců  $2\frac{1}{2}$  3  $3\frac{1}{2}$  4

Přípojů výtlačného potrubí uvedených pod b) se použije pouze v těch případech, v nichž má být píst odmontován bez demontáže výtlačného potrubí.

7. Jiné velikosti smějí být ještě vyráběny jen až do 31. prosince 1941 a dodávány až do dne 30. června 1942, náhradní části k nim až do dne 30. června 1943.“

V Praze dne 16. srpna 1941.

Zmocněnec pro výrobu strojů  
v Čechách a na Moravě.

## Anordnung

über die Einbeziehung des Protektorats Böhmen und Mähren in das Frachtenleitverfahren.

Vom 22. September 1941.

Auf Grund von § 5 der Verordnung zur Bekämpfung von Notständen im Verkehr (Verordnungsblatt des Reichsprotektors 1941 S. 444) wird bestimmt:

(1) Mit der Sicherstellung der reibungslosen Durchführung des Verkehrs von dem Protektorat nach den Südoststaaten

a) Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Rest-Serbien, Rumänien, Türkei,

## Nařízení

o zahrnutí protektorátu Čechy a Morava do řízení pro směřování nákladů.

Ze dne 22. září 1941.

Na základě § 5. nařízení ku překonávání nesnázi v dopravě (Věstn. ř. prot. 1941, str. 444.) se stanoví:

(1) Zabezpečením nerušeného provádění dopravy z protektorátu do jihovýchodních států

a) Bulharska, Řecka, Chorvatska, zbytku Srbska, Rumunská, Turecka,

b) Iran und Afghanistan

und umgekehrt wird mit Wirkung vom 15. Oktober 1941 die für diesen Verkehr (Eisenbahn, Donauschiffahrt, Schwarze-Meer-Schiffahrt und Seeschiffahrt über italienische Häfen) von und aus dem übrigen Reichsgebiet bereits eingerichtetete

b) Iranu a Afganistanu

a opačně pověřuje se s účinností od 15. října 1941 pro tento styk (drahu, dunajskou lodní plavbu, lodní plavbu po Černém moři a lodní plavbu přes italské přístavy) od ostatního říšského území a z něho již zřízený

Frachtenleitstelle Südost

(Leiter: Erich Michler, Berlin),  
Berlin W 9, Lennéstraße 4  
(Fernsprecher: 2290 31)

beauftragt. Die Frachtenleitstelle Südost wird in der Durchführung ihrer Aufgaben unterstützt von der

Úřad pro směrování nákladů  
Jihovýchod

(vedoucí: Erich Michler, Berlin),  
Berlin W 9, Lennéstraße 4  
(Telefon: 2290 31).

Úřad pro směrování nákladů Jihovýchod jest při provádění svých úkolů podporován

Frachtenleitstelle Agram

bei der Deutschen Reichsbahn,  
Generalvertretung für Kroatien,  
Zagreb, Amruseva ul. 19/II, Postfach 172

(Leiter Herr RR. Schmelz);

Úřadem pro směrování nákladů  
v Záhřebě

u Německé říšské dráhy hlavní zastoupení  
pro Chorvatsko,  
Záhřeb, Amruseva ul. 19/II, poštovní příhrádka 172

(vedoucí pan vl. r. Schmelz);

Frachtenleitstelle Belgrad,

z. Hd. von Herrn Walther O. Müller im Hause  
des Generalbevollmächtigten für die Wirt-  
schaft in Serbien,

Semlin

(Leiter Herr Walther O. Müller);

Úřadem pro směrování nákladů  
v Bělehradě

k rukám pana Walthera O. Müllera  
v domě generálního zmocněnce pro hospo-  
dářství v Srbsku,

Zemuň

(vedoucí pan Walther O. Müller);

Frachtenleitstelle Bukarest

bei der Generalvertretung der Deutschen  
Reichsbahn,

Bukarest, Calea Victoriei 23

(Leiter Herr RR. Müller);

Úřadem pro směrování nákladů  
v Bukurešti

u generálního zastoupení Německé říšské  
drahy,

Bukurešť, Calea Victoriei 23

(vedoucí pan vl. r. Müller);

Frachtenleitstelle Saloniki,

z. Hd. von Herrn Hans Heitmann,  
Saloniki, Gr. Alexanderstr. 1

(Leiter Herr Hans Heitmann);

Úřadem pro směrování nákladů  
v Soluni

k rukám pana Hanse Heitmanna,  
Soluň, Gr. Alexanderstr. 1

(vedoucí pan Hans Heitmann);

Zweigstelle der Frachtenleit-  
stelle Saloniki in Athen

beim Marinegruppenkommando Süd,  
Athen, Rue d'Université

(Leiter Herr Gercken);

odbočkou Úřadu pro směrování  
nákladů Soluň v Athénách

u Námořního skupinového velitelství Jih,  
Athény, Rue d'Université

(vedoucí pan Gercken);

Frachtenleitstelle Sofia,

Sofia, Postfach 466, Ul. 6. Septemvri 17

(Leiter Herr Reichsbahnoberinsp. Förster).

Úřadem pro směřování nákladů  
v Sofii,

Sofie, poštovní přihrádka 466, Ul. 6. Sep-  
temvri 17

(vedoucí pan vrchní inspektor říšské dráhy  
Förster).

(\*) Die Transporte von und nach den genannten Südoststaaten sind anmeldepflichtig und unterliegen der Transportgenehmigung durch die Frachtenleitstelle Südost, Berlin W 9, Lennéstraße 4. Die Frachtenleitstelle bestimmt nach Maßgabe der Verkehrslage bei Schifffahrt und Bahn mit verbindlicher Wirkung den Transportweg und das Transportmittel.

Anmeldepflichtig sind alle Güter in Wagenladungen (einschl. Sammelgut), auch wenn eine solche Sendung weniger als 10 t wiegt.

(\*) Ausgenommen von der Anmelde- und Genehmigungspflicht sind:

- a) Kohlen und Koks,
- b) leere und beladene Privatwagen,
- c) Mineralöltransporte.

Wagenladungen mit leicht verderblichen Gütern, die ihrer Natur nach auf den Bahnweg angewiesen sind, bedürfen lediglich der Anmeldung und unterliegen der Genehmigungspflicht nicht.

(\*) Die Transporte sind der Frachtenleitstelle Südost Berlin mindestens 2 Wochen vor dem beabsichtigten Versand mit besonderem Vordruck schriftlich anzumelden. Dabei ist die Art und die Menge des Gutes, der Versand- und der Bestimmungsbahnhof sowie der gewünschte Transportweg, das gewünschte Transportmittel und der beabsichtigte Versandzeitpunkt anzugeben. Die Anmeldung kann auch durch Spediteure erfolgen; Doppelanmeldungen müssen vermieden werden. Die erforderlichen Vordrucke werden vom Zentralverband der Industrie, Prag II., Rašin-Ufer 60, ausgegeben.

Die Frachtenleitstelle Südost erteilt dem Absender eine befristete Transportbewilligung, wobei den Wünschen über den gewählten Transportweg nach Möglichkeit Rechnung getragen wird.

Nach der Verladung ist der Transport unter Angabe der Anzahl und der Bezeichnung der Wagen, des Inhalts, des Gewichts und des Bestimmungsorts der Frachtenleitstelle Südost unter Benutzung des der Genehmigung beigelegten Vordrucks anzuzeigen.

(\*) Die Güterabfertigungen der Deutschen Reichsbahn, der Protektoratsbahnen Böhmen und Mähren und die deutschen Donauschiffahrtsgesell-

(\*) Transporty z a do jmenovaných jihovýchodních států jsou povinny přihláškou a podléhají dopravnímu schválení Úřadem pro směřování nákladů pro Jihovýchod, Berlín W 9, Lennéstraße 4. Úřad pro směřování nákladů stanoví podle stavu dopravy u lodní plavby a dráhy se závazným účinkem cestu dopravní a dopravní prostředek.

Přihlášením povinno jest veškeré zboží ve vozových nákladech (včetně sběrného zboží), i když váží taková zásilka méně než 10 t.

(\*) Z povinnosti ohlašovací a schvalovací jsou vyňaty:

- a) uhlí a koks,
- b) prázdné a naložené soukromé vozy,
- c) transporty minerálních olejů.

Vozové náklady zboží podléhajícího lehce zkáze, podle své povahy odkázané na cestu dráhou, potřebují jenom ohlášení a nepodléhají schvalovací povinnosti.

(\*) Transporty buďtež ohlášeny písemně Úřadu pro směřování nákladů pro Jihovýchod v Berlíně nejméně 2 týdny před zamýšleným odesláním zvláštním tiskopisem. Při tom buďtež udány druh a množství zboží, nádraží odeslání a určení jakož i žádaná cesta dopravní, žádaný prostředek dopravní a zamýšlená doba odeslání. Přihlášku mohou učiniti i zasilatelé; jest se vystříhati dvojích přihlášek. Potřebné tiskopisy vydávají se Ústředním svazem průmyslu v Praze II., Rašinovo ná-  
břeží 60.

Úřad pro směřování nákladů Jihovýchod udělí odesílateli na lhůtu vázané transportní povolení, při čemž se podle možnosti vyhová přáním ohledně volené dopravní cesty.

Po naložení budiž ohlášen transport s udáním počtu a označení vozů, obsahu, váhy a místa určení Úřadu pro směřování nákladů Jihovýchod za použití tiskopisu připojeného ke schválení.

(\*) Výpravny zboží Německé říšské dráhy, protektorátních drah Čech a Moravy a německé Dunajské společnosti pro lodní plavbu přijmou zboží

schaften nehmen Güter nach den genannten Staaten nur an, wenn dem Frachtbrief die von der Frachtenleitstelle ausgestellte Transportbewilligung beigelegt ist.

Wagenladungen nach dem Südosten, die zum Umschlag nach einem Donauhafen oder italienischen Hafen befördert werden, sind für die Beförderung mit der Eisenbahn vom Versandbahnhof bis zum Donauumschlaghafen oder italienischen Seehafen nicht genehmigungspflichtig; die Genehmigungspflicht besteht erst für die Beförderung mit Schiff ab Donauumschlaghafen oder italienischen Seehafen.

(6) Als Verkehr von und nach Deutschland (einschl. Protektorat Böhmen und Mähren) gilt auch der Verkehr durch Deutschland (einschl. Protektorat Böhmen und Mähren) von und nach Belgien, Dänemark, dem besetzten Teile Frankreichs, Holland, Norwegen, Schweden und Finnland.

Das Frachtenleitverfahren gilt auch für den gesamten Verkehr aus den Ländern des Südosten (einschl. Griechenland) nach der Schweiz, und zwar sowohl wenn die Transporte den Weg über Deutschland wie über Italien nehmen. Jedoch sind die Transporte aus Kroatien vom Frachtenleitverfahren ausgenommen, soweit sie nicht über deutsches Gebiet geleitet werden. Ausgenommen sind auch Schweizertransporte durch das Mittelmeer, die mit Schweizer oder von der Schweiz gecharterten Schiffen durchgeführt werden.

(7) Die von der Frachtenleitstelle dem Importeur erteilte Transportbewilligung ist der zuständigen Frachtenleitstelle in Agram, Belgrad, Bukarest, Saloniki, Sofia und bei Transporten aus der Türkei der Vertretung der Deutschen Levante-Linie G. m. b. H., Istanbul-Galata, Hovaghimian Han, vor der beabsichtigten Verladung durch den Verloader oder Spediteur in den betreffenden Exportländern vorzulegen. Die Transporte werden auf dem Bahnwege, auf der Donau und dem Schwarzen Meer und dem Marmara Meer nur durchgeführt, wenn die Transportbewilligung vorgelegt wird.

Die Frachtenleitstelle Südost in Berlin ist ermächtigt, bei kleineren Transporten die Entscheidung über das zu wählende Transportmittel der zuständigen Frachtenleitstelle in den Exportländern zu überlassen.

Prag, den 22. September 1941.

Der Reichsprotector in Böhmen  
und Mähren

Im Auftrage

Dr. von Burgsdorff.

do jmenovaných států jen, je-li k nákladnímu listu připojeno transportní povolení Úřadu pro směrování nákladů.

Vozové náklady na Jihovýchod, dopravované ku přeložení do některého dunajského přístavu nebo italského přístavu, nepotřebují schválení pro dopravu železnicí z odesílacího nádraží až k dunajskému překládnému přístavu nebo italskému námořnímu přístavu; povinnost, aby byly schváleny, stává teprve pro dopravu lodí z dunajského překládného přístavu nebo italského námořního přístavu.

(6) Za dopravu z a do Německa (včetně protektorátu Čechy a Morava) platí též doprava Německem (včetně protektorátu Čechy a Morava) z a do Belgie, Dánska, obsazené části Francie, Holandska, Norska, Švédska a Finska.

Rízení pro směrování nákladů platí též pro veškerou dopravu ze země Jihovýchodu (včetně Recka) do Švýcarska, a to jak když transporty ubírají se cestou přes Německo tak i přes Itálii. Avšak jsou z řízení o směrování nákladů vyňaty transporty z Chorvatska, pokud nejsou řízeny přes německé území. Vyňaty jsou též švýcarské transporty Středozemním mořem prováděné švýcarskými nebo Švýcarskem najatými lodmi.

(7) Úřadem pro směrování nákladů dovoleno udělené dopravní povolení budíž předloženo před zamýšleným naložením nakladačem nebo zasílatelem v příslušných exportních zemích příslušnému Úřadu pro směrování nákladů v Záhřebě, Bělehradě, Bukurešti, Soluni, Sofii a při transportech z Turecka zastoupení Německé levantské linie spol. s r. o., Istanbul-Galata, Hovaghimian Han. Transporty se provedou po dráze, po Dunaji a Černém moři a po Marmarském moři jen, když se předloží transportní povolení.

Úřad pro směrování nákladů pro Jihovýchod v Berlínu jest zmocněn při menších transportech přenechatí rozhodnutí o transportním prostředku, který jest voliti, příslušnému Úřadu pro směrování nákladů ve vývozních zemích.

V Praze dne 22. září 1941.

Ríšský protector v Čechách  
a na Moravě

Z rozkazu

Dr. von Burgsdorff,  
státní podtajemník.

## Verordnung

über die Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über Zollerleichterungen für Waren slowakischen Ursprungs bei der Einfuhr in das Protektorat Böhmen und Mähren oder in den Reichsgau Sudetenland.

Vom 27. September 1941.

(RGBl. I S. 586, ausgeg. am 29. IX. 1941).

Auf Grund des § 13 der Reichsabgabenordnung vom 22. Mai 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 161) wird im Einvernehmen mit dem Reichsprotektor in Böhmen und Mähren das Folgende verordnet:

### § 1

Im § 3 der Verordnung über Zollerleichterungen für Waren slowakischen Ursprungs bei der Einfuhr in das Protektorat Böhmen und Mähren oder in den Reichsgau Sudetenland vom 26. März 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 174) ist statt der Worte „mit Ablauf des 30. September 1941“ zu setzen: „mit Ablauf des 31. März 1942.“

### § 2

Die Verordnung tritt am 1. Oktober 1941 in Kraft.

Berlin, 27. September 1941.

Der Reichsminister der Finanzen

In Vertretung des Staatssekretärs

Wucher.

*Die in der vorstehenden Verordnung angeführte Verordnung über Zollerleichterungen für Waren slowakischen Ursprungs bei der Einfuhr in das Protektorat Böhmen und Mähren oder in den Reichsgau Sudetenland vom 26. März 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 174) wurde im VBIRProt. 1941 S. 145 veröffentlicht.*

## Nářizení

prodlužující dobu platnosti nařizení o celních úlevách pro zboží slovenského původu při dovozu do protektorátu Čechy a Morava nebo do říšské župy Sudetenland.

Ze dne 27. září 1941.

(Říšský zák. I., str. 586., vyd. dne 29. IX. 1941.).

Na základě § 13. říšského dávkového řádu ze dne 22. května 1931 (Říšský zák. I., str. 161.) se v dohodě s říšským protektorem v Čechách a na Moravě nařizuje toto:

### § 1.

V § 3. nařizení o celních úlevách pro zboží slovenského původu při dovozu do protektorátu Čechy a Morava nebo do říšské župy Sudetenland ze dne 26. března 1941 (Říšský zák. I., str. 174.) budiž na místo slov „uplynutím dne 30. září 1941“ vloženo: „uplynutím dne 31. března 1942.“

### § 2.

Nařizení nabývá platnosti dne 1. října 1941.

V Berlinu dne 27. září 1941.

Říšský ministr financí

V zastoupení státního tajemníka

Wucher.

*V předcházejícím nařizení uvedené nařizení o celních úlevách pro zboží slovenského původu při dovozu do protektorátu Čechy a Morava nebo do říšské župy Sudetenland ze dne 26. března 1941 (Říšský zák. I., str. 174.) bylo uveřejněno ve Věstn. ř. prot. 1941, str. 145.*

## Zweite Verordnung

des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren  
über die Betreuung der Juden und jüdischen  
Organisationen.

Vom 12. Oktober 1941.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über das  
Rechtsetzungsrecht im Protektorat Böhmen und  
Mähren vom 7. Juni 1939 (RGBl. I S. 1039) wird  
verordnet:

### § 1

(<sup>1</sup>) Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung  
in Prag kann die Abwicklung des Vermögens aus-  
wandernder Juden übernehmen, wenn dies bei ihr  
vom Verfügungsberechtigten in einer Niederschrift  
beantragt wird.

(<sup>2</sup>) Diese Niederschrift gilt als öffentliche Ur-  
kunde im Sinne des § 33 des Allgemeinen Grund-  
buchgesetzes.

(<sup>3</sup>) Die Vorschriften der Verordnungen des  
Reichsprotektors vom 21. Juni 1939 über das  
jüdische Vermögen (VBIRProt. S. 45) und vom  
26. Januar 1940 zur Ausschaltung der Juden aus  
der Wirtschaft des Protektorats (VBIRProt. S. 41)  
und der hierzu ergangenen Durchführungserlasse  
bleiben unberührt.

### § 2

(<sup>1</sup>) Bei Abwicklung des Vermögens ist für An-  
sprüche von Gläubigern des Juden der Rechtsweg  
ausgeschlossen. Anhängige Rechtstreite, Exeku-  
tionen, Konkurs- und Ausgleichsverfahren sind auf  
Antrag der Zentralstelle für jüdische Auswan-  
derung in Prag zu unterbrechen. Das unterbrochene  
Verfahren kann nur auf Antrag der Zentralstelle  
für jüdische Auswanderung in Prag fortgesetzt  
werden.

(<sup>2</sup>) Hinsichtlich der Befriedigung der in Abs. 1  
bezeichneten Ansprüche sind die Vorschriften des  
Gesetzes über die Gewährung von Entschädigun-  
gen bei der Einziehung oder dem Übergang von  
Vermögen vom 9. Dezember 1937 (RGBl. I S. 1333)  
sinngemäß anzuwenden.

### § 3

Die zur Durchführung, Ausführung und Ergän-  
zung dieser Verordnung erforderlichen Bestim-  
mungen erläßt der Reichsprotector in Böhmen  
und Mähren.

## Druhé nařízení

říšského protektora v Čechách a na Moravě o péči  
o Židy a židovské organizace.

Ze dne 12. října 1941.

Na základě § 1. nařízení o právu vydávati právní  
předpisy v protektorátu Čechy a Morava ze dne  
7. června 1939 (Říšský zák. I., str. 1039.) se naří-  
zuje:

### § 1.

(<sup>1</sup>) Ústředna pro vystěhování Židů v Praze může  
převzít likvidaci majetku židovských vystěho-  
valců, je-li to u ní navrženo, sepsáním osobou  
oprávněnou k dispozici.

(<sup>2</sup>) Toto sepsání platí za veřejnou listinu ve  
smyslu § 33. Všeobecného zákona o pozemkových  
knížkách.

(<sup>3</sup>) Předpisy nařízení říšského protektora ze dne  
21. června 1939 o židovském majetku (Věstn. ř.  
prot. str. 45.) a ze dne 26. ledna 1940 k vyřazo-  
vání Židů z hospodářství Protektorátu (Věstn. ř.  
prot. str. 41.) a prováděcích výnosů k nim vyda-  
ných zůstávají nedotčeny.

### § 2.

(<sup>1</sup>) Při likvidaci majetku jest pro nároky věři-  
telů Židů právní cesta vyloučena. Zahájené právní  
spory, exekuce, konkursní a vyrovnávací řízení  
buďtež na návrh Ústředny pro vystěhování Židů  
v Praze přerušeno. V přerušném řízení může se  
pokračovati jen na návrh Ústředny pro vystěho-  
vání Židů v Praze.

(<sup>2</sup>) Ohledně uspokojení nároků označených  
v odst. 1. budiž obdobně použito předpisů zákona  
o poskytování odškodnění při odnětí nebo pře-  
chodu majetků ze dne 9. prosince 1937 (Říšský  
zák. I., str. 1333.).

### § 3.

Ustanovení nutná ku provádění, vykonávání a  
doplňování tohoto nařízení vydá říšský protektor  
v Čechách a na Moravě.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Prag, den 12. Oktober 1941.

Der Reichsprotector in Böhmen  
und Mähren

Mit der Führung der Geschäfte beauftragt:

Heydrich,

//Obergruppenführer und General der Polizei.

§ 4.

Toto nařízení nabývá platnosti jeho vyhlášením.

V Praze dne 12. října 1941.

Říšský protektor v Čechách  
a na Moravě

Vedením úředních záležitostí pověřen:

Heydrich,

//Obergruppenführer a generál policie.

# Verordnungsblatt

des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren

Věstník nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě

1941	Ausgegeben in Prag, den 27. November Vydáno v Praze dne 27. listopadu	Nr. 61 Cis.
------	--	----------------

Tag den	Inhalt / Obsah	Seite strana
11. 11. 1941.	Anordnung, womit die Anordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei im Protektorat Böhmen und Mähren vom 20. September 1940 ergänzt wird . Nařízení, kterým se doplňuje nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě o potírání zločinů policií v protektorátu Čechy a Morava předcházením jim ze dne 20. září 1940 . . . . .	641 641
19. 11. 1941.	Dritte Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen . . . . . <u>Třetí nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě o péči o Židy a židovské organizace . . . . .</u>	642 642
19. 11. 1941.	Anordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren zur Durchführung der Schuldenabwicklungsverordnung vom 15. August 1941 (RGBl. I S. 516) Nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě ku provádění nařízení o vypořádání dluhů ze dne 15. srpna 1941 (Říšský zák. I, str. 516.) . . . . .	649 649
26. 11. 1941.	Zweite Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Organisationen der deutschen Staatsangehörigen . . . . . Druhé nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě o organizacích německých státních příslušníků . . . . .	652 652

## Anordnung,

womit die Anordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei im Protektorat Böhmen und Mähren vom 20. September 1940 (Verordnungsblatt des Reichsprotectors S. 484) ergänzt wird.

**Vom 11. November 1941.**

Auf Grund des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren vom 16. März 1939 (RGBl. I S. 485) wird die Anordnung über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei im Protektorat Böhmen und Mähren vom 20. September 1940 (Verordnungsblatt des Reichsprotectors S. 484) wie folgt ergänzt:

1. In Punkt a) ist nach dem Wort „Rechtsbrechern“ einzufügen: „und Asozialen“
2. Als Punkt c) ist anzufügen:  
„gegenüber Rechtsbrechern und Asozialen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit auch ohne

## Nařízení,

kterým se doplňuje nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě o potírání zločinů policií v protektorátu Čechy a Morava předcházením jim ze dne 20. září 1940 (Věstník nařízení říšského protektora str. 484).

**Ze dne 11. listopadu 1941.**

Na základě výnosu Vůdce a říšského kancléře o protektorátu Čechy a Morava ze dne 16. března 1939 (Říšský zák. I, str. 485.) se nařízení o potírání zločinů policií v protektorátu Čechy a Morava předcházením jim ze dne 20. září 1940 (Věstník nařízení říšského protektora str. 484.) doplňuje, jak následuje:

1. V bodě a) se za slova „porušovatelům práva“ vloží: „a asociálním osobám“
2. Jako bod c) se připojí:  
„proti porušovatelům práva a asociálním osobám neněmecké státní příslušnosti také

vorausgegangene Verurteilung durch ein deutsches Strafgericht, wenn die Anhaltung im Reichsinteresse geboten ist“.

Prag, den 11. November 1941.

Der Reichsprotector in Böhmen  
und Mähren

In Vertretung

K. H. Frank,  
Staatssekretär.

bez předcházejícího odsouzení německým trestním soudem, je-li zadržení v zájmu Říše záhodné.“

V Praze dne 11. listopadu 1941.

Říšský protektor v Čechách  
a na Moravě

V zastoupení

K. H. Frank,  
státní tajemník.

### Dritte Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen.

Vom 19. November 1941.

Auf Grund des § 4 Abs. 2 der Verordnung des Reichsprotectors vom 5. März 1940 (VBIRProt. S. 77) und des § 3 der Zweiten Verordnung des Reichsprotectors vom 12. Oktober 1941 (VBIRProt. S. 555) über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen wird bestimmt:

#### § 1

(1) Ansprüche von Gläubigern gegen jüdische Rechtsgebilde, deren Auflösung, Überführung oder Eingliederung gemäß § 3 der Verordnung des Reichsprotectors vom 5. März 1940 (VBIRProt. S. 77) verfügt wurde, gelten mit dem Tage dieser Verfügung, Ansprüche von Gläubigern gegen jüdische Vermögen, die gemäß § 1 der Zweiten Verordnung des Reichsprotectors vom 12. Oktober 1941 (VBIRProt. S. 555) zur Abwicklung übernommen wurden, mit dem Tage der Aufnahme der Niederschrift als erloschen.

(2) Das Gleiche gilt für Rechte an Gegenständen, die zu den im Abs. 1 genannten Vermögen gehören.

(3) Abs. 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn ein Dritter sich gegenüber der Zentralstelle für jüdische Auswanderung verpflichtet hat, die Ansprüche zu befriedigen, oder wenn ein Vermögensteil bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits weiterveräußert ist.

#### § 2

Personen, die auf Grund der Bestimmung des § 1 einen Vermögensnachteil erleiden, kann aus den Mitteln des Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren eine Entschädigung gewährt werden.

#### § 3

Für die Festsetzung und Gewährung der Entschädigung gelten sinngemäß die Vorschriften der

### Třetí nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě o péči o Židy a židovské organizace.

Ze dne 19. listopadu 1941.

Na základě § 4, odst. 2. nařízení říšského protektora ze dne 5. března 1940 (Věstn. ř. prot. str. 77.) a § 3. Druhého nařízení říšského protektora ze dne 12. října 1941 (Věstn. ř. prot. str. 555.) o péči o Židy a židovské organizace se stanoví:

#### § 1.

(1) Nároky věřitelů proti židovským právním útvarům, jichž rozpuštění, převedení nebo včlenění podle § 3. nařízení říšského protektora ze dne 5. března 1940 (Věstn. ř. prot. str. 77.) bylo nařízeno, platí dnem tohoto opatření, nároky věřitelů proti židovským majetkům, které byly podle § 1. Druhého nařízení říšského protektora ze dne 12. října 1941 (Věstn. ř. prot. str. 555.) převzaty k likvidování, dnem sepsání zápisu za zaniklé.

(2) Stejně platí pro práva na předmětech, které patří k majetkům jmenovaným v odst. 1.

(3) Odst. 1. a 2. se nepoužije, zavázala-li se třetí osoba vůči ústřední úřadovně pro židovské vystěhovalectví, že uspokojí nároky, nebo je-li část majetku při nabytí platnosti tohoto nařízení již dále zcizena.

#### § 2.

Osobám, které na základě ustanovení § 1. utrpí škodu na majetku, může být z prostředků vystěhovalectvého fondu pro Čechy a Moravu poskytnuto odškodnění.

#### § 3.

Pro stanovení a poskytnutí odškodnění platí obdobně předpisy §§ 13., 14., odst. 1. a 2., 17.,

§§ 13, 14 Abs. 1 und 2, 17 Abs. 1, 32, 34, 35 und 37 des Gesetzes über die Gewährung von Entschädigungen bei der Einziehung oder dem Übergang vom Vermögen vom 9. Dezember 1937 (RGBl. I S. 1333) und der §§ 2, 8, 10 bis 17, 19 und 22 der Zweiten Verordnung zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes vom 18. März 1938 (RGBl. I S. 317) nach Maßgabe der §§ 4 bis 11 dieser Verordnung.

§ 4

(1) Die Entschädigung wird nur gewährt, wenn der Geschädigte bis zum 31. Juli 1942 einen Antrag stellt.

(2) Der Antrag ist schriftlich bei der Feststellungsbehörde (§ 5) unter Angabe des Schuldgrundes einzubringen.

§ 5

(1) Die Festsetzung der Entschädigung erfolgt in einem Feststellungsverfahren vor der Feststellungsbehörde.

(2) Feststellungsbehörde ist der Reichsprotektor in Böhmen und Mähren (Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Prag).

(3) Die Entscheidung der Feststellungsbehörde ist endgültig.

§ 6

Der Antrag auf Gewährung einer Entschädigung ist abzuweisen, wenn er nicht innerhalb der in § 4 Abs. 1 bestimmten Frist gestellt ist. Weist der Geschädigte nach, daß er oder sein gesetzlicher Vertreter oder sein Bevollmächtigter die Antragsfrist ohne Verschulden versäumt hat, so hat die Feststellungsbehörde den Antrag zuzulassen, sofern er innerhalb einer Frist von 2 Monaten nach Behebung des Hindernisses nachgeholt wird. Nach dem 31. Dezember 1942 können Anträge nicht mehr gestellt werden.

§ 7

(1) Der Gesamtbetrag der Entschädigungen ist durch den Umfang des jeweiligen Vermögens begrenzt.

(2) Für die Bemessung des Umfanges eines Vermögens nach Abs. 1 ist sein Verkaufswert maßgebend.

§ 8

(1) Als Verkaufswert gilt der bei bestimmungsgemäßen Gebrauch zu erzielende mittlere ortsübliche Verkaufswert für Gegenstände gleicher Art und Güte am Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung.

(2) Der Wert der bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung gezogenen Früchte und Nutzungen ist dem Vermögenswert hinzuzurechnen.

odst. 1., 32., 34., 35. a 37. zákona o poskytování odškodnění při zabavení nebo převodu majetku ze dne 9. prosince 1937 (Říšský zák. I., str. 1333.) a §§ 2., 8., 10. až 17., 19. a 22. Druhého nařízení ku provádění a doplnění tohoto zákona ze dne 18. března 1938 (Říšský zák. I., str. 317.) v míře §§ 4. až 11. tohoto nařízení.

§ 4.

(1) Odškodnění se poskytne jen, když poškozený podá návrh do 31. července 1942.

(2) Návrh budiž podán písemně u zjišťovacího úřadu (§ 5.) s udáním důvodu dluhu.

§ 5.

(1) Stanovení odškodnění se děje v zjišťovacím řízení před zjišťovacím úřadem.

(2) Zjišťovacím úřadem jest říšský protektor v Čechách a na Moravě (Velitel bezpečnostní policie a bezp. služby v Praze).

(3) Rozhodnutí zjišťovacího úřadu má konečnou platnost.

§ 6.

Návrh na poskytnutí odškodnění budiž zamítnut, není-li podán ve lhůtě stanovené v § 4., odst. 1. Dokáže-li poškozený, že on nebo jeho zákonný zástupce nebo jeho zmocněnec lhůtu k návrhu zmeškal bez zavinění, musí zjišťovací úřad návrh připustiti, pokud se podá dodatečně ve lhůtě dvou měsíců po odstranění překážky. Po 31. prosinci 1942 nemohou již návrhy býti podávány.

§ 7.

(1) Úhrnná částka odškodnění jest ohraničena rozsahem majetku v té které době.

(2) Pro vyměření rozsahu majetku podle odst. 1. jest rozhodující jeho prodejní hodnota.

§ 8.

(1) Za prodejní hodnotu platí střední v místě obvyklá prodejní hodnota, které lze docílit při užívání podle určení za předměty stejného druhu a jakosti v den nabytí platnosti tohoto nařízení.

(2) Hodnota užitků a užívání přijímaných až do nabytí platnosti tohoto nařízení budiž připočtena k hodnotě majetku.

29 a

§ 9

Von dem Umfang eines Vermögens (§ 7) sind die Ausgaben, die der Zentralstelle für jüdische Auswanderung bei der Verwaltung dieses Vermögens bis zum Zeitpunkt der Feststellung der Entschädigung entstanden sind sowie etwaige Zeugen- und Sachverständigengebühren, die im Feststellungsverfahren gezahlt worden sind, abzuziehen.

§ 10

Soweit die Grundbücher oder andere öffentliche Register durch Verfügungen, die auf Grund der Verordnungen des Reichsprotectors vom 5. März 1940 (VBIRProt. S. 77) und vom 12. Oktober 1941 (VBIRProt. S. 555) über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen getroffen wurden, unrichtig geworden sind, sind sie auf Antrag der Zentralstelle für jüdische Auswanderung zu berichtigen. Die Berichtigung erfolgt gebührenfrei.

§ 11

Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Der Reichsprotector in Böhmen  
und Mähren

Mit der Führung der Geschäfte beauftragt:

Heydrich,

4-Obergruppenführer und General der Polizei.

*Die in der vorstehenden Verordnung angeführten §§ der Verordnung vom 9. Dezember 1937 (RGBl. I S. 1333) und der Zweiten Verordnung vom 18. März 1938 (RGBl. I S. 317) haben folgenden Wortlaut:*

Verordnung vom 9. Dezember 1937  
(RGBl. I S. 1333):

§ 13

(<sup>1</sup>) Bei der Festsetzung der Entschädigungen ist grundsätzlich nach der in der Konkursordnung für die Befriedigung der Gläubiger vorgesehenen Reihenfolge zu verfahren.

(<sup>2</sup>) Von diesem Grundsatz ist abzusehen, wenn Billigkeitsgründe es erfordern; insbesondere sind Geschädigte bevorzugt zu behandeln, deren Lebensunterhalt oder wirtschaftliches Fortkommen gefährdet ist oder die einer Entschädigung zur Erfüllung der ihnen kraft Gesetzes obliegenden Unterhaltspflichten bedürfen.

§ 9.

Od rozsahu majetku (§ 7.) buďtež odečtena vydání, která ústřední úřadovně pro židovské vystěhovalectví vznikla při správě tohoto majetku až do okamžiku zjištění odškodnění jakož i případné poplatky svědecké a znalecké, které byly placeny v zjišťovacím řízení.

§ 10.

Pokud pozemkové knihy nebo jiné veřejné rejstříky se staly nesprávnými opatřeními, učiněnými na základě nařízení říšského protektora ze dne 5. března 1940 (Věstn. ř. prot. str. 77.) a ze dne 12. října 1941 (Věstn. ř. prot. str. 555.) o péči o Židy a židovské organizace, buďtež na návrh ústřední úřadovny pro židovské vystěhovalectví opraveny. Oprava děje se bez poplatků.

§ 11.

Nařízení nabývá platnosti vyhlášením.

Říšský protektor v Čechách  
a na Moravě

Vedením úředních záležitostí pověřen

Heydrich,

4-Obergruppenführer a generál policie.

*V předcházejícím nařízení uvedené §§ nařízení ze dne 9. prosince 1937 (Říšský zák. I., str. 1333.) a Druhého nařízení ze dne 18. března 1938 (Říšský zák. I., str. 317.) mají toto znění:*

Nařízení ze dne 9. prosince 1937  
(Říšský zák. I., str. 1333.):

§ 13.

(<sup>1</sup>) Při stanovení odškodnění budíž zásadně postupováno podle pořadí předvidaného v konkursním řádu pro uspokojení věřitelů.

(<sup>2</sup>) Od této zásady budíž upuštěno, vyžadují-li toho důvody spravedlnosti; zvláště budíž přednostně nakládáno s poškozeneými, jejichž živobytí nebo hospodářské zaopatření jest ohroženo, nebo kteří potřebují odškodnění, aby mohli plnit podle zákona jim přináležející povinnosti vyživovací.

§ 14

(1) Die Feststellungsbehörde setzt die als Entschädigung zu zahlende Geldsumme fest. Sie kann Raten und Zahlungsstermine bestimmen. Soweit in der Entscheidung der Feststellungsbehörde nichts anderes bestimmt ist, ist die Geldsumme einen Monat, nachdem die Entscheidung dem Geschädigten zugestellt worden ist, an ihn zu zahlen.

(2) Die Feststellungsbehörde kann anordnen, daß eine Entschädigung durch Hingabe von Inhaberschuldverschreibungen des Reichs oder eines Landes oder durch Übereignung einer Sache geleistet oder daß die dem Geschädigten nach der Entscheidung der Feststellungsbehörde zustehende Forderung auf Zahlung einer Entschädigung durch Bestellung eines Grundpfandrechtes gesichert wird.

§ 17

(1) Die Entscheidungen der Feststellungsbehörden sind dem Geschädigten zuzustellen.

§ 32

(1) In den von diesem Gesetz betroffenen Fällen werden Entschädigungen auf Grund anderer Gesetze nicht gewährt. Etwa bestehende Ansprüche erlöschen.

(2) Macht in einem Rechtsstreit eine Partei geltend, daß der anhängige Anspruch unter dieses Gesetz falle, so muß das Gericht das Verfahren aussetzen und die Zwangsvollstreckung aus einer bereits erlassenen vollstreckbaren Entscheidung einstweilen einstellen. Das Gericht kann diese Anordnungen auch von Amts wegen treffen, wenn es den anhängigen Anspruch als unter dieses Gesetz fallend ansieht. In beiden Fällen hat das Gericht unter Vorlage der Akten die zuständige Feststellungsbehörde zu benachrichtigen. Die Anordnungen des Gerichts sind unanfechtbar.

(3) Die Feststellungsbehörde kann die Weiterverfolgung des Anspruchs im ordentlichen Rechtsweg zulassen oder die Akten der Reichsfeststellungsbehörde zur Entscheidung vorlegen.

(4) Läßt die Feststellungsbehörde oder die Reichsfeststellungsbehörde die Weiterverfolgung des Anspruchs im ordentlichen Rechtsweg zu, so hat das Gericht auf Antrag die Anordnung über die Aussetzung des Rechtsstreits oder die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung aufzuheben.

(5) Durch die Entscheidung der Reichsfeststellungsbehörde, daß der Anspruch im Feststellungsverfahren zu behandeln ist, wird seine Weiterverfolgung im Rechtsweg und die Zwangsvollstreckung aus dem über ihn ergangenen Titel unzulässig.

§ 34

Soweit ein Rechtsstreit durch dieses Gesetz seine Erledigung findet, werden die Gerichtskosten niedergeschlagen, die außergerichtlichen Kosten gegeneinander aufgehoben.

§ 14.

(1) Zjišťovací úřad stanoví peněžní částku, kterou jest platiti jako odškodné. Může stanoviti splátky a platební lhůty. Pokud není v rozhodnutí zjišťovacího úřadu nic jiného stanoveno, budíž peněžitá částka vyplacena poškozenému jeden měsíc potom, kdy mu bylo doručeno rozhodnutí.

(2) Zjišťovací úřad může naříditi, aby odškodnění bylo plněno odevzdáním na majitele znějících dlužních úpisů říše nebo některé země nebo převzetím nějaké věci převodem vlastnictví nebo, že poškozenému podle rozhodnutí zjišťovacího úřadu příslušející pohledávka na placení odškodného jest zajištěna zřízením zástavního práva na nemovitostech.

§ 17.

(1) Rozhodnutí zjišťovacích úřadů buďtež doručena poškozenému.

§ 32.

(1) V případech postižených tímto zákonem neposkytují se odškodnění na základě jiných zákonů. Případně stávající nároky zanikají.

(2) Uplatňuje-li strana v právním sporu, že projednávaný nárok spadá pod tento zákon, jest povinen soud řízení odročiti a nucený výkon na základě již vydaného vykonatelného rozhodnutí prozatím zastaviti. Soud může toto nařízení učiniti i z moci úřední, pokládá-li projednávaný nárok za spadající pod tento zákon. V obou případech jest soud povinen zpravití za předložení spisů příslušný zjišťovací úřad. Nařízením soudu nelze odporovati.

(3) Zjišťovací úřad může připustiti další sledování nároku řádnou právní cestou nebo předložiti spisy říšskému zjišťovacímu úřadu k rozhodnutí.

(4) Připustí-li zjišťovací úřad nebo říšský zjišťovací úřad další sledování nároku řádnou právní cestou, jest soud povinen na návrh zrušiti nařízení o odročení právního sporu nebo prozatím zastavení nuceného výkonu.

(5) Rozhodnutím říšského zjišťovacího úřadu, že nárok jest projednávatí v zjišťovacím řízení, stává se jeho další sledování právní cestou a nucený výkon z titulu o něm vydaného nepřipustným.

§ 34.

Pokud právní spor nalezne své vyřízení tímto zákonem, nepožadují se soudní útraty, mimo soudní útraty se navzájem ruší.

## § 35

(<sup>1</sup>) Die Gewährung einer Entschädigung im Vergleichswege wird durch die Vorschriften dieses Gesetzes nicht ausgeschlossen. Der Vergleich bedarf der Bestätigung durch die Feststellungsbehörde.

(<sup>2</sup>) Wenn ein Vergleich über die von diesem Gesetz betroffenen Ansprüche und Rechte beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits abgeschlossen war, so behält es dabei sein Bewenden.

## § 37

Die Entscheidungen der Feststellungsbehörden sind für die ordentlichen Gerichte und sonstigen Spruchstellen bindend.

### Zweite Verordnung vom 18. März 1938 (RGBl. I S. 317):

## § 2

Was zur Befriedigung eines Anspruchs, der nach dem Entschädigungsgesetz erloschen ist, geleistet worden ist, kann nicht zurückgefordert werden.

## § 8

Das Feststellungsverfahren ist so einfach, so zweckmäßig und so schnell wie möglich durchzuführen.

## § 10

Ein Mitglied der Feststellungsbehörde ist von der Ausübung seines Amtes ausgeschlossen

1. in eigener Sache;
2. wenn es Ehegatte des Geschädigten (§ 6 Abs. 1, §§ 20, 27 des Entschädigungsgesetzes) oder des Übernehmers (§ 36 Abs. 1 des Entschädigungsgesetzes) ist oder gewesen ist oder wenn es mit dem Geschädigten oder Übernehmer in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Annahme an Kindes Statt verbunden, in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht;
3. in Sachen, in denen es als Bevollmächtigter oder Beistand des Geschädigten oder des Übernehmers bestellt oder als ihr gesetzlicher Vertreter aufzutreten berechtigt ist oder gewesen ist.

## § 11

(<sup>1</sup>) Die Feststellungsbehörde kann Behörden des Reichs, der Länder, der Gemeindeverbände und

## § 35.

(<sup>1</sup>) Předpisy tohoto zákona nevylučují poskytnutí odškodnění cestou narovnění. Narovnění potřebuje potvrzení zjišťovacím úřadem.

(<sup>2</sup>) Bylo-li narovnění o nárocích a právech dotčených tímto zákonem již uzavřeno při nabytí platnosti tohoto zákona, zůstane při tom.

## § 37.

Rozhodnutí zjišťovacích úřadů jsou pro řádné soudy a jinaká místa nalézací závazná.

### Druhé nařízení ze dne 18. března 1938 (Říšský zák. I., str. 317.):

## § 2.

Co bylo splněno k uspokojení nároku, který podle odškodňovacího zákona zanikl, nemůže býti zpět požadováno.

## § 8.

Zjišťovací řízení budiž provedeno jak jen možno jednoduše, účelně a rychle.

## § 10.

Člen zjišťovacího úřadu jest od výkonu svého úřadu vyloučen

1. ve vlastní věci;
2. je-li nebo byl-li manželem poškozeného (§ 6., odst. 1., §§ 20., 27. odškodňovacího zákona) nebo přejímatele (§ 36., odst. 1. odškodňovacího zákona) nebo je-li s poškozeným nebo přejímatelem v přímé linii spřízněn, sešvakřen nebo spojen přijetím za vlastního, v pobočné linii až do třetího stupně spřízněn nebo až do druhého stupně sešvakřen, i když manželství, jimž jest švakrovství založeno, již nestává;
3. ve věcech, v nichž jest nebo byl ustanoven plnomocníkem nebo podpůrcem poškozeného nebo přejímatele nebo jest nebo byl oprávněn vystupovati jako jejich zákonný zástupce.

## § 11.

(<sup>1</sup>) Zjišťovací úřad může vyzvatí úřady Říše, zemí, svazků obcí a obcí, Německou pracovní

der Gemeinden, die Deutsche Arbeitsfront und die Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront, den Geschädigten (§ 6 Abs. 1, §§ 20, 27 des Entschädigungsgesetzes) und den Unternehmer (§ 36 Abs. 1 des Entschädigungsgesetzes) zur schriftlichen Auskunft über Vorgänge auffordern, die für die Entscheidung der Feststellungsbehörde von Bedeutung sind. Der Vertreter der Deutschen Arbeitsfront (§ 30 Abs. 2 des Entschädigungsgesetzes), der Geschädigte und der Unternehmer können auch zur mündlichen Verhandlung geladen werden. Vor einer Entscheidung, durch die dem Unternehmer eine Entschädigungs- oder Ersatzpflicht auferlegt wird (§ 36 des Entschädigungsgesetzes), muß er gehört werden.

(\*) Die Aufforderung zur schriftlichen Auskunft und die Ladung zur mündlichen Verhandlung kann gegenüber dem Geschädigten und dem Unternehmer unter der Androhung ergehen, daß, falls der Aufforderung innerhalb einer bestimmten Frist oder der Ladung nicht Folge geleistet wird, die Feststellungsbehörde ohne Gehör der Beteiligten entscheiden wird.

(\*) Die mündliche Verhandlung findet in nicht-öffentlicher Sitzung statt.

§ 12

(1) Der Geschädigte und der Unternehmer können sich im Feststellungsverfahren durch Bevollmächtigte vertreten lassen und sich in der mündlichen Verhandlung eines Beistandes bedienen.

(\*) Die Feststellungsbehörde kann Bevollmächtigte und Beistände, die ungeeignet sind, zurückweisen. Rechtsanwälte können nicht zurückgewiesen werden.

(\*) Die Feststellungsbehörde kann die Vorlage einer schriftlichen Vollmacht verlangen. Sie kann unter Fristsetzung ihre nachträgliche Beibringung anordnen. Nach fruchtlosem Fristablauf kann sie die Handlungen des Vertreters unbeachtet lassen.

§ 13

(1) Die Feststellungsbehörde kann über tatsächliche Vorgänge, die für ihre Entscheidungen von Bedeutung sind, Beweis erheben. Zu diesem Zweck können auch Zeugen und Sachverständige vernommen werden.

(\*) Verfügungen und Feststellungen, die auf Grund der im § 1 dieser Verordnung genannten Gesetze von den zuständigen Stellen getroffen worden sind, sind für die Feststellungsbehörden bindend.

(\*) Auf den Zeugenbeweis und den Beweis durch Sachverständige sind die Bestimmungen der Zivilprozeßordnung entsprechend anzuwenden.

§ 14

In der mündlichen Verhandlung kann der Verhandlungsleiter gegen Personen, die seinen zur

frontu a správu majetku Německé pracovní fronty, poškozeného (§ 6., odst. 1., §§ 20., 27. odškodňovacího zákona) a příjematele (§ 36., odst. 1. odškodňovacího zákona) ku písemnému vysvětlení příběhů majících význam pro rozhodnutí zjišťovacího úřadu. Zástupce Německé pracovní fronty (§ 30., odst. 2. odškodňovacího zákona), poškozený a příjematel mohou být též obesláni k ústnímu jednání. Před rozhodnutím, jímž se příjematel ukládá povinnost odškodňovací nebo náhradová (§ 36. odškodňovacího zákona), musí tento být slyšen.

(\*) Vyzvání ku písemnému vysvětlení a obsílka k ústnímu jednání může být vůči poškozenému nebo příjemateli vydána s pohrůzkou, že, nebude-li výzvy do určité lhůty nebo obsílky uposlechnuto, zjišťovací úřad rozhodne bez slyšení účastníků.

(\*) Ústní jednání koná se v neveřejném sezení.

§ 12.

(1) Poškozený a příjematel mohou se ve zjišťovacím řízení dáti zastupovat plnomocníky a použítí při ústním jednání podpůrce.

(\*) Zjišťovací úřad může odmítnouti zmocněnce i podpůrce, kteří jsou nezpůsobilí. Právní zástupci nemohou býtí odmítnuti.

(\*) Zjišťovací úřad může žádati předložení písemné plné moci. Může její dodatečné dodání naříditi pod stanovením lhůty. Po bezvýsledném projití lhůty může nechatí jednání zástupce bez povšimnutí.

§ 13.

(1) Zjišťovací úřad může prováděti důkazy o skutkových příbězích majících význam pro jeho rozhodování. Za tím účelem mohou býtí též slyšeni svědci a znalci.

(\*) Opatření a zjištění učiněná příslušnými místy na základě zákonů jmenovaných v § 1. tohoto nařízení, jsou pro zjišťovací úřady závazná.

(\*) Na důkaz svědecký a důkaz znalci budíž přiměřeně použito ustanovení civilního řádu procesního.

§ 14.

Při ústním jednání může vedoucí jednání proti osobám, které neuposlechnou jeho nařízení vyda-

Aufrechterhaltung der Ordnung erlassenen Anordnungen nicht Folge leisten oder Ungebühr verüben, Ordnungsstrafen bis zu 150 Reichsmark verhängen. Gegen die Verhängung einer Ordnungsstrafe ist die Beschwerde an den Dienstvorgesetzten des Verhandlungsleiters zulässig.

§ 15

(1) Die Feststellungsbehörde kann um die mündliche Verhandlung mit dem Vertreter der Deutschen Arbeitsfront, der Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront, dem Geschädigten oder dem Unternehmer (§ 11 Abs. 1 Satz 2 und 3 dieser Verordnung) sowie um die Beweiserhebung (§ 13 dieser Verordnung) eine andere Verwaltungsbehörde ersuchen, wenn dies zweckmäßig ist und der Ersparnis von Kosten dient.

(2) Eidliche Vernehmungen dürfen nur von der Feststellungsbehörde, vor der das Verfahren anhängig ist, oder von einem darum ersuchten Amtsgericht vorgenommen werden.

(3) Die den Gerichten durch die Erledigung eines Ersuchens (Abs. 2) entstehenden baren Auslagen sind von der ersuchenden Feststellungsbehörde zu erstatten.

§ 16

(1) Über jede Verhandlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Sie soll Ort und Tag der Verhandlung und die Namen der mitwirkenden und auftretenden Personen sowie das Ergebnis der Verhandlung, insbesondere einer etwaigen Beweisaufnahme enthalten.

(2) Die Niederschrift ist vom Verhandlungsleiter zu unterschreiben.

§ 17

Die Entscheidungen der Feststellungsbehörden ergehen als Beschlüsse, die schriftlich abzufassen und mit Gründen zu versehen sind. Soweit gegen einen Beschluß die Beschwerde zugelassen ist, ist dies in der dem Beschwerdeberechtigten zuzustellenden Ausfertigung zu vermerken.

§ 19

Zustellungen erfolgen durch Übergabe an den Empfänger gegen Empfangsschein oder durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein.

§ 22

(1) Verfahrenskosten werden unbeschadet der Vorschriften im § 6 dieser Verordnung nicht erhoben. Die den Beteiligten (Reich, Land, Deutsche Arbeitsfront, Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront, Geschädigter, Unternehmer) sonst erwachsenden Kosten sind von ihnen selbst zu tragen.

ných k udržování pořádku nebo dělají nepřístojnosti, uložití pořádkové tresty až do 150 říšských marek. Proti uložení pořádkového trestu jest přípustna stížnost k služebnímu představenému vedoucího jednání.

§ 15.

(1) Zjišťovací úřad může požádati o ústní jednání se zástupcem Německé pracovní fronty, správou majetku Německé pracovní fronty, poškozeným nebo přejímatelem (§ 11, odst. 1, věta 2. a 3. tohoto nařízení) jakož i o zjištění důkazů (§ 13. tohoto nařízení) jiný správní úřad, je-li to účelné a slouží-li to úspoře útrat.

(2) Přísežné výsledky smí prováděti jen zjišťovací úřad, před nímž řízení běží, nebo úřední soud o to dožádaný.

(3) Hotová vydání vznikající soudům vyřizováním žádosti (odst. 2.) musí nahraditi žádající zjišťovací úřad.

§ 16.

(1) O každém jednání jest sepsati zápis. Má obsahovati místo a den jednání a jména osob spolupůsobilých a vystupujících jakož i výsledek jednání, obzvláště případného provádění důkazu.

(2) Zápis budiž podepsán vedoucím jednání.

§ 17.

Rozhodnutí zjišťovacích úřadů jsou vydávána jako usnesení, která musí býti vyhotovena písemně a opatřena důvody. Pokud proti usnesení jest připuštěna stížnost, budiž to zaznamenáno ve vyhotovení, které se má doručiti k stížnosti oprávněnému.

§ 19.

Doručení dějí se předáním příjemci na potvrzku o přijetí nebo doporučeným dopisem se zpátečním listkem.

§ 22.

(1) Útraty řízení se bez újmy předpisů v § 6. tohoto nařízení nevybírají. Náklady jinak vznikající účastníkům (Říše, země, Německá pracovní fronta, správa majetku Německé pracovní fronty, poškozený, přejímatel) musí tyto nésti sami.

(\*) Zeugen und Sachverständige erhalten Gebühren nach Maßgabe der Bestimmungen der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

(\*) Svědci a znalci obdrží poplatky podle ustanovení poplatkového řádu pro svědky a znalce.

## Anordnung

des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren zur Durchführung der Schuldenabwicklungsverordnung vom 15. August 1941 (RGBl. I S. 516).

Vom 19. November 1941.

Auf Grund der §§ 50, 42 und 10 der Verordnung über die Abwicklung der Forderungen und Schulden polnischer Vermögen vom 15. August 1941 (RGBl. I S. 516) ordne ich an:

### § 1

(\*) Reichsangehörige, Protektoratsangehörige und ausländische Staatsangehörige sowie juristische Personen, Gesellschaften und andere Personenvereinigungen, die ihren Sitz im Reichsgebiet einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren oder im Ausland haben, haben Forderungen und Rechte aller Art gegen polnische Schuldner, insbesondere solche unter kommissarischer Verwaltung, die im Deutschen Reich einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren Vermögen besitzen, anzumelden. Die Anmeldepflicht erstreckt sich nur auf die Forderungen und Rechte, die vor Anordnung der kommissarischen Verwaltung über das Vermögen des Schuldners entstanden und noch nicht befriedigt sind. Zu den anmeldepflichtigen Personen gehören auch Volksdeutsche, die in die Abteilung 1, 2 oder 3 der Deutschen Volksliste eingetragen werden.

(\*) Als Polen gelten:

1. die Angehörigen des ehemaligen polnischen Staates, soweit sie nicht nach § 6 des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über die Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom 8. Oktober 1939 (RGBl. I S. 2042) in Verbindung mit der Verordnung über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten vom 4. März 1941 (RGBl. I S. 118) die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben und in die Abteilung 3 der Deutschen Volksliste eingetragen werden,
2. die Angehörigen der ehemaligen Freien Stadt Danzig polnischer Volkszugehörigkeit,
3. juristische Personen, Gesellschaften und andere Personenvereinigungen, an denen Personen der in Ziffer 1 oder 2 bezeichneten Art am 1. September 1939 kapitalmäßig überwiegend beteiligt waren und deren Verwaltung damals von solchen Personen maßgebend beeinflusst worden ist.

## Narřízení

říšského protektora v Čechách a na Moravě ku provedení nařízení o vypořádání dluhů ze dne 15. srpna 1941 (Říšský zák. I., str. 516.)

Ze dne 19. listopadu 1941.

Na základě §§ 50., 42. a 10. nařízení o vypořádání pohledávek a dluhů polských majetků ze dne 15. srpna 1941 (Říšský zák. I., str. 516.) nařizují:

### § 1.

(\*) Říšští příslušníci, protektorátní příslušníci a cizí státní příslušníci jakož i právnické osoby, společnosti a jiná sdružení osob, mající své sídlo na území Říše včetně protektorátu Čechy a Morava nebo v cizině, jsou povinni přihlásiti pohledávky a práva všeho druhu proti polským dlužníkům, zvláště dlužníkům pod komisařskou správou, kteří drží majetky v Německé říši včetně protektorátu Čechy a Morava. Přihlašovací povinnost se vztahuje jen na pohledávky a práva vzniklé před nařízením komisařské správy a ještě neuspokojené. K osobám povinným přihlásiti patří též příslušníci německé národnostní skupiny, zapsaní v oddělení 1., 2. nebo 3. Německé národnostní listiny.

(\*) Za Poláky platí:

1. příslušníci bývalého polského státu, pokud podle § 6. výnosu Vůdce a říšského kancléře o členění a správě východních území ze dne 8. října 1939 (Říšský zák. I., str. 2042.) ve spojení s nařízením o Německé národnostní listině a německé státní příslušnosti ve včleněných východních územích ze dne 4. března 1941 (Říšský zák. I., str. 118.) nenabyli německé státní příslušnosti a jsou zapsaní do oddělení 3. Německé národnostní listiny,
2. příslušníci polské národnostní příslušnosti bývalého Svobodného města Danzig,
3. právnické osoby, společnosti a jiná sdružení osob, na nichž osoby druhu v čísle 1 nebo 2 naznačeného dne 1. září 1939 byly převážně kapitálově zúčastněny a jejichž správa tehdy byla takovými osobami rozhodujícím způsobem ovlivňována.

32a

(<sup>3</sup>) Forderungen und Rechte, die nicht rechtzeitig angemeldet werden und die dem Reichsprotector in Böhmen und Mähren, der Haupttreuhandstelle Ost oder dem kommissarischen Verwalter nicht sonst bekannt sind, erlöschen.

(<sup>3</sup>) Pohledávky a práva, které se nepřihlásí včas a které nejsou jinak známy říšskému protektorovi v Čechách a na Moravě, hlavní úřadovně věrné ruky pro Východ nebo komisařskému správci, zanikají.

§ 2

Nicht anzumelden sind:

- a) Forderungen und Rechte gegen Schuldner, deren Vermögen lediglich im Generalgouvernement oder im Ausland gelegen ist,
- b) Mitgliedschaftsrechte und Beteiligungen, z. B. Aktien, G. m. b. H. und Genossenschaftsanteile,
- c) Forderungen und Rechte gegen kommissarisch verwaltete Kreditinstitute,
- d) Pfandbriefe und Kommunalobligationen,
- e) Forderungen und Rechte gegen den polnischen Staat (einschließlich Staatsbahn, Post und Postsparkasse), gegen polnische Gemeinden und Gemeindeverbände, insbesondere Anleihen,
- f) Forderungen und Rechte, die sich gegen kirchliche Vermögen richten,
- g) Forderungen und Rechte, die aus Rechtsgeschäften und Handlungen des kommissarischen Verwalters entstanden sind,
- h) Forderungen und Rechte, die nach dem 1. September 1939 von einem Polen auf einen Deutschen, einen Protektoratsangehörigen oder Ausländer übergegangen sind,
- i) Forderungen und Rechte von Gläubigern im Altreich und im Protektorat, die auf Grund der Anordnung des Reichswirtschaftsministers vom 16. November 1939 bei der Exportkreditbank AG. angemeldet sind.

§ 3

(<sup>1</sup>) Für die Anmeldung sind Anmeldebogen zu verwenden, die kostenlos von den Oberlandräten bezogen werden können. Die Anmeldung ist für jeden Schuldner besonders, und zwar auf 2 Bogen (weiß und rot) einzureichen.

(<sup>2</sup>) Die Anmeldung hat spätestens am 31. Januar 1942 durch eingeschriebenen Brief zu erfolgen, und zwar auch dann, wenn sie vor diesem Aufruf schon einmal vorgenommen worden ist oder — wenn Zweifel über die Anmeldepflicht bestehen. Originalunterlagen sind bei der Anmeldung nicht miteinzureichen. Die Anmeldung ist an die für den Wohnsitz des Schuldners zuständige Stelle zu richten, das ist

§ 2.

Přihlásiti se nemusí:

- a) pohledávky a práva proti dlužníkům, jichž majetek jest položen jen v Generálním gubernementu nebo v cizině,
- b) členská práva a účastenství, na př. akcie, spol. s r. o. a družstevní podíly,
- c) pohledávky a práva proti komisařsky spravovaným úvěrním ústavům,
- d) zástavní listy a komunální obligace,
- e) pohledávky a práva proti polskému státu (včetně státní dráhy, pošty a poštovní spořitelny), proti polským obcím a svazům obcí, zvláště půjčky,
- f) pohledávky a práva směřující proti církevním majetkům,
- g) pohledávky a práva, které vznikly z právních řízení a jednání komisařského správce,
- h) pohledávky a práva přešlé po 1. září 1939 s Poláka na Němce, příslušníka protektorát-ního nebo cizince,
- i) pohledávky a práva věřitelů ve Staré říši a v Protektorátu, které na základě nařízení říšského ministra hospodářství ze dne 16. listopadu 1939 jsou přihlášeny u Exportní úvěrní banky a. s.

§ 3.

(<sup>1</sup>) Pro přihlášku buďž použito přihlašovacích archů, které lze obdržeti zdarma od vrchních zemských radů. Přihlášku jest podati za každého dlužníka zvláště, a to na 2 arších (bílém a červeném).

(<sup>2</sup>) Přihláška musí se státi nejpozději dne 31. ledna 1942 doporučeným dopisem, a to i tehdy, byla-li již jednou provedena před tímto vyzváním nebo — jsou-li pochybnosti o povinnosti přihlásiti. Doklady v originálu nebudžť při přihlašování spolu podávány. Přihlášku jest řídití na místo příslušné pro bydliště dlužníka, to jest

- a) bei Schuldnern im Protektorat:  
der Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Prag,
- b) bei Schuldnern im Altreich:  
der Beauftragte für den Vierjahresplan — Haupttreuhandstelle Ost —, Sonderabteilung Altreich, Berlin NW 87, Klopstockstr. 52,
- c) bei Schuldnern in den eingegliederten Ostgebieten:
- im Reichsgau Danzig-Westpreußen:  
der Reichsstatthalter im Reichsgau Danzig-Westpreußen — Der Leiter der Treuhandstelle —, Gotenhafen, Adolf-Hitler-Str. 21/23,
- im Reichsgau Wartheland, mit Ausnahme des Regierungsbezirks Litzmannstadt:  
der Reichstatthalter im Warthegau — Der Leiter der Treuhandstelle — Posen, Wilhelmplatz 15,
- im Regierungsbezirk Litzmannstadt:  
der Reichsstatthalter im Warthegau (Treuhandstelle Posen) — Der Leiter der Treuhandstelle Litzmannstadt —, Litzmannstadt, Straße der 8. Armee Nr. 8,
- im Regierungsbezirk Zichenau und im Kreis Suwalken:  
der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen — Der Leiter der Treuhandstelle —, Zichenau, Ragniterstr. 4.

§ 4

Wer bei der Anmeldung seiner Forderungen und Rechte schuldhaft falsche Angaben macht, wird nach §§ 19 und 21 der Verordnung vom 17. September 1940 (RGBl. I S. 1270) mit Geld- und Gefängnisstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Prag, den 19. November 1941.

Der Reichsprotektor in Böhmen und Mähren  
In Vertretung:  
K. H. Frank,  
Staatssekretär.

Die in der vorstehenden Anordnung angeführten Verordnungen vom 15. August 1941 (RGBl. I S. 516) und vom 17. September 1940 (RGBl. I S. 1270) wurden im VBIRProt. 1941 S. 500 und im VBIRProt. 1940 S. 517 veröffentlicht.

- a) u dlužníků v Protektorátu:  
Říšský protektor v Čechách a na Moravě, Praha,
- b) u dlužníků ve Staré říši:  
Pověřenec pro čtyřletý plán — hlavní úřadovna věrné ruky pro Východ — Zvláštní oddělení Stará říše, Berlin NW 87, Klopstockstr. 52,
- c) u dlužníků ve věleněných východních územích:
- v říšské župě Danzig-Westpreußen:  
Říšský místodržící v říšské župě Danzig-Westpreußen — Správce úřadovny věrné ruky — Gotenhafen, Adolf-Hitler-Straße 21/23,
- v říšské župě Wartheland, s výjimkou vládního obvodu Litzmannstadt:  
Říšský místodržící ve Warthegau — Správce úřadovny věrné ruky — Posen, Wilhelmplatz 15,
- ve vládním obvodu Litzmannstadt:  
Říšský místodržící ve Warthegau (Úřadovna věrné ruky Posen) — Správce úřadovny věrné ruky Litzmannstadt — Litzmannstadt, Straße der 8. Armee čís. 8.,
- ve vládním obvodu Zichenau a v kraji Suwalken:  
Vrchní president provincie Ostpreußen — Správce úřadovny věrné ruky — Zichenau, Ragniterstr. 4.

§ 4.

Kdo učiní při přihlášce svých pohledávek a práv zaviněně nesprávné údaje, bude potrestán podle §§ 19. a 21. nařízení ze dne 17. září 1940 (Říšský zák. I., str. 1270.) trestem peněžitým a vězením nebo jedním z těchto trestů.

V Praze dne 19. listopadu 1941.

Říšský protektor v Čechách a na Moravě  
V zastoupení  
K. H. Frank,  
státní tajemník.

V předcházejícím nařízení uvedená nařízení ze dne 15. srpna 1941 (Říšský zák. I., str. 516.) a ze dne 17. září 1940 (Říšský zák. I., str. 1270.) byla uveřejněna ve Věstn. ř. prot. 1941, str. 500. a ve Věstn. ř. prot. 1940 str. 517.

# Verordnungsblatt des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren

1942	Ausgegeben in Prag, den 28. Februar	Nr. 7
------	-------------------------------------	-------

## Inhalt

	Inhalt	Seite
9. 2. 1942.	Anordnung über Heranziehung zur Reichsarbeitsdienstpflicht im Kriege . . . . .	37
10. 2. 1942.	Verordnung über die Außerkurssetzung der Kupfermünzen . . . . .	37
16. 2. 1942.	Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren betreffend Maßnahmen zur Unterbringung der Juden in geschlossenen Siedlungen . . . . .	38
19. 2. 1942.	Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Rechtsverhältnisse am Ständetheater in Prag . . . . .	40
19. 2. 1942.	Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen im Protektorat Böhmen und Mähren . . . . .	41
27. 2. 1942.	Verordnung über die Abänderung einiger Bestimmungen des Verfassungsgesetzes vom 15. 12. 1938, SdGuV. Nr. 330 (Verfassungs-Ermächtigungsgesetz)	42

## Anordnung über Heranziehung zur Reichsarbeitsdienstpflicht im Kriege.

Vom 9. Februar 1942.

(RGBl. I S. 74, ausgegeb. am 17. II. 1942).

Auf Grund des § 25 des Reichsarbeitsdienstgesetzes in der Fassung vom 9. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1747) bestimme ich zu § 3 Abs. 2:

Im Kriege können Dienstpflichtige schon nach vollendetem 17. Lebensjahr zur Ableistung der Reichsarbeitsdienstpflicht herangezogen werden.

Berlin, den 9. Februar 1942.

Der Reichsminister des Innern  
Frick.

## Verordnung über die Außerkurssetzung der Kupfermünzen.

Vom 10. Februar 1942.

(RGBl. I S. 68, ausgegeb. am 13. II. 1942).

Auf Grund des § 14 Abs. 1 Ziffer 1 und Abs. 2 des Münzgesetzes vom 30. August 1924 (Reichsgesetzbl. II S. 254), des Gesetzes zur Änderung des Münzgesetzes vom 5. Juli 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 574), des Artikels II des Gesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 237)

und des § 1 Buchstabe a der Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung im Lande Österreich und der Verordnung zur Übernahme der Österreichischen Nationalbank durch die Reichsbank vom 23. April 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 405) wird hierdurch verordnet:

§ 1

Ab 1. März 1942 gelten nicht mehr als gesetzliche Zahlungsmittel die Kupfermünzen im Nennwert von

- 1 und 2 Pfennig (Münzgesetz vom 9. Juli 1873 — Reichsgesetzbl. S. 233 — und Münzgesetz vom 1. Juni 1909 — Reichsgesetzbl. S. 507 —),
- 1 und 2 Rentenpfennig (Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. November 1923 — Reichsgesetzbl. I S. 1086 —),
- 1 und 2 Reichspfennig (Münzgesetz vom 30. August 1924 — Reichsgesetzbl. II S. 254 —),
- 1 und 2 Groschen (§ 5 Abs. 2 der Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung im Lande Österreich und der Verordnung zur Übernahme der Österreichischen Nationalbank durch die Reichsbank vom

23. April 1938 — Reichsgesetzbl. I S. 405 —),

100 und 200 Kronen.

Die Kupfermünzen sind einzuziehen. Ab 1. März 1942 ist außer den mit der Einziehung beauftragten Kassen niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen.

§ 2

Die im § 1 bezeichneten Kupfermünzen werden bis zum 30. April 1942 bei den Reichskassen und Landeskassen zu ihrem Nennwert in Zahlung genommen oder zur Umwechslung angenommen.

§ 3

Eine Verpflichtung zur Annahme und zur Umwechslung (§ 2) findet auf durchlöcherter und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewicht verringerte und auf verfälschte Münzen keine Anwendung.

Berlin, 10. Februar 1942.

Der Reichsminister der Finanzen  
Graf Schwerin von Krosigk.

## Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren betreffend Maßnahmen zur Unterbringung der Juden in geschlossenen Siedlungen.

Vom 16. Februar 1942.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über das Rechtsetzungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939 (RGBl. I S. 1039) wird verordnet:

### Auflösung der Stadtgemeinde Theresienstadt

§ 1

(<sup>1</sup>) Die Stadtgemeinde Theresienstadt wird aufgelöst. Ihre Rechte und Verbindlichkeiten werden von der Landesbehörde in Prag abgewickelt.

(<sup>2</sup>) Die Bediensteten der aufgelösten Stadtgemeinde Theresienstadt werden von der Landesbehörde in Prag unter Wahrung ihrer erworbenen Rechte in der Verwaltung anderer Gemeinden oder des Landes Böhmen untergebracht.

### Heimatrecht

§ 2

Wer das Heimatrecht in der aufgelösten Stadtgemeinde Theresienstadt besessen hat, erwirbt das Heimatrecht jener Gemeinde des Protektorates, in der er seinen ordentlichen Wohnsitz hat oder nach seiner Abwanderung aus Theresienstadt zuerst begründet. Liegt diese Gemeinde außerhalb des Protektorates, so erwirbt der in Theresienstadt Heimatberechtigte das Heimatrecht der Hauptstadt Prag.

### Matrikenführung

§ 3

Die kirchlichen Matrikenämter der anerkannten Religionsgesellschaften in Theresienstadt werden zum 1. Mai 1942 aufgelassen. Die Betreuung der abzuschließenden Matriken geht mit diesem Tage auf die kirchlichen Matrikenstellen in Raudnitz an der Elbe über.

### Enteignung

§ 4

(<sup>1</sup>) Die in den Grundbüchern und Landtafeln eingetragenen Grundstücke der Katastralgebiete Theresienstadt werden gegen eine angemessene Schadloshaltung (§ 365 ABGB.) enteignet und gehen mit Ablauf des 31. Mai 1942 in das Eigentum des Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren (§ 5 der Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen vom 5. März 1940, VBIRProt. S. 77/40) über. Das öffentliche Gut der aufgelösten Stadtgemeinde Theresienstadt, das im Verzeichnis des öffentlichen Gutes vermerkt ist, geht in die Verwaltung des Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren über.

(2) Von der Enteignung ausgenommen sind:

- a) Liegenschaften des Deutschen Reichs,
- b) Liegenschaften und Einrichtungen der Böh-misch-Mährischen Bahnen,
- c) Einrichtungen der Post und Telegraphie,
- d) die unmittelbar der Religionsausübung dienenden Grundstücke und Gebäude der anerkannten Religionsgesellschaften.

#### Erlöschen von Lasten

##### § 5

Mit Ablauf des in § 4, Abs. 1, genannten Zeitpunktes erlöschen persönliche Dienstbarkeiten, sowie Miet-, Pacht- oder sonstige Nutzungsrechte an den enteigneten und den nach § 6 auf den Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren über-gangenen Liegenschaften.

#### Vereinbarter Eigentumsübergang

##### § 6

Die Rechtswirkungen der Enteignung treten nicht ein, wenn bis zu dem in § 4, Abs. 1, genann-ten Zeitpunkt eine Einigung über den Eigentums-übergang auf den Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren erzielt und die einverleibungsfähige Urkunde dem Grundbuch- (Landtafel-) Gericht vor-gelegt wird.

#### Sperrung der öffentlichen Bücher

##### § 7

Eintragungen in die Grundbücher oder Land-tafeln hinsichtlich der von der Enteignung be-troffenen Grundstücke sind unzulässig, soweit nicht der Antrag vor dem Inkrafttreten dieser Ver-ordnung beim Grundbuch- (Landtafel-) Gericht ein-gegangen ist.

#### Vollzug der Enteignung

##### § 8

Mit Ablauf des in § 4, Abs. 1, genannten Zeit-punktes findet auf Antrag des Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren die zwangsweise Räumung der enteigneten und der in § 6 genannten Liegen-schaften statt. Der zwangsweise Vollzug erfolgt im Wege der politischen Exekution, ohne daß es der Vorlage eines besonderen Titels bedürfte, und richtet sich auch gegen die in § 5 genannten Be-rechtigten.

#### Entschädigung

##### § 9

(1) Die angemessene Schadloshaltung ist ins-besondere zu leisten:

- a) für die enteigneten Grundstücke und Unter-nehmungen,
- b) für die Übersiedlungskosten,
- c) für den mit der Aussiedlung verbundenen unvermeidlichen Lohnausfall.

(2) Die Entschädigung wird, wenn nicht etwas anderes vereinbart wird, in Geld geleistet.

(3) Das Ausmaß der Entschädigung wird, falls eine Einigung nicht erzielt wird, von einem drei-gliedrigen Ausschuß der zuständigen Entschädi-gungskommission festgesetzt, der mit Stimmen-mehrheit endgültig entscheidet. Sind dritte Per-sonen vorhanden, denen ein Anspruch auf Befriedigung aus der Entschädigung zusteht, so bedarf es zu einem die Entschädigung betreffenden Über-einkommen ihrer Zustimmung, sofern nicht ihre Rechte durch das Übereinkommen offenbar keinen Abbruch erleiden.

(4) Im Falle des Abs. 1 a hat der Ausschuß vor der Entscheidung alle für die Festsetzung der Ent-schädigung maßgebenden Verhältnisse an Ort und Stelle unter Zuziehung zweier Sachverständigen zu erheben.

(5) Der Entschädigungsbetrag nach Abs. 1 a ist vom Zeitpunkt der Räumung der Liegenschaft an mit 5% zu verzinsen.

##### § 10

(1) Der Entschädigungsbetrag ist binnen 8 Tagen nach seiner Festsetzung zu leisten. Die Leistung erfolgt auch außer den in § 1425 ABGB genann-ten Fällen durch gerichtlichen Erlag, soweit der Entschädigungsbetrag zur Befriedigung der An-sprüche Dritter dienen soll, denen ein dingliches Recht an der enteigneten Liegenschaft zustand.

(2) Das Gericht verteilt den hinterlegten Ent-schädigungsbetrag in außerstreitigen Verfahren nach den Grundsätzen des Meistbotverteilungs-verfahrens der Exekutionsordnung.

(3) Die Vorschriften des Abs. 1 Satz 2 und des Abs. 2 gelten auch für das nach § 6 vereinbarte Entgelt.

#### Allgemeine Bestimmungen

##### § 11

Die Entschädigungen werden aus Mitteln des Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren ge-leistet.

##### § 12

(1) Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren bestellt eine Entschädigungskommission mit einer, ausreichenden Anzahl von Ausschüssen. Er er-nennt den Leiter der Entschädigungskommission sowie die Vorsitzenden und Mitglieder der Aus-schüsse. Ein Mitglied des Ausschusses muß der Bürgerschaft der aufgelösten Stadtgemeinde an-gehören. Der Vorsitzende muß die Befähigung zum Richteramt oder eine gleichwertige Vorbil-dung aufweisen.

(2) Der Leiter der Entschädigungskommission leitet den Einsatz der Ausschüsse und weist ihnen die einzelnen Fälle zur Erledigung zu.

§ 13

(1) Die Kosten des Entschädigungsverfahrens trägt der Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren.

(2) Alle im Zuge der Enteignung abgeschlossenen Verträge, ihre Ausfertigung sowie alle gerichtlichen Eingaben und ihr Vollzug sind gebühren- und stempelfrei.

(3) Das gleiche gilt von Rechtsgeschäften der durch die Enteignung Betroffenen, die dem Erwerb einer anderen Liegenschaft aus Mitteln des Entschädigungsbetrages dienen, sowie von der grundbücherlichen Durchführung dieser Rechtsgeschäfte, wenn der Wert dieser Liegenschaft gleich oder geringer ist als der Entschädigungsbetrag. In anderen Fällen unterliegt der Unterschied zwischen dem Wert der neuerworbenen

Liegenschaft und dem Entschädigungsbetrag der Immobiliargebühr.

§ 14

(1) Die zur Durchführung, Ausführung und Ergänzung dieser Verordnung erforderlichen Bestimmungen erläßt der Reichsprotector in Böhmen und Mähren.

(2) Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren trifft die zum Aufbau der Judensiedlung erforderlichen Maßnahmen im Verwaltungswege. Er kann hierbei von dem Recht des Protektorates Böhmen und Mähren abweichende Verordnungen treffen.

§ 15

Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Prag, den 16. Februar 1942.

Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren

Mit der Führung der Geschäfte beauftragt:

Heydrich,

//-Obergruppenführer und General der Polizei.

## Verordnung

des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Rechtsverhältnisse am Ständetheater in Prag.

Vom 19. Februar 1942.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über das Rechtsetzungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939 (RGBl. I S. 1039) wird verordnet:

§ 1

(1) In Durchführung der mit dem bisherigen Eigentümer getroffenen Vereinbarung geht das Eigentum am Ständetheater in Prag mit Inkrafttreten dieser Verordnung lastenfrei auf das Deutsche Reich über.

(2) Das Eigentum an den selbständigen Logen (Erblogen) wird gleichzeitig lastenfrei mit dem Eigentum am Ständetheater vereinigt.

§ 2

Hinsichtlich der selbständigen Logen und der erlöschenden Lasten leistet das Deutsche Reich eine angemessene Schadloshaltung (§ 365 ABGB.), soweit nicht auf die Rechte wirksam verzichtet worden ist.

§ 3

Die Entschädigungen werden vom Deutschen Amtsgericht Prag festgesetzt, das im Verfahren außer Streitsachen entscheidet.

§ 4

(1) Das Gericht fordert die Berechtigten durch Kundmachung im Amtsblatt und — soweit sie aus dem Grundbuch ersichtlich sind — auch namentlich auf, ihre Ansprüche binnen einer Ausschlussfrist von mindestens 60 Tagen schriftlich anzumelden.

(2) Läßt sich über die Ansprüche eine gütliche Einigung nicht erzielen, so setzt das Gericht die Entschädigungsbeträge nach billigem Ermessen — gegebenenfalls unter Zuziehung von Sachverständigen — durch Beschluß fest. Für die Behandlung der Ansprüche dinglich Berechtigter gelten sinngemäß die Grundsätze des Meistbotverteilungsverfahrens der Exekutionsordnung. Die Entschädigungsbeträge sind binnen vierzehn Tagen nach Rechtskraft des Festsetzungsbeschlusses zu leisten.

§ 5

Sind keine Ansprüche angemeldet oder ist über die angemeldeten rechtskräftig entschieden, so ist auf Ersuchen des Deutschen Amtsgerichts Prag das Grundbuch zu berichtigen.

§ 6

Die zur Durchführung und Ergänzung dieser Verordnung erforderlichen Vorschriften erläßt der Reichsprotector in Böhmen und Mähren.

§ 7

Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Prag, den 19. Februar 1942.

Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren

In Vertretung  
K. H. Frank,  
Staatssekretär.

## Verordnung

### des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen im Protektorat Böhmen und Mähren.

Vom 19. Februar 1942.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über das Rechtsetzungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939 (RGBl. I, S. 1039) wird verordnet:

nicht berechtigt, ein Recht auf Kündigung oder höhere Verzinsung und Tilgung oder ein Recht ähnlichen Inhalts oder Entschädigungsansprüche geltend zu machen.

§ 1

Die Deutsche Landesrentenbank in Berlin wird ermächtigt, im Protektorat Böhmen und Mähren für die Schaffung und Errichtung von Werkwohnungen und Eigenheimen für ländliche Arbeiter und Handwerker Darlehen an deutsche Staatsangehörige zu gewähren.

§ 3

Die Aufnahme der Schuldurkunden für das Darlehen der Deutschen Landesrentenbank liegt den Oberlandräten ob; der Oberlandrat kann für die Aufnahme der Schuldurkunden einen bestimmten Beamten bestellen. Beurkundungen von Verträgen und Verhandlungen, die vom Oberlandrat oder dem von diesem bestellten Beamten vorgenommen werden, sind öffentliche Urkunden im Sinne des § 33 des Grundbuchgesetzes vom 25. 7. 1871 (RGBl. Nr. 95), sie sind wie vor Gericht abgeschlossene Vergleiche vollstreckbar, wenn zugleich die Verpflichteten in der Urkunde zugestimmt haben, daß sie in Ansehung der anerkannten Schuld sofort vollstreckbar sein soll. In diesen Urkunden ist auf die Bestellung Bezug zu nehmen. Die Vollstreckbarkeit der Schuldurkunden soll grundbücherlich angemerkt werden.

§ 2

(1) Die Hypothek für ein Darlehen der Deutschen Landesrentenbank zur Schaffung und Einrichtung von Werkwohnungen oder Eigenheimen für ländliche Arbeiter und Handwerker hat neben den in den letzten drei Jahren vor dem Tage der Erteilung des Zuschlages fällig gewordenen Leistungen den Rang vor allen öffentlichen Abgaben und allen anderen dinglichen Rechten, soweit nicht im Abs. 2 etwas anderes bestimmt ist.

§ 4

Rechtshandlungen, Urkunden, bücherliche Eingaben und Eintragungen, die zur Schaffung von Landarbeiterwohnungen erforderlich sind und insbesondere die Gewährung, Änderung, Sicherstellung oder Tilgung eines von der Deutschen Landesrentenbank in Berlin zur Errichtung von Werkwohnungen oder Eigenheimen für ländliche Arbeiter und Handwerker gegebenen Darlehens zum Gegenstand haben, sind von Stempeln und Gebühren befreit.

(2) Werden Werkwohnungen auf Grundstücken errichtet, die zu Gunsten anderer, nicht bevorrechtigter Gläubiger belastet sind, so haben die Hypothek sowie die aus der Hypothek in den letzten drei Jahren vor dem Tage der Erteilung des Zuschlages fällig gewordenen Leistungen mit dem erstrangig eingetragenen Pfandrecht den gleichen Rang, soweit dieses Pfandrecht innerhalb von 50 vom Hundert des vom Reichsprotector für die Beleihung festgesetzten Schätzwertes liegt.

(3) Bei der grundbücherlichen Eintragung der Hypothek der Deutschen Landesrentenbank ist auf diese Verordnung hinzuweisen.

§ 5

Die Entscheidung darüber, ob es sich um die Schaffung einer Landarbeiterwohnung und um die

(4) Die durch die Hypothek Betroffenen sind

36a

Gewährung eines Darlehns und seine grundbücherliche Sicherung im Sinne dieser Verordnung handelt, steht dem Oberlandrat zu.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

Prag, den 19. Februar 1942.

Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren

In Vertretung

H. K. Frank.

## Verordnung

über die Abänderung einiger Bestimmungen des Verfassungsgesetzes vom 15. 12. 1938, SdGuV. Nr. 330 (Verfassungs-Ermächtigungsgesetz).

Vom 27. Februar 1942.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über das Rechtsetzungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juli 1939 (RGBl. I S. 1039) wird in Ergänzung der zum Verfassungs-Ermächtigungsgesetz vom 15. 12. 1938 (SdGuV. Nr. 330) erlassenen Verordnung vom 12. 12. 1940 (VBIRProt. S. 604) hiermit verordnet:

§ 1

Verordnungen der Regierung des Protektorats Böhmen und Mähren nach Artikel II Abs. 1 des Verfassungs-Ermächtigungsgesetzes vom 15. 12. 1938 (SdGuV. Nr. 330) werden vom Vorsitzenden

der Regierung und den mit ihrer Durchführung betrauten Ministern beschlossen und unterfertigt. Die Rechte des Staatspräsidenten bleiben unberührt.

§ 2

Verordnungen, die im Rahmen von Gesetzen oder von Verordnungen nach § 1 ergehen, werden von den mit der Durchführung betrauten Ministern erlassen.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit der Veröffentlichung in Kraft.

Prag, den 27. Februar 1942.

Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren

In Vertretung

K. H. Frank,

Staatssekretär.

# Verordnungsblatt

## des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren

1942	Ausgegeben in Prag, den 22. April	Nr. 14
------	-----------------------------------	--------

### Inhalt

	<u>Inhalt</u>	Seite
26. 3. 1942.	Durchführungsverordnung zu der Verordnung über die Einführung des Gesetzes über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau im Protektorat Böhmen und Mähren . . . . .	81
1. 4. 1942.	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einführung des Luftschutzrechts im Protektorat Böhmen und Mähren . . . . .	84
11. 4. 1942.	Vierte Durchführungsverordnung zur Kriegssachschädenverordnung . . . . .	91
13. 4. 1942.	Vierte Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen . . . . .	91

## Durchführungsverordnung zu der Verordnung über die Einführung des Gesetzes über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau im Protektorat Böhmen und Mähren.

**Vom 26. März 1942.**

(RGBl. I S. 150, ausgeg. am 30. III. 1942).

Auf Grund der §§ 2 und 3 der Verordnung über die Einführung des Gesetzes über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau im Protektorat Böhmen und Mähren vom 28. November 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 789) wird im Einvernehmen mit dem Reichsprotector in Böhmen und Mähren verordnet:

### § 1

Die Abtretungserklärung eines Beamtenbausparers hat sich sowohl bei Reichsbeamten wie bei Beamten der Protektoratsverwaltung mit deutscher Staatsangehörigkeit auf die gesamten Gehaltsbezüge im Sinne des § 1 des Gesetzes über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau vom 30. Juni 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 133) zu erstrecken.

### § 2

(<sup>1</sup>) Zur Einbehaltung des abgetretenen Gehalts- teils und zur Hinterlegung der Abtretungserklärung eines Beamten ist ausschließlich die für die Gehaltszahlung jeweils zuständige Kasse berechtigt.

(<sup>2</sup>) Die Dienstbehörde des Beamten beglaubigt

im Antrag die Höhe seines Gehalts und seine Unterschrift.

### § 3

Nach Eingang des Antrags auf Abschluß eines Bausparvertrags beantragt die Abtretungsstelle beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren die Ausstellung einer Bestätigung, daß der Antragsteller unter den Personenkreis nach § 1 der Verordnung vom 28. November 1941 fällt. Der Bausparvertrag darf erst nach Eingang der Bestätigung abgeschlossen werden.

### § 4

Nach Abschluß des Bausparvertrags ist die Abtretungserklärung über den Reichsprotector in Böhmen und Mähren an die Dienstbehörde des Beamtenbausparers zur Hinterlegung bei der für ihn zuständigen Kasse zu leiten.

### § 5

(<sup>1</sup>) Die Kasse behält auf Grund der Abtretungserklärung die entsprechenden Gehaltsbezüge ein und übermittelt sie unmittelbar der Abtretungsstelle.

(2) Kasse und Abtretungsstelle leiten jeden über das Kassengeschäft hinausgehenden Schriftwechsel über den Reichsprotector in Böhmen und Mähren.

(3) Die Beteiligung der für die Kasse zuständigen Verwaltungsbehörde bleibt unberührt.

§ 6

(2) Als Abtretungsstelle im Protektorat Böhmen und Mähren wird das Beamtenheimstättenwerk des

Reichsbundes der Deutschen Beamten mit dem Sitz in Berlin zugelassen.

(2) Die Zulassung ist widerruflich. Die nach § 3 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau vom 12. März 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 61) eingegangene Verpflichtung erstreckt sich auch auf das Protektorat Böhmen und Mähren.

Berlin, den 26. März 1942.

Der Reichsarbeitsminister  
Franz Seidte.

*Die Verordnung über die Einführung des Gesetzes über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau im Protektorat Böhmen und Mähren vom 28. November 1941, RGBl. I S. 789, wurde im VBIRProt. 1942 S. 15 verlautbart.*

*Das Gesetz über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau vom 30. Juni 1927, RGBl. I S. 133, in der Fassung des 2. Teiles, Kapitel V der 4. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 RGBl. I S. 699 und 709, hat nachstehenden Wortlaut:*

**Gesetz über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau.**

**Vom 30. Juni 1927.**

(RGBl. I S. 133).

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiernit verkündet wird:

§ 1

Beamte, Geistliche und Berufssoldaten, und zwar alle auch nach Versetzung in den Ruhestand, sowie ihre Hinterbliebenen können bis zu zwei Drittel des Betrags, um den ihr Dienstlohn, Ruhegehalt und ihre sonstigen laufenden Bezüge mit Ausnahme etwaiger Dienstaufwandsentschädigungen die Summe von insgesamt fünfzehnhundertsechzig Reichsmark für das Jahr übersteigen, zu einem der im § 2 genannten Zwecke abtreten. Hat der Empfänger der genannten Bezüge kraft Gesetzes Unterhalt zu gewähren, so ist bei Unterhaltspflicht gegenüber einer Person nur die Hälfte, bei Unterhaltspflicht gegenüber mehreren Personen nur ein Drittel des Mehrbetrags abtretbar.

Ist dem Abtretenden ein Darlehen gewährt worden (§ 2), so wird die Wirksamkeit der Abtretung durch eine Verringerung der Bezüge oder eine Änderung in der Zahl der Unterhaltsberechtigten nicht berührt.

§ 2

Die Abtretung gemäß § 1 darf nur an ein von

der Reichs- oder Landesregierung bestimmtes öffentlich-rechtliches Kreditinstitut oder gemeinnütziges Unternehmen erfolgen. Zuständig für die Bestimmung ist, soweit Beamte der Länder und der der Aufsicht der Länder unterstehenden, öffentlich-rechtlichen Körperschaften in Frage kommen, die Landesregierung, im übrigen die Reichsregierung.

Die Abtretung bedarf des Einverständnisses eines vom Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrats bestimmten Stelle. Sie ist nur zulässig zur Beschaffung, Verzinsung oder Tilgung von Darlehen, die durch Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden auf Wohnheimstätten im Sinne des Reichsheimstättengesetzes vom 10. Mai 1920 (Reichsgesetzbl. S. 962) oder anderweitig gegen spekulative Verwertung geschützten Wohnheimstätten gesichert sind oder gesichert werden sollen.

Einer Wohnheimstätte steht ein zu ihrer Errichtung bestimmtes Grundstück gleich, sowie ein Erbbaurecht, das für mindestens 50 Jahre eingeräumt ist.

§ 3

Dem Abtretenden muß das Recht vorbehalten werden, den Vertrag bis zur Gewährung des Darlehens zum Ablauf eines Kalendervierteljahrs zu

kündigen. Die Kündigungsfrist darf höchstens ein halbes Jahr betragen. Durch die Kündigung erhält der Beamte nicht das Recht, das bereits eingezahlte Kapital vor dem Ende der Sparperiode zurückzuverlangen.

§ 4

Landesgesetzliche Vorschriften finden keine An-

Berlin, den 30. Juni 1927.

Der Reichspräsident  
von Hindenburg.

Der Reichsminister des Innern  
von Kuehnel.

wendung, soweit sie einer Abtretung nach Maßgabe dieses Gesetzes entgegenstehen.

§ 5

Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern und mit Zustimmung des Reichsrats Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes zu erlassen.

**Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens.**

**Vom 8. Dezember 1931.**

(RGBl. I S. 699).

(Auszug.)

**Zweiter Teil**

**Wohnungswirtschaft**

**Kapitel V**

**Beamtenheimstätten**

Das Gesetz über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau vom 30. Juni 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 133) ist in folgender Fassung anzuwenden:

„Die Abtretung ist nur zulässig zur Beschaffung, Verzinsung oder Tilgung von Darlehen, die durch Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden gesichert sind oder gesichert werden sollen.“

1. Der § 2 Abs. 2 erhält folgenden Wortlaut:

2. Der § 2 Abs. 3 wird gestrichen.

Berlin, den 8. Dezember 1931.

Der Reichspräsident  
von Hindenburg.

Der Reichskanzler  
Dr. Brüning.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsminister der Finanzen  
H. Dietrich.

Der Reichsminister des Innern  
Mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt:

Groener,  
Reichswehrminister.

# Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einführung des Luftschutzes im Protektorat Böhmen und Mähren.

Vom 1. April 1942.

(RGBl. I S. 158, ausgeg. am 4. IV. 1942).

Auf Grund des § 10 der Verordnung über die Einführung des Luftschutzes im Protektorat Böhmen und Mähren vom 9. Juli 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 377) wird im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern und dem Reichsprotector in Böhmen und Mähren verordnet:

Die Verordnung über die Einführung des Luftschutzes im Protektorat Böhmen und Mähren vom 9. Juli 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 377) wird wie folgt geändert:

Die Verordnung über die Einführung des Luftschutzes im Protektorat Böhmen und Mähren vom 9. Juli 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 377) wird wie folgt geändert:

Die Bestimmungen gelten für solche Kraftfahrzeuge, die

aa) im Protektorat Böhmen und Mähren auf Grund der Verordnung über die Weiterbenutzung von Kraftfahrzeugen im Protektorat Böhmen und Mähren vom 18. September 1939 in der Fassung der Verordnung vom 20. Dezember 1939 (VblRProt. S. 153 und 375),

bb) im sonstigen Reichsgebiet auf Grund der Verordnung über die Weiterbenutzung von Kraftfahrzeugen vom 6. September 1939 in der Fassung der Verordnung vom 17. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1698 und 2055)

weiterbenutzt werden dürfen.

Bei Einzelfahrtgenehmigungen kann der Oberlandrat Ausnahmen bewilligen.

b) Zu Abschnitt A I Nr. 2 Abs. 1: Die Bestimmung findet keine Anwendung.

c) Zu Abschnitt A II:

Abschnitt A II erhält folgende Nr. 3:

### 3. Prüfzeichen im Protektorat

Fahrradlampen und Schlußlichter, die das Prüfzeichen „ESC“ des böhmisch-mährischen elektrotechnischen Verbandes in Prag tragen, stehen solchen, die das Prüfzeichen der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt tragen, gleich.“

3. Der bisherige Abs. 5 des § 7 wird Abs. 6.

4. Der bisherige Abs. 6 des § 7 erhält als Abs. 7 folgende neue Fassung:

„(c) Elfte Durchführungsverordnung:

a) Zu § 6 Ziffer I:

Als Nr. 4a wird eingefügt: „der Oberlandrat“.

b) Zu § 8 Abs. 1 Ziffer VI:

Statt „Ziffer I Nrn. 1 bis 4“ ist zu setzen: „Ziffer I Nrn. 1 bis 4a“.

### Artikel III

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

### Artikel I

1. Im § 1 Abs. 1 ist der Nr. 9 hinter der Angabe „vom 22. Oktober 1940 (Reichsministerialbl. S. 286)“ anzufügen:

„und den Ausführungsbestimmungen zu § 18 der Achten Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz vom 4. Juli 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 455) mit den Erleichterungen der Zweiten Ausführungsbestimmungen zu § 18 der Achten Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz vom 3. November 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 711)“.

2. Im § 1 Abs. 1 ist in Nr. 14 vor den Worten „der Dritten Ergänzungsbestimmung vom 20. September 1940 (Reichsministerialbl. S. 279)“ an Stelle des Wortes „und“ ein Komma zu setzen und hinter diesen Worten einzufügen:

„und der Vierten Ergänzungsbestimmung des Reichsarbeitsministers vom 7. Juli 1941 (Reichsministerialbl. S. 173)“.

### Artikel II

1. § 7 Abs. 1 Nr. 3 wird gestrichen.

2. Im § 7 wird hinter Abs. 4 folgender neuer Abs. 5 eingefügt:

„(c) Achte Durchführungsverordnung:

Ausführungsbestimmung zu § 18 vom 4. Juli 1941“

a) Zu Abschnitt A I Nr. 1:

Berlin, den 1. April 1942.

Der Reichsminister der Luftfahrt  
und Oberbefehlshaber der Luftwaffe

In Vertretung  
Milch.

Die Verordnung über die Einführung des Luftschutzes im Protektorat Böhmen und Mähren vom 9. Juli 1941, RGBl. I S. 337 wurde im VBIRProt. 1941, S. 339 veröffentlicht. Die Ausführungsbestimmungen und die zweiten Ausführungsbestimmungen zu § 18 der 8. Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz vom 4. Juli 1941, RGBl. I S. 1455 bzw. vom 3. November 1941, RGBl. I S. 711 sowie die 4. Ergänzungsbestimmung zur Verordnung über die Sozialversicherung der einberufenen Luftschutzdienstpflichtigen vom 7. Juli 1941 haben nachstehenden Wortlaut:

## Ausführungsbestimmungen zu § 18 der Achten Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz.

Vom 4. Juli 1941.

(RGBl. I S. 455, ausgeg. am 31. VII. 1941).

Auf Grund des § 18 Abs. 5 der Achten Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz (Verdunklungsverordnung) vom 23. Mai 1939 (Reichsgesetzbl. I, S. 965) in der Fassung der Vierten Änderungsverordnung zum Luftschutzrecht vom 25. März 1941 (Reichsgesetzbl. I, S. 168) wurden im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe nachstehende Bestimmungen über Verdunklungsmaßnahmen an den Beleuchtungsrichtungen der Landfahrzeuge erlassen:

### A. Nicht schienengebundene Landfahrzeuge

#### I. Kraftfahrzeuge und Anhänger

##### 1. Allgemeines.

Die nachstehenden Bestimmungen gelten für solche Kraftfahrzeuge, die auf Grund der Verordnung über die Weiterbenutzung von Kraftfahrzeugen vom 6. September 1939 (Reichsgesetzbl. I, S. 1698) in der Fassung der Verordnung vom 17. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I, S. 2055) weiterbenutzt werden dürfen, und für im Verkehr befindliche Anhänger. Bei Einzelfahrtgenehmigungen (Erlaß des Reichsverkehrsministers vom 7. September 1940 — K 1. 15006 — Reichsverkehrsblatt, Ausgabe B, S. 268) kann die Verwaltungsbehörde (Zulassungsstelle) Ausnahmen bewilligen.

##### 2. Scheinwerfer.

(1) Für die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge mit Tarnscheinwerfern oder mit Tarnblenden an den Hauptscheinwerfern gelten die Verordnung des Reichsverkehrsministers und des Reichsministers des Innern vom 30. Dezember 1939 (Reichsgesetzblatt 1940 I, S. 171) und die Bestimmungen hierzu im Reichs-Verkehrs-Blatt, Ausgabe B.

(2) Die Hauptscheinwerfer müssen, sofern sie nicht mit Tarnblenden nach Abs. 1 versehen sind, in geeigneter Weise (z. B. durch Kappen oder schwarzen Anstrich der Abschlussscheibe) lichtdicht so abgedeckt werden, daß nur ein waagerechter, 5 bis 8 Zentimeter langer und 1 Zentimeter breiter Schlitz in der Mitte der Abschlussscheibe das Licht austreten läßt. Die Kappen müs-

sen so ausgeführt sein, daß die vorgeschriebenen Abmessungen der Lichtaustrittsöffnung nicht durch Verziehen oder Einreißen verändert werden können (z. B. Einfassen der Lichtaustrittsöffnung durch einen formfesten Rahmen).

(3) Bei Kraftfahrzeugen, die mit einem Tarnscheinwerfer nach Abs. 1 ausgerüstet sind, müssen die Glühlampen für Fern- und Abblendlicht aus den Hauptscheinwerfern entfernt werden\*).

(4) Bei Kraftfahrzeugen, die weder mit einem Tarnscheinwerfer noch mit Tarnblenden an den Hauptscheinwerfern nach Abs. 1 ausgerüstet sind, ist die Zuleitung zum Fernleuchtkörper abzuklemmen und an den abgeblendeten Leuchtkörper anzulegen.

(5) Alle übrigen Scheinwerfer (Nebellampen, Kurvenlampen, Breitstrahler, Suchscheinwerfer, Rückfahrtscheinwerfer und dergleichen) müssen durch Entfernen der Glühlampen außer Betrieb gesetzt werden\*). Kenn-Scheinwerfer (§ 52, Abs. 3 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung) sind nach Abs. 2 abzudecken.

(6) Bei Motorfahrrädern (Krafträdern mit Trekkurbeln), deren Höchstgeschwindigkeit 30 Kilometer je Stunde nicht übersteigt, genügt ein Abschirmen der Scheinwerfer wie bei den Fahrradlampen unter II Nr. 1.

(7) Die Bestimmungen unter Abs. 3, 4 und 5 erster Satz gelten nicht für Fahrzeuge der Wehrmacht, Waffen-~~ff~~, Polizei und Feuerwehr.

##### 3. Begrenzungslampen, Freilampen von Droschken, Zeichen für das Mitführen von Anhängern, Merkmale, Schlußlichter.

(1) Die Helligkeit der Begrenzungslampen, der Freilampen von Droschken, der Zeichen für das Mitführen von Anhängern, der Merkmale von Verwaltungen, Unternehmungen usw. sowie der Schlußlichter ist in geeigneter Weise (z. B. durch Färben der Glühlampen, durch Anstrich der Glas-

\* Zur Vermeidung von Kurzschlüssen empfiehlt es sich, vor dem Entfernen der Glühlampen die Sicherungen zu entfernen oder die Zuleitungen abzuklemmen und zu isolieren.

39 a

zylinder oder Abschlußscheiben, durch Einlegen von Kunststoffscheiben oder anderem schwach durchscheinendem Material, gegebenenfalls auch Papier) so weit herabzusetzen, daß die Lichtquelle bei Dunkelheit und klarer Sicht bis zu einer Entfernung von 200 Meter noch sichtbar, aus einer Entfernung von 500 Meter jedoch nicht mehr wahrnehmbar ist. Die Farbe des austretenden Lichtes darf keine wesentliche Veränderung erleiden.

(<sup>2</sup>) Im einzelnen ist noch zu beachten:

- a) Bei Begrenzungs Lampen, die in die Scheinwerfer eingebaut sind (Standlicht), braucht in der Regel nur die vordere Hälfte des Glühlampenkolbens dunkel gefärbt oder abgedeckt zu werden, um ein Ausstrahlen des Lichtes nach oben zu verhüten. Die Pflicht, die Scheinwerfer nach Nr. 2 Abs. 2 abzudecken, wird dadurch nicht berührt. Bei Kraftfahrzeugen mit besonderen Begrenzungs Lampen sind die Standlicht Lampen aus den Hauptscheinwerfern zu entfernen\*).
- b) Die Freilampen von Droschken dürfen keine höhere Leistungsaufnahme als 5 Watt haben.
- c) Die leuchtende Fläche der Anhängerzeichen (§ 44 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung) darf nicht verkleinert werden.

#### 4. Beleuchtung der Kennzeichen.

(<sup>1</sup>) Für die Beleuchtung der hinteren Kennzeichen ist blaues Licht zu verwenden, und zwar müssen die hinteren Kennzeichen bei Dunkelheit unter einem Aufblickwinkel von etwa 90° für ein normalsichtiges Auge bei einer Schrifthöhe von 75 Millimeter auf eine Entfernung von mindestens 10 Meter, bei einer Schrifthöhe von 45 Millimeter auf eine Entfernung von mindestens 6 Meter und bei einer Schrifthöhe von 35 Millimeter auf eine Entfernung von mindestens 5 Meter noch deutlich lesbar sein. Diese Beleuchtung kann durch Blaufarben der Glühlampen, durch blauen Anstrich der Glaszylinder oder Abschlußscheiben, durch Einlegen von blauen Kunststoffscheiben oder dergleichen erreicht werden.

(<sup>2</sup>) Durch das Blaufärben der Glühlampe oder des Glaszylinders der Petroleumlampen wird bei vereinigter Schluß-Kennzeichenleuchte gleichzeitig die Helligkeit des roten Schlußlichtes herabgesetzt. Dieses Verfahren darf deshalb nicht bei solchen Schluß-Kennzeichenleuchten angewendet werden, deren Schlußlicht an sich schon eine geringe Helligkeit aufweist.

#### 5. Fahrtrichtungsanzeiger.

Die Helligkeit der Fahrtrichtungsanzeiger ist in geeigneter Weise (z. B. durch Färben der Glühlampe) so weit herabzusetzen, daß keine Beeinträchtigung der sicheren Führung des Fahrzeuges durch Blendung eintritt. Die Fahrtrichtungsanzeiger müssen jedoch bei Dunkelheit und klarer

\*) Vgl. Anmerkung zu Nr. 2 Abs. 3 und 5.

Sicht bis zu einer Entfernung von 150 Meter sichtbar sein. Die Farbe der leuchtenden Fläche darf keine wesentliche Veränderung erleiden.

#### 6. Bremslichter.

Die Bremslichter sind in geeigneter Weise (z. B. durch schwarzen Anstrich der Abschlußscheibe) lichtdicht so abzudecken, daß nur ein waagerechter höchstens 1 Zentimeter breiter Schlitz in Höhe der Glühlampe das Licht austreten läßt.

#### 7. Innenbeleuchtung.

(<sup>1</sup>) Für die Innenbeleuchtung der Fahrzeuge darf, unbeachtet der Sonderregelung für Omnibusse in Abs. 2, nur dunkelblaues Licht verwendet werden. Dies gilt nicht für Fahrzeuge, in denen während der Verdunkelung gearbeitet werden muß, wenn an den Fenstern und Türen lichtdichte und lichtdicht abschließende Vorhänge vorhanden sind.

(<sup>2</sup>) Für die Verdunkelung der Lichtaustrittsöffnungen und der Innenbeleuchtung bei den Omnibussen gelten sinngemäß die gleichen Bestimmungen wie für Straßenbahnen (vgl. Abschnitt B Nr. 6 und 7). Bei Omnibussen, in denen keine Fahrgastabfertigung während der Fahrt stattfindet, kann von einer Verdunkelung der Lichtaustrittsöffnungen abgesehen werden,\* wenn für die Innenbeleuchtung blaues Licht nach Abschnitt B Nr. 3 Abs. 5 verwendet wird.

#### 8. Ziel und Linienbezeichnungsschilder der Omnibusse.

Für die Verdunklungsmaßnahmen bei den Ziel- und Linienbezeichnungsschildern der Omnibusse gelten die gleichen Bestimmungen wie für Straßenbahnen (vgl. Abschnitt B Nr. 3).

#### 9. Kennzeichnung der Omnibusse mit Stromzuführung durch Oberleitung während des Fliegeralarms.

Für die Kennzeichnung der während des Fliegeralarms stillstehenden unbeleuchteten Omnibusse mit Stromzuführung durch Oberleitung gelten die gleichen Bestimmungen wie für Straßenbahnen (vgl. Abschnitt B Nr. 8).

#### II. Fahrräder.

##### 1. Fahrradlampen.

Fahradlampen müssen lichtdicht so abgedeckt werden, daß nur ein waagerechter, etwa 1 Zentimeter breiter Schlitz in der Mitte der Abschlußscheibe das Licht austreten läßt. Die Fahrradlampen sind ferner durch geeignete Vorrichtungen nach oben so abzuschirmen, daß unmittelbares Licht zur Beleuchtung der Fahrbahn nur unterhalb der Waagerechten austreten kann. Die Lampen müssen bei Dunkelheit und klarer Sicht bis zu einer Entfernung von 200 Meter noch sichtbar sein, aus einer Entfernung von 500 Meter dürfen sie

2. Verordnung

des Reichsprotectors in Böhmen und  
Mähren über die Organisationen  
der deutschen Staatsangehörigen.

Vom 26. November 1941.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung über  
das Rechtsetzungsrecht im Protektorat Böhmen  
und Mähren vom 7. Juni 1939 (Reichsgesetzbl. I  
S. 1039) wird verordnet:

Die Gültigkeit meiner Verordnung über die Or-  
ganisationen der deutschen Staatsangehörigen vom  
27. Mai 1941 (VBIRProt. S. 264) wird bis zum  
31. August 1942 verlängert.

Prag, den 26. November 1941.

Der Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren

In Vertretung

K. H. Frank,  
Staatssekretär.

2. nařízení

říšského protektora v Čechách a na  
Moravě o organisacích německých  
státních příslušníků.

Ze dne 26. listopadu 1941.

Na základě § 1., odst. 2. nařízení o právu vydá-  
vatí právní předpisy v protektorátu Čechy a Mo-  
rava ze dne 7. června 1939 (Říšský zák. I., str.  
1039.) se nařizuje:

Platnost mého nařízení o organisacích němec-  
kých státních příslušníků ze dne 27. května 1941  
(Věstn. ř. prot. str. 264.) se prodlužuje až do 31.  
srpna 1942.

V Praze dne 26. listopadu 1941.

Říšský protector  
v Čechách a na Moravě

V zastoupení

K. H. Frank,  
státní tajemník.

jedoch nicht mehr wahrnehmbar sein. Die Erkennbarkeit der Lampen kann beispielsweise durch einen äußeren weißen Farbanstrich der Fläche unterhalb der Lichtaustrittsöffnung erreicht werden. Andere Vorrichtungen sind nur zulässig, wenn sie das Prüfzeichen „PTR“ der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt tragen.

## 2. Schlußlichter.

Die elektrischen Schlußlichter der Fahrräder brauchen nicht verdunkelt zu werden, wenn sie das Prüfzeichen „PTR“ der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt tragen oder mit einer Glühlampe „6 V/0,04 A“ ausgerüstet sind. Bei anderen Schlußlichtern muß die Helligkeit in geeigneter Weise (z. B. durch Färben der Glühlampe oder durch Anstrich der Abschlußscheibe) so weit herabgesetzt werden, daß die Lichtquelle bei Dunkelheit und klarer Sicht bis zu einer Entfernung von 200 Meter noch sichtbar, aus einer Entfernung von 500 Meter jedoch nicht mehr wahrnehmbar ist. Die Farbe des austretenden Lichtes darf keine wesentliche Veränderung erleiden.

## III. Fuhrwerke.

Fuhrwerke müssen bei Dunkelheit oder starkem Nebel außer den vorn befindlichen Lampen (§ 24, Abs. 1 und 3 der Straßenverkehrs-Ordnung) an ihrer Rückseite zwischen Fahrzeugmitte und linker Außenkante eine rote Lampe führen (§ 18, Abs. 2 der Achten Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz in der Fassung der Vierten Änderungsverordnung zum Luftschutzrecht vom 25. März 1941). Die Helligkeit der zur Kenntlichmachung der Fuhrwerke nach vorn und nach hinten dienenden Lampen ist in geeigneter Weise (z. B. durch Anstrich der Glaszylinder oder Abschlußscheiben) so weit herabzusetzen, daß die Lichtquelle bei Dunkelheit und klarer Sicht bis zu einer Entfernung von 200 Meter noch sichtbar, aus einer Entfernung von 500 Meter jedoch nicht mehr wahrnehmbar ist. Die Farbe des austretenden Lichtes darf keine wesentliche Veränderung erleiden.

## IV. Handwagen.

Handwagen müssen bei Dunkelheit oder starkem Nebel an ihrer Rückseite zwischen Fahrzeugmitte und linker Außenkante eine rote Lampe führen (§ 18, Abs. 2 der Achten Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz in der Fassung der Vierten Änderungsverordnung zum Luftschutzrecht vom 25. März 1941). Die zur Kenntlichmachung von Handwagen über 1 Meter Breite nach vorn (§ 24, Abs. 1, 3 und 4 der Straßenverkehrs-Ordnung) und die zur Kenntlichmachung nach hinten dienenden Lampen sind nach III zu verdunkeln.

## V. Ladungen.

Die zur Kenntlichmachung nach hinten herausragender Ladungen dienenden roten Lampen (§ 19,

Abs. 3 der Straßenverkehrs-Ordnung) sind nach III zu verdunkeln.

## B. Straßenbahnen.

### 1. Allgemeines.

(1) Die Verdunklungseinrichtungen, besonders die verwendeten Werkstoffe, müssen für eine Benutzung auf längere Dauer geeignet und deshalb hitze- und witterungsbeständig sein.

(2) Farbige Lichtwirkungen dürfen zu Verwechslungen mit den in der Straßenverkehrs-Ordnung und in der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vorgeschriebenen farbigen Zeichen keinen Anlaß geben. Deshalb darf rotes oder grünes Licht nach außen hin nicht sichtbar sein. Unberührt bleibt die Verwendung der für Schlußlichter und Fahrtrichtungsanzeiger vorgeschriebenen Farben.

### 2. Stirnlampen (Scheinwerfer).

(1) Die Stirnlampen zeigen weißes Licht.

(2) Die Stirnlampen sind unter Beachtung der Vorschriften des § 11 der Achten Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz (Verdunklungsverordnung) vom 23. Mai 1939 in der Fassung der Vierten Änderungsverordnung zum Luftschutzrecht vom 25. März 1941 nach oben so abzuschirmen, daß sie nur in der verkehrstechnisch notwendigen Blickrichtung sichtbar sind.

(3) Die Stirnlampen sind so abzuschirmen und in ihrer Lichtwirkung herabzusetzen, daß nur die Fahrbahn vor dem Wagen ausreichend und möglichst gleichmäßig ausgeleuchtet wird und die Lage der Weichenungen dicht vor dem Wagen vom Fahrer aus sichtbar ist. Gegebenenfalls ist die Lage der Weichen oder Weichenstellkontakte durch weißen Farbanstrich, Leuchtfarbe usw. kenntlich zu machen.

(4) Auf der beleuchteten Fahrbahn darf die Beleuchtungsstärke in waagerechter Ebene bis zu 2 Meter vor dem Wagen im Mittel nicht über 0,20 Lux, bei 10 Meter nicht über 0,15 Lux und bei 15 Meter nicht über 0,10 Lux betragen. Direktes Licht darf nur unterhalb einer um 1° gegen die Waagerechte nach unten geneigten Ebene austreten.

(5) Die Stirnlampen müssen blendfrei sein und eine Kennung erhalten, die bei Dunkelheit und klarer Sicht aus einer Entfernung von 200 Meter noch sichtbar, jedoch aus einer Entfernung von 500 Meter nicht mehr wahrnehmbar ist.

(6) Als geeignete Abblendvorrichtungen sind Kappen, Scheiben oder ähnliche Vorrichtungen zu verwenden, so z. B. die in der Anlage 1\*) dargestellte Vorrichtung, die bei Verwendung einer halbverspiegelten Glühlampe von 40 Watt bei 115 Volt Spannung den vorstehenden Bedingungen in den Abs. 1 bis 5 entspricht.

\*) Die Anlagen sind im RGBI. nachzusehen.

### 3. Ziel- und Linienbezeichnungsschilder (Nummern oder Buchstaben)

(1) Ziel- und Linienbezeichnungsschilder sind in Betrieb zu lassen. Ihr Lichtschein muß bei Dunkelheit und klarer Sicht bis zu einer Entfernung von 200 Meter noch sichtbar, darf jedoch aus einer Entfernung von 500 Meter nicht mehr wahrnehmbar sein. Die Zielschilder und die etwa vorhandenen Linienbezeichnungsschilder müssen auf etwa 30 Meter lesbar sein. Die Lichtquellen sind dabei so abzuschirmen, daß nur die Schilder für die angegebene Sicht aufgeheilt werden. Seitlich der Fahrbahn der Straßenbahnwagen darf keine Bodenbeleuchtung von mehr als 0,025 Lux eintreten.

(2) Für Ziel- und Linienbezeichnungsschilder ist schwarze Schrift auf weißem Grund oder weiße Schrift auf schwarzem Grund zu verwenden.

(3) Vorhandene farbige Ziel- und Linienbezeichnungsschilder können beibehalten werden, wenn bei der Beleuchtung nach Abs. 4 die Bestimmungen des Abs. 1 über die Lichtwirkung und Erkennbarkeit erfüllt sind.

(4) Bei Dunkelheit sind die Schilder

- a) entweder durch blaue, gegen direkte Sicht und Lichtwirkung nach oben und unten sowie nach vorn und nach den Seiten abgeschirmte Lichtquellen anzustrahlen,
- b) oder bei Verwendung von Glasschildern mit innerem blauem Farbanstrich durch eine dahinterliegende weiße Lichtquelle zu durchleuchten,
- c) oder durch blaue Lichtquellen ohne Farbanstrich der Glasschilder zu durchleuchten.

(5) Als blaue Lichtquellen sind zu verwenden, entweder im Glas gefärbte blaue Lampen in der von der zuständigen Reichsverkehrsgruppe anzugebenden Art, oder in blauen Lack getauchte Lampen, wenn ihre Leistungsaufnahme 15 Watt nicht übersteigt, oder ungefärbte Lampen mit blau gefärbten oder blau gespritzten Vorsatzscheiben.

### 4. Schlußlichter

(1) Jeder Zug muß rotes Schlußlicht führen.

(2) Schlußlichter sind nach oben so abzuschirmen oder in ihrer Lichtwirkung herabzusetzen, daß bei Dunkelheit und klarer Sicht ihr Lichtschein bis zu einer Entfernung von 200 Meter noch sichtbar, jedoch aus einer Entfernung von 500 Meter nicht mehr wahrnehmbar ist.

(3) Bei einzelfahrenden Triebwagen kann die rückwärtige Stirnlampe durch Vorsetzen einer entsprechenden Blende als Schlußlicht verwendet werden.

(4) Für die Beleuchtung der Schlußlichter können an Stelle elektrischer Lampen auch andere Lichtquellen (Petroleum-, Öllampen usw.) verwendet werden.

### 5. Fahrtrichtungsanzeiger

Die Fahrtrichtungsanzeiger sind in Betrieb zu lassen. Sie müssen jedoch in geeigneter Weise (z. B. durch schwarzen Anstrich des Glühlampenkolbens) lichtdicht so abgedeckt werden, daß nur ein waagerechter, höchstens 15 Millimeter breiter Ring das Licht austreten läßt (vgl. Anlage 2\*).

### 6. Lichtaustrittsöffnungen

(1) Die Wagenfenster des Innenraumes der Triebwagen sind mit Ausnahme eines 12 Zentimeter hohen, über die ganze Fensterbreite gehenden waagerechten Streifens mit durchsichtiger blauer Farbe zu versehen. Die Unterkante des vom Farbanstrich frei bleibenden Streifens ist in der Regel 1,00 Meter über Wagenfußboden anzunorden. Abweichend hiervon muß bei Wagen, deren Innenbeleuchtung an den Seiten oder Querwänden angebracht ist, die Oberkante des vom Farbanstrich freien Streifens mindestens 0,24 Meter unter der Lichtaustrittsöffnung der Lampen liegen.

(2) Die an den Innenraum der Triebwagen anschließenden Plattformfenster und Außentürfenster der Plattformen sowie die Trennwandfenster und Trennwandtüren sind, wie unter Abs. 1 für die Fenster des Innenraumes vorgeschrieben, ebenfalls mit blauer Farbe zu versehen. Die vor den Türen — also nach der Stirnwand zu — liegenden Plattformfenster erhalten, um eine gute Sicht vom Fahrerstand zu gewährleisten, keinen Farbanstrich.

(3) Sämtliche Außenfenster und Außentürfenster sowie die Trennwandfenster und Trennwandtüren der Beiwagen sind, wie unter Abs. 1 für die Fenster des Innenraumes der Triebwagen vorgeschrieben, mit blauer Farbe zu versehen.

(4) Von dem unter den Abs. 1 bis 3 vorgeschriebenen Farbanstrich darf nur dann und insoweit abgesehen werden, als an den Fenstern oder Türen vollkommen lichtdichte und lichtdicht abschließende Vorhänge vorhanden und wenn die Bestimmungen in Nr. 7 erfüllt sind. Die Vorhänge müssen in geschlossenem Zustand so befestigt werden, daß sie sich nicht von selbst öffnen können. Auf jedem Vorhang ist ein Schild anzubringen mit dem Hinweis, daß während der Verdunklung die Vorhänge von den Fahrgästen nicht geöffnet werden dürfen.

(5) Sind an den Wagenfenstern und Türen Zug- oder Rollvorhänge vorhanden, die nicht lichtdicht sind und nicht lichtdicht abschließen, müssen diese auch nach Anbringung des vorgeschriebenen Farbanstriches bei Dunkelheit geschlossen werden.

(6) Die sonstigen Lichtaustrittsöffnungen (Oberlichter, Lüftungsklappen usw.) sind entweder mit blauer Farbe zu streichen oder durch geeignete lichtdichte Mittel wie Holz, Gewebe, Pappe, Papier, Stoff usw. abzublenden und nötigenfalls geschlossen zu halten.

(7) Blau im Sinne der Bestimmungen in den Abs. 1 bis 6 sind alle Farbanstriche, die in der Farb-

\* Die Anlagen sind im RGL. nachzusehen.

41

tönung und in der Lichtdurchlässigkeit den bei der zuständigen Reichsverkehrsgruppe erhältlichen Anstrichproben entsprechen.

### 7. Innenbeleuchtung

(<sup>1</sup>) Die Beleuchtung im Wageninnern muß für die ordnungsmäßige Durchführung des Abfertigungsdienstes ausreichen; hierfür ist — mit Ausnahme auf den Plattformen der Triebwagen — weißes Licht zu verwenden. Alle Lichtquellen müssen so abgeblendet sein, daß kein direktes Licht auch bei geöffneten Trennwand- und Außentüren auf die Straße fällt und die Bodenbeleuchtung außerhalb des Wagens, in der Waagerechten gemessen, nicht mehr als 0,025 Lux beträgt. Der Grad und die Art der Abblendung der Lichtquellen richten sich danach, ob die Lichtaustrittsöffnungen des Wagens nach Nr. 6 Abs. 1 bis 3 oder nach Abs. 4 abgeblendet sind.

(<sup>2</sup>) Die Abblendung der Innenbeleuchtung kann beispielsweise erreicht werden durch:

indirektes, von der Wagendecke zurückgestrahltes Licht, Luftschutzglühlampen,

Abschirmvorrichtungen aus lichtdurchlässigem, hitzebeständigem Werkstoff, Blech, Kunststoff usw., die so über den Glühlampen befestigt werden, daß durch eine kleine Öffnung nach unten genügend Licht austritt,

Abblenden der Lampen mittels Stoffkappen aus lichtschluckendem Stoff mit kleiner Lichtaustrittsöffnung nach unten (Stoffkappen eignen sich jedoch nur für Lampen mit Schutzglocken, da sonst infolge der Wärmestauung der Stoff in kurzer Zeit zerstört wird).

(<sup>3</sup>) Für die Innenbeleuchtung der Triebwagenplattformen ist, sofern der Fahrerstand nicht gegen die Plattform nach rückwärts lichtdicht abgeschlossen

Berlin, den 4. Juli 1941.

Der Reichsverkehrsminister

In Vertretung  
von Schell.

Der Reichsminister des Innern

In Vertretung des Reichsführers  $\text{H}$  und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern

Daluge.

## Zweite Ausführungsbestimmungen zu § 18 der Achten Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz.

Vom 3. November 1941.

(RGBl. I S. 711, ausgeg. am 14. XI. 1941).

Im Anschluß an die Ausführungsbestimmungen zu § 18 der Achten Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz vom 4. Juli 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 455) wird im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe bestimmt:

sen werden kann, mit Rücksicht auf die vom Farbanstrich freien Fenster des Fahrerstandes Blaulicht nach Nr. 3 Abs. 5 zu verwenden. Hierbei kann für die Abfertigung eine runde, etwa 10 bis 12 Millimeter große, nach unten strahlende Weißlichtöffnung in der blauen Lichtquelle vorgesehen werden.

### 8. Kennzeichnung der Straßenbahnwagen während des Fliegeralarms

(<sup>1</sup>) Zur Kennzeichnung der während des Fliegeralarms stillstehenden unbeleuchteten Straßenbahnwagen ist an der Spitze eine weißleuchtende und am Schluß des Zuges eine rotleuchtende, nach oben abgeschirmte Warnlampe anzubringen, die von der Stromzuleitung durch den Fahrdrat unabhängig ist. Ihr Lichtschein muß bei Dunkelheit und klarer Sicht bis zu einer Entfernung von 200 Meter noch sichtbar, darf jedoch aus einer Entfernung von 500 Meter nicht mehr wahrnehmbar sein.

(<sup>2</sup>) Nach der Entwarnung ist die weißleuchtende Warnlampe an der Spitze des Zuges zu entfernen.

### 9. Hoch-, Untergrund-, Schweb- und Seilbahnen.

(<sup>1</sup>) Für Hoch- und Untergrundbahnen kann der Reichsverkehrsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe Abweichungen zulassen.

(<sup>2</sup>) Bei Schweb- und Seilbahnen, in denen keine Fahrgastabfertigung während der Fahrt stattfindet, kann von einer Verdunklung der Lichtaustrittsöffnungen abgesehen werden, wenn für die Innenbeleuchtung blaues Licht nach Nr. 3 Abs. 5 verwendet wird.

Vorstehende Ausführungsbestimmungen treten am 15. August 1941 in Kraft.

In den Verdunklungsmaßnahmen an den Beleuchtungsvorrichtungen der Kraftfahrzeuge treten bis auf weiteres nachstehende Erleichterungen ein:

1. Die Vorschrift über das Entfernen der Glühlampen für das Fern- und Abblendlicht aus den Hauptscheinwerfern der mit einem Tarn-

52

scheinwerfer ausgerüsteten Kraftfahrzeuge (Abschnitt A unter I Nr. 2 Abs. 3 der Ausführungsbestimmungen vom 4. Juli 1941) und die Vorschrift, nach der bei Kraftfahrzeugen, die weder mit einem Tarnscheinwerfer noch mit Tarnblenden an den Hauptscheinwerfern ausgerüstet sind, die Zuleitung zum Fernleuchtkörper abzuklemmen und an den abgeblendeten Leuchtkörper anzulegen ist (Abschnitt A unter I Nr. 2 Abs. 4 der Ausführungsbestimmungen vom 4. Juli 1941), treten außer Kraft.

2. Außerhalb geschlossener Ortschaften darf auch das Fern- oder Abblendlicht der nach Abschnitt A unter I Nr. 2 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen vom 4. Juli 1941 abzudeckenden Hauptscheinwerfer mit oder ohne Tarnscheinwerfer zur Beleuchtung der Fahrbahn benutzt werden. Kraftfahrzeuge, die mit einem Tarnscheinwerfer oder mit Tarnblenden an den Hauptscheinwerfern ausgerüstet sind, dürfen außerhalb geschlossener Ortschaften auch während des Fliegeralarms verkehren; die Fahrbahnbeleuchtung ist hierbei auf die Tarngeräte zu beschränken. Die Pflicht zur Kenntlichmachung der seitlichen Begrenzung der Kraftfahrzeuge bleibt unberührt. Bei unmittelbar drohendem Luftangriff sind die Kraftfahrzeuge nach § 2 Abs. 2 der Zehnten Durchführungsverordnung zum Luft-

Berlin, den 3. November 1941.

Der Reichsverkehrsminister

In Vertretung  
von Schell.

Der Reichsminister des Innern

In Vertretung des Reichsführers // und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern  
Daluge.

### Vierte Ergänzungsbestimmung zur Verordnung über die Sozialversicherung der einberufenen Luftschutzdienstpflichtigen.

Vom 7. Juli 1941.

Auf Grund des § 3 Abs. 2 der Verordnung über die Sozialversicherung der einberufenen Luftschutzdienstpflichtigen vom 11. November 1939 (Reichsgesetzblatt I S. 218) wird im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe bestimmt:

Auf diejenigen Personen, die nach Aufruf des Luftschutzes zu einer zusammenhängenden Dienstleistung von nicht mehr als drei Arbeitstagen im Luftschutzwarndienst, Sicherheits- und Hilfsdienst sowie in dem unter § 23 der Ersten Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz in der

Berlin, den 7. Juli 1941.

Der Reichsarbeitsminister

Im Auftrag  
Dr. Engel.

schutzgesetz in der Fassung der Vierten Änderungsverordnung zum Luftschutzrecht vom 25. März 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 168) abzustellen.

3. Innerhalb geschlossener Ortschaften dürfen zur Beleuchtung der Fahrbahn bei Kraftfahrzeugen, die mit einem Tarnscheinwerfer oder mit Tarnblenden an den Hauptscheinwerfern ausgerüstet sind, nur die Tarngeräte, bei allen übrigen Kraftfahrzeugen nur das Abblendlicht benutzt werden. Die Pflicht zur Kenntlichmachung der seitlichen Begrenzung der Kraftfahrzeuge bleibt unberührt. Bei Fliegeralarm sind die Kraftfahrzeuge nach § 2 Abs. 2 der Zehnten Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz in der Fassung der Vierten Änderungsverordnung zum Luftschutzrecht vom 25. März 1941 abzustellen.

4. Soweit nach § 18 Abs. 2 und 3 der Achten Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz in der Fassung der Vierten Änderungsverordnung zum Luftschutzrecht vom 25. März 1941 die nicht in Bewegung befindlichen Kraftfahrzeuge zu beleuchten sind, ist die Fahrbahnbeleuchtung (Fernlicht, Abblendlicht und Tarnscheinwerfer) auszuschalten.

Vorstehende Ausführungsbestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

# Vierte Durchführungsverordnung zur Kriegssachschädenverordnung.

Vom 11. April 1942.

(RGBl. I S. 169, ausgeg. am 13. IV. 1942).

Auf Grund des § 28 Abs. 3 und des § 37 Abs. 1 der Kriegssachschädenverordnung (KSSchVO) vom 30. November 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 1547) wird im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern verordnet:

## § 1

Wird auf Grund des Gesetzes über die Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht vom 29. März 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 467) Grundeigentum, an dem ein Kriegssachschaden entstanden ist, zu Gunsten des Reichs enteignet, so wird der Entschädigungsanspruch wegen des Kriegssachschadens dadurch abgegolten, daß die Enteignungsbehörde bei der Bemessung der Enteignungsentschädigung von dem Zustand des Grundeigentums ausgeht, der vor dem Eintritt des

Kriegssachschadens bestanden hat. Dies gilt nicht, wenn die Feststellungsbehörde die Entschädigung nach der Kriegssachschädenverordnung bereits rechtskräftig festgesetzt hat.

## § 2

Etwaige Nutzungsschäden des Grundeigentümers werden im Falle des § 1 durch die Feststellungsbehörde nach den Anordnungen des Reichsministers des Innern über die Entschädigung von Nutzungsschäden, jedoch längstens für die Zeit bis zur Zustellung des Enteignungsbeschlusses abgegolten.

## § 3

Die Verordnung tritt am 15. April 1942 in Kraft.

Berlin, den 11. April 1942.

Der Reichsminister des Innern  
In Vertretung  
Dr. Stuckart.

## Vierte Verordnung

des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen.

Vom 13. April 1942.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über das Rechtsetzungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939 (RGBl. I S. 1039) wird verordnet:

## § 1

(<sup>1</sup>) Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag kann das von auswandernden Juden gem. § 1 der Zweiten Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen vom 12. Oktober 1941 (VBIRProt. S. 555) zur Abwicklung übernommene Vermögen dem Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren (§ 5 der Verordnung

des Reichsprotectors vom 5. März 1940 — VBIRProt. S. 77) einweisen.

(<sup>2</sup>) Die Einweisung erfolgt durch eine schriftliche mit Siegel und Unterschrift versehene Erklärung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung (Einweisungsbescheid).

## § 2

(<sup>1</sup>) Mit dem Tage der Ausstellung des Einweisungsbescheides gehen alle Rechte des bisherigen Eigentümers auf den Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren über.

(<sup>2</sup>) Der Einweisungsbescheid gilt als öffentliche Urkunde im Sinne des § 33 des Allgemeinen

Grundbuchgesetzes. Er ersetzt alle für die Veräußerung des jüdischen Vermögens sonst erforderlichen Genehmigungen.

(2) Die Vorschriften der Zweiten und Dritten Verordnung des Reichsprotectors über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen vom 12. Oktober 1941 und 19. November 1941 (VBIRProt. S. 555 bzw. 642) bleiben unberührt.

§ 3

Einweisungen nach § 1 Abs. 2 sind von sämtlichen Gebühren, Abgaben und Umsatzsteuern befreit.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Prag, 13. April 1942.

Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren

Mit der Führung der Geschäfte beauftragt:

Heydrich,

ff-Obergruppenführer und General der Polizei.



80603

Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren Prag, den 15. Dez. 1941.

Tgb.Nr. B.d.S. I - 3098/41

43

Streng vertraulich !

An

- a) alle Herren Oberlandräte,
- b) die Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,
- c) die Staatspolizeileitstelle Prag,
- d) die Staatspolizeileitstelle Brünn.

Nachrichtlich:

- e) die Abteilungen I - IV,
- f) die Zentralverwaltung,
- g) die Gruppen I/1, I/2, I/3, I/6, I/9, I/10, I/11, II/1, II/2, II/3, II/4, II/6, II/7, III/1, III/2, III/4, IV/2, IV/3,
- h) das Büro des Herrn Reichsprotectors,
- i) das Büro des Herrn Staatssekretärs,
- k) das Büro des Herrn Unterstaatssekretärs,
- l) den Wehrmachtbevollmächtigten,
- m) den Arbeitsgauführer,
- n) den Befehlshaber der Ordnungspolizei,
- o) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei,
- p) den Vertreter des Auswärtigen Amtes,
- q) die Parteiverbindungsstelle,
- r) den SD-Leitabschnitt Prag.

Betrifft: Evakuierung der Juden; Durchführungsbestimmungen.

- - -

Abgesehen von den bereits im Gange befindlichen Abtransporten von Juden in die Ghettos Litzmannstadt, Minsk und Riga, sind nunmehr auch die Vorbereitungen für die Einrichtung eines Judenghettos in Theresienstadt soweit vorgeschritten, daß bereits jetzt mit der Einweisung größerer Transporte begonnen werden konnte.

Die) /

Die Leitung der gesamten Evakuierung und der damit zusammenhängenden Aufgaben ist dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD übertragen, dessen Anordnungen unbedingt nachzukommen ist. Alle Dienststellen meines Amtes sind gehalten, ihm hierbei die größtmögliche Unterstützung angedeihen zu lassen.

Im besonderen ordne ich noch folgendes an:

I. Auswahl der einzuweisenden Juden.

Die gebietsmäßige und personelle Auswahl in der Reihenfolge der Einweisungen trifft der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, da nur eine zentrale Steuerung eine entsprechende Bedachtnahme auf die Erfordernisse der Wirtschaft, des Verkehrs, des Arbeitseinsatzes und die Wahrung sonstiger allgemeiner Interessen gewährleistet.

Die Einweisung erfolgt grundsätzlich nur in Sammeltransporten, deren Zusammenstellung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung obliegt.

II. Sicherstellung und Abwicklung der jüdischen Vermögensschaften.

A) Übernahme der Vermögensschaften.

Das Vermögen der evakuierten Juden übernimmt auf Grund der Zweiten Verordnung des Reichsprotectors vom 12. Oktober 1941 über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen (VB1RProt. S. 555) die Zentralstelle für jüdische Auswanderung. Als Grundlage dient die von den Juden unmittelbar vor der Evakuierung abgegebene Vermögenserklärung (Muster liegt bei). Bei der Abwicklung des Vermögens bedient sich die Zentralstelle für jüdische Auswanderung des Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren. Der Abwicklungserlös wird zur Tragung der Auswanderungs- und Evakuierungskosten verwendet.

Die)

Die im Zuge befindlichen Arisierung (Maßnahmen nach den Verordnungen des Reichsprotectors vom 21. Juni 1939 über das jüdische Vermögen, VBlRProt. S. 45 und vom 26. Januar 1940 zur Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft des Protektorats, VBlRProt. S. 41) gehen in der bisherigen Form weiter. Es wird lediglich der Enderlös von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung auf Grund der ihr von den früheren jüdischen Inhabern erteilten Vollmachten eingefordert werden.

B) Regelung der von den Juden offengelassenen Verbindlichkeiten.

Die Befriedigung von Ansprüchen Dritter gegen derartige jüdische Vermögen erfolgt auf Grund der Bestimmungen der Dritten Verordnung des Reichsprotectors über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen vom 19. November 1941 (VBlRProt. S. 642). Etwa bei den Oberlandräten einlangende Ansuchen auf Bezahlung solcher Forderungen sind unter Anschluß der Belege an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung weiterzuleiten. Eine Befriedigung durch die Oberlandräte hat nicht stattzufinden, auch wenn entsprechende Barmittel vorhanden wären.

C) Verwaltung und Verwertung der von den ausgewanderten und evakuierten Juden zurückgelassenen Vermögensschaften.

1.) Sicherung der Wohnung.

Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung sorgt bei der jeweiligen Zusammenstellung eines Transportes für die ordnungsgemäße Absperrung der freigewordenen Judenwohnung. Die Schlüssel werden nach dem Abtransport dem Oberlandrat ausgehändigt. Im Oberlandratsbereich Prag und Brünn verbleiben die Schlüssel bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung bzw. bei deren Verbindungsstelle in Brünn.

2.)

46

2.) Bewegliche Sache .

Was im Einzelfall von den Juden mitgenommen werden darf, bestimmt die Zentralstelle für jüdische Auswanderung nach den jeweils gegebenen Bedürfnissen. Es wird sich hierbei immer nur um Bedarfsgegenstände des täglichen Gebrauchs handeln, die der Jude selbst mittragen kann. Wohnungseinrichtungen und sonstiger Hausrat bleiben stets zurück.

a) Wohnungseinrichtungen und Hausrat:

Die Verwertung der Wohnungseinrichtungen und des Hausrats (Kleider, Wäsche etc.) erfolgt mit Ausnahme für die Oberlandratsbereiche Prag und Brünn durch die Oberlandräte selbst.

Der Oberlandrat hat daher sofort nach Abtransport des Juden für die Schätzung der zurückgelassenen Wohnungseinrichtungsgegenstände und des Hausrates durch einen gerichtlich vereidigten Schätzmeister zu sorgen. Nach durchgeführter Schätzung kann der Abverkauf entweder aus der Wohnung selbst oder nach vorherigem Abtransport in ein Sammellager erfolgen. Schätzung und Verkauf hat nach volkspolitischen Gesichtspunkten unter Bevorzugung der minderbemittelten deutschen Volksgenossen zu geschehen. Es wird empfohlen, die verantwortlichen Sachbearbeiter vor dem Anlaufen einer solchen Aktion anzuweisen, sich durch eine Vorsprache bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung die Erfahrungen dieser Dienststelle auf diesem Gebiete zunutze zu machen.

Beim Verkauf ist unbedingt auf den Barertrag des Geschäftes zu sehen. Eine unentgeltliche Abgabe von Vermögensstücken kann nicht erfolgen.

Auf)

Auf eine saubere und in jeder Beziehung ordnungsgemäß belegbare Verwertung ist unbedingt zu achten. Ich mache hierfür die Herren Oberlandräte persönlich verantwortlich.

b) Kunstgegenstände und Sammlungen.

Kunstgegenstände ( wie besonders wertvolle Bilder, hochwertige Antiquitäten, besonders wertvolle Teppiche) und Sammlungen (Briefmarkensammlungen, Münzensammlungen etc.) sind gesichert in Verwahrung zu nehmen. Über die Art der Wertgegenstände, den früheren Inhaber und den jetzigen Verwahrungsort, wenn möglich auch über den mutmaßlichen Wert ist der Zentralstelle für jüdische Auswanderung kurz zu berichten.

3.) Verwertung der freiwerdenden Wohnungen.

Über die freiwerdenden Wohnungen verfügen im Rahmen der bestehenden Vorschriften (Verordnung des Reichsprotectors über die Vermietung von Judenwohnungen vom 7. Oktober 1940, VBIRProt. S. 511) die Oberlandräte.

Es ist darauf zu achten, daß die von den Juden geräumten Wohnungen bis zum Ende der Zinsperiode freigemacht sind, damit nicht der Vermieter für Zinsrückstände von seinem gesetzlichen Pfandrecht Gebrauch machen kann.

4.) Abfuhr des Erlöses.

Der Erlös aus dem Abverkauf beweglicher Sachen ist auf das Konto 1003 des Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren bei der Böhmischen Escomptebank zu überweisen. Dem Auswanderungsfonds ist darüber Mitteilung zu machen. Diese hat zumindest den Vor- und Zunamen des jüdischen Vorbesitzers, den Gegenstand)

Gegenstand der Veräußerung (Wohnungseinrichtung, Kleider etc.), den Schätzwert und die Höhe des zur Überweisung gebrachten Erlöses zu enthalten.

Alle Aufzeichnungen über Schätzung, Verkauf und Abfuhr des Erlöses müssen so gehalten sein, daß sie jederzeit einer Rechnungsprüfung standhalten.

D) Behandlung von Liegenschaften.

a) Verwaltung.

Die Verwaltung der Liegenschaften ausgewanderter oder evakuierter Juden führen in den Oberlandratsbezirken Prag und Brünn der Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren, in den übrigen Oberlandratsbezirken die Oberlandräte. Der Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren kann die Gesamtverwaltung oder die Verwaltung einzelner Liegenschaften auch in diesen Bereichen an sich ziehen.

Die vom Bodenamt geführten Zwangsverwaltungen landwirtschaftlicher Liegenschaften, sowie die mit gewerblichen Betrieben im Zusammenhang von Treuhändern verwalteten Liegenschaften werden durch diese Anordnungen nicht berührt.

Die Verwaltung der Liegenschaften hat im Namen und auf Rechnung des Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren zu erfolgen.

Es ist darauf zu achten, daß die Liegenschaften ordnungsgemäß und wirtschaftlich genützt werden. Es ist deshalb für eine entsprechende Verpachtung oder Vermietung Sorge zu tragen, wobei bezüglich der Höhe der Mietzinse die Kundmachung der Obersten Preisbehörde vom 24.6.1939 Nr. 333/VI/4/39 zu beachten ist.

(Zulässige)

(Zulässige Miete der am 1.3.1939 tatsächlich gezahlte Mietzins.) Irgendwelche Ausnahmebewilligungen bedürfen der Zustimmung des Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren. Vor Vornahme größerer Instandsetzungen sowie für Aufwendungen, welche die Höhe des jährlichen Mietzinsertrages übersteigen, ist die Zustimmung des Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren einzuholen.

Der Verwalter muß sich immer vor Augen halten, daß die Erträgnisse der Liegenschaft öffentliche Mittel darstellen, über welche nur in sparsamster Weise verfügt werden darf.

b) Verwertung.

Die Veräußerung von jüdischen Liegenschaften erfolgt nach den Grundsätzen meines Erlasses vom 10. April 1941 - B.d.S. I-189/41 - durch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung. Kaufangebote sind dieser vorzulegen.

III. Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei ist ermächtigt über die Verwaltung jüdischer Liegenschaften, soweit sie von den Oberlandräten geführt wird, weitere Richtlinien zu erlassen.

Zusatz für die Zentralstelle für jüdische Auswanderung:

Ich ersuche für die Verzeichnung, die Schätzung, den Verkauf der Wohnungseinrichtungen und des Hausrates sowie für die Abrechnung des Erlöses ein kurz gefaßtes Merkblatt auszuarbeiten, das den Oberlandräten zugeschickt werden kann.

Desgleichen)

50

Desgleichen ist ein Merkblatt vorzubereiten, in dem die wichtigsten Richtlinien über die Verwaltung von Liegenschaften (Verwendung des Ertrages, Vornahme von Instandhaltungsarbeiten, Abschluß von Miet- und Pachtverträgen etc.) festgelegt sind.

Mit der Führung der Geschäfte beauftragt:

gez. H e y d r i c h ,

# - Obergruppenführer  
und General der Polizei.

Beglaubigt:

*Schindler*  
Kanzleiangestellte.

II

Der Reichsprotector in Böhren  
und Mähren

Prag, den 25. September 1942

Tsb.Nr. Bds - VR 1 - 727/42.

An

- a) die Bezirkshauptmänner  
- Reichsauftragsverwaltung - in Kladno,  
Kolin,  
Pilsen,  
Klattau,  
Budweis,  
Tabor,  
Königgrätz,  
Pardubitz,  
Jitschin,

durch die Hand des Landespräsidenten  
- Reichsauftragsverwaltung - in Prag,

- b) die Bezirkshauptmänner  
- Reichsauftragsverwaltung - in Brünn,  
Zlin,  
Iglau,  
Friedberg,  
Olmütz,

durch die Hand des Landespräsidenten  
- Reichsauftragsverwaltung - in Brünn.

Nachrichtlich:

- c) die Staatspolizeileitstelle Prag,
- d) die Staatspolizeileitstelle Brünn,
- e) das Vermögensamt des Reichsprotectors,
- f) dem Vertreter des Reichskommissars  
für Feindvermögen,
- g) die Gruppe II/1 Ia,
- h) die Parteiverbindungsstelle.

Betrifft: Evakuierung der Juden; Durchführungsbestimmungen.

Verwaltungsbehörden und Parteidienststellen sind  
in letzter Zeit mehrfach mit Vorschlägen über die Instand-  
setzung)

setzung verwaarloster jüdischer Wohnungen an das Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren herangetreten und zwar in der vermutlichen Annahme der alleinigen Zuständigkeit dieser Stelle für ehemals jüd. Vermögen.

Zur Klarstellung der Rechtslage verweise ich auf folgendes:

- I. Bei jüdischen Wohnungen, die im privaten arischen Hausbesitz stehen, obliegt die Instandsetzung nach § 1096 ABGB dem Vermieter. Dieser ist verpflichtet die Wohnung in einen brauch- und bewohnbaren Zustand zu setzen.
- II. Bei jüdischen Wohnungen in Häusern, die im Eigentum von Juden standen, ist zu entscheiden ob die Liegenschaft
  - a) beschlagnahmt oder eingezogen wurde,
  - b) Feindvermögen darstellt,
  - c) vom Auswanderungsfond für Böhmen und Mähren angekauft,
  - d) vom Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren nach § 1 der Verordnung vom 12. Oktober 1941, VBl.RProt. S. 555 zur Abwicklung übernommen wurde.

Zu a) und b):

Bei beschlagnahmten oder eingezogenen ehemals jüdischen Liegenschaften ist das Vermögensamt des Reichsprotectors, bei Liegenschaften welche Feindvermögen darstellen der Verwalter des Feindvermögens für die Instandsetzung der Wohnung zuständig.

Zu c) und d):

Die vom Auswanderungsfond angekauften Liegenschaften werden von diesem auch verwaltet. Anträge auf Instandsetzungsarbeiten)

setzungsarbeiten sind bei der Verwaltungs- und Verwertungsstelle des Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren in Prag II, Petersplatz 1, einzubringen. Die Verwaltung der Liegenschaften, die nach § 1 der obengenannten Verordnung zur Abwicklung übernommen worden sind, obliegt für den ehemaligen Oberlandratsbezirk Prag der Verwaltungs- und Verwertungsstelle des Auswanderungsfonds, für den ehemaligen Oberlandratsbezirk Brünn der Verbindungsstelle Brünn der Verwaltungs- und Verwertungsstelle Prag, in den übrigen Bezirken dem geschäftsführenden Bezirkshauptmann - Reichsausstragsverwaltung - bzw. den von den geschäftsführenden Bezirkshauptmännern zu diesem Zwecke eingerichteten Verwaltungsstellen.

- III. Bei Liegenschaften, die noch im Eigentum nicht evakuierter Juden stehen, bitte ich Anträge auf Instandsetzung von Wohnungen als Vorausmaßnahme für eine künftige Evakuierung bei der nach Punkt d) zuständigen Stelle einzubringen. Diese wird sodann die treuhändige Verwaltung der Liegenschaft in die Wege leiten.
- IV. Bei den Instandsetzungen von ehemals jüdischen Wohnungen sind nicht etwa die Wünsche der Mieter, die in vielen Fällen weit über ein vertretbares Ausmaß hinausgehen, maßgeblich, sondern eine Wiederinstandsetzung die der gebotenen Reinlichkeit und Hygiene entspricht.
- V. Bei der Durchführung von Außenreparaturen größeren Umfangs ist darauf zu sehen, daß die Rentabilität noch gewahrt bleibt. Ist die Liegenschaft so belastet, daß schon jetzt oder nach Durchführung größerer Instandsetzungsarbeiten der Zinsen- und Amortisationsdienst, sowie die Betriebskosten in den Einnahmen keine Deckung mehr finden, so ist vordringlich an den Verkauf zu denken. Ist ein solcher derzeit nicht möglich oder

54  
oder aus politischen Gründen nicht vertretbar, so rechtfertigt dies nicht etwa die weitere Verwahrung, Vielmehr ist in diesen Fällen bei den unter II. Punkt c, d und III. angeführten Liegenschaften an das Zentralamt für die Regelung der Judenfrage der Antrag auf Instandsetzung der Liegenschaft unter Darlegung des Sachverhaltes zu stellen.

Die selbstständige Verwendung des Reinertrages von treuhänderisch verwalteten Liegenschaften zur Instandsetzung anderer (unrentabler) Liegenschaften ist nicht zulässig. Ein derartiger Ausgleich bedarf bei den unter II. c, d und III. genannten Liegenschaften der vorherigen Genehmigung des Zentralamtes für die Regelung der Judenfrage.

Im Auftrage:  
gez. Dr. Weinmann

Beglaubigt:  
*K. Müller*  
Kanzleigestellte.

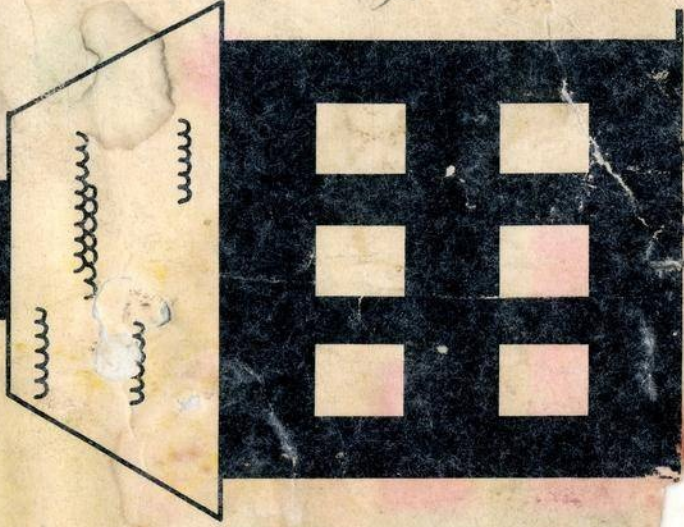
# Vermögensgliederung

DES AUSWANDERUNGSFONDS FÜR BÖHMEN UND MÄHREN

STAND ZUM 1. 12. 1942

GESAMTVERMÖGEN 592,020.000 RM  
 ABZÜGLICH LASTEN 126,000.000 "  
 REINVERMÖGEN 472,020.000 RM

GRÜNDBUCHLASTEN  
 1/20 MILL. RM



VERMÖGENSGEGENSCHAFTEN  
 411 MILL. RM

GELD  
 136 MILL. RM

MÖBEL  
 21 MILL. RM

WERTPAPIERE  
 14 MILL. RM

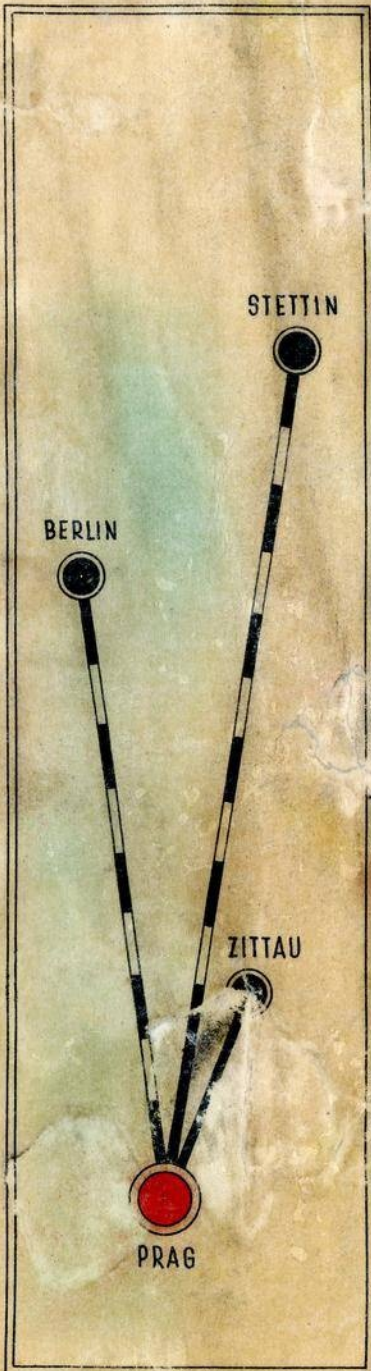
INVENTAR  
 10 RM

# Umfang der Arbeit der Treuhandstelle

56

Geleistete Arbeitsstunden:

1,633 714



Mit dieser Arbeitsleistung  
könnte eine Bahnstrecke von  
110 Km Länge gebaut wer-  
den (Strecke Prag - Zittau)

Die noch durchzuführen den  
Arbeiten erfordern eine  
Arbeitsleistung von annähernd  
4,900 000 Arbeitsstunden  
(Bau der Strecke Prag - Berlin)

Die gesamte Arbeit entspricht  
dem Bau der Strecke Prag -  
- Stettin.

57  
**In Böhmen und Mähren**

WURDEN ERFASST UND ZUR VERWERTUNG GEBRACHT



FAHRRÄDER 3.503



SCHREIBMASCHINEN 2.036



PELZE UND  
PELZGEGENSTÄNDE 3 4.543

ERFASSUNG UND VERWERTUNG VON

58

# Spinnstoffen in Prag

ERFASST:

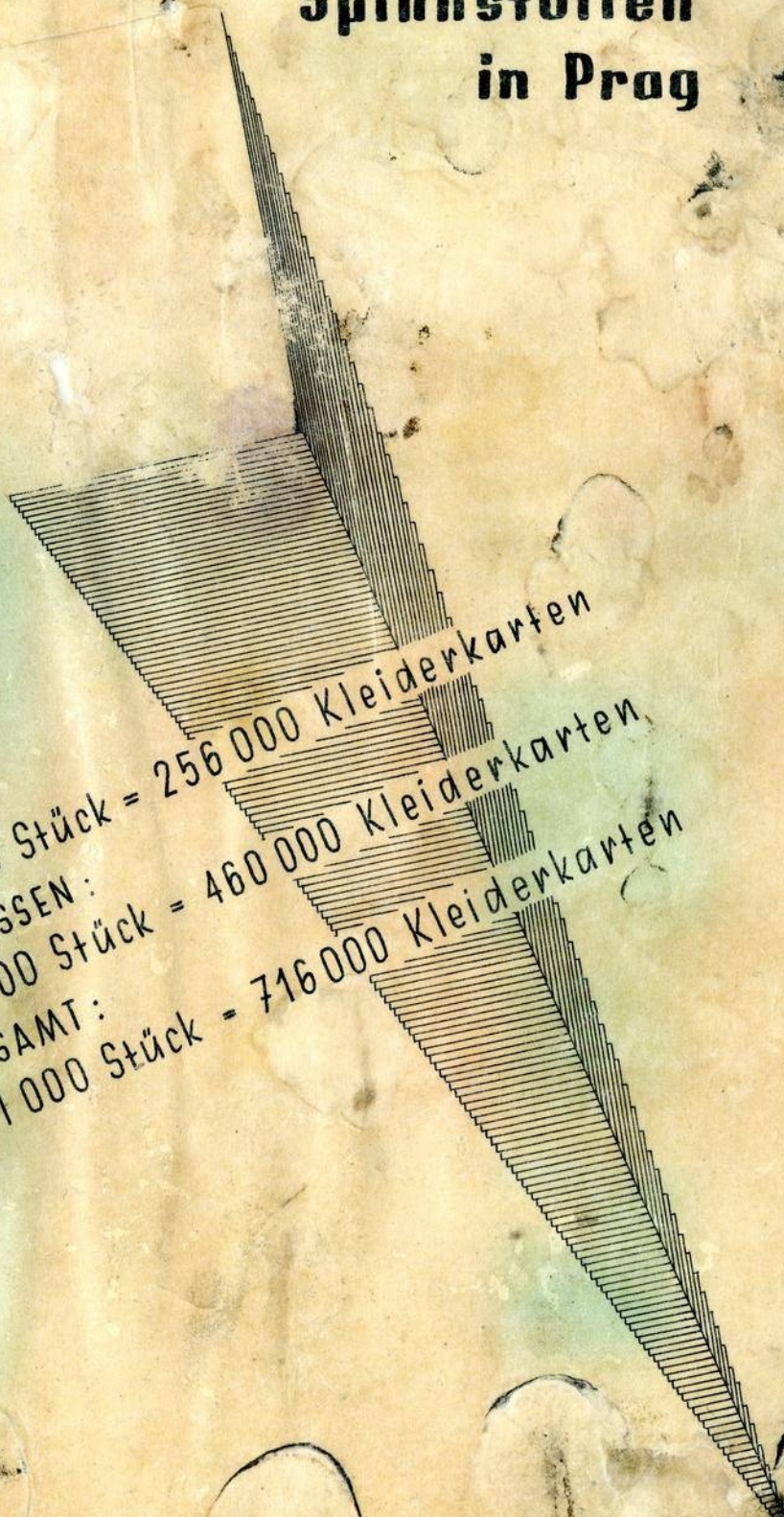
1,025 000 Stück = 256 000 Kleiderkarten

ZU ERFASSEN:

1,846 000 Stück = 460 000 Kleiderkarten

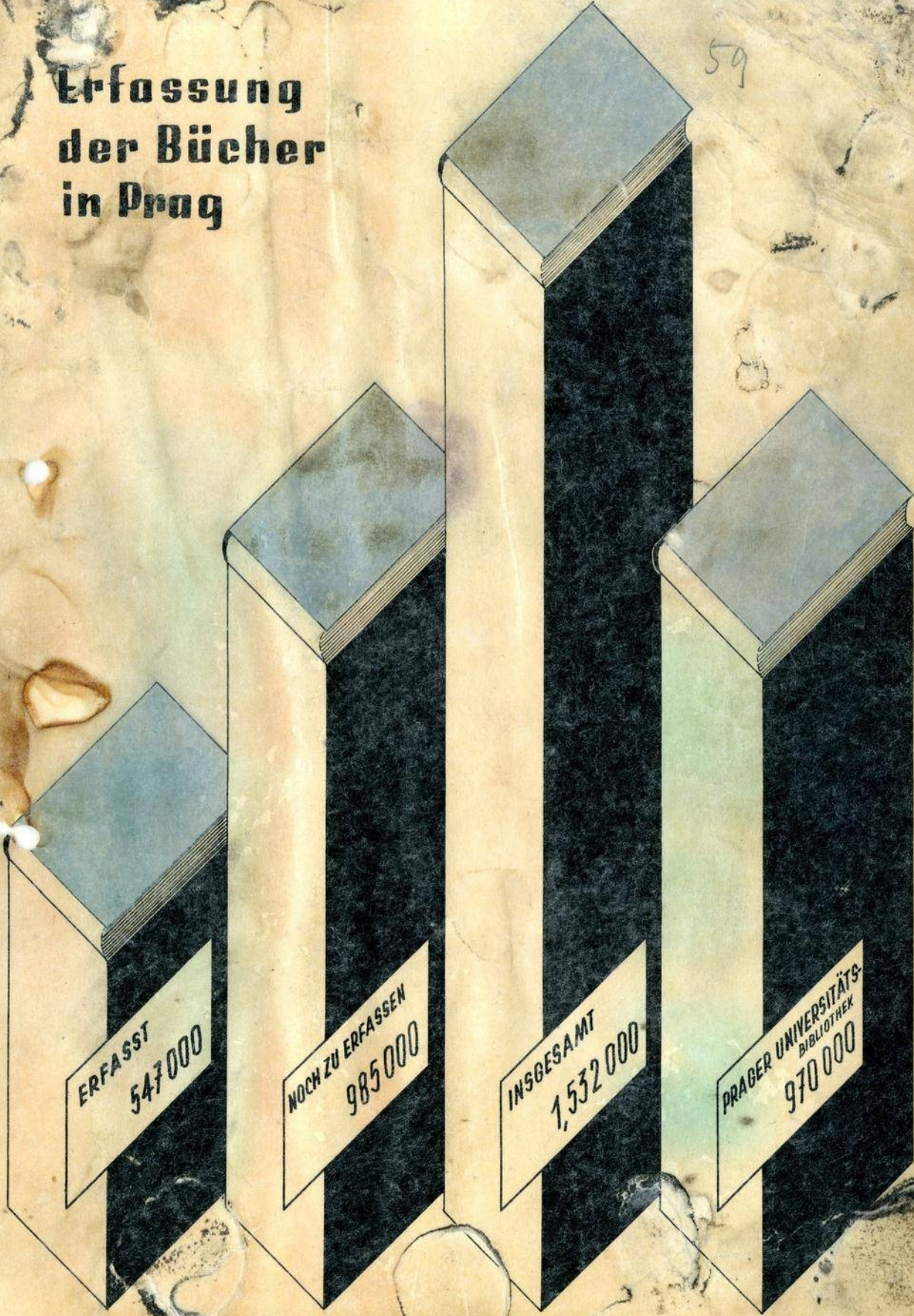
INSGESAMT:

2,871 000 Stück = 716 000 Kleiderkarten



# Erfassung der Bücher in Prag

59



ERFASST  
547 000

NOCH ZU ERFASSEN  
985 000

INSGESAMT  
1,532 000

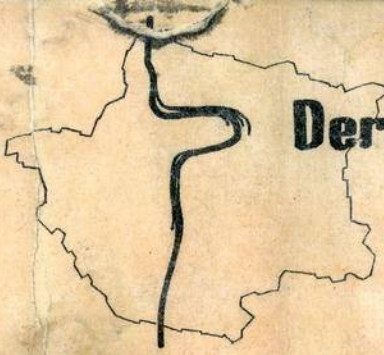
PRAGER UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
970 000

Im Rahmen der laufenden Aktion wurden bisher  
u.a. erfaßt:

579

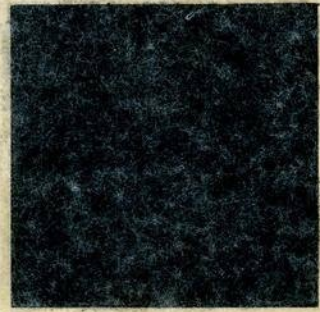
1./	Spinnstoffe .....	1,025.496	Stück
2./	Porzellan und Glas.....	364.993	"
3./	Küche u.Hausrat.....	1,045.088	"
4./	Klaviere .....	436	"
5./	Elektrogegenstände.....	22.012	"
6./	Bücher .....	547.458	"
7./	Lebens- und Reinigungs- mittel .....	41.113	kg
8./	Bilder .....	51.734	Stück
9./	Technische und optische Instrumente .....	3.753	"
10./	Medizinische Geräte und Medikamente .....	48029	"
11./	Kohle, Holz .....	714.577	kg.

60



# Der jüdische Wohnraum in Prag

STAND AM 1.X.1940.



14.920

DURCH UMSIEDLUNG DER JUDEN FREIGEWORDEN



4.476

DURCH ABWANDERUNG DER JUDEN FREIGEWORDEN



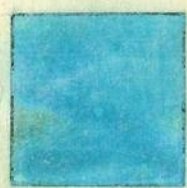
8.101

HIEVON DURCH ABFUHR VON MÖBELN  
U. FAHRNISSEN VOLLSTÄNDIG GERÄUMT



2.901

ZUR RÄUMUNG VERBLEIBEN NOCH



5.200

VON JÜDISCHEN HAUPTMIETERN NOCH BEWOHNT



2.43

64

Bericht

über die Tätigkeit der Staatspolizeileitstelle Prag

bezüglich der

Beschlagnahme und Einziehung reichsfeindlichen Vermögens

und

Zusammenstellung

der bis zum 1. Juli 1942 beschlagnahmten und eingezogenen

Vermögenswerte.

Prag, am 1. Dezember 1942.

62

I.

1. Die Geheime Staatspolizei war nach der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren (16.3.1939) auch auf dem Gebiete der Erfassung und Einziehung reichsfeindlichen Vermögens vor grosse und neue Aufgaben gestellt. Gerade dieser Raum war nach der Machtergreifung das Asyl und der Tummelplatz aller gegen das Reich eingestellten Elemente geworden, in dem das Judentum, die marxistischen und kommunistischen Organisationen sowie der fanatische tschechische Chauvinismus alles unternahmen, um dem Reiche zu schaden. Mit der Erstarkung des Nationalsozialismus und der Angliederung der österreichischen und sudetendeutschen Gebiete an das Reich war im Protektorat eine Häufung von Fluchtvermögen eingetreten, das dem Zugriff der deutschen Behörden entzogen werden sollte. Die genannten Organisationen als auch die Juden waren sich darüber klar, dass das Reich in erster Linie nach ihrem Eigentum greifen würde sie unternahmen deshalb alle Schritte um ihr Vermögen zu tarnen bzw. raschestens zu verschieben. Insbesondere die unter Einbringung beträchtlicher Vermögenswerte zugewanderten Juden mussten um ihr Vermögen besorgt sein. War die Wirtschaft und der Handel schon vor der Machtergreifung im Protektorat eine starke Domäne der Juden, so hat das neueingebrachte Judenvermögen den jüdischen Einfluss gerade auf diesen Gebieten wesentlich erhöht. Von insgesamt 1962 Rechtsanwälten in Böhmen waren 622 Juden, von 1233 in Prag 449 Juden. Ähnlich war das Verhältnis bei den Ärzten und anderen freien Berufen.

Schon weit vor der Errichtung des Protektorats haben die Juden versucht, ihr in der Tschechoslowakei gelegenes Vermögen zu liquidieren. Sehr grosse Vermögenträger, wie zum Beispiel die Judenfamilie Petschek, begannen bereits im Sommer 1938 mit der Verlegung ihres Ver-

62a

gens ins Ausland. Der tschechoslowakische Staat setzte diesen Versuchen keine ernsthaften Schwierigkeiten entgegen. Die Prager Nationalbank bewilligte den Transfer jüdischer Guthaben in das Ausland in grösstem Umfange. Soweit dies nicht geschah, verkauften jüdische Industrielle und Kaufleute bis weit in das Jahr 1939 hinein ihre Warenbestände in das Ausland unter dem Vorwand der Devisenbeschaffung und kassierten die Beträge nach ihrer vollzogenen Flucht. Derartige Verfügungen über Auslandsguthaben und Forderungen konnten auch später nur in beschränktem Maße, hauptsächlich in den neutralen und in den von uns besetzten Ländern, verhindert werden.

Innerhalb des Protektorates versuchten die Juden, die den Zugriff der deutschen Behörden befürchteten und ausser Lande gehen wollten, ihre Vermögenswerte, vor allem Grundstücke und Betriebe, möglichst gegen Barzahlung zu verkaufen und unter Mitnahme der Barbeträge zu emigrieren, wobei der Grenzübertritt häufig illegal erfolgte. Zwar hatte der Chef der Zivilverwaltung der Heeresgruppe III durch Verordnung vom 29.3.1939 angeordnet, dass der käufliche Erwerb sowie jede Verfügung über wirtschaftliche Unternehmungen, Beteiligungen und Vermögenswerte aller Art, die ganz oder teilweise in jüdischem Eigentum stehen, rückwirkend auf den 15.3.1939 seiner ausdrücklichen und nur in Ausnahmefällen zu erteilenden Genehmigung bedurften. Trotzdem waren die Transaktionen ins Ausland möglich, da die erteilten Genehmigungen nach nur oberflächlichen Prüfungen erfolgten.

Dieser Fülle von Aufgaben stand die Staatspolizei in der ersten Zeit etwas hilflos gegenüber, umso mehr als sie sich im Protektorate erstmalig einem geschlossenen feindlich eingestellten Fremd-  
volke

80575



volke gegenüber sah und keine Resonanz zu diesem und somit auch nicht die gewohnte Mitarbeit der Bevölkerung finden konnte. Die Einsatzkommanden waren in erster Linie mit der Verfolgung und Unschädlichmachung vieler Staatsfeinde beschäftigt und mussten die vermögensrechtlichen Massnahmen in Anbetracht des unzureichenden und zudem für diese Aufgaben ungeschulten Personals vorläufig zurückstellen. Die in Österreich und im Sudetenland gewonnenen Erfahrungen auf dem Gebiete der Erfassung ~~von~~ volks- und staatsfeindlichen Vermögens konnten hier nicht verwertet werden, da gerade auf diesem Gebiete erfahrene Beamte nicht vorhanden waren. Die Staatspolizei im Protektoratsgebiete musste ganz neue Wege gehen, da die bisher auf dem Gebiete der Vermögenserfassung erlassenen Bestimmungen im Protektorate keine Anwendung finden konnten, war doch dieses Gebiet nach dem Führererlass vom 16.3.1941 Art. III ein Selbstverwaltungsgebiet, dessen Autonomie auch weitgehendst respektiert werden musste.

Die Staatspolizei hat jedoch alle diese Aufgaben im Laufe der Zeit gemeistert. Die von ihr im Laufe der drei Jahre erzielten Erfolge beweisen neuerlich die Anpassungsfähigkeit, den Instinkt und die Geschicklichkeit der Staatspolizei bei der Bearbeitung und Lösung von ihr wesensfremden Aufgaben.

- 2.) Allzubald erkannte die Staatspolizei die Notwendigkeit der schnellen Sicherung solcher Vermögen, da diese durch die Flucht der reichsfeindlichen Eigentümer ohne jede Verwaltung waren oder in Händen von gleichfalls gegen das Reich eingestellten Personen lagen. Ihre Substanz musste ohne jede behördliche Kontrolle verloren gehen. Die Staatspolizei konnte vorläufig nur auf Grund der ihr allgemein übertragenen Befugnisse Sicherungsmassnahmen treffen. Sie konnte wohl beschlagnahmen, jedoch nicht einziehen, da die für das übrige Reichsgebiet getroffenen Einziehungsverordnungen auf dem Gebiete des Protektorates keine Wirkung hatten. Für die Einziehung konnten weder

das

das Gesetz über Einziehung kommunistischer Vermögen vom 26.5.1933 (I 293), das Gesetz über Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 16.7.1933 (I 499), noch die Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18.11.1938 (I 620) und die Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens in den sudetendeutschen Gebieten vom 12.5.1939 (I 911) angezogen werden.

Es stand jedoch zu erwarten, dass nach der Errichtung des Protektorates baldigst eine entsprechende Verordnung ergehen würde. Zur Überbrückung bis zur Erlassung einer solchen Verordnung ordnete der Reichsführer  $\text{H}$  und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern durch Erlass vom 20.6.1939 - S-V I Nr. 2039/39-212 - an, dass die diesem Erlass beigelegten Ruderlasse über die Verwaltung von mit dem Ziele der Einziehung beschlagnahmten volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 13.10.1938 - S-V I Nr. 2409<sup>II</sup>/38-212 - und vom 27.10.1939 - S-V I Nr. 2409<sup>IV</sup>/38-212 - auch für Böhmen und Mähren mit der Änderung gelten, dass die polizeiliche Beschlagnahme von Grundstücken in die Grundbücher einzutragen und die Bestimmungen des Erlasses vom 27.10.1938 sinngemäss anzuwenden sind. Durch diesen Erlass wurde das für die staatspolizeiliche Beschlagnahme im Protektorat einzuhaltende formelle Verfahren geregelt. Es bestand daher weiterhin nur die Möglichkeit der Sicherstellung und formellen Beschlagnahme reichsfeindlichen Eigentums, dagegen nicht die Möglichkeit zur Einziehung des beschlagnahmten Vermögens zu Gunsten des Deutschen Reiches. Von der Möglichkeit der Beschlagnahme wurde in den ersten beiden Monaten, d.h. bis etwa Mitte Mai 1939, lediglich im Bezug auf Grundstücke, die staatsfeindlichen, geflüchteten Juden gehörten, Gebrauch gemacht. Dies geschah vor allem des-

halb,



halb, weil es sich als notwendig erwies, sofort geeignete Gebäude und Räumlichkeiten für die Unterbringung der verschiedenen Dienststellen zu erhalten. Weiters musste der dringlichste Wohnungsbedarf der zuziehenden Beamten weitgehendst befriedigt werden.

Erst ab 24.5.1939 wurden die Banken aufgefordert, sämtliche Vermögen emigrierter Juden bekanntzugeben und die Konten mit einem Beschlagnahmevermerk zu Gunsten der Geheimen Staatspolizei zu versehen. Mit Rücksicht auf die Fülle der sich hieraus ergebenden Arbeit und der wenigen zur Verfügung stehenden Sachbearbeiter wurden zunächst nur solche Fälle bearbeitet, bei denen das Vermögen über 100.000.- Kronen betrug. Erst im Dezember 1939 wurden alle grösseren und mittleren Banken verständigt, dass die Vermögen sämtlicher Juden, die in der Zeit vom 1.1.1939 bis 10.7.1939 ausgewandert waren, mit Wirkung vom 16.3.1939 staatspolizeilich beschlagnahmt sind. Diese generelle Beschlagnahme erfolgte jedoch nur insoweit, als der Gesamtwert des sichergestellten Vermögens 100.000.- Kronen überstieg. Hierdurch wurde erreicht, dass der Grossteil des beschlagnahme- und einziehungsfähigen jüdischen Vermögens erfasst wurde.

Eine wesentliche Klärung auf dem Gebiete der Erfassung von Judenvermögen erbrachte die Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren vom 21.6.1939 über die Meldepflicht für jüdische Vermögen. Diese Verordnung sah vor,


1. dass Juden, jüdische Unternehmungen und jüdische Personenvereinigungen Verfügungen über Grundstücke, Rechte an Grundstücken, wirtschaftlichen Betrieben und Beteiligungen an solchen, über Wertpapiere aller Art, über die Verpachtung von Grundstücken und wirtschaftlichen Betrieben und die Übertragung von Pacht-rechten aller Art nur mit schriftlicher Genehmigung des Reichsprotectors bzw. der von ihm

bestimmten

bestimmten Stellen treffen dürfen;

2. dass die im Eigentum oder Miteigentum von Juden stehenden oder von ihnen gepachteten land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke dem zuständigen Oberlandrat anzu-melden sind;
3. dass den Juden der Erwerb von Grundstücken und Rechten an Grundstücken, die Beteili-gung an wirtschaftlichen Unternehmungen und die Übernahme und Neuerrichtung wirt-schaftlicher Betriebe und die Pachtung von Grundstücken verboten ist;
4. dass die Juden weiters verpflichtet wurden, die in ihrem Eigentum oder Miteigentum be-findlichen Gegenstände aus Gold, Platin und Silber sowie Edelsteine und Perlen und auch sonstige Schmuck- und Kunstgegen-stände bis zum Werte von 10.000.- Kronen anzumelden. Ihnen wurde der Erwerb, die Veräußerung und Verpfändung dieser Gegen-stände verboten.

80573



Hat diese Verordnung die grösste Verschiebung von Judenvermögen unterbunden, so konnte sie doch nicht ver-hindern, dass die jüdischen Geister weiterhin um die Prel-ung des Reiches bemüht waren. Die geforderten Genehmigun-gen wurden seitens der zuständigen Stellen in vielen Fäl-len erteilt, die einer späteren staatspolizeilichen Nach-prüfung ihrer Ordnungsmässigkeit nicht standhielten. Häufig wurde übersehen, dass Grundstücksverkäufe und Arisierungen nach dem 15.3.1939 nur vorgenommen wurden, um die betreffenden Objekte dem Zugriff der deutschen Behörden zu entziehen. Mit Vorliebe wurden gewerbliche Betriebe von den bisherigen jüdischen Inhabern an Ange-stellte oder sonstige Mittelsmänner, die zum Ankauf nur geringfügige

geringfügige oder überhaupt keine Mittel besaßen, zum Schein verkauft, während die Juden das Unternehmen tatsächlich weiterhin wirtschaftlich beherrschten. Oft ergab sich die Absicht der Vermögensverschiebung daraus, dass Grundstücke und Betriebe weit unter ihrem tatsächlichen Wert verkauft wurden.

3.) Mit der Sicherstellung der Judenvermögen ergab sich eine Unzahl neuer Aufgaben zur Erhaltung sichergestellter Werte, sollten sie nicht durch unsachgemäße Verwaltung und Nichtüberwachung in ihrer Substanz geschmälert oder gar vernichtet werden. Die mit diesen Aufgaben betrauten Sachbearbeiter wurden vor Probleme gestellt, deren Lösung Angelegenheit der Finanz oder anderer Verwaltungsstellen gewesen wäre. Im Protektorat war jedoch keine Stelle, die diese verantwortungsvolle und schwierige Arbeit von der Schulter der Staatspolizei genommen hätte. Sie musste mit diesem Problem selbst fertig werden, da in diesem Land die Verhältnisse ganz anders gelagert waren als im Altreich oder in den neuangegliederten Gebieten. Sie schuf sich im Laufe der Zeit eigene Richtlinien über die Verwaltung und Verwertung der beschlagnahmten Werte. Bestimmend war der Grundsatz, die Wirtschaft im Protektorat nicht durch einschneidende Massnahmen zu schädigen und das Gewonnene möglichst billig zu verwalten. Diese Einstellung hat sich für die Vermögensverwaltung derart gut ausgewirkt, dass diese selbst vom Rechnungshof, der wiederholt Kontrollen der Geschäftsgebarung durchgeführt hat, als vorbildlich und kostensparend befunden wurde.

II.

1.) Am 4.10.1939 erschien die Verordnung des Reichsministers des Innern über die Beschlagnahme und Einziehung von Vermögen im Protektorat Böhmen und Mähren (I 1998), durch die bestimmt wurde, dass der Reichsprotector in Böhmen und Mähren oder die von ihm bestimmten Stellen Vermögen von Personen

Personen oder Personenvereinigungen, die reichsfeindliche Bestrebungen gefördert haben, sowie Sachen und Rechte, die zur Förderung gebraucht oder bestimmt waren oder sind, zu Gunsten des Deutschen Reiches einziehen können. Welche Bestrebungen als reichsfeindlich anzusehen sind, stellt der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsprotector in Böhmen und Mähren fest. Die Verwaltung des eingezogenen Vermögens soll dem Reichsprotector in Böhmen und Mähren obliegen. Über die Verwendung des eingezogenen Vermögens soll der Reichsprotector im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen entscheiden. Zur Verwertung der Einziehung kann eine Sache oder ein Recht von der zur Einziehung befugten Stelle beschlagnahmt werden.

In der hierzu ergangenen Durchführungsverordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren vom 12.3.1940 wurde angeordnet:

1. dass für die Feststellung der Reichsfeindlichkeit, die über Antrag vom Reichsminister des Innern getroffen wird, innerhalb der Dienststelle des Reichsprotectors, der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren zuständig sei;
2. dass die Einziehungsbefugnis auf die Staatspolizeileitstellen Prag und Brünn übertragen werden. Diese Stellen sind auch berechtigt, reichsfeindliche Vermögen mit dem Ziele der späteren Einziehung zu beschlagnahmen und Anträge auf Eintragung im öffentlichen Buche zu stellen.

Der Erlass des Reichsführers  $\text{H}$  und Chefs der Deutschen Polizei vom 22.1.1940 - S V I 2030/40 - 212 - gab eine klare Definition des Wortes "Reichsfeindlichkeit". Er bestimmt, dass im Protektorat als reichsfeindlich alle jene



jene Handlungen anzusehen sind, die sich gegen das deutsche Reich richten und nach dem 15.3.1939 begangen worden sind. Die vor diesem Termin begangenen Handlungen sind dann als reichsfeindlich zu werten, wenn sie nach dem gesunden Menschenverstand als "unanständig" empfunden werden müssen, weiters alle kommunistisch und stark nach links gerichtete sozialdemokratische Betätigungen, sowie ähnlich gerichtete Handlungen, die mit dem tschechischen Nationalbewusstsein nichts zu tun haben, sowie gegen das Deutschtum gerichtete Betätigungen von Juden jeglicher Staatsangehörigkeit.

Unter diesem Gesichtspunkte konnten zahlreiche im Protektorat gelegene Vermögen mit dem Ziele der Einziehung zu Gunsten des Deutschen Reiches beschlagnahmt werden. Der Runderlass des Reichssicherheitshauptamtes vom 2.4.41 - II A 5 (neu) Nr. 189/41 - 212/1 - erleichtert wesentlich das Feststellungsverfahren hinsichtlich der ins Ausland geflüchteten oder emigrierten Juden, da er bestimmte, dass bei solchen Juden unterstellt werden kann, dass sie sich im Ausland reichsfeindlich betätigt haben.

Nach der Verordnung vom 4.10.1939 ist die Möglichkeit gegeben, nebst dem subjektiven Verfahren auch Sachen und Rechte, die zur Förderung reichsfeindlicher Bestrebungen gebraucht oder bestimmt waren oder sind, im objektiven Verfahren ohne Rücksicht auf den Eigentümer und Besitzer zu beschlagnahmen und einzuziehen.

2.) Das Verfahren nach dieser Verordnung stellt die Staatspolizei vor folgende Aufgaben:

1. Die Beschlagnahme eines als reichsfeindlich angesehenen Vermögens. Sie erfolgt durch Eröffnung der Beschlagnahme an den Betroffenen, soweit dieser erreichbar ist, durch die Erfassung, Sicherstellung und Übernahme des beschlagnahmten Vermögens in amtliche Verwahrung, Fahndung nach weiterem Vermögen, insbesondere durch Bankrundfragen und Einbekenntnis des von der Beschlagnahme Betroffenen. Die Beschlagnahme eines

eines Grundstückes ist dem zuständigen Grundbuchgericht zum Zwecke der Vormerkung im öffentlichen Buche mitzuteilen.

2. Stellung eines Antrages auf Feststellung der Reichsfeindlichkeit.
3. Herausgabe der Einziehungsverfügung nach erfolgter Feststellung der Reichsfeindlichkeit durch den Reichsminister des Innern.
4. Eröffnung der Einziehung an den Betroffenen bzw. Veranlassung der Veröffentlichung der Einziehung im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger. Die Einziehungsverfügung wird durch die Veröffentlichung an den Betroffenen oder durch die öffentliche Bekanntmachung wirksam. Die Rechtswirksamkeit der Veröffentlichung richtet sich nicht nur gegen den von der Einziehung Betroffenen, sondern auch gegen alle Personen, die Bestandteile des Vermögens bis dahin verwalteten oder in Verwahrung hatten. Im § 367 HGB wird hervorgehoben, dass der Deutsche Reichsanzeiger ein mit bestimmter positiver Rechtswirkung versehenes Publikationsorgan ist, und zwar für und gegen alle, die es angeht. Die Veröffentlichung der Einziehungsverfügung löst nicht nur die Rechtswirksamkeit gegen den Betroffenen aus, sondern begründet auch Rechtsansprüche gegen die Verwahrer und Verwalter solcher Vermögensteile, die unter die Einziehung fallen.
5. Antrag an das zuständige Grundbuchamt auf Umschreibung des eingezogenen Grundbesitzes zu Gunsten des Deutschen Reiches, vertreten durch den Reichsprotector in Böhmen und Mähren.



80571

6F

6. Übergabe des eingezogenen Vermögens an das in-  
zwischen zur Verwaltung und Verwertung bestimmte  
Vermögensamt beim Reichsprotector in Böhmen und  
Mähren.
- 3.) Zur Vereinfachung der Einziehung geringwertiger Vermögens-  
stücke hat das Reichssicherheitshauptamt durch Erlass vom  
5.9.1941 - II A 5 Nr. 961/41 - 212 - zugelassen, dass die  
Feststellung der Reichsfeindlichkeit von Vermögenswerten  
bis zu RM 500.-, die reichsfeindlichen Bestrebungen gedient  
haben, ohne Rücksicht auf die Eigentümer in einer Sammel-  
liste beantragt werden kann. Nach diesem Verfahren können  
somit Schreibmaschinen, Radioapparate, Kraftträder, Fahrräder  
und dergleichen, die zur Förderung reichsfeindlicher Be-  
strebungen gebraucht oder bestimmt waren oder sind, be-  
schlagnahmt und zu Gunsten des Deutschen Reiches eingezogen  
werden.
- 4.) Nebst der Verordnung über die Beschlagnahme und Ein-  
ziehung vom 4.10.1939 gibt aber auch die Verordnung über die  
Aberkennung der Staatsangehörigkeit des Protektorates vom  
3.10.1939 (I 1997) die Möglichkeit, Protektoratsangehörige,  
die sich im Ausland aufhalten, ihrer Protektoratsangehörig-  
keit für verlustig zu erklären, wenn sie Handlungen verüben,  
die geeignet sind, die Belange des Reiches zu schädigen und  
das Ansehen des Reiches herabzuwürdigen oder wenn sie einer  
Rückkehr-Aufforderung nicht Folge leisten. Bei der Einlei-  
tung des Aberkennungsverfahrens oder bei Erlass der Rück-  
kehr-Aufforderung kann das Vermögen dieser Personen beschlag-  
nahmt, nach Aberkennung der Protektoratsangehörigkeit als  
dem Reich verfallen erklärt werden.
- 5.) Eine gleiche Beschlagnahmemöglichkeit bietet das Ge-  
setz über ~~die~~ Widerruf der Einbürgerung und die Aberkennung  
der Deutschen Staatsangehörigkeit vom 14.7.1933 (I 480).
- 6.) Nach der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom  
25.11.1941 (I 1122) verlieren Juden mit deutscher Staatsan-  
gehörigkeit, die ihren ständigen Wohnsitz im Ausland haben,

die

die Deutsche Staatsangehörigkeit. Ihr Vermögen verfällt mit dem Verlust der Deutschen Staatsangehörigkeit zu Gunsten des Reiches.

Die Feststellung, ob sich die Juden im Ausland aufhalten, sowie die Erfassung des zu beschlagnehmenden Vermögens obliegt der Staatspolizei. Die Verwertung ist Aufgabe des Oberfinanzpräsidenten in Berlin. Eine ähnliche Bestimmung ist vorläufig für Juden, die die Protektoratsangehörigkeit besitzen und sich im Auslande aufhalten, noch nicht ergangen.

- 7.) Der Umfang der Arbeit der Staatspolizeileitstelle Prag im Bezug auf die Erfassung reichsfeindlicher Vermögen vergrösserte sich erheblich infolge der Tätigkeit der Standgerichte in den Jahren 1941 und 1942. Nach § 4 der Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Verhängung des zivilen Ausnahmezustandes vom 27.9.1941 in Verbindung mit dem Erlass vom 28.9.1941 kann das Standgericht auf Einziehung des Vermögens oder bestimmter Vermögensteile der Verurteilten erkennen. Das Standgericht Prag hat von dieser Möglichkeit in allen in Betracht kommenden Fällen Gebrauch gemacht. Die Erfassung und Sicherstellung des Vermögens oder von Vermögensteilen war bei der Fülle eine ungewöhnliche Belastung der Geheimen Staatspolizei. Im Jahre 1941 fielen ca. 1000, nach dem Attentat auf  $\frac{1}{2}$ -Obergruppenführer Heydrich weitere 1300 Standgerichtsfälle an. In allen Fällen war eine grösstmögliche Beschleunigung der Sicherstellung und Erfassung der Vermögen erfolgt, um Vermögensverschleppungen weitgehendst zu verhindern. Im Zusammenhange damit musste eine Unzahl von Anfragen geklärt und über die Ansprüche der Familienangehörigen auf Vermögensstücke des Verurteilten entschieden werden. Hierzu kam, dass Hausbesitzer in vielen Fällen wegen Bezahlung der Mieten und

80570



68

und Beschädigungen in den Wohnungen versprochen. Der anfallende Grundbesitz, die gewerblichen Betriebe, die öffentlichen Verkaufsläden mussten umgehend erfasst werden, um Verluste für das Reichsvermögen zu verhindern. Die Eintragung der Einziehung in den Grundbüchern musste gleichfalls veranlasst werden. Ein besonderes Kapitel bildete die möglichst schnelle Vergebung der Wohnräume an die Angehörigen der verschiedensten deutschen Dienststellen. Erst vor kurzem wurde der Oberfinanzpräsident in Prag vom Höheren W- und Polizeiführer mit der Regelung der Wohnungsfragen und mit der Vergebung von frei gewordenen Wohnungen beauftragt, so dass auch in dieser Richtung eine starke Entlastung für die Staatspolizei erzielt worden ist.

Wurden bis zur Verhängung der Standgerichte vornehmlich jüdische Vermögen erfasst, so hat gerade das Standgericht die Möglichkeit gegeben, die Wirtschaftskraft der staatsfeindlich eingestellten Tschechen und ihre Widerstandsbewegungen durch die Beschlagnahme ihres Vermögens zu brechen.

### III.

- 1.) Wie schon angeführt, ergaben die Verwaltung und Sicherstellung des beschlagnahmten Vermögens viele Sorgen für die Staatspolizei, musste doch in erster Linie die Beschlagnahme durch alle nichtzuständigen Stellen unterbunden werden, die für wirkliche oder vermeintliche Bedürfnisse alles sicherstellten, was ihnen genehm erschien. Weiters musste mit anderen Stellen eine Übereinstimmung auf diesen Gebieten herbeigeführt werden.
- 2.) Mit den Protektoratsbehörden ergaben sich nur in sofern Schwierigkeiten, als die Protektoratsverwaltung für sich das Recht der Besteuerung des Einziehungsvermögens in Anspruch nahm. Gelegentlich der Einhebung der Personen-Steuern war die tschechische Finanzverwaltung in den letzten Jahren vor der Errichtung des Protektorates, besonders gegen Juden sehr nachsichtig gewesen, sodass

erhebliche

68a

erhebliche Zahlungsrückstände aufgelaufen waren. Andererseits wurden von der tschechischen Finanzverwaltung den Juden, die ordnungsgemäss emigrierten, ausserordentlich hohe Auswanderungssteuern und Abgaben, die in einzelnen Fällen den Bestand des vorhandenen Vermögens überschritten, vorgeschrieben. Diese Vorschreibungen erfolgten auch bei beschlagnahmte~~n~~ Vermögen. Soweit die sofortige Betreibung der fälligen Steuern nicht möglich war, die Juden jedoch Grundbesitz besaßen, war die Sicherstellung der Steuern vielfach durch Eintragung auf Zwangshypotheken in den Grundbüchern erfolgt. Wäre das beschlagnahmte Einziehungsvermögen bis zur erfolgten Einziehung weiterhin wie Privatvermögen laufend der Besteuerung unterworfen worden, so wäre hierdurch ein sehr erheblicher, vielleicht sogar ein überwiegender Teil des Einziehungsvermögens in Form von Steuern dem Protektoratsfiskus zugefallen. Das Ergebnis der von den deutschen Dienststellen zur Erfassung und Verwaltung des Einziehungsvermögens geleisteten Arbeit wäre damit weitgehendst ungerechtfertigt dem Protektoratsfiskus zugute gekommen. Die durch die Kriegsverhältnisse bedingte weitgehende Personalverknappung verzögerte die Durchführung der Einziehung in den weitaus meisten Fällen. Eine sofortige Einziehung nach erfolgter Beschlagnahme war meist nicht durchführbar. Während der längeren Zeiträume zwischen Beschlagnahme und Einziehung wäre daher das Einziehungsvermögen durch die Heranziehung der Protektoratsbehörden weitgehendst zusammenschmolzen. Dabei war ausserdem zu berücksichtigen, dass die Steuerbehörden des Protektorats mit allen Mitteln versuchten, möglichst hohe Steuerbeträge hereinzubringen, wobei aus Mangel an geeigneten Unterlagen naturgemäss der freien und so-

80069



gar willkürlichen Einschätzung weiter Raum gegeben war. Die von den Steuerbehörden in den Beschlagnahmefällen vorgenommenen Veranlagungen zeigen durchwegs, dass die Steuererbeträge, insbesondere bei emigrierten Juden, in den Vorjahren erheblich niedriger waren, als in dem Zeitraum nach der Errichtung des Protektorates, obwohl die Juden vielfach vor oder nach Errichtung des Protektorates wesentliche Teile ihres Vermögens ins Ausland verbracht haben. Eine Nachprüfung der Steuerfestsetzung würde jedoch nicht zuletzt aus Mangel an Steuerfachleuten und Personal überhaupt nicht möglich gewesen sein und dürfte auch späterhin aus technischen und fachlichen Gründen undurchführbar bleiben. Es darf nicht übersehen werden, dass die Abführung laufender Steuern einschliesslich der Auswanderungssteuer von 25 v.H. des Kapitals aus Mangel an Barmitteln bei den einzelnen beschlagnahmten Vermögen zu einer überstürzten und verlustreichen Abstossung von Effekten, Betrieben und Grundbesitz hätte führen müssen. Die grundsätzliche Nichtunterwerfung des Reichseinziehungsvermögens unter den tschechischen Steuerfiskus war daher für die weitere Durchführung der Einziehungsverfahren von entscheidender Bedeutung. In verschiedenen Besprechungen und Verhandlungen bei der Gruppe Finanz der Dienststelle des Reichsprotectors gelang es dem Standpunkt der Staatspolizei Geltung zu verschaffen. Insbesondere wurde anerkannt, dass die mit dem Ziele der Einziehung zu Gunsten des Deutschen Reiches erfolgte staatspolizeiliche Vermögensbeschlagnahme den bisherigen Vermögensinhaber vollkommen ausschliesst. An seine Stelle tritt in steuerrechtlicher Beziehung das Deutsche Reich. Das werdende Reichseinziehungsvermögen ist daher grundsätzlich dem bereits eingezogenen Vermögen des Reiches gleichzustellen. Das Reich haftet weder direkt noch indirekt für persönliche Steuerforderungen gegen den bisherigen Vermögensinhaber. Als persönliche Steuern sind alle Vermögenssteuern, Einkommensteuern, Rentensteuern, Besoldungssteuern und die Auswanderungssteuer anzusehen. Hingegen wurde hinsichtlich der Beschlagnahme gewerblicher Betriebe die Verpflichtung

zur Errichtung der allgemeinen Erwerbssteuer rückwirkend ab 1.1.1937 und hinsichtlich der Beschlagnahme von Grundbesitz die Verpflichtung zur Zahlung der Grundsteuer zunächst rückwirkend ab 1.1.1941 anerkannt. Grundstücke des Reichs, die vom Reich selbst oder einer anderen steuerbegünstigten Körperschaft (NSDAP, NSV) für ihre Aufgaben benutzt werden, bleiben nach einer Verordnung der Protektorsratsregierung vom 17.4.1941 von der Grund- und Gebäudesteuer befreit. Diese Regelung entspricht den Bestimmungen des reichsrechtlichen Grundsteuergesetzes vom 1.12.1936 (I 486).

Sämtliche Steuerforderungen sind von den Steuerbehörden grundsätzlich bei den zuständigen Staatspolizeileitstellen anzumelden, die berechtigt sind, Steuerforderungen nach Maßgabe der Richtlinien vorweg zu bezahlen oder deren Bezahlung dem Vermögensamt zu überlassen. Angelaufene Verzugszinsen oder Nebenkosten werden in keinem Falle erstattet. Das gleiche gilt für etwaige zukünftige Verzugszinsen und Nebenkosten. Alle von den Steuerbehörden veranlassten Pfändungen und Vollstreckungsmassnahmen sind ab sofort aufzuheben. Die Kosten hierfür werden nicht erstattet. Die auf Grund der vorhandenen Richtlinien von den Steuerbehörden zuviel erhaltenen Steuern sind zurückzuerstatten. Sie können auf die aus dem beschlagnahmten bzw. eingezogenen Vermögen noch zu entrichtenden Steuern in Anrechnung gebracht werden. Das tschechische Finanzministerium hat vorstehenden Gesichtspunkten in einem Erlass - G.Z. 103505/41 - III/99 - ebenfalls Rechnung getragen.

80568



- 3.) Während die Staatspolizei bei den deutschen Behörden im Protektorat allgemein volles Verständnis bei der Durchführung ihrer auf Beschlagnahme und Einziehung reichsfeindlichen Vermögens gerichteter Massnahmen fand, bot die gegenseitige Zuständigkeit-

70

Zuständigkeitsbegrenzung gegenüber den Aufgaben des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens insofern Schwierigkeiten, als nicht klargestellt war, wie weit den Massnahmen der Staatspolizei bei Überschneiden mit Vermögensverwaltungen des Reichskommissars der Vorrang zukam.

Nach der Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens vom 15.1.1940 (I 191) soll reichsfeindliches Vermögen bis zum Kriegsende feindlichem Einfluss entzogen und sichergestellt werden. Das Vermögen der Angehörigen von Feindstaaten ist dann als "feindliches" Vermögen anzusehen, wenn es mittelbar oder unmittelbar unter massgebendem feindlichem Einfluss steht. Da fast alle jüdischen und sonstigen Emigranten in feindliche Länder ausgewandert sind, würde diese Voraussetzung bei der Mehrzahl der von der Staatspolizei beschlagnahmten Vermögen zutreffen. Tatsächlich beanspruchte der Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens aus diesem Grunde die Aufhebung einer ganzen Anzahl der von der Staatspolizei geführten Vermögensverwaltungen. Dieser Standpunkt des Reichskommissars entsprach in keiner Weise dem Willen des Gesetzgebers. Ziel der Massnahmen des Feindkommissars ist die Entziehung feindlichen Vermögens aus feindlichem Einfluss und seine Sicherstellung bis zum Kriegsende. Das feindliche Vermögen wird möglicherweise nach Kriegsende auf die späteren feindlichen Kriegslastenanteile angerechnet und kommt somit den feindlichen Staaten grundsätzlich zugute. Der Feindkommissar ist der treuhänderische Verwalter für den feindlichen Vermögensträger und hat somit dessen Interessen während der Verwaltung wahrzunehmen. Die auf Grund der staatspolizeilichen Beschlagnahme erfolgten Einziehungen reichsfeindlichen Vermögens schliessen dagegen den früheren Inhaber von weiteren Verfügungen über das Vermögen aus und bewirken ein entschädigungsloses Vermehren des Reichsvermögens. Sie schafft den endgültigen Übergang des Vermögens auf das Deutsche Reich. Die Staatspolizei

ist

40 a

ist somit der treuhänderische Verwalter des Reiches. Die Staatspolizei hat daher das beschlagnahmte Vermögen nach den Grundsätzen der Reichsfinanzverwaltung zu verwalten und für die Vermehrung des werdenden Reichsvermögens Sorge zu tragen. Infolge der Beschlagnahme ist das feindliche Vermögen kein "feindliches", d.h. mittelbar oder unmittelbar unter massgebendem feindlichen Einfluss stehendes Vermögen mehr.

Diesem von der Staatspolizeileitstelle Prag mehrfach vorgetragenen Standpunkte schloss sich das Reichssicherheitshauptamt an und zog daraus folgende Schlussfolgerung:

Da die Reichsinteressen immer den feindlichen voranzugehen haben, sind auch die Massnahmen der Staatspolizei, die auf die Beschlagnahme und Einziehung gerichtet sind, denen des Feindkommissars voranzustellen, der lediglich feindliches Vermögen dem feindlichen Einflusse zu entziehen hat und der nur treuhänderischer Verwalter des feindlichen Eigentums ist und dessen Verwaltung durch den Krieg beendet wird. Die Absicht des Gesetzgebers war, das feindliche Vermögen dem feindlichen Einfluss zu entziehen, nicht aber den Feindangehörigen, auf die die Verordnung über die Beschlagnahme und Einziehung Anwendung findet, ein Privileg gegenüber den staatsfeindlich eingestellten deutschen Reichsangehörigen zu schaffen. Daraus und aus der Erwägung heraus, dass das Reichsinteresse immer dem Feindinteresse voranzugehen hat, ergibt sich, dass die die Einziehung betreffenden Vorschriften somit als spezielle Gesetze den Vorrang vor der Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens vom 15.1.1940 haben. (Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an den Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens vom 10.7.1941 - II A 5 Nr. 145/41 - 212).



Das

Das Reichssicherheitshauptamt hat mit den Erlassen vom 10.7.1941 und 27.1.1942 - II A 5 (neu) Nr. 145/41-212-entschieden, dass staatspolizeiliche Beschlagnahmen und Sicherstellungen im Rahmen eines Ausbürgerungsverfahrens oder auf Grund von Einziehungsvorschriften auch bei festgestellten feindlichen Vermögen durchzuführen sind. Der Reichskommissar ist lediglich zu benachrichtigen. Die Verwaltung des beschlagnahmten oder sichergestellten Vermögens obliegt der örtlichen Staatspolizei(leit)stelle. Lediglich in den Fällen, in denen bereits auf Antrag des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens von zuständigen Oberlandesgericht ein Verwalter bestellt ist, ist dieser beizubehalten, wobei jedoch über das Reichssicherheitshauptamt eine anderweitige Regelung getroffen werden kann, sofern der Staatspolizei die Übernahme des Vermögens in ihre Verwaltung notwendig erscheint.

Nachdem seitens des Reichssicherheitshauptamtes diese Regelung getroffen war, wurden weitere Überschneidungen und Doppelbearbeitungen der gleichen Vermögensmassen vermieden. Der Beauftragte des Feindkommissars im Protektorat hat der Staatspolizeileitstelle Prag darüber hinaus alle jene Fälle gemeldet, in denen er das Vermögen emigrierter Juden, die bisher von hier aus nicht erfasst waren, verwaltet hat, sodass auch diese Vermögenswerte mit dem Ziele der Einziehung zu Gunsten des Deutschen Reiches erfasst werden konnten.

- 4.) Fälle, in denen Vermögen von Personen beschlagnahmt wurde, auf die die Verordnung über die Behandlung von Vermögen der Angehörigen des ehemaligen Polnischen Staates vom 17.9.1940 (I 1270) zutrifft, waren im Bereich der Staatspolizeileitstelle Prag vereinzelt. Obwohl die in der genannten Verordnung bezeichnete Haupttreuhandstelle Ost zur Beschlagnahme, Verwaltung und Einziehung dieses Polenvermögens berechtigt ist, hat sie stets ausdrücklich anerkannt, dass die genannte Verordnung nur wirtschaftsregulierend sei und die Zuständigkeit der Geheimen Staatspolizei

zei für die Beschlagnahme, Verwaltung und Einziehung volks- und staatsfeindlichen bzw. reichsfeindlichen Vermögens nicht berührt. Das Vermögen der im Protektoratsgebiete vorübergehend wohnhaft gewesenen polnischen Juden wurde zur Gänze zu Gunsten des Deutschen Reiches eingezogen.

- 5.) Die Abgrenzung gegenüber den Aufgaben der dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD unterstehenden Zentralstelle für jüdische Auswanderung (jetzt Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren) hat sich nach verschiedenen Klarstellungen gleichfalls in vorbildlicher Weise gestaltet. Bestimmend für die Abgrenzung war die Erwägung, dass das vom Zentralamt erfasste Judenvermögen in erster Linie den Interessen der Sicherheitspolizei zugeführt werden soll. Dieses Vermögen ist somit für einen besonderen, gerade dem hiesigen Raume zukommenden Zweck bestimmt.

Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung, die auf Grund der Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen vom 5.3.1940 gegründet wurde, hat den Zweck, die jüdische Auswanderung zu lenken und das im Protektorat vorhandene jüdische Vermögen zu sichern und zu ordnen, das nach der Beendigung des Krieges für die vom Führer angekündigte Endlösung der Judenfrage zur Verfügung stehen soll.

Auf Grund mehrerer Besprechungen wurde die Kompetenz der beiden Stellen dahin abgegrenzt, dass die Staatspolizei das Vermögen aller ins Ausland emigrierter bzw. geflüchteter Juden wegen ihrer dort betätigten Reichsfeindlichkeit sowie der sich strafbar machenden Juden im Reichsgebiete und im Protektorat beschlagnahmt und einzieht, während das Zentralamt das Vermögen der noch im Protektorat befindlichen und zur Evakuierung und Ghettoisierung be-

stimmt



stimmten Juden erfasst. Die Staatspolizei hat auf Grund dieser Absprache die Beschlagnahme vieler Vermögen von Juden, die noch im Protektorat wohnhaft bzw. für die Evakuierung oder Ghettoisierung bestimmt sind, aufgehoben und die Erfassung dieser Vermögen dem Zentralamt überlassen. Nunmehr sind die einst bestandenen Unklarheiten vollkommen behoben und ausgeglichen.

- 6.) Die Zusammenarbeit mit dem Bodenamt in Prag stiess in der ersten Zeit auf grosse Schwierigkeiten. Das Bodenamt war ursprünglich eine Sektion des tschechischen Landwirtschaftsministeriums. Es wurde zwar unter massgebender Mitwirkung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD gegründet und hatte insbesondere die Aufgabe dafür zu sorgen, dass der gesamte Boden im Protektorat Böhmen und Mähren unter deutschen Einfluss kommt und die gesamte Bodenpolitik nur von Deutschen beeinflusst wird, um so die notwendige Grundlage für einen siegreichen Ausgang des Volkstumskampfes zu schaffen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, wurde seitens des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren die Anweisung erteilt, allen erfassbaren Boden in die Verwaltung des Bodenamtes zu geben. Das Bodenamt war jedoch durchweg mit tschechischen Beamten besetzt. Die Staatspolizei begegnete somit diesem Institut mit begreiflichem Misstrauen, um so mehr als die vom Bodenamt geübte Verwaltung der übernommenen Grundstücke sich recht kostspielig gestaltete und als eine bewusste Minderung des Reichseinziehungsvermögens angesehen werden musste. Als der deutsche Einfluss jedoch in diesem Amte vorherrschend war, hat die Staatspolizei sämtliche Bedenken gegenüber der Geschäftsführung zurückgestellt und die erfassten landwirtschaftlichen Betriebe an das Bodenamt abgegeben. (Erlass des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD vom 21.2.1940 - II/101/40 g - BdS -).

Seit der im Sommer 1942 durchgeführten Verwaltungsreform

tungsreform ist das Bodenamt für Böhmen und Mähren eine selbständige deutsche Behörde. Bisher wurden dem Bodenamt 44.615 ha landwirtschaftlichen, fast durchweg hervorragenden Bodens, zugeführt.

- 7.) Sehr erfolgreich gestaltete sich die Zusammenarbeit mit der Staatspolizeileitstelle Brünn und den Staatspolizeistellen des Sudetengebietes. Die unmittelbar nach Errichtung des Protektorates erfolgten Kompetenzeingriffe der Nachbar-Staatspolizeistellen wurden durch Aussprachen baldigst behoben. In Zusammenarbeit mit diesen Stellen wurden grosse Vermögenswerte der Juden, die aus den Nachbargebieten in das Protektorat geflüchtet waren, erfasst. Durch eine gegenseitige Verständigung konnte auf diese Art alles Vermögen eingezogen werden, das durch dunkle Machinationen der Juden dem Zugriff entzogen werden sollte.

#### IV.

- 1.) Die Banken waren den ihnen gestellten Auflagen zur Angabe des bei ihnen vorhandenen Vermögens emigrierter Juden zum Teil nur unvollständig nachgekommen. Die zunächst angeordnete allgemeine Beschlagnahme musste in allen Fällen durch individuelle Beschlagnahmeverfügungen ergänzt werden. Diese wurden den Banken über den Bankenverband (jetzt Zentralverband der Geldwirtschaft für Böhmen und Mähren) fortlaufend bekanntgegeben. Es ergab sich hierbei, dass fast sämtliche Juden bei mehreren Banken Guthaben besaßen. Da zu befürchten war, dass die Banken noch nicht alle der Einziehung unterliegenden Vermögenswerte bekanntgegeben hatten, wurden sie im Jahre 1941 nochmals aufgefordert, die bisher von uns noch nicht erfassten Vermögenswerte sofort zu benennen. Auf die Art wurden



73

den etwa 2500 neue Vermögensmassen erfasst. Die Auswertung der von den Banken bekanntgegebenen Listen ist noch nicht beendet. Allein die Feststellung der Identität der genannten Personen erfordert viel Arbeit.

Bei Sparkassenguthaben konnten die Anschriften der Einleger seitens der Sparkassen vielfach nicht mitgeteilt werden. Die ausgestellten Sparbücher ermächtigten den jeweiligen Überbringer ohne Überprüfung der sachlichen Berechtigung zur Abhebung der Guthaben. Viele Sparbücher wurden vor allem von Juden, die ihr Vermögen tarnen wollten, auf Decknamen ausgestellt. In vielen solchen Fällen konnte die Aufhebung der Guthaben durch arische Mittelsmänner nicht verhindert werden. Auch von der Möglichkeit der sogenannten anonymen Konten wurde von den Juden weitgehendst Gebrauch gemacht. Besondere Schwierigkeiten jedoch bereiteten die zahllosen Bankguthaben, die lediglich unter einer Auslandsanschrift des Inhabers notiert waren. Die Feststellung der Personalien solcher Inhaber und ihres letzten Inlandsaufenthaltes bedurfte der mühevollsten Kleinarbeit.

- 2.) Die Staatspolizei musste sich für die Verwaltung der gemeldeten Vermögenswerte eigene Grundsätze zurechtlegen und sich den ganz neuen und ihr vielfach sehr fremden Verhältnissen anpassen. Die Erlasse des Reichsführers  $\frac{1}{4}$  und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 29.9.1938 - S V I Nr. 2409/38 - 212 - über die Verwaltung von Vermögen, das zum Zwecke der Einziehung beschlagnahmt wurde, sowie der Runderlass des Reichssicherheitshauptamtes vom 25.2.1941 - I A 3 Nr. 2173/40 - 212 - wurden, soweit es die Verhältnisse in diesem Raume zuliesse, befolgt. Über den Rahmen der Erlasse hinaus mussten jedoch Massnahmen zur Sicherung und Verwaltung des Vermögens getroffen werden, da vorläufig keine Dienststelle bestand, der die ungemessenen Werte hätten übergeben werden können.

3.)

3.) Die bereits in den ersten Tagen der Besetzung des Protektorats beschlagnahmten Bargelder wurden zunächst der Kasse des Einsatzkommandos und später der Polizeikasse beim Befehlshaber der Ordnungspolizei in Böhmen und Mähren übergeben. Das Fehlen von Haushaltsmitteln für bestimmte Zwecke, z.B. Renovierung eines beschlagnahmten und für Wohnzwecke übernommenen Grundstückes usw., für die andere Mittel nicht flüssig gemacht werden konnten, sodann für die Verstärkung der Sachbearbeiter durch aus der Wirtschaft geholtte Kräfte, die für keine Stellen im Kostenanschlag vorhanden sind, deren Einstellung jedoch zur Erhaltung des sichergestellten Vermögens unerlässlich war, machten die Errichtung eines eigenen Kontos notwendig, das aus beschlagnahmten Bargeldern gespeist und bei der Kreditanstalt der Deutschen in Prag geführt wurde. Ein weiteres Konto wurde für die Verkaufserlöse aus veräußerten Wohnungseinrichtungen usw. bei der Bank der Deutschen Arbeit geführt. Das Vermögensamt hat eine eigene Amtskasse aufgestellt, der sofort sämtliche Konten überwiesen wurden und neu einflussende Barbeträge zugeführt werden.

80507  


4.) Wertpapiere wurden bei zwei Banken deponiert. Da die Wertpapiere bestimmten Überprüfungen unterzogen werden mussten, um ihre Fälligkeitstermine wahrzunehmen, wurden sie zur Gänze der Allgemeinen Treuhand AG., Prag I, Am Graben 55, die auch mit anderen Überwachungsaufgaben betraut wurde, übergeben. Nunmehr werden sämtliche Wertpapiere nach einem besonders ausgearbeiteten Schlüssel des Vermögensamtes auf mehrere Banken aufgeteilt und der Verwendung zugeführt.

5.) Devisen wurden ursprünglich der Nationalbank, in kleineren Mengen auch dem Reichssicherheitshaupt-  
amt

74

amt übergeben. Ihre jetzige Verwertung erfolgt durch das Vermögensamt.

- 6.) Die Öffnung der bei den Banken festgestellten Schliessfächer gestaltete sich sehr schwierig, da bei den zahlreichen Banken des Protektorats ungezählte Schliessfächer der jüdischen Emigranten vorhanden sind und ihre Öffnung und Ausräumung jedoch nur in Gegenwart von zwei Beamten durchgeführt werden kann. Bisher sind etwa 3000 Schliessfächer noch nicht ausgeräumt worden. Ihre Ausräumung wird nunmehr dem Vermögensamte überlassen. In gleicher Weise mussten die in den Depots der Banken verwahrten versiegelten Pakete, Kisten und dergleichen kommissionell geöffnet und ihr Inhalt festgelegt werden.
- 7.) Die sichere Aufbewahrung der beschlagnahmten Schmuck- und Wertgegenstände verursachte insofern keine Sorge, da das Dienstgebäude über ausgezeichnete Tresorräume verfügt. Diese Schmuck- und Wertgegenstände wurden über Weisung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 13.5.1941 - II A 5 (neu) 175<sup>II</sup>/41-212 - im Benehmen mit dem Reichsminister der Finanzen an die Reichshauptkasse Berlin (Beute-stelle) abgeliefert. Die nunmehr eingehenden Schmuck- und Wertsachen werden direkt dem Vermögensamt übergeben.
- 8.) Die bisher erfassten Sparbücher wurden der Allgemeinen Treuhand AG. zur Verwahrung übergeben. In Zukunft wird das Vermögensamt die Sparbücher in eigene Verwahrung nehmen.
- 9.) Die aus den Wohnungen der emigrierten Juden, deren Vermögen beschlagnahmt wurde, herausgeholtten Möbel, Kleider usw. wurden in Massendepots zusammengefasst, teils zur Ausstattung von Wohnungen und Diensträumen für die Beamten und Angestellten verwendet, teils an die Partei (NSV) nach Schätzung abgegeben. Später wurden sie jedoch einem Verkaufstreuhänder nach Abschätzung durch einen gerichtlich beeideten Sachverständigen zur Veräusserung übergeben. Das Veräusserungsverfahren hat sich vollauf bewährt. Mit verhältnismässig geringem Arbeitsaufwand und nicht nennenswerten Unkosten wurde auf diese Art eine umgehende Veräusse-

runge

rung der erfassten beweglichen Gegenstände durch-  
geführt. Einbussen durch Beschädigung und Verlust  
sowie durch Lagerkosten, die früher zu einem er-  
heblichen Wertverlust führten, wurden dadurch ver-  
mieden. Dieses Verfahren wurde auch vom Reichsfi-  
nanzminister gebilligt.

Einrichtungsgegenstände, die für eine dienst-  
liche Verwendung in Betracht kamen, wurden gegen  
Werterstattung in Gebrauch genommen. In der Zeit  
vom Mai 1941 bis 1. Juli 1942 wurden bei der Ver-  
wertung der beschlagnahmten beweglichen Gegenstän-  
de ein Betrag von ca. 10.250.000.- K erzielt.

10.) Besonderer Wert wurde auch auf die Erfassung  
und Erhaltung wertvoller Kunstgegenstände gelegt.  
In Entsprechung des Runderlasses des Reichsministers  
des Innern vom 2.1.1941 - I a - 885 - 40 - 3800 a -  
wurde bei Beschlagnahme einer Kunstsammlung sofort  
der Direktor der Gemäldegalerie Dresden, Dr. Posse,  
verständigt. Im Einzelnen wurden erfasst und abge-  
geben:

1. Lt.Weisung des Reichsministers für Wissenschaft,  
Erziehung und Unterricht vom 7.11.1940 - V d  
2013 Z II A

an den Führer

7 Bilder (lt.Anlg. ) im Werte von 442.000.- K

6 Bilder (lt.Anlg. ) im Werte von 4.000.000.- K

an den Reichsprotector für Museumszwecke

20 Bilder (lt.Anlg. ) im Werte von 1.142.000.- K

260 Bilder sowie Plastiken, Skulpturen,  
Teppiche, Gobelins, verschiedene  
Handschriften, einige Kupferstiche,  
Holzstiche, Radierungen, grafische  
Platten usw. (lt.Anlg.) ) im Wer-  
te von 5.927.000.- K

an

80063



75

an den Verlag Volk und Reich

41 Bilder im Werte von 136.000.- K

an den Verkaufstreuhänder

12 Bilder im Werte von 16.300.- K

2. Gemäss Weisung des Höheren W- und Polizeiführers, Staatssekretär, W-Gruppenführer K.H. Frank vom 27.11.1941

an den Verlag Volk und Reich

570 Bilder im Werte von 1.843.520.- K

10 Gobelins im Werte von 113.350.- K

an das Kunstversteigerungshaus

Adolf Weinmüller, München

2 Bilder, alte Bücher, Reliefs  
im Werte von 81.645.- K.

Bei einer durch dasselbe Kunstversteigerungshaus durchgeführten Versteigerung von Bildern und Teppichen wurde ein Betrag von 1.521.305.- K erzielt.

Durch den Verkaufstreuhänder wurden weitere Bilder im Werte von 81.220.- K veräussert.

Das Heeresmuseum Prag erhielt kostenlos mehrere Bilder gegen Empfangsbestätigung im Werte von 2.150.- K.

Ungezählte Kunstwerte müssen noch erfasst werden. Sie werden zur Gänze nunmehr dem Vermögensamt zur weiteren Verwertung übergeben.

- 11.) Von den in grossen Mengen erfassten Pelzen sind anlässlich der Wintersachensammlung Anfang des Jahres 1942 2140 verschiedene Pelzstücke an den Wehrmachtsbevollmächtigten übergeben worden. 74 besonders wertvolle Pelzmäntel im Werte von 320.000.- K wurden dem Vermögensamt zur Verwertung übergeben.

12.)

12.) Durch Beschlagnahme wurden zahlreiche Betriebe, darunter Gross-Betriebe und Fabriken sowie Beteiligungen an grösseren Firmen erfasst. Die Überwachung der gewerblichen Betriebe hat ein grosses Ausmass an Arbeit und Verantwortung für die Sachbearbeiter mit sich gebracht. Es gab keine einschlägigen Bestimmungen, die als Richtlinien für die Verwaltung dieser Betriebe gedient hätten. Grundsatz war, keine Beeinträchtigung der Betriebe in ihrem Fortbestande herbeizuführen. Diese Betriebe mussten trotz der einschneidenden staatspolizeilichen Beschlagnahme weiterhin konkurrenzfähig bleiben und mussten gerade als werdendes Reichseinziehungsvermögen besonders vorsorglich geführt werden, befanden sich doch darunter sogar Gross-Betriebe, welche für die Rüstung von eminenter Bedeutung waren. Was die Staatspolizei in dieser Zeit an wirtschaftsregelnder und positiver Arbeit geleistet hat, müsste in einem besonderen Berichte festgehalten werden. Sie hat leider mit den ersten gewählten Treuhändern, die aus dem Altreich stammten und mit den hiesigen Verhältnissen nicht vertraut waren, sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Ein Grossteil dieser für ihre eigene Tasche arbeitenden Treuhänder musste raschestens abgelöst und aus dem Raume wieder entfernt werden. Mehrfach stellte es sich heraus, dass auch die von den Dienststellen des Reichsprotectors und von den Oberlandräten eingesetzten Treuhänder den Erfordernissen einer geordneten kaufmännischen Wirtschaftsführung teils aus Unkenntnis teils aus Nachlässigkeit nicht gewachsen waren und ausgewechselt werden mussten. Auch die Unselbständigkeit mancher Treuhänder führte dazu, dass sie jede Verantwortung für ihre Tätigkeit ablehnten und die Staatspolizei mit den belanglosesten Rückfragen belasteten. Auf die Dauer konnte die notwendige, intensive Überwachung der Betriebe und ihrer Leiter nicht mehr von den

80562



76

den eigenen Arbeitskräften bewältigt werden. Da diese Arbeitsfülle auf die Dauer untragbar war und mit dem eigentlichen Aufgabengebiet der Geheimen Staatspolizei nicht zu tun hatte, wurde getrachtet, eine Treuhandstelle zu finden, der die Überwachung der normalen Geschäftsgebarung der Betriebe übertragen hätte werden können. Im Sommer 1939 wurde eine deutschgeführte Treuhandgesellschaft in Prag mit der wirtschaftlichen Überwachung der Betriebe beauftragt. Es zeigte sich jedoch sehr bald, dass die Treuhandgesellschaft eine individuelle Überwachung nicht durchführte, sondern für eine Pauschalüberwachung grosse Beträge kassierte, die in keinem Verhältnis zu der geleisteten Tätigkeit standen. Der erteilte Auftrag wurde deshalb sehr bald wieder zurückgenommen. Auch ein weiterer Versuch, die Überwachungstätigkeit einer anderen Gesellschaft zu übertragen, blieb erfolglos. Die Staatspolizei musste wieder durch eigene Treuhänder die Betriebe überwachen und alle Vermögensdispositionen von wirtschaftlicher Tragweite selbst veranlassen. Die Treuhänder wurden gehalten, vierteljährlich Bericht über ihre Tätigkeit abzulegen und alle grösseren beabsichtigten Dispositionen zur Genehmigung vorzulegen. Es wurden nur Treuhänder gewählt, die sich voll und ganz dem beschlagnahmten Betriebe widmeten und ihren Ehrgeiz daran setzten, wesentlich besser als der eigentliche Betriebsführer zu wirtschaften. Die Bezahlung der Treuhänder erfolgte nach der Grösse und Wichtigkeit des Betriebes. Sie war jedoch wesentlich billiger als die Überwachung durch eine zugelassene Treuhand- und Revisionsgesellschaft.

Im Herbst 1940 musste zur Überwachung der Treuhänder und zur Abnahme der kleinen Verwaltungsaufgaben ein Ober-treuhänder eingesetzt werden, der sich in der Folgezeit ausserordentlich als Kontrollorgan bewährte und infolge seiner kaufmännischen Tüchtigkeit grosse Erfolge in den Betrieben erzielte. Der Ober-treuhänder hatte die Aufgabe, die laufende Überwachung staatspolizeilich beschlagnahmter gewerblicher Betriebe durchzuführen und die eingesetzten

Treuhänder

46 a

Treuhänder und Verwalter in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten zu beraten, die sachliche Führung der Betriebe nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu beaufsichtigen und zu leiten und den Treuhändern Weisungen zu erteilen. Die Treuhänder wurden verpflichtet, an ihn Monatsberichte über ihre Tätigkeit zu erstatten.

Unter den bisher erfassten 234 Betrieben mit einem Gesamtwerte von insgesamt 150.000.000.- RM befinden sich teilweise Gross-Betriebe wie z.B. die Webereien und Spinnereien in Königinhof, Hronov, Eipel und Nachod, die Margarine-Fabrik "Kosmos" in Tschaslau, die Lederfabriken "Singer" in Klattau, 5 grosse Handschuhfabriken in Prag, die Kohlenbetriebe der Judenfamilien Weinmann und der Kohlenkonzern des Dominik Dlouhy und andere. In Fällen, wo festgestellt wurde, dass der frühere Betriebsinhaber den Betrieb gegen geringfügige oder sogar ohne Bezahlung in die Hände tschechischer Mittelsmänner gespielt hatte, um bei einer politischen Änderung wieder in die alten Rechte eintreten zu können, erfolgte ebenfalls Beschlagnahme der Betriebe und Einsetzung deutscher Treuhänder.

80561



13.)

Sämtliche Betriebsbeschlagnahmen wurden der Dienststelle Gruppe Gewerbliche Wirtschaft beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren, die der Lebensmittelbetriebe der Gruppe Ernährung und Landwirtschaft beim Reichsprotector, denen die Arierisierung der jüdischen Betriebe oblag, mitgeteilt. Durch Erlass des Reichsführers 4/ und Chefs der Deutschen Polizei vom 11.1.1941 - S I A 3 - 2293 - III-40-212 - wurden die Staatspolizeileitstellen des Protectorats in Ergänzung des Erlasses vom 2.9.1939 - S V I Nr. 2399/39 - 212 - ermächtigt, die staatspolizeilich beschlagnahmten Betriebe

zur

274

zur Durchführung des Entjudungsverfahrens mit der Maßgabe freizugeben, dass der Erlös der Beschlagnahme verfällt und an Stelle des Betriebes eingezogen wird. In diesen Fällen hat die Veräußerung des Betriebes im Einvernehmen mit der zuständigen Staatspolizeileitstelle stattzufinden, die ihrerseits die Zustimmung der Verwertungsbehörde einzuholen hat. Der Arierisierung beschlagnahmter Betriebe wurde nach Einholung eines Prüfungsberichtes und einer Wertermittlung einer Treuhandgesellschaft zugestimmt, wenn

1. gegen den Käufer selbst keine Bedenken bestanden,
2. der Kaufpreis angemessen war und auf Sperrkonto zu Gunsten des Geheimen Staatspolizei eingezahlt wurde,
3. nicht besondere Gründe gegen eine vorzeitige Arierisierung sprachen.

Auf diese Art wurden vorzeitige und das Reichseinzugsvermögen schädigende Arierisierungen verhindert bzw. schon erfolgte Arierisierungen einer neuerlichen Überprüfung unterzogen.

Um die Dienststelle von diesen geschilderten Aufgaben, die bestimmt nicht in den Tätigkeitsbereich der Staatspolizei gehören, zu entlasten, wurden nach Errichtung des Vermögensamtes sämtliche Betriebe sofort an dieses übergeben. Eine Verwaltungstätigkeit der Staatspolizei findet zur Zeit nicht mehr statt.

- 14.) Da grundsätzlich das Gesamtvermögen der ins Ausland geflüchteten Juden beschlagnahmt wurde, war die Möglichkeit gegeben, mit Hilfe der sichergestellten Geschäftsanteile auch Unternehmen zur Gänze zu erfassen, die bis dahin nicht als "jüdisch" erkannt waren. Nach der Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren vom 21.6.1939 gilt ein Unternehmen dann als jüdisch, wenn der Inhaber ein Jude ist, wenn ein oder mehrere Gesellschafter einer Offenen Handelsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft Juden sind, wenn ein oder mehrere von den zur gesetzlichen Vertretung berufenen Personen oder wenn eins oder mehrere von den

Mitgliedern

Mitgliedern des Verwaltungsrates oder Aufsichtsrates Juden sind, wenn mehr als 1/4 des Kapitals Juden gehört, wenn die Stimmen der Juden die Hälfte der Gesamtstimmzahl erreicht oder wenn das Unternehmen unter dem beherrschenden Einfluss von Juden steht.

Die Beschlagnahme solcher "jüdischen" Unternehmen, bei denen die Anteile mehr als 1/4 des Kapitals ausmachten oder die unter beherrschendem Einfluss von Juden standen, hat eine lange Reihe von Auseinandersetzungen mit den anderen Teilhabern des Unternehmens nach sich gezogen. Sie gab uns jedoch die Möglichkeit, den deutschen Einfluss immer mehr im Wirtschaftsleben des Protektorats zu verstärken. Es wird jetzt Aufgabe der Verwertungsstellen sein, diese Position auch weiterhin zum Nutzen des deutschen Einflusses auszubauen. Es wird die Möglichkeit bestehen, durch gegenseitigen Austausch von zersplitterten Werten auch solche Betriebe, in denen bisher tschechisches Kapital überwog, unter deutschen Einfluss zu bringen.

15.) Eine Fülle von Arbeit brachte auch die Erfassung und Verwaltung von Grundstücken. Bis Mitte des Jahres 1940 waren etwa 180 Hausgrundstücke beschlagnahmt worden. Die Zahl hat sich inzwischen auf 1500 Grundstücke erhöht. Ein erheblicher Teil dieser Grundstücke konnte anderen Dienststellen zur eigenen Verwaltung gemäss Überlassungsvertrag überlassen werden.

Es erhielten im einzelnen

1. die Wehrmacht:  
10 Grundstücke im Werte von 8.796.000.- K
2. 4/-Abschnitt XXXIX und Formationen der 4/4:  
5 Grundstücke im Werte von 11.341.000.- K
3. die Partei und die NSV:  
11 Grundstücke im Werte von 11.878.340.- K



78

4. die Studentenführung:		
5 Grundstücke im Werte von		14.979.340.- K
5. HJ und BdM:		
3 Grundstücke im Werte von		4.985.000.- K
6. Deutsche Schulen:		
2 Grundstücke im Werte von		939.858.- K
7. der SD:		
8 Grundstücke im Werte von		38.386.000.- K
8. Reichsarbeitsdienst:		
2 Grundstücke im Werte von		9.833.000.- K
9. Oberlandrat:		
1 Grundstück im Werte von		585.000.- K
10. Justizfiskus:		
2 Grundstücke im Werte von		2.560.000.- K
11. der BdO:		
12 Grundstücke im Werte von		15.675.000.- K
12. Zentralamt für die Regelung der Judenfrage:		
1 Grundstück im Werte von		703.000.- K
13. Finanzpräsidium:		
1 Grundstück im Werte von		800.000.- K

Bei diesen Grundstücken handelt es sich fast durchwegs um frühere jüdische Villen. Die meisten werden zu Wohnungszwecken benutzt, einige sind als Dienststellen für die Behörden, denen die Grundstücke überlassen wurden, eingerichtet. Es wird angestrebt, dass diese Grundstücke den betreffenden Dienststellen nach der Einziehung endgültig überlassen bleiben. Im Gegensatz zu der für das Reichsgebiet erfolgten Regelung, wo Einziehungen auch zu Gunsten anderer Reichssubjekte, z.B. die NSDAP oder eines Reichsgaues erfolgten, sind nach der Verordnung über die Beschlagnahme und Einziehung vom 4.10.1939 nur zu Gunsten des Deutschen Reiches, vertreten durch den Reichsprotector in Böhmen und

und Mähren möglich. Die Kosten für die Unterhaltung einschliesslich Verzinsung und Amortisation der Hypotheken tragen die in Betracht kommenden Dienststellen grundsätzlich selbst. Es war möglich, sämtliche Dienststellen der Sicherheitspolizei in Gebäuden unterzubringen, die mit dem Ziel der Einziehung zu Gunsten des Deutschen Reiches beschlagnahmt waren. Etwa 52 Häuser werden von der Sicherheitspolizei als Dienst- und Wohngebäude benutzt. Vor allem konnten fast sämtliche Beamte und Angestellte der Staatspolizeileitstelle Prag in diesen für Zwecke der Sicherheitspolizei vorbehaltenen Häusern untergebracht werden. Die Frage der Wohnungsbeschaffung für Angehörige der Sicherheitspolizei in der bei Errichtung des Protektorats fast rein tschechischen Stadt Prag wurde damit trotz bestehenden Wohnungsmangels in vorbildlicher Weise gelöst. Gleichzeitig wurde durch diese Regelung dem Erlass des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 10.9.1939 - S V 2 Nr. 5758/39 durch den aus sicherheitspolizeilichen Gründen die geschlossene Unterbringung der Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD in Böhmen und Mähren angeordnet wurde, entsprochen. Die im Sommer 1939 zur Beschaffung von angemessenen Wohnungen in Aussicht genommene Errichtung eines deutschen Wohnquartiers sowie einer SS-Siedlung unterblieb infolge des Kriegsausbruchs.

Diese 52 ausschliesslich Zwecken der Sicherheitspolizei dienenden Grundstücke sowie alle übrigen Grundstücke, die nicht an Behörden überlassen waren, wurden bis Mitte des Jahres 1940 von der Staatspolizeileitstelle Prag selbst verwaltet. Dies brachte eine erhebliche Belastung der Dienststelle mit sich.

Um die der Sicherheitspolizei vorbehaltenen

Häuser



79

Häuser ihrer Zweckbestimmung zuzuführen, mussten vielfach jüdische und tschechische Mieter gekündigt, die Wohnungen hergerichtet und zahllose Wohnungsgesuche erledigt werden. Wegen der in Prag herrschenden Wohnungsnot wurden zahlreiche freiwerdende Wohnungen auch Angehörigen anderer Dienststellen zur Verfügung gestellt. Weitere Aufgaben der Verwaltung ergaben sich daraus, dass die Häuser ordnungsmässig gegen Brandschäden, Haftpflicht und andere Schäden versichert werden mussten. Schäden an den Häusern, Wohnungen und ihren Einrichtungen wie Fahrstühlen, Bisschränken usw. mussten beseitigt und Entscheidung darüber getroffen werden, wie weit einzelne Schäden von den Mietern selbst zu tragen waren.

Ein Mitte 1939 unternommener Versuch, die Verwaltung der beschlagnahmten Grundstücke einer Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft zu übertragen, scheiterte. Im Gegensatz zu den von der Staatspolizeileitstelle Prag erteilten Weisungen erfolgte die Rechnungslegung der Siedlungsgenossenschaft verspätet, die Mieteinnahmen wurden nicht auf das dafür bestimmte Sonderkonto eingezahlt usw. - Zudem stellte sich nachträglich heraus, dass sich die Siedlungsgenossenschaft in schwierigen Vermögensverhältnissen befand.

Um eine ordnungsgemässe Verwaltung der beschlagnahmten Grundstücke gewährleisten zu können, war infolgedessen die Einrichtung einer eigenen Grundstücksverwaltung unumgänglich geworden. Sie führte die Verwaltung nach aussen selbständig, unterstand aber unmittelbar der Staatspolizeileitstelle. Aufgabe der Grundstücksverwaltung war die Verwaltung der von Beamten der Sicherheitspolizei bewohnten Häuser sowie die Verwaltung der übrigen Grundstücke, die nicht an Behörden überlassen waren.

Als im Sommer 1940 die Zahl der mit dem Ziel der Einziehung zu Gunsten des Deutschen Reiches beschlagnahmten Grundstücke auf etwa 180 anwuchs, von denen etwa 130 in eigener Verwaltung standen, erwies sich eine Entlastung

der

49 a

der Staatspolizeileitstelle von dieser ausserhalb ihres Tätigkeitsbereiches liegenden Grundstücksverwaltung als notwendig.

Eine am 19.7.1940 mit der Staatspolizeileitstelle Wien direkt aufgenommene Fühlungnahme ergab, dass die Staatspolizeileitstelle Wien die von ihr beschlagnahmten etwa 70 Grundstücke durch eine reichsdeutsche Treuhandgesellschaft verwalten liess. Obwohl die Kosten einer derartigen Grundstücksverwaltung ziemlich erheblich sind, bot die Abgabe der Grundstücke in die Verwaltung einer Treuhandgesellschaft doch den grossen Vorteil der unmittelbaren Entlastung der Dienststelle, die für die umfangreichen Aufgaben der Grundstücksverwaltung keinerlei Kräfte zur Verfügung hat.

Mit dieser Aufgabe wurde die Allgemeine Treuhand AG., Prag I, Am Graben 33, betraut, die der Böhmischen Escompte-Bank angeschlossen ist und schon vorher wiederholt bei Durchführung einzelner Aufgaben herangezogen wurde. Diese Treuhand AG. hat seit längerer Zeit Grundstücke der Juden, die ins Ausland geflüchtet waren, treuhänderisch für die Juden verwaltet und in vielen Fällen die Staatspolizei auf Beschlagnahmемöglichkeiten aufmerksam gemacht.

Die Übertragung der Grundstücke an die Allgemeine Treuhand AG. erfolgte auf Grund eines Gesamtverwaltungsvertrages mit Wirkung vom 1.8.1940. Nach diesem Vertrag ist die Allgemeine Treuhand AG. verpflichtet, halbjährlich über die Verwaltung der Grundstücke Rechnung zu legen. Sie übernahm das Einkassieren der aus den Grundstücken anfallenden Mieten, die weitere Vermietung der Grundstücke, die Durchführung der notwendigen Instandsetzungsarbeiten und alle übrigen mit der Verwaltung der Grundstücke zusammenhängenden Aufgaben gegen Zahlung einer Vergütung von zunächst 5 % der jährlichen

ohen



chen Bruttoeinnahme, wozu eine Prämie vom Reingewinn von 3 % jährlich trat. Seit 1.1.1942 wurde die Vergütung einheitlich auf 6 % der jährlichen Bruttoeinnahmen festgesetzt.

Die Zusammenarbeit mit dieser Allgemeinen Treuhand AG. hat sich ausserordentlich bewährt.

Da sich auch die Böhmisches Unionbank für die Verwaltung von Grundstücken interessierte, wurde mit dieser ein gleichlautender Vertrag abgeschlossen. Der Böhmisches Unionbank wurden vor allem auswärtige Grundstücke sowie sämtliche Grundstücke in Pilsen zur Verwaltung übertragen.

Der Dienststelle oblag die Überwachung der Allgemeinen Treuhand AG. und der Böhmisches Unionbank, insbesondere hinsichtlich der Prüfung der Notwendigkeit von Instandsetzungsarbeiten, da die Allgemeine Treuhand AG. nach dem geschlossenen Gesamtverwaltungsvertrag nur Aufwendungen zur Instandsetzung bis zum Betrag von K 5.000.- selbst genehmigen konnte. Weiterhin musste in vielen Fällen über die Frage der Kündigung der bisherigen Mieter und Regelung der rückständigen Grundsteuern entschieden werden. Unzählige Wohnungsuchende mussten an die Allgemeine Treuhand AG. verwiesen und dieser bei Neuanfall von Grundstücken Weisung über die Weitervermietung erteilt werden. Daneben blieb die Bearbeitung von Grundstückskaufgesuchen Sache der Staatspolizeileitstelle. Während in Prag selbst Verkäufen nur ausnahmsweise zugestimmt wurde, um interessierte Frontkämpfer nicht zu benachteiligen, wurde eine Anzahl in der Provinz gelegener Grundstücke mit Zustimmung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren, Gruppe Finanz, an deutsche Bewerber verkauft, um die Besiedlung des Landes mit Deutschen zu fördern. Die Genehmigung zum Verkaufe erfolgte in diesem Falle nach Einholung eines Wertgutachtens der Gruppe Bau des Reichsprotectors.

Um die Dienststelle weiterhin von den Aufgaben der Grundstücksverwaltung zu entlasten, wurden nach Errichtung des Vermögensamtes sämtliche Grundstücke, mit Ausnahme der 52 für Zwecke der Sicherheitspolizei bestimmten Grundstücke

dem

dem Vermögensamt zur Verwaltung übergeben. Um die Dienststelle endgültig von jeder ausserhalb des Rahmens ihrer üblichen Tätigkeit liegenden Grundstücksverwaltung zu befreien, ist beabsichtigt, auch diese 52 Grundstücke dem Vermögensamt in Verwaltung zu geben.

Aufgabe der Geheimen Staatspolizei bleibt weiterhin die genaue Feststellung der Grundstücke, der Verkehr mit den Grundbuchgerichten, die Einholung von Grundbuchauszügen, die Stellung der Anträge auf Eintragung in den Grundbüchern und im Einverständnis mit dem Vermögensamt die sofortige Einsetzung einer Treuhandstelle.

Das Vermögensamt hat die bisherigen Treuhandverwalter (Allgemeine Treuhand AG., Böhmisches Unionbank) beibehalten.

Insgesamt wurden bisher 674 Grundstücke nach erfolgter Einziehung von den Grundbuchgerichten auf das Deutsche Reich, vertreten durch den Reichsprotector in Böhmen und Mähren, umgeschrieben.

- 16.) Eine besondere Art der Geschäftsbeteiligung sind die sogenannten Pilsner Braueränge. Durch landesfürstliche Entscheidungen wurde einzelnen Bürgern das Recht verliehen, Bier zu brauen und zu verkaufen. In den Städten, in denen sich die Bürger zusammenschlossen und das ihnen verliehene Braurecht auf ein gemeinsames Unternehmen übertrugen, entstand eine sogenannte brauberechtigte Bürgerschaft. Die Mitglieder dieser Bürgerschaften waren Besitzer jener Häuser, mit deren Eigentum die Brauberechtigung verbunden war. Als durch das Gesetz vom 30.4.69 (R. 55) das ausschliessliche Recht, in einem bestimmten Umkreise Bier zu brauen und Schnaps zu brennen beseitigt wurde, verlor das Braurecht seine eigentliche Bedeutung, weil das



das Bierbrauen ein freies Gewerbe wurde. Das Braurecht hat daher nurmehr noch historische Bedeutung und bezeichnet den Anteil des Hausbesitzers an der Braubürgerschaft. Der Braurang, auch Braurecht genannt, ist die Bezeichnung für einen Anteil des Berechtigten am gemeinsamen Unternehmen. Das Braurecht ist kein dingliches Recht mehr und wird auch nicht mehr im Grundbuch nach dem Grundbuchgesetz vom 25.7. 1881 (R. 25) einverleibt, sondern lediglich angemerkt. Es ist zulässig, ein Braurecht von einem Haus auf ein anderes zu übertragen, das Braurecht zu teilen. Der derzeitige Wert eines Brauranges wird mit 3.000.000.- K veranschlagt. Der Verkaufswert dürfte jedoch wesentlich höher liegen, da jeder Braurang jährlich einen Braunutzen von über 90.000.-K abwirft. Der Braurang selbst ist in 250 Anteile zerstückelt. Diese Anteile sind dann oft weiterhin unterteilt, entsprechend dem Bruchteil-Miteigentümer an den Grundstücken. Waren die Gründer der Brauränge fast ausschliesslich Deutsche, so geriet vor etwa 50 Jahren der deutsche Besitz immer mehr in die Hände der Tschechen. Die Verteilung der Brauantteile zur Zeit der Errichtung des Protektorates war wie folgt:

- 28 % deutscher Besitz,
- 63 % tschechischer Besitz,
- 9 % jüdischer Besitz.

Der jüdische Besitz verteilte sich auf 67 verschiedene Brauantteile bzw. Grundstücke. Es wird auch hier Aufgabe der Verwertungsstelle sein, die gewonnenen Brauränge zusammenzuschliessen und den deutschen Einfluss zu stärken.

- 17.) Die in der ersten Zeit beschlagnahmten landwirtschaftlichen Besitzungen und Betriebe wurden, wie bereits erwähnt, ursprünglich durch eigene Treuhänder verwaltet. Erst später wurde die Verwaltung dieser Besitzungen und Betriebe auf das Bodenamt übertragen, das sie nach einem einheitlichen Bebauungs- und Bewirtschaftungsplan durch eigene Zwangsverwalter und Oberverwalter verwaltet. Die eigene Verwaltung dieser grossen Güter musste schon deshalb aufgegeben

89a

aufgegeben werden, weil sie unbedingt in die Hände von Fachleuten gehörte und die Investitionen, Instandhaltungsarbeiten, Bodenverbesserungen, Inventarbeschaffungen usw. die Staatspolizei viel zu sehr in Anspruch nahmen. Seit Errichtung des Vermögensamtes hat dieses für die weitere Verwaltung im Benehmen mit dem Bodenamt zu sorgen.

- 18.) Alle gegen das werdende Reichseinziehungsvermögen geltend gemachten Forderungen mussten genauen Überprüfungen unterzogen werden, die sich deshalb schwierig gestalteten, weil die Forderungen vielfach von Rechtsanwälten geltend gemacht wurden, die in langen und sich wiederholenden Schriftsätzen die Dienststelle weit über jede Gebühr hinaus belästigten. Insbesondere häuften sich die Forderungen auf Bezahlung von Unterhaltsbeiträgen durch Angehörige der von der Beschlagnahme betroffenen Personen. Bis zum Juni 1941 wurden, wenn auch in bescheidenem Umfange, Unterhaltszahlungen an die im Inland verbliebenen arischen Ehefrauen jüdischer Emigranten und die unmündigen Kinder aus diesen Ehen gezahlt. Auf eine Anregung des Rechnungshofes hin wurden sämtliche Unterhaltszahlungen eingestellt und die Gesuchsteller an die zuständige Kultusgemeinde verwiesen. Die aus beschlagnahmten Vermögen gezahlten Unterhaltssätze lagen noch wesentlich unter den Sätzen, die durch die Verordnung des Finanzministeriums vom 16.12.1940 - A.Z. 73537 allg. - für jüdische Vermögen festgelegt waren. Die angemeldeten Forderungen waren vielfach stark übersetzt. Dies war insbesondere bei den Honorarforderungen der früheren Vermögensverwalter, der noch von den emigrierten Juden beauftragten meist tschechischen Rechtsanwälte, der Fall. Besonders krass war dies jedoch bei einigen Rechtsanwälten aus dem Altreich, an die sich Juden und auch Tschechen um Vertretung wandten und die unter Ausnutzung der Lage ihrer Klienten Palmarforderungen vorlegten.



legten, die nicht nur weit über das gesetzliche Maß hinausgingen, sondern überhaupt den Bestand der beschlagnahmten Vermögenswerte gefährdeten. Es ist bezeichnend, dass solche Forderungen sofort wesentlich herabgemindert wurden, sobald die Staatspolizei Einwendungen gegen die Höhe der Forderungen erhob. Auch von diesen Arbeiten wurde die Staatspolizei durch Errichtung des Vermögensamtes befreit.

- 19.) Soweit Schulden einzutreiben waren, wurde dies von hier aus unmittelbar, gegebenenfalls durch die Treuhänder oder eine Bank erledigt. Durch die erfolgten Veröffentlichungen im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger wurden viele unbekannte Schuldner ermittelt. Hierbei ist besonders darauf hinzuweisen, dass z.B. die zu Lasten des eingezogenen Vermögens von den früheren Vermögensinhabern gewährten Hypotheken nur in ausserordentlich seltenen Fällen bekannt werden, da die Schuldner von der erfolgten Vermögensentziehung entweder keine Kenntnis erhalten oder, falls ihnen solche vermittelt wird, Anzeige nur selten erstatten.
- 20.) Die beschlagnahmten Versicherungspoliceen hatten in der ersten Zeit gleichfalls eine genaue Kontrolle verlangt. Der Verband der Versicherungsgesellschaften, dem sämtliche Beschlagnahmefälle bekanntgegeben wurden, hat dadurch die Möglichkeit gehabt, alle Versicherungsverträge der von der Beschlagnahme Betroffenen anher bekanntzugeben. Die Auseinandersetzung mit den Versicherungsgesellschaften und den in den Versicherungspoliceen Begünstigten hat viel Verwaltungsarbeit nach sich gezogen. Auch diese Tätigkeit wird nunmehr vom Vermögensamt wahrgenommen.
- 21.) In vielen Fällen hatten jüdische Emigranten ausländische Wertpapiere hiesigen Banken übergeben. Die Wertpapiere selbst wurden jedoch bei Banken im Ausland deponiert. Vielfach forderten emigrierte Juden die Ausfolgung dieser Wertpapiere im Ausland im Wege der Klage. Unter Mithilfe hauptsächlich der amerikanisch-jüdischen Gerichte hatten die

Juden

82 a

Juden mit solchen Klagen stets Erfolg. Da bei dieser Sachlage keine Möglichkeit bestand, die im Ausland befindlichen Wertpapiere zu halten, wurde in einigen Fällen zur Vermeidung der nicht unerheblichen Prozesskosten den Prager Banken eingeräumt, solche Wertpapiere freizugeben. Die Nationalbank in Prag machte ihrerseits die Genehmigung zu dieser Freigabe davon abhängig, dass aus dem inländischen Judenvermögen 200 % des Kurswertes der freizugebenden Wertpapiere an sie gezahlt werden. Dem von hier eingenommenen Standpunkt, wonach die Zahlung dieser 200 %igen Abgabe abzulehnen sei, schloss sich der BdS an (Schreiben vom 17.1.1940 - II 179/40/50 - Bds).

- 22.) Grosse Schwierigkeiten bereiteten auch die Beschlagnahmen der Verlassenschaften von verstorbenen Juden. Im Protektorat als einem Teilgebiet des österreichischen Rechtssystems gilt hinsichtlich der Behandlung des Vermögens Verstorbener das sogenannte Verlassenschaftspatent. Danach findet nach dem Tode des Erblassers das Verlassenschaftsverfahren statt, ein genau geregeltes und ziemlich umständliches Verfahren, welches in der Regel von einem Notar als Gerichtskommissär durchgeführt wird. Die Erben kommen erst nach Abschluss des Verlassenschaftsverfahrens durch Herausgabe der Einantwortungsurkunde in den Besitz der Verlassenschaft. Jeder, der Anspruch auf die Verlassenschaft erhebt, muss bei Gericht die Erberklärung abgeben. Er erlangt die Erbeigenschaft erst nach Annahme dieser Erberklärung durch das zuständige Gericht. In allen Fällen wurde das Vermögen verstorbener Juden beschlagnahmt und dadurch die Durchführung des Verlassenschaftsverfahrens, welches mit beträchtlichen
- 80435
- trächtlichen

trächtlichen Gerichts- und Materialgebühren verbunden ist sowie auch die Vorschreibung der Erbgebühren vermieden.

#### V.

Wie schon früher ausgeführt wurde, sind unter den beschlagnahmten Betrieben Unternehmungen von internationaler Bedeutung gewesen. Insbesondere hat das Vermögen der Judenfamilie Petschek, das mit seinen internationalen Verbindungen und Kapitalsbeteiligungen von unerhörter Bedeutung und für das Wirtschaftsleben in der Tschechoslowakei bestimmend war, Arbeiten nach sich gezogen, die nur von einem eigenen geschulten Verwaltungsapparat geleistet werden konnten. Obwohl die Familienmitglieder schon im Jahre 1938 mit der Liquidation ihres Vermögens im Altreich und in der Tschechoslowakei begonnen hatten, verblieben noch Vermögenswerte von mehreren hundert Millionen Kronen im Protektorat, die schnell erfasst und gegen den Zugriff ungezählter Interessenten geschützt werden mussten. Dem unermüdlichen Eifer der Staatspolizei ist es gelungen, enorme Werte dieses Vermögens auch im Auslande sicherzustellen und später in die Einziehung einzubeziehen. Wenn es gelungen ist, diese Riesenwerte mit dem geringsten Personalaufwand zu verwalten, so ist dies nur auf die Einsatzbereitschaft der Sachbearbeiter zurückzuführen. Die Liquidierung des Petschekvermögens wird immer ein Beweis für die rasche und saubere Arbeit der Staatspolizei bleiben.

#### VI.

Die unvorhergesehene Häufung von Beschlagnahmefällen, die mit der Sicherung und Verwaltung dieser Vermögen verbundenen Arbeiten, die dadurch bedingte Beanspruchung der Staatspolizei mit Aufgaben, die wahrhaftig nicht in ihren Aufgabenkreis gehörten, und die damit zwangsläufig verbundene Ablenkung der Staatspolizei von ihren eigentlichen Aufgaben, haben die sofortige Schaffung

fung

83 a

fung eines Amtes erfordert, das diese Verwaltungsaufgaben übernehmen sollte. Auf wiederholte Vorstellungen hat der Reichsprotector in Böhmen und Mähren mit Erlass vom 2.9.1941 - II/7 - 2200-8 - die Errichtung einer besonderen Dienststelle zur Verwaltung und Verwertung des dem Reiche angefallenen Vermögen angeordnet.

Dem Vermögensamt beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren wurden folgende Aufgaben zugeteilt:

1. Die Verwaltung und Verwertung des Vermögens, das auf Grund der Anordnung über die Aberkennung der Staatsangehörigkeit des Protectorats Böhmen und Mähren vom 3.10.1939 (I. 1797) dem Reiche als verfallen erklärt wird,
2. die Verwaltung und Verwertung des Vermögens, das auf Grund der Verordnung vom 4.10.1939 (I. 1998) über die Einziehung von Vermögen im Protectorat Böhmen und Mähren zu Gunsten des Reiches eingezogen wird,
3. die Verwaltung und Verwertung des Vermögens, das auf Grund von Sondergesetzen zu Gunsten des Reiches eingezogen wird.

80551

Durch die Schaffung dieses Vermögensamtes wurde eine sofortige fühlbare Entlastung für die Staatspolizei erwirkt, da sie nicht nur die bisher ange laufenen Vermögensverwaltungen an das Vermögensamt sondern auch die später beschlagnahmten Vermögen schon im Zustande der Beschlagnahme abgeben konnte. Nach einigen Monaten wird die Staatspolizeileitstelle Prag die Übertragung sämtlicher beschlagnahmten und eingezogenen Werte durchgeführt haben und sich somit nunmehr auf die Beschlagnahme und Einziehung der Vermögen

86

Vermögen beschränken, während alle Verwaltungsaufgaben selbst in die Zuständigkeit des Vermögensamtes fallen.

Durch die Verordnung vom 24.10.1942 (I 621), wonach die Feststellung der Reichsfeindlichkeit der Bestrebungen, soweit es sich um Protektoratsangehörige handelt, durch den Reichsprotector in Böhmen und Mähren erfolgt, wurde eine weitere Erleichterung und Vereinfachung herbeigeführt.

VII.

Von der Staatspolizeileitstelle Prag (Abt. IV) wurden ab 21.6.1939 bis 30.6.1942 6.981 Beschlagnahmevergänge behandelt. Hiervon entfallen

auf das Jahr 1939	=	1.044	Vorgänge
" " " 1940	=	1.998	"
" " " 1941	=	1.329	"
bis 1. 7. 1942	=	2.610	"
		<hr/>	
		=	6.981 Vorgänge

Abgeschlossen wurden bis 1.7.1942

durch Einziehung nach vorausgegangener Feststellung der Reichsfeindlichkeit	1.094	Vorg.
durch standgerichtliche Einziehung	412	"
durch Aufhebung der Beschlagnahme	781	"
	<hr/>	
	2.267	Vorg.

Die nachträgliche Aufhebung der Beschlagnahme erfolgte vor allem in jenen Fällen, in denen die Erfassung des Vermögens durch das Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren geschieht sowie in den Fällen, in denen sich die Zuständigkeit des Reichskommissars für die Verwaltung feindlichen Vermögens beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren ergab und schliesslich bei Vermögenslosigkeit und Überschuldung.

Nach dem Stand vom 1.7.1942 sind daher von insgesamt

89a

samt 6.981 vorhandenen Vorgängen 3.329 Vorgänge als erledigt anzusehen. Es verbleiben mithin noch 3.652 zu erledigende Vorgänge. Hat die Erledigung der Vorgänge in der ersten Zeit bei einem Stand von nur 20 Bürokräften dadurch lange gedauert, dass nebst der Erfassung auch sämtliche Verwaltungsaufgaben von der Staatspolizei erledigt werden mussten, so wird die Erledigung der Vorgänge in Hinkunft durch die Schaffung des Vermögensamtes wesentlich beschleunigt werden können.

Der Gesamtwert des von der Staatspolizeileitstelle Prag - Abt. IV beschlagnahmten und eingezogenen Vermögens ist nach dem Stand vom 1.7.1942

K 6..o28.8o4.934.61

Diese Summe setzt sich zusammen:

1. Bankwerte	2,,o63.534.o75.66 K
2. Firmenvermögen (Betriebe)	1,,6o3.238.112.o5 K
3. Grundstücke:	
a) Hausgrundstücke	83o.863.474.-
b) landwirtschaftliche Betriebe	413.o84.o0o.- K
4. beschlagnahmte Barbeträge und Erlöse beweglicher Sachen	42.8o8.o74.- K
5. Sondervermögen	1,,o75.276.925.9o K
	<u>6,,o28.8o4.934.61 K</u>



80553

Im einzelnen ist die Zusammensetzung und die Trennung in beschlagnahmtes und bereits eingezogenes Vermögen aus den dem Bericht angeschlossenen Zusammenstellungen zu ersehen. Diese Anlagen beinhalten:

1. Bankwerte (Anlage I)  
Die Bankwerte wurden auf Grund der eigenen Vermerkungen und der von den Banken und Geldinstituten gelieferten Daten errechnet.

2. Gewerbliche Betriebe (Anlage II)  
Der Wert der gewerblichen Betriebe wurde von den Treuhand- und Revisionsgesellschaften festgestellt.
3. Grundstücke (Anlage III)  
Der Wert der Hausgrundstücke, Bauplätze und dergleichen wurde von den Stadtbauämtern ermittelt, die der landwirtschaftlichen Betriebe und Besitzungen wurden durch das Bodenamt bekanntgegeben. Nicht eingerechnet sind die unermesslichen Werte der Kunst-, Waffensammlungen, Bildergalerien, Büchereien in den Schlössern und dergleichen.
4. Bewegliche Gegenstände (Anlage IV)  
Hier wurden lediglich die erzielten Verkaufswerte angeführt.
5. Die Sondervermögen Petschek, Sokol, tschechisches Rotes Kreuz, Nationale Schützengarde usw. (Anlage V).

80

Z u s a m m e n f a s s u n g

der bis zum 1. Juli 1942 beschlagnahmten und einge-  
zogenen Vermögenswerte.

---

1.) Bankwerte . . . . .	K	2,,063.534.075.66
2.) Firmenvermögen (Betriebe). . . . .	K	1,,603.238.112.05
3.) Grundstücke:		
a) Hausgrundstücke . . . . .	K	830.863.747.-
b) landwirtschaftliche Betriebe . . . . .	K	413.084.000.-
4.) Beschlagnahmte Barbeträge und Erlöse beweglicher Sachen . . . . .	K	42.808.074.-
5.) Sondervermögen . . . . .	K	1,,075.276.925.90

---

K 6,,028.804.934.61



87

Von der Abteilung IV bis 1. Juli 1942  
beschlagnahmte und eingezogene Vermögenswerte.

I. Bankwerte:

Guthaben, Einlagen und Sparbücher, Wertpapiere, Depots, Forderungen und Versicherungen.

		Beschlagnahmte:	Eingezogen bzw. dem VA übergeben:
1.) Banken:	K	1,,122.361.252.68	839.062.883.77
2.) Sparkassen:	K	27.881.825.61	20.386.721.53
3.) Vorschusskassen:			
Genossenschaften	K	33.701.905.64	31.582.330.30
Prag.Pfandleihan- stalten	K	59.300.-	
4.) Forderungen:			58.544.178.06
Hypothecken usw.			
5.) Versicherungen:			54.376.259.92
	K	1,,184.004.283.93	1,,003.952.373.58
abzgl. in der Sonder- aufstellung des Pet- schekvermögens bereits berücksichtigte Bank- werte	K	879.529.791.73	124.422.581.85
	K	2,,063.534.075.66	879.529.791.73



Zusammenfassung der Bankwerte:

Seite - 1 -	K	8.581.696.06	K	5.840.644.19
" - 2 -	K	249.021.354.65	K	154.857.099.84
" - 3 -	K	1.743.122.45	K	2.302.728.90
" - 4 -	K	863.015.079.52	K	676.062.410.84
<hr/>				
	K	1,,122.361.252.68	K	839.062.883.77
<hr/> <hr/>				



B a n k e n :

89

B a n k:	Ort:	Beschlagnahmte Werte:	Bis zum 1.6.42 eingezog.Werte:	Anmer- kung:
Zentralbank d. Sparkassen	Prag	3.229.481.96	4.475.072.99	
Böhm.Handelsbank	"	365.490.-	16.310.-	
Bankhaus Prokop & Bouda	"	219.030.-	381.470.-	
Erste Böhm.Diskonto- Gesellschaft	"	166.881.90		
Kaufmännische Kre- ditanstalt	"	47.770.50	19.969.-	
Masopust & Müller Bankhaus	"	339.275.-		
Volksbank in Prag	"	11.111.20	20.058.-	
Bankhaus Vlasák	"	7.470.-		
Spar- u.Kreditver- ein	"	35.439.50		
Bankhaus Hrabanek & Co	"	2.890.-	358.50	
Mähr.Bank	Brünn	3.958.352.20	910.060.50	
Mittelböhm.Bank	Pibrans	13.869.80		
Landesbank für Mähren	Brünn	1.410.-	863.20	
Mährische Bank	Neu-Bid- schow	1.100.-		
Kreditanstalt der Deutschen	Budweis	173.746.-	16.482.-	
Mähr.Volksbank	Brünn	8.378.-		
K		8.581.696.06	5.840.644.19	

81008



./.

Bankhaus Döllner & Co	Prag	2.411.012.25	1.768.686.40
" " " "	"	172.471.-	97.957.-
Landesbank f. Böhmen	"	27.133.155.61	45.583.327.39
Prager Creditbank	"	36.723.360.80	18.035.713.60
Böhm. Mähr. Bank	"	7.097.735.20	983.859.60
" " "	"	59.957.30	379.-
Agrar-Bank	"	3.581.741.35	5.457.541.75
Böhm. Industrial-Bank	"	2.080.156.-	5.169.179.15
" " "	"	3.195.736.20	4.246.134.10
Prager Verrechnungsbank	"	59.158.025.50	4.881.60
Tschechische Diskontbank	"	2.990.056.50 137.560.-	3.419.606.-
Nationalbank f. Böhmen und Mähren	"	823.059.- 99.144.50	1.360.10
Pilsner Bank	Pilsen	2.800.354.95	1.319.946.40
Böhm. Escompte-Bank	Iglau	12.320.-	
Pilsner Bank	Pilsen	14.260.-	
Gewerbebank	Prag	89.602.659.09	67.822.315.85
Bankhaus Hasek & Co	"	10.423.015.15	
Böhm. Industrialbank	"	98.463.15	651.125.-
" " "	"	47.460.80	198.718.30
" " "	"	19.862.80	95.710.-
" " "	"	262.259.50	658.60
" " "	"	77.548.-	
		<hr/>	
		249.021.354.65	154.857.099.84



91

Böhm. Industrialbank	Pilsen	266.338.60		
"	"	Tschaslau	11.272.-	
"	"	Ung. Hradisch	7.020.-	
"	"	Beraun	638.-	
"	"	M. Ostrau	13.897.30	21.480.-
"	"	Laun	27.983.20	
"	"	Kuttenberg	4.017.50	
"	"	Königgrätz		2.060.070.-
"	"	Klattau	11.594.50	47.794.20
"	"	Kladno	22.538.20	
"	"	Jungbunzlau	116.725.-	13.447.40
"	"	Hohenmauth	79.10	
"	"	Göding	21.740.40	
"	"	Friedberg	15.420.-	
"	"	Eisenbrod	12.670.-	
"	"	Nachod	799.664.35	77.892.60
"	"	Budweis	226.040.-	
"	"	Taus	17.380.-	
"	"	Tabor	6.696.70	77.044.70
"	"	Strakonitz	6.437.40	
"	"	Semil	145.816.70	
"	"	Raudnitz	4.880.-	
"	"	Rakonitz	4.206.80	
"	"	Neuhaus	66.70	

---

1.743.122.45

2.302.728.90

./.

Böhmische Industrialbank	Königinhof	63.333.70	
Bank d.Deutschen Arbeit	Prag	30.080.-	
Böhmische Escompte-Bank	Prag	263.678.142.55	371.746.715.74
" " "	Filialen	25.811.202.21	22.159.819.05
Kreditanstalt d.Deutschen	Prag	97.301.904.03.	82.300.300.95
Allgemeine Treuhand AG.	Prag	111.174.071.20	156.035.224.35
Böhmische Unionbank	Prag	364.456.345.83	343.820.350.75
<hr/>			
		863.015.079.52	676.062.410.84



Zusammenstellung der Werte der Sparkassen.

Seite - 1 -	K	12.131.851.74	7.217.660.70
" - 2 -	K	1.254.943.65	333.657.49
" - 3 -	K	7.537.811.73	10.337.792.90
" - 4 -	K	3.146.377.79	1.208.752.45
" - 5 -	K	3.809.938.80	1.288.161.29
" - 6 -	K	901.90	696.70
<hr/>			
	K	27.881.825.61	20.386.721.53

11308



94

S p a r k a s s e n

Sparkasse:	Ort:	Beschlagnahmte Werte:	Bis zum 1.6.42 eingezog. Werte:	Anmerkung:
Prager Städtische Sparkasse	Prag	2.591.611.90	1.331.203.60	
Böhm. Sparkasse	"	3.067.521.40	999.193.90	
" "	"	523.257.20	1.379.470.25	
Städt. Sparkasse	Nachod	3.645.396.09	2.111.082.32	
Erste Mähr. Sparkasse	Brünn	827.847.60	186.342.-	
Sparkasse d. Landes- hauptstadt Brünn	"	544.696.90	280.204.58	
Städtische Sparkasse	Hlinsko	318.618.60	86.320.-	
Budweiser Sparkasse	Budweis	1.750.-	259.315.-	
Sparkasse d. Stadt Kolin	Kolin	34.620.-	485.559.05	
Sparkasse d. Stadt Deutsch-Brod	D-Brod	171.671.-		
Sparkasse d. Stadt Sobieslau	Sobieslau	63.024.79	14.310.-	
Sparkasse d. Stadt Chotzen	Chotzen	61.445.70		
Sparkasse d. Stadt Tschaslau	Tschaslau	10.017.05	77.280.-	
Städt. Sparkasse	Raudnitz	218.139.05	7.380.-	
Sparkasse d. Stadt Ung. Hradisch	Ung. Hradisch	11.045.65		
Gemeinde-Sparkasse	Lissa a. E.	513.44		
Städt. Sparkasse	Horschowitz	26.539.15		
Städt. Sparkasse	Prossnitz	14.136.22		
		12.131.851.74	7.217.660.70	

./.

95

Städt. Sparkasse	Geiersberg	3.340.45	
Sparkasse	Moldautein	520.-	
Städt. Sparkasse	Nachod	15.318.-	
Städt. Sparkasse	Neustadt a.M.	4.440.-	
Sparkasse d. Stadt Blanz	Blanz		10.223.-
Städt. Sparkasse	Schlan	247.812.31	
Jitschiner Gemeinde- sparkasse	Jitschin	108.525.56	10.842.-
Städt. Sparkasse	Pardubitz	10.805.-	
Städt. Sparkasse	Littau	6.987.58	
Sparkasse der Stadt Wodnian	Wodnian	4.952.55	
Sparkasse d. Stadt Jungbunzlau	Jungbunzlau	12.132.28	
Städt. Sparkasse	B. Skalitz	3.040.-	
Städt. Sparkasse	Blowitz		81.885.40
Sparkasse der Stadt Strakonitz	Strakonitz	25.131.64	108.360.-
Jermerer Sparkasse	Jermer		8.995.-
Städt. Sparkasse	Neupaka		75.167.96
Sparkasse der Stadt Kuttenberg	Kuttenberg	76.40	
Städt. Sparkasse	Politz a.M.	810.140.-	
Sparkasse der Stadt Tabor	Tabor	1.721.88	38.184.13
		<hr/>	
		1.254.943.65	333.657.49



./.

Postsparkasse	Prag	5.474.030.60	9.315.759.95
Postsparkasse	Brünn	494.30	92.572.20
Städt. Sparkasse	Petschek	43.79	
Städt. Sparkasse	Politz a.M.	810.140.-	
Städt. Sparkasse	Eipel	30.738.44	
Städt. Sparkasse	Wlaschim	2.058.85	
Städt. Sparkasse	Münchengrätz	51.10	
Städt. Sparkasse	Pardubitz	10.805.-	
Städt. Sparkasse	Kladno	13.257.45	
Neuhauser Sparkasse	Neuhaus	369.02	
Bauer-Bürgerliche Sparkasse	Krenowitz	1.351.-	
Städt. Sparkasse	Beraun	8.094.75	
Rakonitzer Sparkasse	Rakonitz	185.60	
Städt. Sparkasse	Semil	378.478.20	
Sparkasse d. Stadt Jungbunzlau	Jungbunzlau	195.215.55	780.-
Sparkasse d. Stadt Kuttenberg	Kuttenberg	21.347.-	
Städt. Sparkasse	Unhoscht	111.488.80	169.95
Städt. Sparkasse	Leipnik	640.30	
Städt. Sparkasse	Pardubitz	286.799.80	143.675.-
Städt. Sparkasse	Brandeis	9.543.90	772.147.80
Städt. Sparkasse	Horschitz	18.284.45	12.688.-
Städt. Sparkasse	Laun	164.393.83	
		<hr/>	
		7.537.811.73	10.337.792.90

./.

Sparkasse der Stadt Tabor	Tabor	71.135.-	
Sparkasse der Stadt Pilsen	Pilsen	773.373.57	127.800.29
Städt. Sparkasse	Welwarn	389.892.05	96.618.41
Chrudimer Sparkasse	Chrudim	91.034.94	
Sparkasse der Stadt Neuenburg a.E.	Neuenburg	1.501.14	
Sparkasse d. Stadt Ung. Ostrau	Ung. Ostrau	35.079.- 475.-	
Städt. Sparkasse	Beneschau	48.774.11	
Städt. Sparkasse	Podiebrad	226.574.10	2.117.-
Sparkasse	Taus		90.470.-
Melniker Sparkasse	Melnik	126.475.10	21.24
Landw. Bezirksvorschusskasse	Lischau	16.238.10	
Pibranser Städt. Sparkasse	Pibrans	532.003.58	28.355.66
Sparkasse d. Stadt Horaschdowitz	Horaschdowitz	381.- 277.80	
Sparkasse d. Stadt Kolin	Kolin	195.278.15	862.110.85
Mähr. Ostrauer Sparkasse	M. Ostrau	598.656.55	1.259.-
Städt. Sparkasse in B. Skalitz	B. Skalitz	3.040.-	
Sparkasse d. Stadt Oposchno	Oposchno	31.430.50	
Städt. Sparkasse	Gurim	4.766.10	
		<hr/>	
		3.146.377.79	1.208.752.45

Sparkasse d. Stadt Neuenburg	Neuenburg	2.668.43	
Königgrätzer Sparkasse	Königgrätz	2.190.288.69	
Städt. Sparkasse	Hronov	318.13	1.248.056.24
Piseker Sparkasse	Pisek	61.943.-	
Pilgramser Sparkasse	Pilgrams	20.-	
Austerlitzer Spar- kasse	Austerlitz	37.90	
Sparkasse d. Stadt Kolin	Kolin	27.416.98	
Rakonitzer Sparkasse	Rakonitz	902.776.45	32.024.90
Städt. Sparkasse	Reichenau	63.002.50	
Sparkasse d. Stadt Neuenburg	Neuenburg	8.068.75	
Städt. Sparkasse	Seltschan	4.251.85	
Städt. Sparkasse	R. Kosteletz	44.869.65	584.90
Erste Mähr. Sparkasse	Brünn	64.202.-	
Städt. Sparkasse	Hermannstadt	66.395.90	
Städt. Sparkasse	Stankau	2.700.60	7.495.25
Prager städt. Spar- kasse	Prag	350.712.75	
Königinhofer Spar- kasse	Königinhof	18.490.95	
Städt. Sparkasse	Kladno	664.30	
Sparkasse d. Stadt Planitz	Planitz	1.109.97	

3.309.938.80 1.288.161.29

./.

Sparkasse d. Stadt Kuttenberg	Kuttenberg	901.90	
Sparkasse d. Stadt Gaya	Gaya		696.70
		<hr/>	
		901.90	696.70

80938





101

Vorschusskassen

und sonstige Genossenschaften

Vorschusskasse:	Ort:	Beschlagnahmte Werte:	Bis zum 1.6.42 eingezog. Werte	Anmerkung:
Kleinseitner Vorschusskasse	Prag	4.565.84	199.705.86	
Bürgerl. Vorschusskasse	Werschowitz	3.320.988.70	534.499.40	
Weinberger Vorschusskasse	Prag XII	2.832.084.20	516.084.15	
" "	" "	56.035.20	40.046.05	Schmucksachen
Allg. Vorschusskasse	Prag	4.240.-		
Verband d. Vorschusskassen	"	25.061.10	342.451.30	
Böhm. Mähr. Vorschusskasse	"	342.540.85		
Prager Vorschusskasse	"	71.747.15		
National-Vorschusskasse	"	4.254.35	1.116.40	
Zentralvorschusskasse	"	33.474.15	61.168.90	
Gewerbliche Vorschusskasse	Michl	25.568.74		
Slavische Vorschusskasse	Prag	760.90	2.660.80	
Bürgerliche Vorschusskasse	Prag X	88.463.44	4.315.70	
Vorschusskasse Ersparnis	Prag	4.862.70		
		6.814.647.32	1.702.048.56	

38808



Prager altstädter Vorschusskasse	Prag	31.329.75	51.957.35
Vorschusskasse d. tsch. Professoren	"		263.-
Kreditanstalt d. Ta- bakhauptverleger	"	152.678.80	
Vieh- u. Fleischmarkt- kasse	"	84.010.-	3.737.-
Vorschusskasse "Selbsthilfe"	"	21.639.-	
Vorschusskasse d. Lokomotivführer	"	100.05	
Vorschusskasse "Zukunft"	"	212.-	572.-
Vorschusskasse "Postalia"	"		418.115.-
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	"	449.728.60	
Landesverband d. ge- werbl. Vorschusskassen	"	130.321.20	
Vorschusskasse "Kosmos"	"	33.099.60	
"Biene" Selbsthilfs- vorschusskasse	"	108.50	
Kleingewerbl. Vor- schusskasse	"	4.624.-	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	"	16.019.80	
Dewitzer Vorschuss- kasse	"	3.186.17	120.-
Vorschusskasse der Eisenbahner	"	2.470.-	
Bürgerliche Vor- schusskasse	"	421.80	230.45
		<hr/>	
		929.949.27	474.994.80



Bürgerliche Vor- schusskasse	Prag	1.127.20	
Central-Lehrer- vorschusskasse	"	145.-	
Nusler Vorschuss- kasse	"	758.45	305.55
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	"	173.773.-	167.471.-
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	"	414.964.90	
Kreditanstalt d. Gastwirte	"	104.391.60	14.433.-
Veitsberger Vor- schusskasse	"	50.630.10	
Vorschusskasse "Gemeinsamkeit"	"	6.361.05	550.-
Erste Bürgerliche Vorschusskasse	"	1.213.903.-	1.149.-
Vorschusskasse am Florenz	"	40.742.50	18.229.90
Kaufmännische Kredit-Anstalt	"	461.577.-	
Vorschusskasse "Mercur"	"	500.-	
Volks-Creditanstalt	"	10.268.-	
Bürgerl. Vorschusskasse	Kamnitz	300.20	
Landwirtsch. Vor- schusskasse	N.-Stra- schitz	76.034.39	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Kohl-Jano- witz	691.77	
		<hr/>	
		2.556.168.16	202.138.45

Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Jitschin	11.175.-	251.282.35
Landwirtsch. Vor- schusskasse	Hohenbruck	2.997.40	
Gewerbe- u. Handels- vorschusskasse	Moderschen	15.383.40	3.182.-
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Beneschau	460.973.92	
Diskont- u. Kredit- anstalt		200.-	1.201.499.-
Gewerbl. Kredit- Genossenschaft	Budweis	28.211.90	
Spar- u. Vorschuss- verein	Hallenkau	11.719.30	
Städt. Sparkasse	Neustadt a.M.		402.445.-
Pilsner Vorschuss- kasse	Pilsen	52.969.60	
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Jungbunzlau	238.635.-	7.705.70
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Tschistay	136.435.60	
Bezirks-Vorschuss- kasse	Ung. Brod	66.583.80	
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Brandeis a. D.	50.607.35	
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Beraun	31.915.10	
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	K. Janowitz	1.368.-	210.50
Gewerbl. Vorschuss- kasse	Welwarn	20.354.45	
Vorschusskasse bei den Volmannwerken	Tschelako- witz		324.102.60
		<hr/>	
		1.129.529.82	2.190.427.15

Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Neugedein	55.082.-	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Tabor	27.127.75	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Mühlhausen	1.446.-	
Vorschusskasse	Königgrätz	560.-	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Laun	2.012.65	
Gewerbe-Vorschuss- kasse	Holleschau	18.646.80	
Selbsthilfe-Vor- schusskasse	Schlan	1.021.80	
Kampelicka, Spar- und Vorschussverein	Hlawatetz		20.972.80
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Wittingau	392.85	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Gurim	199.50	
Gewerbe- u. Handels- vorschusskasse	Tschaslau	5.345.-	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Hlinsko	75.030.-	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Dimokur	80.-	
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Rakonitz	278.612.12	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Neugedein	65.341.10	45.648.50
Untergeorgsberger Ackerbau-Vorschuss- kasse	Raudnitz	9.856.10	21.80
Landw. Bezirksvor- schusskasse	Chrudim	136.90	
		<hr/>	
		540.890.57	66.643.10



Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Libochowitz	55.629.03	
Gewerbl. Vorschuss- kasse	Beraun	336.-	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Pilsen	2.280.91	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Wolin	14.664.-	
Vorschusskasse d. öffentl. Bediensteten	Olmütz	50.-	
Gewerbl. Vorschuss- kasse	Gumpolds	123.70	
Gewerbl. Vorschuss- kasse	Jungbunzlau	1.789.126.25	524.476.10
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Strakonitz	5.248.45	11.-
Gewerbl. Bürgerl. Vorschusskasse	Burgsdorf	112.-	
Städt. Sparkasse	Rokátzan		1.581.726.49
Landw. Bezirks- vorschusskasse	Sobieslau	59.538.30	1.889.85
Bürgerl. Vorschuss- u. Darlehens-Kasse	B. Trübau	31.70	
Kampelicka Spar- u. Vorschussverein	Kellersdorf		776.90
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Seltschan	22.584.65	20.120.-
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Hlinsko	286.778.50	
Landw. Bezirksvor- schusskasse	Sbirow	101.750.-	44.103.70
		<hr/>	
		2.217.520.99	2.173.104.04



12608

./.

107

Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Politz a.M.	42.55
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Königgrätz	189.40
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Jermer	49.466.70
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Neupaka	48.27
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Münchengrätz	1.724.70
Gewerbl. Vorschuss- kasse	Kohlfelden	1.095.40
Landw. Bezirksvor- schusskasse	B. Skalitz	132.050.-
Gewerbe- u. Handels- vorschusskasse	Podiebrad	349.15
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Moderschan	103.454.-
Vorschusskasse "Scharka"	Breunau	18.764.30
Karlsbader Vorschuss- kasse	Prag	1.421.20
Landwirtsch. Vorschuss- kasse	Friedek	1.451.70
Landw. Bezirksvor- schusskasse	Taus	45.038.20
Gewerbl. Vorschuss- kasse	Raudnitz	17.568.70
Gewerbl. Bürgerl. Vor- schusskasse	Bauschowitz	7.85.-

---

372.672.12

./.

Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Welwarn	93.207.75	94.071.45
Bezirksvorschuss- kasse	Budweis	13.074.55	
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Nassaberg	2.379.50	
Selbsthilfe Vor- schusskasse	Schlan	826.80	
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Moldautein	16.172.20	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Neustadt a.M.	1.837.80	696.900.-
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Tabor	56.781.50	
Brünner Vorschuss- kasse	Brünn	122.337.80	
Vieh- u. Fleisch- marktkasse	Brünn	500.-	
Wechselseitige Vor- schusskasse d. cech. städt. Beamtin	Brünn	226.30	
Königinhofer Spar- kasse	Königinhof	381.974.10	197.459.90
Gewerbl. Vorschuss- kasse	Ledetsch	15.078.-	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Mirotitz	13.387.-	
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Pschetitz	4.522.- 2.715.-	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Moldautein	1.786.90	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Koritschan	68.80	
		<hr/>	
		726.876.-	988.431.35

80253



Landwirtsch. Vorschuss- Kasse	Friedek	1.451.70	
Gewerbl. Vorschuss- Kasse	Suchenthal	2.196.-	
Bürgerl. Vorschuss- Kasse	Zditz	10.85	
Bürgerl. Vorschuss- Kasse	Tschernilow	368.04	
Landwirtsch. Vorschuss- Kasse	Welwarn	187.279.20	
Landwirtsch. Bezirks- vorschussKasse	Sbirow	28.642.50	
Bürgerl. Vorschuss- Kasse	Smetschno	7.979.-	
Bürgerl. Vorschuss- Kasse	Kopidlno	41.256.60	
Landwirtsch. Bezirks- vorschussKasse	J. Woschitz	3.605.-	
Landwirtsch. Bezirks- vorschussKasse	Rokitzan	773.271.20	
VorschussKasse	Neuhaus	130.384.20	69.902.42
Städt. Sparkasse	Kralup	132.-	
Sparkassen- u. Vor- schussverein	Komin	880.-	
Vorschuss- u. Kredit- anstalt	Budweis	54.20	
Landwirtsch. Bezirks- vorschussKasse	Chrudim	187.20	
Kredit-VorschussKasse	Brünn	3.810.-	
Landwirtsch. Bezirks- vorschussKasse	G. Jenikau	6.269.50	
Kampelicka Spar- u. VorschussKasse	Perutz	5.586.60	
		<hr/>	
		1.197.011.49	69.902.42

85008



110

Allg. Vorschusskasse f. Landwirtsch. u. Gewerbe	Tinischt a.A.	277.-
Bürgerl. Vorschusskasse	Beneschau	774.73
Bürgerl. Vorschusskasse	Chrast	12.040.28
Gewerbe- u. Handelsvorschusskasse	Tschaslau	8.775.40
Bürgerl. Vorschusskasse	Moldautein	1.866.90
Landwirtsch. Bezirksvorschusskasse	Beneschau	483.468.92
Bürgerl. Vorschusskasse	Tabor/Fil. Sobieslau	74.241.10
Böhm. Vorschusskasse	Pisek	21.920.-
Landwirtsch. Bezirksvorschusskasse	Hohenmauth	619.55
Landwirtsch. Bezirksvorschusskasse	Schöneberg a.M.	34.672.40
Kreditverein	Prag	1.708.-
Gewerbl. Vorschusskasse	Strakonitz	1.177.-
Bürgerl. Vorschusskasse	Sachradka	12.361.80
Volksvorschusskasse	J. Woschitz	45.622.-
Genossenschaftsvorschusskasse	Raudnitz	2.958.90
Bodenanstalt	Olmütz	4.216.50

80251

---

797.300.48



./.

Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Mirowitz	59.210.-	
Gewerbevorschusskasse	Kuttenberg	348.-	
Vorschusskasse	Prag-Neustadt	1.020.033.-	12.286.635.-
Allg. Arbeiter-Vor- schusskasse	Prag	137.781.89	
Wirtsch. Vorschusskasse d. Gutsbesitzer u. Pächter	"	268.532.75	37.002.45
Bürgerl. Vorschusskasse	"	179.000.-	
Bürgerl. Vorschusskasse	Turnau	579.207.-	
Landw. Bezirksvorschuss- kasse	Königssaal	74.093.-	
Allg. Genossenschafts- bank	Prag	307.235.80	77.945.-
Kreditanstalt d. Deutschen	Pilsen	611.059.40	989.696.80
Lehrervorschusskasse	Prag	929.59	
Erste Bürgerl. Vor- schusskasse	Holleschowitz	74.80	
Vorschusskasse der Buchhändler	Prag	249.219.-	
Tschech. Komotauer Vorschusskasse	"	535.-	
Böhm. Vorschusskasse	"	1.250.-	1.250.-
Böhm. Allg. Vorschuss- kasse	"	292.801.80	103.210.50
Smichower Vorschuss- kasse	"	537.96	
Vorschusskasse "Wechselseitigkeit"	"	7.138.80	20.992.70
Handels- u. Diskont- Vorschusskasse	"	15.687.-	

3.645.116.79      13.516.732.45

./.

112

Bürgerl. Vorschuss- kasse	Schlan	2.030.47	19.515.-
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	"	56.370.11	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Eule	34.829.47	1.604.90
Straschmitzer Vor- schusskasse	Straschmitz	83.360.-	
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Klattau	97.517.80	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	B. Brod		30.577.10
Kreditverein Prerauer Vorschusskasse	Prerau	2.225.80	
Ärzte-Vorschusskasse	Brünn	583.909.55	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Horasch- dowitz		2.040.-
Gewerbl. Vorschuss- kasse	Königgrätz	388.50	
Böhm. Mähr. Credit- Anstalt	Prag	8.696.-	20.516.50
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Brünn	174.40	174.40
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Kolin	1.650.-	203.20
Selbsthilfe Vorschuss- kasse in Brünn	Brünn	4.469.50	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Letnien	1.246.80	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Stankau	64.25	
Gewerbl. Vorschuss- kasse	Pardubitz	31.047.60	

907.990.25

74.621.10

./1

Kreditanstalt d. Deutschen	Königinhof	3.187.174.-	8.438.687.-
Wechselseitige Vorschusskasse	Prag	44.884.95	
Mähr. Vereinigung d. Vorschusskassen	Brünn	1.000.-	
Landwirtsch. Bezirks-vorschusskasse	Böhm. Brod	10.712.-	
Bürgerl. Vorschuss-kasse	Hohenbruck	438.30	
"Eintracht"	Prag	5.432.-	
Bürgerl. Vorschuss-kasse	Wranov	530.-	
Landwirtsch. Bezirks-vorschusskasse	Habern	51.610.-	
Allg. Genossen-schaftsbank	Brünn	10.620.-	
Bürgerl. Vorschuss-kasse	Nachod	8.075.35	
Bürgerl. Vorschuss-kasse	Klattau	841.70	
Landwirtsch. Bezirks-vorschusskasse	Jesenitz	2.489.60	
Gewerbl. Vorschuss-kasse	Marktscheid	175.95	
Landwirtsch. Bürgerl. Vorschusskasse	Niemtschitz	582.75	
Bürgerl. Vorschuss-kasse	Pschelautsch	1.972.-	
Landwirtsch. Vor-schusskasst	Ung. Hradisch	2.640.-	
Handwerker u. Gewer-bevorschusskasse	Veitsberg	2.948.40	

3.332.127.-

8.438.687.-

./.

12808



114

Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Seltschan	34.672.-	
Allg. Vorschusskasse	Karolinenthal	666.40	9.363.30
Gewerbe- u. Handels- vorschusskasse	Prag XII	49.850.55	14.111.15
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Smichow	13.706.25	22.647.70
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Kralup	42.642.-	1.110.-
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Pardubitz	43.531.16	
Bezirks-Vorschuss- kasse	Ritschan	17.029.-	
Allg. Vorschusskasse	Pilsen	172.50	
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Lischau	16.238.10	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Eipel	484.05	29.315.99
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Dabentsch	937.60	
Werschowitz Vor- schusskasse	Werschowitz	590.-	
Vorschusskasse d. Advo- katen, Notare u. a. Juristen	Prag	9.496.-	
Budweiser Vorschuss- kasse	Budweis	4.941.375.95	224.495.90
Melniker Sparkasse	Melnic	126.475.10	21.24
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Rokitzan	1.693.50	
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Sobotka	1.620.95	
		<hr/>	
		5.301.182.11	301.338.28



./.

115

Bürgerl. Vorschuss- kasse in Rokitzan	Rokitzan	693.50
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Dewitz	4.815.32
Kredit- u. Einkaufsge- nossensch. d. Beamten u. Angest. d. Gewerbebank	Prag	1.137.-
Prachatitzer Bürgerl. Vorschusskasse	Wällisch Birken	261.35
Bürgerl. Vorschuss- kasse Kostel	Kostel	110.80
Ärzte-Vorschusskasse	Prag	319.332.20
Landwirtsch. Vorschuss- kasse Brodek	Brodek	4.733.60
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Habern	23.493.-
Mittelb. Vorschusskasse	Kolin	600.-
Vorschuss- u. Kredit- anstalt	Budweis	124.-
Untergeorgsberger Ackerbau-Vorschusskasse	Raudnitz	217.10
Bürgerl. Vorschusskasse	Niemtschitz	20.-
Vorschusskasse d. Beam- ten d. Versicherungs- anstalten	Prag	200.-
Bürgerl. Vorschusskasse	Prag X	1.156.-
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Podiebrad	15.849.80
Vorschusskasse "Selbsthilfe"	Prag	3.320.-
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Stankau	114.25

80253



---

360.328.12

./.

Spar- u. Vorschuss- verein Borschanowitz	Borschanowitz	30.-	
" "	Kosnitz	134.-	
" "	Lautschin	335.80	
" "	Tschihoscht	235.55	
" "	Eipel-Suchrau	950.-	
" "	Unter-Ohbit	40.90	
" "	Libischau		4.167.50
" "	Kraschowitz	121.-	
" "	Tatetz	2.028.15	
" "	Tscherntschtz	35.270.20	
Volks- u. Vorschuss- kasse	Melnik	11.172.-	
Spar- u. Vorschuss- verein	Schwabendorf	10.90	
Zentralverb. d. landw. Sparkassen	Prag	702.145.75	1.378.864.10
Vorschusskasse	Tremles	104.85	
Vorschusskasse Moldau	Prag	3.727.-	
Wechselseitige Vorschusskasse	Prag	180.-	
Weinberger Vor- schusskasse	Prag XII		Im Panzer schrank Nr. 155
Kreditanstalt d. Deutschen	Königinhof	493.226.-	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Koschlan	351.90	
Vorschusskasse	Velehrad	13.756.75	
		1.263.800.75	1.383.031.60

18808



112

Agrar- u. Vorschuss- kasse	Königgrätz	360.- 44.10	
Landwirtsch. Kredit- genossenschaft	Prag	58.128.-	
Landwirtsch. Vorschuss- kasse	Prag	338.80	
" " "	"	17.450.-	
Zentralverb. d. land- wirtsch. Genossensch.	"	8.800.-	
Kreditanstalt der Deutschen	Klattau	100.000.-	
Bürgerl. Vorschuss- kasse	Prag XII	225.045.-	
" " "	Blatná	107.967.50	
Spar- u. Vorschusskasse	Gersdorf	19.254.60	
" " "	Posden	10.-	
Landwirtsch. Bezirks- vorschusskasse	Leun	329.369.70	
Volks-Vorschusskasse	Prag	741.036.60	230.-
<hr/>			
		1.608.804.30	230.-

05008



118

Sonstiges

Anstalt:	Ort:	Beschlagnahmte Werte:	Bis zum 1.6.42 eingezog.Werte:	Anmer- kung:
Erste Prager Pfandleihanstalt	Prag	K 59.300.- =====		

01208



Sonstige Forderungen.

179

J. Viktor Berger	B.Nr. 145/40	K	108.559.-
Hugo Braun	" 121/39	"	100.000.-
Felix Bloch	" 362/39	"	208.000.-
Rudolf u.M.Brod	" 547/41	"	2.620.000.-
Eisner	" 994.41	"	230.000.-
Eisenbruch	" 333/42	"	425.462.-
Engländer	" 1911/40	"	89.700.-
M.u.E.Frank	" 469/41	"	20.000.-
Friedmann	" 686/41	"	18.700.-
Gans	" 447/39	"	1.459.300.-
Geiringer	" 178/40	"	300.000.-
Glaser	" 455/42	"	20.000.-
Goldberger	" 1660/40	"	345.096.-
Goldschmidt	" 330/42	"	53.831.40
Grundfest	" 767/41	"	180.000.-
Hirsch	" 805/39	"	150.000.-
<del>Hirsch, Otto</del>			
Hüttner Rosa	" 621/39	"	100.000.-
Jelinek, Richard	" 1312/40	"	60.800.-
Jerie Irma	" 99/39	"	38.000.-
Kersten Robert	" 192/42	"	94.000.-
Kaufmann Erwin	" 1042/40	"	186.000.-
"	" 1042/40	"	375.000.-

81002



Kobler Gabriele	B.Nr.	447/40	K	315.000.-
Kohn, Fried, Brada	"	692/40	"	148.153.-
Krasny-Tailor	"	489/41	"	250.000.-
Alois Landerer	"	214/39	"	250.000.-
Linke P.	"	574/42	"	411.086.15
Löwit	"	423/41	"	60.667.-
Meissner	"	417/39	"	50.000.-
Schiller	"	568/41	"	425.708.-
Kellner	"	746/41	"	89.000.-
Pick-Schönberger	"	251/39	"	17.500.-
Stein	"	208/39	"	112.000.-
Wallerstein	"	1046/41	"	149.000.-
Wollner	"	966/41	"	400.000.-
Wollisch	"	990/40	"	43.000.-
Andres	"	1955/40	"	1.775.759.15
Basch Anton	"	619/39	"	945.819.29
Emil Bächer	"	300/41	"	474.537.-
Dr. Paul Bächer	"	548/39	"	1.394.802.-
Dr. Friedrich Beck	"	857/41	"	74.000.-
Oskar Bondy	"	409/42	"	323.651.31
F.u.E. Brunner	"	1085/42	"	7.000.-
Egon Donath	"	86/39	"	121.000.-
Ernst Paul	"	642/39	"	18.000.-
Rudolf Fink	"	1585/40	"	8.000.-
Fischl Arnold	"	689/39	"	450.000.-

Fleischner Eugen	B.Nr. 1435/40	K	21.192.85
Freund Dr. A. u. Dr. W.	" 416/39	"	420.000.-
Otto u. Olga Freund	" 60/39	"	195.000.-
Walter u. Nelly Freund	" 19/39	"	7.900.-
W. u. G. Friedländer	" 1310/42	"	123.000.-
Dr. Otto Gellner	" 1351/40	"	16.571.70
Fa. Haurowitz	" 253/39	"	450.000.-
F. u. G. Haurowitz	" 253/39	"	1.394.802.-
Dr. Robert Heisler	" 1508/40	"	432.580.70
Georg u. Otto Hirschmann	" 230/41	"	25.458.80
Georg Hönig	" 64/41	"	60.000.-
Emil u. L. Kraus	" 1309/42	"	392.767.-
Dr. Franz Kraus	" 1118/41	"	3.367.20
Mahler Wilhelm	" 292/41	"	1.726.377.85
Ludwig u. M. Reiss	" 1606/40	"	135.051.-
Alfred Strensky	" 5/41	"	48.000.-
Alfred Spitz	" 62/39	"	100.000.-
W. u. Anna Schiller	" 336.39	"	41.567.60
Oswald Kosek	" 154/39	"	2.239.441.66
Max u. Irene Taussig	" 969/40	"	38.000.-
Friedrich Schur	" 1202/40	"	23.978.-
E. J. G. Thorsch	" 237/40	"	11.000.000.-
Herb. u. G. Tyrasch	" 624/40	"	69.639.-
Hans Wölfler	" 634/39	"	6.200.-
Dr. Franz Blonek	" 593/39	"	100.000.-
Ida Bondy	" 825/42	"	32.000.-

81208



Dr. Fr. Diamant	B.Nr.	852/40	K	245.100.-
Rudolf Gellert	"	234/40	"	80.000.-
Friedrich Häutler	"	1974/40	"	10.000.-
Ing. Fr. Heller	"	102/40	"	508.552,95
Dr. Herrenhaiser	"	157/41	"	240.000.-
Kars Georg	"	1154/42	"	135.418,50
El. Klepetar	"	1644/42	"	35.000.-
Kamil Kohn	"	1869/40	"	180.000.-
Oldrich Novotny	"	922/41	"	1.523.-
K.u.M. Polesie	"	290/39	"	77.500.-
H.u.L. Semler	"	561/40	"	1.356.-
Franz Soyka	"	245/39	"	10.820.-
Stein	"	334/41	"	3.907.149,20
Dr. Eduard Schwarz	"	1650/40	"	697.797.-
Heinr. u. M. Schwarz	"	928/40	"	205.252.-

---

K 40.834.297,31

---

Erbschaften.



Herm. Fleischner	B.Nr.	502/42	K	700.000.-
Harry Schenk	"		"	120.000.-
Max u. Ida Frank	"	469/41	K	20.000.-
Dr. Otto Maier	"	1341/42	"	1.182.183,80

---

K 2.022.183,80

---

Forderungen an den Auswanderungsfond für verkaufte  
Grundstücke.

---

---

Rosa Neuburg	B.Nr.	805/41	K	450.000.-
Friedmann	"	686/41	"	200.000.-
Landsmann	"	1072/40	"	1.600.000.-
Singer	"	24./39	"	4.711.000.-
Olga Rosenbaum	"	83/40	"	750.000.-
Albine Deutsch	"	83/40	"	895.000.-
Vilma Mahler	"	83/40	"	795.000.-
Steiner	"	1432/40	"	600.000.-
Hübscher K.u.A.	"	1033/41	"	446.600.-
Jakob u. Irma Stein	"	1601/40	"	2.150.000.-

---

K 12.597.600.-

---

---

11208

Sonstige Forderungen für verkaufte Grundstücke.

---

---

Selma Kohn, Emma Fried, Elisabeth Brade Lotte Strasser	B.Nr.	692/40	K	1.074.081.-
---	-------	--------	---	-------------

---

---

Hypotheken

L.u.I. Abeles	B.Nr. 1386/40	K	70.000.-
Dr. Karl Albers	" 972/40	"	150.000.-
Hilde Blann	" 555/41	"	69.000.-
Alfred Glaser	" 455/42	"	86.000.-
Rudolf u. Adele Hirsch	" 805/39	"	128.000.-
Isr. Verband f. freie Verköstigung Pilsen	" 1209/40	"	63.000.-
S Siegm. u. Mar. Böhm	" 194/39	"	21.463.-
Franz Kolisch	" 338/39	"	100.000.-
Dr. Jan Schubert	" 878/39	"	20.000.-
Ing. Fritz Heller	" 102/40	"	508.552.95
Emil Salus	" 1874/40	"	800.000.-

81008

K 2.016.015.95  
=====

Zusammenstellung:

Forderungen	K	40.834.297.31
Erbschaften	"	2.022.183.80
Forderungen Auswanderungsfond	"	12.597.600.-
Sonstige Forderungen	"	1.074.081.-
Hypotheken	"	2.016.015.95

K 58.544.178.06  
=====



125

Zusammenstellung der Werte der Versicherungen.

Seite - 1 -	K	20.570.381.35
" - 2 -	"	33.805.878.57
		<hr/>
	K	<u>54.376.259.92</u>

80213



Versicherungen.

126

Versicherung:	Ort:		Rückkaufswerte zum 30.6.1942 u. fällige Versicherungssummen:
"Victoria" zu Berlin	Prag	K	13.470.549.75
"Czechoslovakia"	"		298.755.-
Böhmische Wechselseitige Lebensversicherungsanstalt	"	"	541.544.40
"Slavia" Gegenseitige Versicherungsbank	"	"	2.136.240.-
L i n d e-Versicherungs- AG.	"	"	320.717.-
Sudetendeutsche "Union"	"	"	43.800.-
Landesversicherungs- anstalt	Brünn	"	106.938.-
"Praha" Wechselseitige Versicherungsanstalt	Prag	"	339.003.50
Prager Städt. Versiche- rungsanstalt	"	"	2.700.589.-
Böhm. Mährische Versiche- rungs-AG.	"	"	209.675.50
Landwirtschaftliche Gegenseitige Versiche- rungsanstalt	"	"	46.030.-
Versicherungsanstalt der Gärungsindustrie AG.	"	"	36.982.60
Wechselseitige Feuer- wehr-Versicherungs- anstalt	Brünn	"	57.085.-
"Corona" Versicherungs- AG.	Prag	"	262.471.60
<hr/>			
K			20.570.381.35

11208



./.

127

Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit	Gotha	K	86.263.-
Allgemeine Assekuranz AG.	Prag	"	16.689.-
Nationale Versicherungs-AG.	"	"	10.417.-
Wechselseitige Feuerwehrversicherungsanstalt	Brünn	"	-
Böhm.Versicherungs-AG. "Lloyd"	Prag	"	130.000.-
Slavische Versicherungsanstalt	Prag	"	46.628.-
Volksfürsorge Lebensversicherungs-AG.	"	"	657.-
Assicurazioni Generali in Triest	"	"	20.172.418.-
Riunione Adriatica di Sicurta	"	"	5.959.330.-
"Der Anker"	"	"	2.548.180.27
Wechselseitige Feuerwehr-Versicherungsanstalt	Brünn	"	10.339.30
"Merkur" AG.	Prag	"	147.324.-
Landesversicherungsfond	"	"	740.-
Donau-Concordia	"	"	504.-
Star-Versicherungsanstalt	"	"	4.676.389.-
		K	<hr/> 33.805.878.57

801208



II. Firmenvermögen.

(Betriebe)

Beschlagnahm: \_\_\_\_\_

Eingezogen bzw.  
dem VA übergeben:

1.) 234 Grossbetriebe

K 1,,489.238.112.05

2.) 190 Kleinbetriebe  
durchschnittlich  
à K 60.000.-

K 114.000.000.-

\_\_\_\_\_

K 1,,603.238.112.05

80208



Firmenname:	Herstellung:	B.Nr.:	Wert:
1) Josef Adler & Söhne	Wäschefabrik in Pilsen	1106/40	Aktiva: K 1.126.614,37 Bankguthaben: K 1.210.469.-
2) AG. für Textilindustrie	Königinhof a.E.	494/39	K 5.000.000.-
3) AG. Prager Sanatorium Prag-Podol	Büro: Prag III, Wassergasse 32	130/42	K 19.500.000.-
4) Augstein & Co	Prag II, Wassergasse 33	213/39	K 100.000.-
5) Autouniversa	Jungbunzlau, Riebergasse 131	606/41	K 110.746,25
6) Heinrich Ascher	Modewaren Prag I, Obstgasse 13	1353/40	K 2.145.085,55
7) Hugo Aschermann	Baby-Wäsche, Kinderkonfektion Prag II, Heuwaggsplatz 7	1117/40	K 2.000.000.-
8) Erwin Altschul	Lederhandschuhfabrik	150/39	K 1.811.569,40
9) Walter Franz Altschul	Lederhandschuhfabrik Prag II, Hibernergasse 22	524/39	K 50.000.-
10) Bally	Schuhwarengeschäft Prag II, Am Graben 20	155/40	K 47.445.-
11) Bambina Johann Wetzler & Co	Fabrikat u. Vertrieb v. Kinderbedarfsartikeln, Prag VIII, Semechovgasse 15	827/40	K 2.500.000.- (" 200.000.-)
12) Hospitalorden der Barmherzigen Brüder	Prag I, Barmherzigenstr. 847	314/41	Wird von IV 3 erfasst, da Grundstücksvermögen
13) Barta & Co	Herrenartikel, Konfektion, Wäsche u. Schuhe, Prag I, Volksstr. 17	115/40	K 857.315,25
14) Karl Barta	Drogerie, Prag-VI, Wratislaugasse 3	1353/42	K 80.000.-
15) Anton Beck	Holzexport, Prag-Breunau 1457	104/39	K 288.753.-
16) Jaroslav Benes	Mühle in Moldautein 45	540/41	K 3.500.000.-

Firmenname:	Herstellung:	B.Nr.:	Wert:
17) I.S.Bloch	Zinnfolien, Wachspapier, Prag II, Wassergasse 20	1627/40	K 800.000.-
18) Bau-Einkaufs- und Erzeugungsgenossenschaft "Arbeiterheim" in Königgrätz		900/41	Wird von IV 3 erfasst, da Grundstücksvermögen
19) Böhmisches-Kamnitzer Papierfabriken AG.	Prag II, Soukenicka 7	274/40	K 4.133.352.50 und Werk Kamnitz RM 3.574.495.01
20) Böhmisches Kohlen-gesellschaft G.m.b.H. & Co	Prag I, Volksstr.35	1284/40	K 1.150.000.-
21) Böhm.Budweiser "Beseda"	Budweis	496/42	K 874.064.70
22) Böhm.Budweiser Vorschusskasse u. Gewerbe-Kredit-Genossenschaft	Budweis	1317/42	K 35.000.000.- K 80.000.-
23) Leo Bonda	Fabrik f. Medizinal-kandiden und Präo-rata, Prag-VIII, Voctarstr. 8	2/41	K 1.000.000.-
24) Moritz Bondy	Alt- und Neumetall-handlung	991/39	K 1.020.006.50
25) Fr. Borovy	Verlag, Prag I, Volksstr. 11	1837/40	K 2.261.630.05
26) Otto Braun	Wäscheerzeugung, Prag I, Zeltner-gasse 25	996/41	K 128.097.95
27) J. Brabec & Co	Kohlengrosshandlung Prag II, Stefans-gasse 57	221/42	K 1.000.000.-
28) Brill & Schwarz	Seidenwarenfabrik in Neuhaus	237/40	K 16.500.000.-
29) A. Brock	Grosshandelsfirma f. Herren- u. Damen-wollstoffe, Prag I, Fischmarkt 9	36/40	K 2.500.000.-
30) Rudolf Busch	Damenkonfektion, Prag I, Am Graben	898/39	K 460.000.-

50008



131

Firmenname:	Herstellung:	B.Nr.:	Wert:
31) Brüder Buxbaum	Flachsgarnspinnerei, Schwadonitz, mech. Leinen- u. Baumwollwarenweberei, Eleiche, Färberei, Mangle und Appereturanstalt in Eipel	862/40	K 47.403.000.-
32) Carburateurs Zenith Josef K. Chmel	Prag II, Krakauer- gasse 22	467/41	K 62.304.95
33) Advokatenkanz- lei Dr. Ladis- laus Cernohla- vek	Prag II, Am Graben 12	1084/41	K 88.305.-
34) Cerny Pivovar	Bierhalle und Buffet	89/40	K 3.988.233.- Bankguthaben: K 657.785.-
35) Cosmanos	Vereinigte Textil- u. Druckfabriken	647/41	Judenkurs: K 123.- Übernahmekurs: K 465.- Gesamtwert: K 883.500.-
36) Gustav Deutsch	Königinhof a.E.	1464/40	K 3.022.690.40 einschl. Grundstücken
37) Diana	Franzbranntwein AG. Prag II, Klemensg. 9	535/41	K 600.000.-
38) Eduard Doctor	Nachoder mech. Weberei- u. Appretur i/Nachod	132/41	K 600.000.-
39) Elektronspol	Fabrik f. Flugzeug-u. Autozubehör, Prag II, Krakauergasse 22	467/41	K 10.000.000.-
40) Otokar Englän- der	Pelzwarenhandlg. Prag- I, Zeltnerg. 25	1911/40	K 70.000.-
41) Otto Eisner	Geschäftshaus Wilden- schwert	6/41	Ein Wert war nicht zu ermitteln. Ge- schätzt auf K 100.000.-
42) A. Estreicher	Stoffpuppenfabrik in Prag-XI, Huttenstr. 69	772/39	K 200.000.-
43) Espi - V. Spitz	Lederhandschuhfabrik, Prag I, Benediktgasse 1	644/39	K 5.165.700.-

30008



./.

Firmenname:	Herstellung:	B.Nr.:	Wert: K
44) M.Fischl's Söhne	Spiritus- u.Pottasche- fabrik, Prag II, Deutsch- herrenstr. 28 a	110/40	35.600.000.-
45) G.D.Fischel Söhne	Böhm.Fabrik f.Möbel aus gebogenem Holz, Prag- Karolinenthal, König- str. 11 n	26/41	2.460.411.-
46) Heinrich Fischer's Nachfolger	Kolonialwarengross- handlung, Budweis, Parkstr. 35	452/41	600.000.-
47) Flachs- u.Jute-Indu- strie AG.	Eipel	1040/39	120.000.000.-
48) Fried & Petera	Grossgeschäft mit Pa- pier, Prag X, Gödinger- str. 4/B n	127/39	337.760.70
49) Fritzsche & Theim o.H.	Fabrikation techn.Por- zellane u.keramischer Massen, Prag-VIII, Gott- lashof 64	274/41	3.645.410.50
50) Eugen Fuchs	Juwelier, Brillanten- Schmucklager, Gold- u. Silberwaren u.Uhren, Prag II, Wenzelspl.15 n	898/41	1.492.890.25
51) Gastwirtschaftsbe- trieb	Am Hauptbahnhof Prag	121/42	1.000.000.-
52) Karl Gara	Fachgeschäft n. Kanzei- maschinen, Prag II, Was- sergasse 20 n	191/41	1.139.233.24
53) Glaser & Goldstein	Prag I, Zeltnerg. 38	623/39	500.000.-
54) Waffenhandlung "Zur Glock", Franz Blahout	Pilsen, Karlsbaderstr.4	788/41	16.000.-
55) Rudolf Glückner	Eisengrosshandlung, Jungbunzlau, Palacky- gasse 331/I	1875/40	3.796.514.41
56) S.Goldschmidt & Co	mech.Leinen- u.Baumwoll- warenfabrik i/Nachod	112/41	1.615.812.32
57) Em. Gärtler o.H.G.	Lederhandschuhfabrik, Prag VIII, Wojnenweg 418	833/40	4.010.000.-



Firmenname:	Herstellung:	B.Nr.:	Wert:	K
58) Dr. Eduard Gregr	Buchdruckerei, Prag-II, Halekgasse 2	738/41	2.385.000.-	
59) Technisches Büro Waldimir Gregr	Prag II, Halekgasse 2	738/41	138.941.-	
60) Anton Grimm & Co	Prag I, Pariserstr. 28	142/41	450.000.-	
61) Grande Distillerie Francaise Hobé & Cie	Aktienges. Prag II, Deutschherrenstr. 34	813/39	1.200.000.-	
62) Oskar Haac's Nachf.	Dampfwäscherei Prag- VII, Gaswerkergasse 33	297/39	1.400.000.-	
63) Haro, Kautschukfabrik	Melnik Nr. II	1604/40	1.900.000.-	
64) L. Haurowitz	mech. Weberei Grottaw i. B., Prag II, Wenzels- plätz 14	253/39	1.100.000.-	
65) Johann Hausner	Herrenschneider Prag I, Am Graben 1	504/40	2.000.000.-	
66) Bankhaus Hasek & Co	Prag II, Beethoven- str. 9	2143/42	6.000.000.-	
67) Heller & Co	Export-Transport i/ Prag VIII, Wojenweg 418	833/40	1.037.000.-	
68) W. Hellmann	Königinhof a. B.	1332/40	1.669.718.-	
69) Hellmann & Sachsels	Prag II, Charvatg. 10 Podharter mech. Weberei	605/40	309.065.45	
70) Carl u. Willy Hellmann	i/ Königinhof a. B.	1897/40	3.206.085.52	
71) S. Heikorn	Olmütz	1098/40	16.000.000.-	
72) Herrmann & Polacek	Metalllätzwerk Prag-III, Husinetzerstr. 9	465/39	782.675.40	
73) Herzfeld & Fischel	Seidenweberei Prag II, Neuwaagspl. 28	639/39	3.704.132.-	
74) Friedrich Hirsch	Leinen- u. Damastwaren- Fabrik Hronov	640/39	6.384.108.50	
75) Herrmann Hirschmann	mech. Leinen- u. Baum- wollwarenweberei, Fär- berei, Bleiche u. Appre- tur in Nachod	230/41	1.200.000.-	
76) Josef Horner	Briefmarkenhandl. Bud- weis, Adolf Hitlerpl. 14	287/41	210.000.-	

134  
176

Firmenname:	Herstellung:	B.Nr.:	Wert:	K
77) Arnold Hübscher	Bildergeschäft in Prag II, Am Graben 20	694/39	92.406.10	
78) Hummelhans & Co	Buchdruckerei Komm.Ges. Pardubitz, Chrudimerstr. 235	816/41	2.306.910.-	
79) Installe AG.	Grosshandlung f. Wasser- u. Heizungsanlagen, Prag II, Jungmannstr. 5	143/39	6.000.000.-	
80) Justic-Rabl	Krawattenfabrik Prag-II, Bischofshof 6	1177/41	1.219.116.89	
81) Kahn & Kauders	Lederwarengrossgeschäft Prag I, Am Graben 23	837/40	1.345.4191-	
82) Richard Kapper	Lederhandschuhfabrik, Prag XVI, Svornosti 16	137/39	1.100.000.-	
83) S. Katzau	Baumwollspinnerei Babi b/Nachod	1977/40	7.092.456.01	
84) Rakonitzer Keramische Fabrik "Keram" A. Brock	Rakonitz	36/40	4.920.885.-	
85) Klatscher & Lorenz	Böhm. Mähr. Malzfabrik- u. Export-Ges., Prag-XVI, Passauerstr. 37	591/39	4.158.329.50	
86) Richard Kirchenberger	Internat. Transporte, Prag I, Besteiggasse 11	549/39	1.300.000.- angenommener Schätzwert	
87) Kolinsky & Co	Prag-Straschnitz	687/39	siehe Fa. Pra- ger Bäckerei- maschinen u. Backofenfabrik	
88) Koralek & Co	Fa. Ing. chem. Fried, Prag-II, Beethovenstr. 8	131/40	913.000.-	
89) A. Klaubers Sohn	Schmuckfedern-Sortieranstalt, Bettfedern-Grosshandlung, Klattau, Pilsenerstr. 24 II	847/39	2.500.000.-	
90) Moritz Klauber & Sohn	Eisengrosshandlung Pilsen, Sedlacekstr. 15	1194/40	3.300.000.-	
91) Korda & Co	Schokoladen- u. Zuckerwarenfabrik, Prag-Werschowitz, Brozikg. 438	628/40	3.660.000.-	



Firmenname:	Herstellung:	B.Nr.:	Wert:	K
92) Automat Koruna	Prag II, Wenzelspl.1	89/40	6.701.304.-	
93) O. Kraus	Hornmühle u. Elektrizitätswerk i/Strahl-Hoschitz Bez. Strakonitz	1/41	702.556.30	
94) L. Kraus & Co	Pelzgeschäft, Prag-II. Wenzelsplatz 25	459/39	1.200.000.-	
95) Leo Krauskopf	Erste Klattauer Gamaschen und Gürtelfabrik in Klattau	267/41	300.000.-	
96) Kralupia, Seifen- zeugung u. Parfümerie	Prag V, Nürnberger- Str. 14	1291/40	22.000.-	
97) Franz Kreysa	Dampfziegelei in Stankau	1841/40	3.500.000.-	
98) Karl Kucera	Uniformsalon, Prag- III, Karmeliterstr.16	284/39	50.000.-	
99) Siegfried Kyser	Eisenhandlung Prag-I, Viktoriastr. 35	716/41	200.000.- angenommener Liqu. Erlös	
100) A. Landsberger	Erste Schlesische Baumwoll- u. Flachs- spinnerei in Friedek	836/40	40.000.000.-	
101) Robert Laufer, jetzt Vladislav Vejdelek	Pelzgrosshandlg. Prag- I, Michaelsgasse 16	564/40	1.320.000.-	
102) Alois Lipa & Co	Lederfabrik in Solnitz	285/42	1.250.000.-	
103) Ephraim Löbl	Seidenhaus Prag I, Am Graben 1	1025/39	5.000.000.-	
104) Löbl & Glaser	Hopfungrosshandlung Prag II, Berlinerstr.21	383/39	700.000.-	
105) Julius Löwenbach	mech. Weberei, Hronov	262/39	3.300.000.-	
106) Moric Löwy	Kolonialwarengrosshan- del, Pilsen, Kramar- Promenade 19	1912/40	3.500.000.-	
107) Löwidt & Co	Wäscherzeugung Pilsen, Riebergasse 6	663/41	300.000.-	
108) Michael Löwit	Schuhwarenfabrik in Hermannstädtl	342/42	3.200.000.-	

Firmenname:	Herstellung:	B.Nr.:	Wert:	K
109) Lyoner Seidenhaus	Prag I, Eisengasse 3/5	443/40	12.026.100.-	
110) Mandl's Söhne	mech. Weberei, Königinhof a.E.	1163/40	9.600.000.-	
111) Rudolf Mautner	mech. Weberei, Königinhof a.E.	393/39	250.000.-	
112) Margaux G.m.b.H.	Kosmetische Präparate, Prag-XVI, Hafengasse 3	849/41	500.000.-	
113) Martha van Hulzen	Modesalon, Prag II, Jungmannstr. 31	1743/40	500.000.-	
114) Fr.K.Marsik	Spedition, Prag II, Bredauergasse 12	21/42	2.000.000.-	
115) Medica, Aktienfabrik tischer Produkte,	chemischer u. therapeutischer Produkte, Prag II, Deutschherrengasse 17	1753/42	20.000.000.-	
116) W.Meißner's Nachf.	Eisengrosshandlung, Brenn- u. Baumaterialien, Jungbunzlau	606/39	8.388.799.54	
117) Sigmund Meyer	Handelsagentur Prag-I, Konvikts-gasse 10	383/41	45.500.-	
118) Stefan Melzer	Samengeschäft in Prag-II, Wenzelsplatz 61	360/40	5.000.-	
119) Metropolitan	Film-Gesellschaft mbH. i/Prag II, Wenzelspl.49	684/40	500.000.-	
120) Monopol	Nahrungsmittel- u. Mühlen-industrie Gebr. Zátka, GmbH. i/Freiles-Budweis	446/42	20.000.000.-	
121) Ph.Morawetz Sohn	Erste Bipler mech. Leinen- u. Baumwollweberei, Mangel-Färberei u. Appreturanstalt i/Bipel	1040/39	6.900.000.-	
122) Leo Morawetz	Rauchwarengeschäft i/Pisek	1481/40	1.691.709.60	
123) Brüder Motl	Dampf-Färberei, Bleicherei u. Stärkere i in Roth-Kosteletz	1119/42	111.334.14	
124) Mühlenwerke AG. Egon Hesky	Prag II, Smečka 21	512/39	2.550.000.-	

Firmenname:	Herstellung:	B.Nr.:	Wert:	K
125) Ludwig Müller	Leinen- u. Baumwollwaren-Weberei, Erzeugung von speziellen Kanevasen (Inlets) i/Neustadt a.M.	597/41	1.300.000.-	
126) Oskar Musil	Pelzwaren, Prag I, Volksstr. 26	548/40	393.639.65	
127) Ottokar Mutika	Drogerie i/Pilsen, Nürnberger str. 3	789/41	60.000.-	
128) Maceradec	Engros Wachs- u. Ledertuchhandlung, Linoleum, Prag II, Galligasse 7	442/40	1.100.000.-	
129) Nalos & Mansfeld	Holzindustrie, Prag-VIII, Stranskýstr. 30	526/39	2.500.000.-	
130) Neudecker Papierfabrik AG.	Prag I, Galligasse 9 n	1792/40	10.000.000.-	
131) Neumann, Karl	Kolonialwaren- u. Eisenhandlung i/Máichowitz	57/42	304.949.08	
132) Paul Nettel	Leinen- u. Baumwollwarenweberei i/Eipel	329/39	3.000.000.-	
133) Zdenek Novak	Drogerie, Prag-Vokowitz, Kladnoer Str. 305	869/41	12.000.-	
134) Oberländer und Hronover Baumwollspinnerei AG. - Vereinigte Spinnerei u. Weberei i/Hronov		183/39	26.897.800.-	
135) Olla Spezialitäten Jacques Balog	Prag II, Volksstr. 20	1144/39	1.500.000.-	
136) Kohleneinkaufsgenossenschaft Paliva	Prag I, Volksstr. 35	1284/40	s. Böhm. Kohlen-gesellschaft	
137) Pantechna Ledvinka & Co	Komm. Ges. Prag II, Krakauergasse 22	467/41	55.556.30	
138) Pardubitzer Spiritus-Fabrik,	Raffinerie, Essigfabrik AG., Prag II, Deutschherrenstr. 34	813/39	20.000.000.-	
139) Brüder Perutz	Prag II, Heuwaagspl. 15	792/40	12.000.000.-	
140) Edmund Pick	mech. Weberei u. Wirkerei, Gr. Porschitsch b/Hronov Nr. 16	1667/40	3.600.000.-	
141) Jonas Lewith Nachf. Pick & Lewith	Buntwarenweberei i/Nachod	1299/40	6.591.221.97	

Firmenname:	Herstellung:	B.Nr.:	Wert:	K
142) Jaroslav Plodek	Bauunternehmen, Laun, Husstr. 17c7	1120/41	6.591.221.97	
143) Karl Prada	Buchdruckerei Prag-Troja Nr. 58	241/41	150.000.-	
144) Prag-Holleschowitz Baumwollspinnerei, Leopold Mahler	Prag-VII, Myslbeckpl. 542	131/40	11.000.000.-	
145) Prager Bäckereimaschinen und Backofenfabrik in Prag-XIII, Ing. Robert Kolinsky, Verwalter Erwin Kürger, Prag XII, Schlesiische-Str. 5		687/39	1.103.000.- einschl. Fa. Robert Kolinsky & Co	
146) Prager Gesellschaft für den Betrieb von automa. Restaurants, Kaffeehaus g.m.b.H. Prag II, Wenzelspl. 1		684/40	kein eigenes Vermögen, s. Ber. d. Treuhänders "Koruna" Automat	
147) Prema, Ing. Roudnický, Prag-XIII, NO 933 Janac & Co, 50 %		102/42	2.300.000.-	
148) Gummiwarenfabrik Primeros, Gustav Schwarzwald	Prag-II, Beethovenstr. 21	383/40	1.360.000.-	
149) Primus, Esälief-flashhan- u. Thermometerfabrik	Prag-IX, Pirksteinstr-6 n	384/40	1.220.000.-	
150) Druckerei "Prota" GmbH.	Prag-Musl, Jaromirgasse 21	698/41	500.890.-	
151) Jiri Rauch	Fabrik zur Verarbeitung von Obst und Gemüse, Prag-XIII, Brühlgasse 207	505/41	131.664.70	
152) Radiounternehmen Marie Reindlova	Prag II, Am Graben 12	1084/41	34.000.-	
153) Josef Reitler	Spedition Prag-X, Königstr. 27	1033/41	600.000.-	
154) Ernst Revesz K.G.	Prag-II, Klemensg.9	535/41	1.317.985.10	
155) M. Robitschek & Co	Baumwollspinnerei, Weberei, Bleiche, Färberei, Chotzen	575/41	20.263.802.98	
156) Roedl & Lustig	Holzhandlung Prag II, Myslikg. 6/8	51/40	500.000.-	

Firmenname:	Herstellung:	B.Nr.:	Wert:	K
157) Rosenbaum	Modesalon, Prag II, Volksstr. 17	426/39	786.200.-	
158) Rosenbaum & Schil- ler	Import u. Grosshandlg. f. Öle, Fette u. Chemika- lien, Prag II, Wenzels- pl. 35	171/39	3.409.000.-	
159) Eduard Rudinger AG.	Textilgrosswarenhandlg. Prag I, Am Graben 15	445/40	4.500.000.-	
160) Adolf Sabat	Wäscheerzeugung, Pil- sen, Sedlacekg. 31	495/41	3.000.000.-	
161) Emilian Sada	Kunstgewerbe-Möbel- erzeugung, Tabor, Be- neschauer Str. 1205	1111/41	55.000.-	
162) Safranek	Ziegelei, Stodulek, Post Trübstich	370/41	2.058.228.10	
163) Jos. Silberstem & Söhne	Holzhandlung u. Dampf- säge, Prag II, Am Graben 14	464/41	1.500.000.-	
164) Genek Silinger	Zerhowitz 93	2027/42		
165) Silesia Geiringer & Reitler	Tuchhaus Prag-XI, Husova 4	1/39	7.500.000.-	
166) Gottlieb Singer	Lederwarenfabrik, Klattau	159/40	11.000.000.-	
167) Skauting	Handel m. Skautart. u. sonstigen Sportarti- keln, Prag II, Was- sergasse 34	1906/40	325.000.-	
168) Josef Slaboch	Spedition, Prag-III, Knirschstr. 18	1284/40	s. Böhm. Kohlenge- sellschaft	
169) Adalbert Smid	Buchdruckerei, Prag- XIII, Na Vinici 1635	1341/40	800.000.-	K
170) Josef Smrkovsky	Prag I, Königstr. 21 a	757/41	2.000.000.-	
171) Josef Sochor	Textilwerke Königinhof a.B. bzw. Prag II, am Graben 14	548/41	45.000.000.-	
172) Robert Sochor	elektr. Messapparate in Blanz b/Brünn	548/41	3.261.329.45	
173) J. Sonnenschein	Hopfenhandlung i/Prag II, Wenzelspl. 60	116/40	2.836.225.15	

Firmenname:	Herstellung:	B.Nr.:	Wert:	K
174) Josef Syrotek	Prag I, Nürnberger Str. 17	798/42	110.000.-	
175) Spiegler & Söhne	mech. Weberei, Färberei, Bleiche u. Appretur, Hronov	1936/40	45.000.000.-	
176) Sprinzels' Söhne	Lebensmittelgrosshandlung, Prag II, Tischlergasse 9	1440/40	3.000.000.-	
177) Modenhaus Schiller AG.	Prag II, Am Graben 9	120/39	6.500.000.-	
178) S. Schönberger & Sohn	Lederfabrik Prag-Lieben, Wojenweg 175	666/40	11.000.000.-	
179) Rudolf Schülhof	Prag I, Havelg. 25	803/40	308.908.70	
180) Benjamin Schwarz & Söhne	Hopfenhandlung Raudnitz a.E.	1175/40	308.908.70	
181) Ulrich Stancl	Schraubenfabrik Prag-XI, Brünnner Str. 158	871/41	650.000.-	
182) Philipp Stein	Fassfabrik i/Frauenberg	87/42	1.000.000.-	
183) Stein 5 Co	Textilwerke, Spinnerei, Schlichterei, Weberei, Prag II, Bolzanog. 1	890/39	4.000.000.-	
184) Paul Stein & Söhne	Janowitz a/Angel	93/40	9.698.31	
185) Sterba & Co	Grosskohlenhandl. Prag-Karolinenthal, Florenzkohlenbahnhof	1284/40	s. Böhm. Kohlen-	gesellschaft
186) Ignaz Stern & Co	Lebensmittelgrosshdlg. Kakao, Tee, Kaffee, Pr. II, Florenzgasse 15	712/39	1.918.224.-	
187) Max Stiassny	Prag II, Heuwaagspl. 3 n	587/39	2.560.000.-	
188) Leopold Stransky	mechan. Weberei u. Appretur in Nachod 163	1536/40	3.000.000.-	
189) Tauber & Fischl	Weingrosshdlg. Prag-IX, Brandeisgasse 145	1006/39	25.000.000.-	
190) Otto Taussig, Luschetz a/M.	Eisenwerke, Prag II, Beethovenstr. 27 n	895/41	3.250.000.-	

141

Firmenname:	Herstellung:	B.Nr.:	Wert:	K
191) Teltsch & Co	Handel u. Vertrieb v. Fetten u. Ölen, Prag-III, Vitezna 2	377/39	7.250.000.-	
192) Texa	Buntweberei AG. Prag-Wildenschwert	533/40	500.000.-	
193) Texta AG.	Prag II, Stefansgasse 32	1203/41	5.400.000.-	
194) Emanuel Theiner	Holzgrosshdlg. Prag-Werschowitz, Brozik-str. 62	742/40	2.303.617.10	
195) Thonet-Mundus AG.	Prag II, Obstgasse 16	1091/41	70.000.000.-	
196) Erwin Fischer (Eti)	Erzeugung v. Kleinkinderausstattungen, Prag I, Ritterg. 22	1092/40	s. Fa. Bambino	
197) Tip-Top	Hosenträger u. Sockenhalterfabrik Hugo Kohn, Prag-X, Vinohradská 9	53/40	75.000.-	
198) F. Topic	Buchhandlung, Prag I, Volksstr. 11	1837/40	494.234.95	
199) Trans-Export	Ein- u. Ausfuhr ges. mbH., Prag I, Volksstr. 35	1284/40	s. Böhm. Kohlenges.	
200) Edmund Traub	Lederfabrik Prag-XIX, Podbaba	135/39	14.800.000.-	
1) Travertin- u. Marmorbrüche GmbH.	Prag I, Volksstr. 35	1284/40	s. Böhm. Kohlenges.	
202) Trebitsch & Sohn	Prag I, Fischmarkt-gasse 11	1840/40	3.500.000.-	
203) Josef Trmal & Co	Grosskohlenhdlg. Karolinenthal, Hybernerbahnhof	1284/40	s. Böhm. Kohlenges.	
204) Kaufhaus Upo	Prag I, Obstmarkt	1614/42	453.063.-	
205) Gustav Utitz	Erzeugung v. Lederhandschuhen u. Lederanzügen, Prag II, Wenzelspl. 35 n	55/42	20.400.-	



Mr

Firmenname:	Herstellung:	B.Nr.:	Wert:	K
206) Van Houten AG.	Handel m. Van Houten-Produkten, Prag II, Florenzgasse 15	712/39	1.587.919.95	
207) Velimer	Schokoladen-, Kandi- ten u. Kaffeesorrogate- fabrik, Leneschitz	455/42	1.000.000.-	
208) Josef Prochazka, Brüder Hornek GmbH.	Vereinigte Kohलगross- handlungen, Prag II, C.M.v. Weber Str. 1	160/40	150.000.-	
209) Vereinigte Papier- u. Ultramarinfabri- ken AG.	Prag X, Hohenmauther- gasse 5	1276/40	Aktien d. Fa.	
210) Brüder Veit	Fabrik f. techn. u. Sportart., Prag X, Pibranserstr. 9 n	190/41	1.468.065.-	
211) Ing. Wenzel Vesely	Autowerkstätte in Prag-Nusle, Dagonova 8	1010/41	250.000.-	
212) Viskolea	Handelsfirma f. Benzin, Fette u. Öle, GmbH., Prag I, Volkestr. 35	1284/40	s. Böhm. Kohlenges.	
213) Wilhelm Voboril	Textilgr. hdlg., Prag I, Fischgasse 2	507/42	1.327.975.85	
214) Vorschusskassa	Prag-Neustadt GmbH. Prag II, Jungmann- str. 1	504/40	1.100.000.-	
215) Foto-Kino Wachtl	Prag II, Heuwaagsg. 8	321/41	4.235.481.05	
216) Rudolf Weinberg	Likörherzeugung in Wranov II b. Jitschin	508/42	686.737.60	
217) Karl Weinberg	Kolonialwarenhdlg. Wranov II b. Jitschin	508/42	202.148.40	
218) Karl Weiner	Ledergrosshdlg. Pil- sen, Ringpl. 22	413/41	707.086.-	
219) Otto Weinmann	Kohlengrosshdlg. Prag II, C.M.v. We- ber Str. 17	928/40	480.750.-	
220) Wiesner G., Duffek & Co	Böhm. Ges. f. Handel u. Papierindustrie, Prag I, Galligasse 9	1792/40	4.351.501.35	

68108



1413

Firmenname:	Herstellung:	B.Nr.:	Wert:	K
221) Werfel & Böhm	Lederhandschuhfabrik, Prag II, Lindeng.20	940/39	4.188.900.-	
222) I. & I. Weiser	Maßschneiderei Mähr. Ostrau	1695/40	150.000.-	
223) Weiss & Söhne AG.	Jutespinnerei u. Jute- weberei, Teppichfabri- ken, Königshof/E.	1346/40	40.700.000.-	
224) Westböhm. Kaolin, Chamotte- u. slow. Magnesitwerke AG.	Prag II, Leihamtsg.9	536/41	10.512.480.-	
225) H. & H. Wolf	Federn- u. Lederger- schäft, Prag-Veitsb. Militschstr. 3	450/41	225.000.-	
226) Franz Zenkl	Chemikalienerzeugung, Prag XI, Premysliden- str. 29	894/41	10.000.-	
227) Hlavacek	Ziehharmonikaerzeugung in Leun	166/42	140.000.-	
228) Miloslav Zienert	Kommissionsgesch. Prag- XVI, Borngasse 6	373/41	30.000.-	
229) Zeus Wunsch & Vogel	Baubeschläge i/Prag, I, Karpfengasse 14	925/41	1.300.000.-	
230) Ing. Zmrzly & Co	Fabrik zur Bearbeitung v. Holz und Handel m. Holzerzeugnissen, Bud- weis	61/41	1.786.000.-	

Gesamtwert der beschlagnahmten Betriebe: K 1,,489,238,112.05  
=====

Vermerk:

Die dem Vermögensamt bisher übergebenen 190 Kleinbetriebe sind in der vorstehenden Aufstellung nicht enthalten. Bei vorsichtiger Schätzung kann daher der Wert des bisher beschlagnahmten und grösstenteils bereits zu Gunsten des Deutschen Reiches eingezogenen betrieblichen Gesamtvermögens mit rd.

K 1,,600.000.000.- = RM 160.000.000.-  
=====

angenommen werden.

144

III. Grundstücke.

A) Hausgrundstücke und Bauparzellen.

	<u>Eigene Verwaltung</u>	<u>Verwaltung übergeb. VA.</u>
1.) 500 Grundstücke in Prag und auswärts die von der "ATAG" verwaltet werden (s.Anl.1)		417.454.600.-
2.) 45 Grundstücke die ausschliesslich Zwecken der Sicherheitspolizei dienen und nicht an das VA abgegeben wurden (s.Anl. 2)	86.371.800.-	
3.) 80 Grundstücke in Prag, die nicht von der ATAG verwaltet werden (s.Anl. 3)		213.952.913.-
4.) 28 auswärtige Grundstücke, die von der BUB verwaltet werden abzgl.Hypotheken " <u>K 5.507.286.40</u> <u>1.268.713.60</u> (s.Anl. 4)		5.507.286.40
5.) 119 Pilsner Grundstücke (s.Anl. 5)		26.264.995.-
6.) 75 Pilsner Braurang-Anteile (s.Anl. 6)		42.235.000.-
7.) 83 auswärtige gelegene Grundstücke und Bauparzellen (s.Anl. 7)		39.077.153.-
	<u>86.371.800.-</u>	<u>744.491.947.40</u>

88108



1115

Grundstücke und Dienstgebäude, die ausschliesslich  
Zwecken der Sicherheitspolizei dienen und nicht an  
das Vermögensamt abgegeben wurden.

Bezirk	Gasse u. Nummer:	NC	Früherer Besitzer:	Wert:
II	<u>Bredauergasse 21</u>	1272	Dr. Josef Koeser	2.970.300.-
I	<u>Fleischmarkt 21</u>	696	Max Taussig	2.417.700.-
II.	<u>Smetschkagasse 15</u>	602	Otto Augstein	2.579.600.-
II	<u>Stefansgasse 23</u>	650	Quido Bloch	2.280.900.-
II	<u>Inselgasse 5</u>	2064	Hermann Cmunt	2.230.100.-
II	<u>Halekgasse 15</u>	1616	Dr. Ernst Wodak	1.534.900.-
VII	<u>Veverkagasse 4</u>	1412	Rosa Langweil	1.970.800.-
VII	<u>Veverkagasse 14</u>	1408	Dr. Kamil Kleiner	1.395.400.-
VII	<u>Bubnerstr. 3</u>	421	Brüder Böhm	4.600.000.-
VII	<u>Langemarckstr. 27</u>	1432	Richard Morawetz	2.400.000.-
VII	<u>Sommerbergstr. 80</u>	1500	Oskar Federer	3.000.000.-
VII	<u>Sommerbergstr. 88</u>	1495	A.u.F. <del>Frühberg</del>	2.518.000.-
VII	<u>Veverkastr. 10</u>	1418	Oskar Lichtenstern	4.182.000.-
VII	<u>Hermannsgasse 16</u>	408	Oskar Lichtenstern	2.642.100.-
VII	<u>Sommerbergstr. 84</u>	1497	M. Fischl's Söhne	4.892.000.-
VII	<u>Sommerbergstr. 66<sup>a,b</sup></u>	1507	Josef Cmunt	2.677.200.-
VII	<u>Naeglestr. 3</u>	433	Rudolf Clement	1.507.000.-
VII	<u>Schäfergasse 1</u>	440	Grodetzky-Schleissner	2.321.300.-
VII	<u>Messestr. 11</u>	207	Alice Siegel	1.526.900.-
VII	<u>Sommerbergstr. 82</u>	1499	Arthur Brod	2.228.500.-
VIII	<u>Kasanzeile 194</u>	194	Ing. Hugo Bass	204.800.-
XI	<u>Habanerstr. 47</u>	1874	Quido Bloch	2.937.700.-

Übertrag: 55.017.200.-

./.

Übertrag: 55.017.200.-

XII Pschemislidengasse 11	2346	Franz Morawetz	2.510.000.-
XII Pschemislidengasse 9	2345	Richard Morawetz	2.563.000.-
XII Schwerinstr. 180	2190	Dr. Ludwig Müller	1.451.900.-
<u>XII Bismarckstr. 11</u>	892	Olga Bäcker	2.810.000.-
<u>XII Lobkowitzplatz 18</u>	2363	Karl u. Rosa Stern	1.462.000.-
<u>XIII An der Russ. Strasse</u>	889	Getr. Oppenheimer	565.000.-
<u>XII Römische Str.</u>	1389	Franz Hoffmann	1.978.200.-
XII Schlesische Gasse 67	2332	Alfred Landsberger	808.400.-
VIII Blanitzergasse	1057	Otto Neumann	1.218.000.-
<u>XIX Aspernplatz 1</u>	730	Anton Beck	932.500.-
<u>XIX Radetzkystr. 6</u>	256	Oskar Busch	129.400.-
XIX Kastanienallee 28	529	Martha Fischmann	652.800.-
XIX Marakgasse 5	628	Marg. Sommernitz	362.400.-
XIX, Yorkstr. 2	87	Augstein-Sachs-Bücher	1.800.000.-
XIX Zitekergasse 6	442	Anny Sterk	430.000.-
<u>XIX Welwarner Str. 45</u>	1653	Georg Traub	746.300.-
<u>XIX Fünfhausgasse 4</u>	165	Paul Fuchs	920.000.-
XIX Prinz Eugen Str. 29	775	Leopold August	874.400.-
XIX Baumgartenzeile 27	504	Josef Schulhof	693.100.-
<u>XIX Alt Bubentscher Weg</u>	569	Joh. Sigmund	693.900.-
<u>IV Hohler Weg 713</u>	156	Dr. Ruzicka	1.853.300.-
XIX Marinestr. 9	713	Philosophische Stud. Bibliothek	2.500.000.-
<u>II Bredauergasse 19</u>	1597	Tyrrasch Gertrude, Stein Ewald, Hanna Kafka, Her- bert Bondy	3.200.000.-

K 86.371.800.-  
###

Die unterstrichenen Grundstücke sind bereits zu Gunsten des Deutschen Reiches eingezogen.

147

Von der Allgemeinen Treuhand AG. verwaltete  
Grundstücke in Prag und auswärts.

K

B.Nr.:	675/40	Henriette Adler	Prag I, Karls-gasse 40	691.000.-
"	759/41	Adler Olga	Pisek	119.986.-
"	150/39	Altschul Erw.u.W.	Prag II, Florenz 19/21	1.581.400.-
"	1839/40	Andres A.L.Karl	Prag-XVI, Pekarufcr 51	780.000.-
"	1839/40	" "	Prag-VIII, Kirchmaierstr.	812.000.-
"	206/40	Angert Hedwig, Reach Rosa	Prag-XIX, Alesstr. 9	209.000.-
"	355/40	Aninger Helene	Prag-II, Klemensg. 9	2.037.300.-
"	1353/40	Ascher Anna, Paula	Unhoscht	73.350.-
"	1117/40	Aschermann H.u.A.	Prag-IX, Na Harfe 8	980.000.-
"	1117/40	"	Kolin, NO 84	174.920.-
"	393/41	Auerbach Leopold	Theresienstadt 236	130.000.-
"	112/39	Auerbach Josef	Prag-II, Salmgasse 11	1.995.100.-
"	717/39	Augstein Otto, Al., Miteigentümer: Elsa Sachs, Marianne Bacher, Karl Sachs	Prag II, Hibernerg.28	5.137.200.-
"	516/39	dto.	Prag-II, C.M.v. Weber- str. 17	5.290.000.-
"	717/39	Augstein Otto, Miteigentümer: Leopold Sachs	Prag-XIX, Gneisenauer- str. 20	1.577.400.-
"	717/39	Augstein Otto, Alice, Hans, Miteigentümer: Leopold Sachs, Karl Sachs, Marianne Bacher	Prag-XVI, Hof Spiritka	16.088.000.-
"	717/39	Marianne Bacher	Prag-XII, Pribinastr. 14	2.246.800.-
"	717/39	Marianne Bacher	Prag-II, Hibernerg.28/ 30	s. Augstein, O.

./.

B.Nr.:	172/39	Barth E.u.Phil.	Prag-XIX, Cechstr. 29	1.381.200.-
"	89/40	Barth G.u.Ernest.	Prag-I, Kastalusgasse 4	2.726.000.-
"	1690/40	Barton Dr. Anton	Prag-Chozen NC 7	300.000.-
"	1690/40	" u. Alexan- dra	Prag-III, Eiermarkt 22	166.000.-
"	695/39	Bass Anton	Prag-XIX, Emdenstr. 6	56.000.-
"	695/39	Bass Anton u. Hugo	Prag-I, Kastalusgasse 27	4.537.900.-
"	186/41	Bastyr Dr. A. u. Jenny	Prag-I, Königshoferstr. 19	1.776.400.-
"	186/41	Bastyr Emma, Miteigentümer: Dr. Kam. Kleiner Sona Kleiner	Prag-VII, Veverkagasse 14	1.395.400.-
"	124/39	Bauer Albert, Nelly	Prag-XIX, Peter-Brandl- str. 54	332.700.-
"	294/39	Baumann, Otakar, Berta	Prag-IX, Cechgasse 4	2.240.000.-
"	294/39	Baumann, Otakar, Berta	Prag-XII, Menesgasse 62	2.407.400.-
"	348/39	Bächer, Julie	Prag-IV, Loretopl. 2	1.168.000.-
"	726/39	Bächer, Paul u. Julie	Katzow NC 17	442.000.-
"	348/39	Bächer Paul	Prag-Kosteletz NC 421	75.000.-
"	327/39	Bächer Rosl	Raudnitz a.E. NC 967	549.400.-
"	118/39	Bäcker, Olga	Prag-XIV, Mislivecsekstr. 13	847.600.-
"	1535/40	Belsky Marta	Prag-XIX, Bauparzelle 712/23	201.000.-
"	1171/40	Benes, Anna	Prag-XIV, Ackerparz. 217/36 bis 42	780.000.-
"	1639/40	Benes Vaclav	Wilkanschitz NC 25	70.000.-
"	1405/40	Bergmann, Em. Kam.	Prag-VIII, Primatorenstr. 85	560.000.-
"	1405/40	Bergmann, Kamila	Prag-VIII, Primatorenstr.	604.000.-
"	1270/40	Blumenfeld Hans, Edith, Miteigentümer: Hofmann, Franz, Hofmann Katharina, Ph. Dr. Th. Hofmann, Hofmann, Franz.,	Prag-XII, Römischestr. 42	1.978.200.-

B.Nr.:			K
1752/42	Dubsky, Grete	Prag-XIV, Weiherleiten	651.400.-
877/42	Dubsky, Charlotte	Prag, Eule, Haus m. Garten	60.000.-
791/39	Ederer, Franz, Irma	Prag-II, Jungmannpl. 1	2.946.600.-
677/40	Eisenstein Dr. Otto, Edith	Aurotschnitz, Ackerpar- zellen	35.000.-
802/41	Eisler Marie	Ritschan	146.800.-
56/40	Eisner, (Gert. geb. Gal)	Prag-VIII, Loselstr. 21	744.800.-
560/40	Eisner, Karl, Stephanie	Malvasierhöhe	431.100.-
564/39	Ellbogen, Marie	Prag II, Heuwaagspl. 3	3.495.000.-
564/39	Ellbogen, Marie	Prag II, Heuwaagspl. 1	2.455.000.-
39/41	Benediktiner-Abtei, Emaus	Prag II, Wischegradg. Drei- faltigkeits-Wischegradg.	18.744.000.- 128.560.000.-
341/39	Engelmann, Marianne	Tschenkau	3.000.-
341/39	Engelmann, Marianne	Prag-X, Erbenstr. 7	1.121.000.-
490/41	Engelmann, Zdenek, Miteigentümer: Rud. Gerh. Engelmann, Fr. Albrecht Engelmann	Prag-X, Sudetenstr. 34	1.860.000.-
490/41	Engelmann, Zdenek, Elly	Prag-X, Leitomischlerg. 31	981.000.-
490/41	Engelmann, Zdenek	Prag-X, Sudetenstr. 54	1.886.000.-
490/41	Engelmann, Zdenek u. Ella	Wschenor NO 38, 139	170.000.-
490/41	Engelmann, Zdenek, Miteigentümer: Rud. Gerh. Engelmann, Franz Albr. Engelmann	Prag-X, Olmützer Str. 53, 55	3.437.000.-
772/39	Estreicher, Joachim, Isak, Antonie	Prag II, Felsengrund 34	1.252.100.-
642/39	Faul, Rudolf	Leitomischl NO 341 und 515	250.000.-
1006/39	Fischl, Else	Prag-XIX, Seibtstr. 4	620.800.-
23/40	Fischl, Ludwig	Prag-VII, Bauparzelle	s. Richard Böhm
1010/40	M. Fischl's Söhne	Prag-XII, Schles. Str. 115	3.317.000.-

169

<u>B.Nr.:</u>			<u>K</u>
262/39	Bondy Dr. Friedrich	Klein Skalitz <sup>NC</sup> 147	360.000.-
545/41	Bondy Hermann, Miteigentümer: Rosa Pick	Klein Skalitz NC 57	625.000.-
545/41	Bondy Hermann	Jermer	240.000.-
712/42	Bondy Sophie	Prag-X, Sudetenstr. 5	1.070.000.-
23/40	Böhm, Richard, Miteigentümer: Emma Latzko, B. Spiegler Sö.,	Prag-VII, Bauparzelle	2.459.000.-
23/40	Böhm, Richard, Miteigentümer: Emma Latzko, B. Spiegler Sö., Fischl, Ludwig, Wolf, Marianne	Prag-VII, Bauparzelle	1.108.000.-
091/41	Breitenfeld Step. verh. Kohl	Jitschin-Celakovskyg. 86	90.000.-
20/39	Brod, Arthur	Prag-XVI, Trebitzkyst. 12	1.778.900.-
547/41	Brod, Dr. Leo	Prag-I, Meist. Eberhardg. 18	763.000.-
36/40	Brock, Arthur, Flora	Rakonitz NC 128	254.600.-
245/39	Bruckner, Egon, Paul	Prag-II, Leihantgasse 2	3.935.000.-
254/39	Bruckner, Paul	Prag-XIX, Garten	238.000.-
467/41	Chmel, Josef	Prag-II, Krakauerg. 22	1.768.500.-
640/V-23	Graf Colloredo Mannsfeld, Hieronymus sen.	Prag-XIII	1.950.000.-
VMVZ-640 V/23 RP.	Graf Colloredo Mannsfeld, Hieronymus sen.	Prag II, Gürtlerg. 1	5.910.000.-
VMVZ-640 V/23 RP.	dto.	Prag XIII, NC 833	1.560.000.-
1510/40	Beymel Bozena	Prag-I, Zeltnerg. 29, Tempelgasse 1	1.372.800.-
1510/40	Deymel, Dr. Paul	Prag-, Stupartgasse 18	1.082.100.-
523/41	Dlouhy Antonie	Prag-Wschenor	260.000.-

./.

<u>B.Nr.:</u>			<u>K</u>
983/41	Fink, Franziska	Prag-VIII, Parzelle	74.100.-
689/39	Fischl, Arnold	Prag-XVIII, Cl. Martinitz 5/1.	475.000.-
1703/40	Fischer, Georg, Wlasta	Starkenbach	325.000.-
1052/40	Fischer, Wally	Prag-XIII, Halbscheid 20	724.600.-
1435/40	Fleischner, Eugen, Leonore	Elstin	190.000.-
21/39	Fort, Josef	Prag-XIX, Scharkatal 30	535.000.-
962/39	Freund, Ludmila, verhe. Wilkins	Prag-XIX, Benedikt Rieth-Str. 4	1.285.000.-
1000/39	Fried, Ing., Anton u. Marta	Nothof NC 570	312.700.-
99/41	Fris, Viktor	Unter-Mokropes, Parzelle	62.900.-
1351/40	Gellner, Dr. Otto u. Irma	Prag-XII, Schwerinstr. 87	1.738.400.-
1351/40	dto.	Prag-XIV, Misliveczekstr. 9/ Prag-XVI, Ackerparzelle	826.200.- 88.000.-
1351/40	dto.	Goltsch-Jenikau	52.000.-
562/39	Gibian Richard, Miteigentümer Marie Roubicek	Prag-XII, Münchmerstr. 58	1.460.100.-
1671/40	Goldmann, Dr. Hans	Prag-XII, Kronenstr. 71	1.643.000.-
998/39	Goldmann, Julius	Politz a.d.M. NC 9	150.000.-
998/39	Goldmann Ed.	Politz a.d.M. 45, 205	195.000.-
998/39	Goldmann, Max	Politz a.d.M. NC 65	200.000.-
91/39	Goldstein, Angelo Kamillo	Radeschowitz NC 86	177.500.-
591/39	Glauber, Viktor u. Paula	Rostok	95.000.-
738/41	Greger, Vladimir	Chotieborsch 3, 398, 10	361.000.-
573/39	Gross, Marie Schreiber, Franz	Prag II, Rich. Wagnerstr. 11	2.035.000.-
1117/40	Gutmann, Otto, Irma	Prag-VIII, NC 1451	840.000.-
707/41	Hajsmann, Johann, Marie	Prag-XVI, Jinonitzerstr.	228.800.-

B.Nr.:

K

156/39	Hammerschlag, Arthur, Paula, Miteigentümer: Rich. u. Anna Klein	Prag-XIV, Viktorinstr. 8	1.090.000.-
253/39	Haurowitz, Rudolf	Prag-II, Wenzelsplatz 14	9.000.000.-
253/39	" "	Rostok NC 63, 125, 110	254.800.-
437/41	Havlik, Prokop und Bela	Prag-VII, Beim Pruhon	797.100.-
594/40	Halphern Dr. Wilh.	Prag-XVIII, Ziegelbauerg. 42	46.500.-
825/40	Hecht, Dr. Hugo	Prag-XIX, Scharkahöhe 42	310.100.-
825/40	Hecht, Valerie	Prag I, Fleischmarkt 7	1.237.700.-
1508/40	Heisler, Robert	Chrast b/Chrudim	354.800.-
1210/40	Hermann, Dr. Emil, Elfriede	Prag-XIX, NC 544/1, 546/1	907.800.-
1210/40	Hermann, Dr. Emil, Marta	Prag-XIX, Wokowitz, Acker- parzellen	634.500.-
1210/40	Hermann, Dr. Emil, Johann	dto.	597.000.-
1594/42	Hermann, Franz	Prag-XIV, Am Katscherow	290.200.-
1210/40	Hermann, Johann, Marta vereh. Cmunt	Prag-XIX, Radetzkyst. 1	1.294.400.-
187/39	Hermann, Josef	Tschertschan NC 124	74.900.-
281/39	Heaky, Nelly	Prag-II, Smetschka 21	1.753.000.-
273/41	Hirsch, Leo, Margar., Miteigentümer: Jüd. Kultusgemeinde	Nachod NC 734, 736	150.900.-
230/41	Dr. Georg und Otto Hitschmann	Nachod	18.000.-
230/41	Dr. Georg und Otto Hitschmann	Bielowes NC 63	62.000.-
230/41	Dr. Georg und Otto Hitschmann	Bielowes NC 104	71.000.-
230/41	dto.	Bielowes NC 109	54.000.-
230/41	dto.	Bielowes NC 110	54.000.-

<u>B.Nr.:</u>		<u>K</u>
230/41	Dr.Georg und Otto Hitschmann	Bielowes NC 134, 137 147.000.-
230/41	dto.	Babe b/Nachod, NC 334/2, 334/1, 335/1, 337/6, 343/1, 343/4, 40.000.-
230/41	Hitschmann, Elsa	Nachod NC 235/36 144.500.-
249/39	Hochbaum, Adolf u.Marie	Prag-XVI, Nesbygarten 4 737.000.-
760/41	Hodza, Milan	Prag-XVI, Zappgasse 7 1.272.000.-
1257/40	Hoffmann, Ernst u.Else	Prag-VII, Jedlickastr.36 1.764.000.-
860/39	Hoffmann, Sigmund, Käthe Hoffmann, Therese Hoffmann, Ernestine Schleissner	Prag II, Beethovenstr.49 2.430.000.-
284/39	Hojtas, Emil, Hojtas, Otto Karl, Walter Eisner,	Klein-Hodkowitz 457.000.-
597/39	Huppert, Dr. Max u.Emma	Kl.Holleschowitz 352.600.-
621/39	Hüttner, Hans u.Pelix	Prag-XIV, Misliveczekeg.7 798.000.-
812/39	Eliska Jahn	Prag-XIX, Weleslawin 48.500.-
93/41	Jakobsohn, Alice	Prag-XIII, Straschnitz 961.100.-
435/41	Jelen, Rudolf	Rusin b/Prag 400 207.800.-
1783/40	Dr. Otto Jelinek	Ober Lhota NC 13 150.000.-
711/41	Jina Johann	Bad Bielohrad 335 480.000.-
711/41	Jina, Johann	Prag-XVI, Pekarufer 7 2.538.000.-
1441/40	Kafka, Karl	Ritschan .-
43/40	Kahler, Felix	Prag-VII, Naeglestr. 1 3.970.000.-
488/39	Kallir, Dr.Rudolf u.Moina	Letek 64/I 25.300.-
488/39	dto.	Prag-X, Sudetenstr. 23.600.-
1022/39	Kanturek, Stanislava	Prag-VII, Hochstr. 9 811.800.-
1022/39	Kanturek, Stanislava, Ludwig	Unter-Mokropes 580.000.-
137/39	Kapper, Ernestine	Prag I, Waldhauserg. 21 1.894.100.-

<u>B.Nr.:</u>		<u>K</u>
159/39	Katz, Alfred	Prag-X, Kremsierenerstr.15 1.183.000.-
159/39	dto.	Prag-XVI, Max-Braunstr.44 1.161.000.-
159/39	dto.	Prag-II, Gürtlergasse 9 1.403.900.-
159/39	Katz, Alfred, Miteigentümer: Therese Schück	Prag-IX, Ackerparzellen 801.000.-
159/39	Katz, Alfred, Miteigentümer: Gustav Langendorf, Therese Schück, Duschenes, Milena	Prag-IX, Ackerparzellen 622.000.-
834/39	Katz, Heinrich u. Ste- phanie	Prag-XIII, Biechowitz Str. 10 285.300.-
1149/40	Kaufmann, Karl	Prag-XIX, Hanspaulstr. 1 816.000.-
1412/41	Katz, Otto u. Beatrix	Prag-XII, Gurimerstr. 5 1.573.300.-
1042/40	Kaufmann, Helene	Dobrohoscht NG 1 150.000.-
155/40	Kaufmann, Leo	Prag-VII, Eichendorferstr. 238.000.-
746/41	Kellner, Margarete, Miteigentümer: Schmolka, Marie, " Dr. Franz, " Walter	Prag-XVIII, Ackerparzellen 144.000.-
1040/40	Kirby, Anna	Prag-XVI, Stillegasse 10 523.000.-
650/41	Kisch, Egon Erwin	Prag I, Melantrichgasse 14 1.874.000.-
325/39	Klein, Dr. Karl u. Anna	Budweis, Pr. Vorstadt 131.100.- Prag II, Tuchmacherg. 29 3.135.000.-
	Klein, Richard u. Anna	Prag-XIV, Viktorinstr. 8 s. Arth. Hammerschlag
201/39	Kleiner, Dr. Kam. u. Sonja	Prag-XIX, Kammererstr. 8 619.100.-
1004/40	Klement, Rud. u. Irma	Pardubitz, Pernergasse 372.200.-
805/40	Klinger, Helene	Pschelautsch 162.400.-
422/39	Kirchenberger, Eugenie, Miteigentümer: Erich, Walter und Her- berg Kirchenberger, Edith Weil	Prag II, Helmgasse 1 1.310.000.-

755

<u>B.Nr.:</u>			<u>K</u>
422/39	Kirchenberger, Eugenie, Miteigentümer Erich, Walter u. Herbert Kirchenberger, Edith Weil,	Prag-VIII, Troja	540.000.-
182/40	Kohn, Emma	Prag-XVI, Na Fialce	900.000.-
182/40	Kohn, Emma u. Otto	Jewan, Waldparzelle	72.000.-
106/40	Kohn, Richard u. Leontine	Prag II, Beethovenstr. 21	751.900.-
1376/40	Loge Konfraternität	Prag I, Langegasse 37	3.054.500.-
1378/40	Kopecky, Anna	Ulménau, Parzelle	7.000.-
1378/40	Kopecky, Anna	Prag-XIX, Grabenzeile	549.600.-
48/39	Körner, Theodor	Prag-XII, Slowakische 29	797.000.-
1085/40	Koeser Dr. Josef	Rewnitz	600.000.-
15/39	Kozderka, Marie	Prag XIII, Randgasse	940.000.-
VMVZ-302/v 23	Kramar, Anton	Prag-XVIII, Karlikgasse 1	615.000.-
489/41	Krasny-Taylor, Marianne	Prag II, Bredauerg. 13	6.470.000.-
496/41	Kraus, Karl, Eugenie, Paul	Prag-VIII, Schildwachstr.	491.000.-
1942/40	Kraus, Oskar u. Sylvia	Prag-XII, Pschtrog. 17	1.373.900.-
1178/41	Kraus, Rudolf	Neratowitz	81.800.-
685/41	Kraus, Dr. Viktor, Erno	Ritschan	184.200.-
146/40	Erno, Dr. Ivan, Yvonna	Prag-XVIII, Albr. Dürer- str. 5	557.100.-
1958/40	Kybal, Dr. Vlastimil u. Anna	Prag-XIX, Acker u. Garten	487.000.-
1958/40	dto.	Königssaal 186	251.000.-
214/39	Landerer, Auguste	Prag-XIX, Jan v. Werth- str. 16	920.000.-
836/40	Landsberger, A., Miteigentümer: Praxmarer, Ther.	M. Ostrau, Adolf Hitler- Str. 11	810.000.-
422/41	Landsmann, Berta	Ober-Tschernoschitz	200.000.-
442/41	Landsmann, Berta, Erich, Karl, Rita, Marie	Prag I, Tempelgässchen 6	1.418.500.-

./.

B.Nr.:

K

442/41	Landsmann, Siegfried, Miteigentümer: Landsmann & Co. Landsmann, Walter Stransky, Wilhelm	Prag-XI, Brünner Str.	910.000.-
442/41	dto.	Prag-XI, Brünnerstr.1885	953.000.-
442/41	dto.	Prag-XI, Brünnerstr. 1, 1886	1.343.700.-
898/40	Langen, Rudolf, Friedrich, Gustav, Miteigentümer: Kollin, Karoline, Grünwald, Paula	Prag X, Pribanserstr.17	413.300.-
898/40	Langendorf, Gustav	Prag-IX, Wissotschan	s.Alfr.Katz
248/39	Langweil, Dr.Erwin u.Else	Prag-XIX-Selz	596.000.-
82/39	Langweil, Rosa Latzko, Emma	Prag-XVI, Jinonitzerstr. Prag-VII, Bauparz.	344.800.- s.Edch.Böhm
152/39	Lechner, Otto	Prag-XIX, In den Bubent- scher Villen 3	1.274.200.-
855/40	Lenhard, Emilie, Felix, Hans, Erich	Prag I, Am Graben 1	4.521.600.-
855/40	Lenhard, Emilie, Frank, Alice	Prag-XII, Celakovsky- park 12	2.256.000.-
375/39	Lewit, Dr.Egon, Heda	Prag-XXIX, Radetzkyst. 31	725.900.-
299/40	Lewit, Oskar, Pick, Friederike	Nachod, Wiese	304.000.-
1299/40	Lewit, Oskar u.Rosa	Nachod, Haus m.Garten	/
82/39	Löwidt, Dr.Erwin, Josefa	Prag-VII, Gaswerkstr. 39	1.217.000.-
1273/42	Luzna, Miloslava	Prag-XIX, Babaweg 14	514.000.-
340/40	Mahler, Claudine	Klattau, Garten	67.000.-
340/40	Mahler, Gottl.u.Claudine	Bad Podiebrad NC 911/III	64.000.-
235/41	Mandelik, Dr., Marg.	Prag-XII, Kolinerstr.13	1.308.000.-
754/39	Markus, Dr.Alfred	Jungbunzlau, Alleegasse	433.100.-
1930/40	Mahler, Hans, Josef	Deutsch Brod	417.000.-

./.

B.Nr.:

K

VMYZ 422	Marsik, Franz	Prag-XIII, Robenweg	274.400.-
1433/40	Masaryk, Johann, u.Alice	Prag-XVIII, Acker	855.600.-
647/39	Mautner, Dr.Ing. Paul	Prag-XV, Beim Steinbruch 22	543.000.-
930/40	Meindl, Josef u.Hanna	Zabehlitze, Garten	44.400.-
930/40	Meindl, Josef u.Nelly	dto.	63.000.-
395/39	Meindl, Maximilian	Prag-XVIII, Michalowitzer- str. 1	381.700.-
871/40	Melzer, Milada, Fris, Otto	Prag-XVIII, Am Krieger- friedhof 1	576.200.-
29/41	Morawetz, Franz	Prag-XIX, Frankenweg 64	800.000.-
272/41	Morawetz, Emanuel	Eipel, Wiese, Haus m.Gar- ten	180.000.-
434/39	Morawetz, Richard,	Eipel, Haus, Acker, Weide	290.000.-
717/41	Munk, Dr.Ing.Franz	Prag-XIX, Babaweg	235.100.-
965/40	Müller, Anna, Miteigentümer Schillinger, Marie	Prag-XII, Luxemburgerstr. 1. 11	954.300.-
218/40	Müller, Elisabeth Pollak, Josef	Prag-VIII, Fabriksgebäude, Magazin, Lagerplatz	672.000.-
218/40	Müller, Dr.Ludwig	Prag-XII, Schwerinstr. 170	1.451.900.-
442/40	Naceradec, Kurt	Prag-XIII, Willeng. 14	191.000.-
1657/40	Nejedly, Zdenek u.Marie	Turnau	155.300.-
767/40	Neumann, Kamil u.Anna, Miteigentümer Schanzer, Otto	Prag-XI, Husinetzerstr. 15	1.345.000.-
1380/40	Osusky, Dr.Stefan	Smirschitz	35.000.-
660/40	Österreicher, Hermann Johann	Prag-XIX, Hanspaulstr.9	823.600.-
394/39	Pam, Liesel., Martha	Prag X, Theresienstädter str. 6	1.770.300.-
169/41	Pick, Ernestine, Richard, Miteigentümer: Lustig, Lilly	Prag X, Hohenmautherstr. 5	1.563.600.-

<u>B.Nr.:</u>			<u>K</u>
142/40	Pick, Rosa	Prag-II, Tuchmacherg. 32	970.000.-
142/40	Pick, Rosa, Zdenka	Prag I, Fischmarkt 15	1.301.000.-
896/41	dto.	Neuenburg	120.000.-
	Pick, Rosa	Kl. Skalitz	s.Herm.Bondy
348/40	Popper, Friedrich, Ida	Prag-XI, Ranconiastr.17	1.150.900.-
777/39	Popper, Otto, Marta	Prag-VIII, Am Schreinerhof 1581	342.800.-
777/39	Popper, Otto	Podiebrad NC 24	70.000.-
777/39	Popper, Zdenek, Hela	Klanowitz b/Prag	350.000.-
93/39	Portheim, Leopold, Friedr., Em. Viktor, Miteigentümer: Haas, Fanny, Goldschmidt, Leont.	Prag-XVI, NC 67 u. 2213 2 Häuser m. Garten	6.856.000.-
93/39	dto.	Prag-XVI, Pekaruferr 12	1.865.000.-
93/39	dto.	Prag-VIII, Wohnhäuser, Wirtsch. u. Fabriksgeb.	5.413.000.-
93/39	dto.	Prag-XVI, NC 49, 34/2	220.000.-
449/42	Raudnitz, Harry, Bruno	Prag-VII, Strohlbachstr.132	889.000.-
206/40	Reach, Rosa, Dr. Hans	Prag II, Tuchmacherg.34	885.000.-
206/40	Reach, Rosa	Prag-XIX, Aleschstr. 9	s.Hedw. Angert
411/41	Reichl, Lavoslav	Prag-XVI, Buchengrund	566.000.-
411/41	dto.	Prag-XVI, NC 696/66, Ackerparz.	29.000.-
843/39	Reiser, Viktor u. Ma- rie	Rakonitz NC 18	353.400.-
843/39	Reiser, Viktor	Rakonitz NC 194	164.900.-
1920/40	Rindler, Gottl., Adele	Prag I, Königshoferstr. 7	222.000.-
375/41	Robitschek, Ant., Edith, Georg, Konrad, Miteigentümer: Kann, Margarete	Praskoletz, 2 Wohnhäuser mit Garten	80.000.-

<u>B.Nr.:</u>			<u>K</u>
637/40	Robitschek, Franz u. Elsa	Luk b/Eule	110.800.-
999/40	Rosenbaum, Dr. Michael u. Georg	Prag-XIX, Malerg. 1	2.086.500.-
443/40	Rosenbaum, Guido	Prag-XIX, Malergasse 3	1.088.100.-
143/39	Roth, Dr. Hugo	Prag-XIX, Kastanienallee 14	487.000.-
143/39	Roth, Dr. Hugo	Tumau NE 34, Villa m. Garten	350.000.-
975/39	Ruzicka, Dr. Hermann u. Luisa	Rewnitz, Villa m. Garten u. Acker	190.000.-
341/40	Salz, Friedrich	Prag-XIV, Vierhäuserblock 5	1.251.700.-
506/40	Salz, Ludwig	Prag-XIII, Radegaststr. 5	1.679.700.-
1114/41	Saska, Alois, Anna	Stein-Schechrowitz b/ Neu-Straschitz	28.200.-
990/41	Saxl, Stefanie	Klanowitz	278.900.-
328/41	Singer, Ferdin., Helene	Prag-XV, Freieung	96.400.-
1943/40	Skutetzky, W.	Prag II, Fleischerg. 10	1.017.700.-
548/41	Sochor, Jarosl.	Prag-XVIII, Streschowitz	586.900.-
548/41	Sochor, Jarosl.	Mirolslau b/Beneschau	330.000.-
548/41	Sochor, Zdenek	Königinhof NG 972	280.900.-
548/41	Sochor, Zdenek	Königinhof NG 1620	914.700.-
548/41	Sonnenschein, Paul	Rostok b/Prag, 2 Villen m. Garten, No 19, 192, 66, Bauparz. m. Garten	371.600.-
245/39	Soyka, Franz	Prag-XVI, Kohlfelden	138.000.-
175/39	Spiro, Peter, Marianne	Prag II, Herrengasse 4	3.058.700.-
1895/40	Szalatnay, Benjamin	Prag II, Gerbergasse 3	1.078.000.-
646/41	Skrach, Vazil, Emilie	Prag-XIX, Mitschanhof 19	587.400.-
690/40	Schmolka, Dr. Paul, Helene	Prag-XII, Kopernikusg. 6	1.274.000.-
690/40	Ing. Paul Schmolka	Prag-XII, Garten NG 477/7	277.000.-
890/40	Schmolka, Paul	Piskotschil NG 27	35.000.-

<u>B.Nr.:</u>			<u>K</u>
582/39	Schmolka, Dr.Hans, Alice	Prag-XIX, Radetzkyst.7	646.700.-
828/40	Schmolka, Eduard, Franz, Paul, Miteigentümer: Bloch, Ida, Wertheimer, Marie	Prag I, Altstätt.Ring, Zeltnergasse 1	1.373.100.-
828/40	Schmolka, Dr.Franz	Prag-XIX, Seibtstr. 9	387.300.-
828/40	Schmolka, Dr.Franz,Irene	Prag V, Josefstädter- gasse 4	2.387.200.-
967/40	Schnabel, Margarete, Miteigentümer: Schulhof, Malvine Schulhof, Eugen Schulhof, Dr. Rolf	Prag II, Am Florenz 29	2.746.800.-
79/39	Schneider, Susanne	Prag-XVI, Tylgasse 24	1.572.600.-
144/40	Schönberger, Irma	Prag-XIV, Kruschina- gasse 961	887.200.-
666/40	Schönberger, Rudolf, Hugo, Otto, Julius	Prag-XI, Herrnhuterstr.8	1.868.000.-
666/40	Schönberger, Emilie, Schönberger, S.u.Sohn	Schalow b/Rostok	1.000.000.-
666/40	Schönberger, Emilie, Rudolf, Otto, Hugo, Julius	Prag-VIII, Wohenweg	5.274.000.-
666/40	Spitalsky, Rudolf	Bilan Bez.B.Brod	60.000.-
803/41	Schulhof, Zelene	Rewnitz b/Königssaal	200.000.-
1202/40	Schurp Marie, Miteigentümer Schulhof, Franziska	Hlinsko 933 " 622 Pařtik	846.000.-
1202/40	dto.	Hlinsko NC 664, 829	337.000.-
1202/40	dto.	Hlinsko NC 842	220.000.-
1202/40	Schur, Marie	Hlinsko NC 116, 952	729.000.-
8/40	Schwarz, Willy	Prag II, Hamenau 10	2.526.800.-
1650/40	Schwarz, Dr.Ed., Dr. Karl	Prag-XVI, Bibichstr.12	1.133.000.-
1650/40	Schwarz, Dr.Eduard	Prag II, Heuwaagspl.27	--

<u>B.Nr.:</u>			<u>K</u>
968/40	Schwarz, Dr.Edmund	Brandeis NC 840	69.800.-
888/40	Starkenstein, Dr. Emil	Prag-XIV, Ackerparzelle	130.000.-
888/40	dto.	Prag-XVIII, Molischstr. 26	747.500.-
888/40	dto.	Hradischko, Ackerparz.	89.000.-
709#40	Stein, Gottlieb und Stephanie, Miteigentümer Storza, Emil Storza, Ing.Fr.	Prag II, Bolzanogasse 1	2.387.200.-
334/41	Stein, Hans	Prag-XIX, Richter Garten 1	980.000.-
733/39	Stein, Josef	Prag-XIX, Bauparzelle	56.000.-
1080/40	Stein, Käthe	Prag-XIX, Bauparzelle	292.900.-
199/41	Stein, Rudolfine	Prag-VIII, Primatorenstr.83	662.000.-
395/39	Steindler, Franz	Prag-VII, Rilkestr.14	1.187.700.-
138/39	Steiner, Eugen	Prag-XII, Römischestr. 32	1.744.600.-
1079/40	Steiner, Gustav, Emma	Prag I, Ziegengasse 3	1.986.000.-
864/40	Steiner, Robert, Marta	Rewnitz b/Prag	167.600.-
336/41	Steiner, Ulrich	Dawle NC 155	35.000.-
1899/40	Steinitz, Ernst, Marta	Ober-Tschernoschitz	300.000.-
897/40	Stern, Gustav	Prag-XVI, Klikgrund 13	675.100.-
772/40	Stern, Karl	Prag-XII, Schwanenstr.123	1.011.700.-
141/39	Stern, Oskar, Ella	Prag-XIX, Jan v. Werthstr.6	775.000.-
141/39	Stern, Oskar	Prag I, Langegasse 31	2.175.300.-
588/39	Stiasny, Max	Prag-XIX, Lettischestr. 8	1.395.300.-
1781/40	Storza, Franz, Miteigentümer Stein, Stefanie	Husinetz	600.-
1781/40	Storza, Franz	Prag VII, Langemarckstr.249	964.000.-
1427/40	Stransky, Dr.Richard	Prag I, Königshofg. 17	981.000.-
1778/40	Stransky, Wilhelm	Prag-XI, Brünnerstr.	s.Siegfr.Lands- mann

<u>B.Nr.:</u>			<u>K</u>
1778/40	Stransky, Wilhelm, Miteigentümer: Klara Löw	Prag II, Bredauerg. 14	3.600.000.-
928/41	Taussig, Hede	Prag-XIX, Zeltnerg. 28	210.800.-
1407/40	Taussig, Charlotte	Rostok b/Prag	152.300.-
441/41	Taussig, Miloslaus	Turnau NC 104	59.700.-
21/41	Taussig, Richard, Miteigentümer: Fränkel, Edith, Neumann, Valerie	Prag-XII, Gurimerstr. 4	1.466.800.-
21/41	Taussig, Richard, Ludwig, Otto	Hlinsko NC 14/15	232.000.-
21/41	Taussig, Richard, Ludwig, Otto	Hlinsko NC 271, 586	535.000.-
21/41	dto.	Hlinsko NC 272	182.000.-
98/39	Teller, Dr. Rudolf, Dr. Alfred, Hans, Oswald, Miteigentümer: Lasch, Max	Kuttenberg	1.641.500.-
9/39	dto.	Sedletz	20.000.-
9/39	Teller, Hans	Prag II, Tuchmacherg. 27	2.830.000.-
376/39	Teltsch, Emmerich, Marianne	Bascht b/Prag	210.000.-
572/40	Traub, Hermann	Hermannstädtl, Ackerparzelle	4.400.-
VMVZ V/23	Ehem. Tschl. Wehrmachts- liegenschaft	Prag-XIX, Julischgarten	3.100.000.-
350/41	Turnovska, Vera	Ritschan, Villa NC 15	133.700.-
1132/42	Ullmann, Paul, Hedwig	Unter Mokropes	145.000.-
966/40	Ungar, Margarete	Prag-XI, Heimstättenweg 220	736.500.-
1138/40	Vogel, Josef, Stefanie	Prag-XIII, Nordweststr. 12	68.900.-
698/41	Vondrich, Franz	Prag III, Karmeliterg. 12	487.100.-
321/41	Wachtel, Emil, Ignazia	Prag II, Heuwaagsgasse 8	2.021.000.-
1676/40	Waldes Heinrich	Prag-XII, Kopernikusg. 12	1.323.300.-

<u>B.Nr.:</u>			<u>K</u>
1676/40	Waldes, Hedwig	Prag-XIV, Werd 1	1.188.500.-
1676/40	Waldes, Anna, Georg, Milos	Prag-XII, Amerikanische- str. 1	1.630.300.-
147/40	Weinberger, Fanny	Prag II, Klemensgasse 19	2.130.000.-
222/41	Weiner, Alfred	Jung-Woschitz 165	32.000.-
222/41	Weiner, Alfred	" " 202	40.000.-
1200/40	Weiner, Ernst	Prag-VIII, Troja-Parzellen	169.000.-
928/40	Weinmann, Otto	Prag II, C.M.v.Weberstr.17 s.Otto Augsteir	
928/40	Weinmann, Otto	Prag-XVI, Bennewitzer- str. 28	1.102.300.-
928/40	Weinmann, Otto	Prag-XVI, Pixisgasse 7	612.600.-
773/40	Weinstein, Oskar,Julie	Prag X, Neuenburgerstr.7	1.494.000.-
849/39	Weisl, Franz, Hanna	Stadtel NC 38	445.300.-
139/39	Weiss, Anna, Miteigentümer; Freund, Franziska	Prag X, Neuenburgerstr.12	1.112.000.-
804/39	Weiss, Dr.Franz,Kornelia	Prag-IV, Tycho de Brahe- Gasse 8	819.000.-
804/39	dto.	Prag-XII, Münchnerstr.61	2.558.000.-
304/39	Weiss, Rudolf	Lieben NC 701/2, Ackerparz.	384.900.-
277/40	Wengraf, Arthur, Melita	Prag II, Wischegradg.13	856.000.-
277/40	dto.	Prag-XIX, NC 240/263	270.000.-
142/39	Werfel, Rudolf, Miteigentümer; Fuchs-Robetin,Hanna	Prag II, Beethovenstr.28	1.825.000.-
142/39	Werfel, Rudolf	Prag III, Plassgasse 11	1.012.300.-
142/39	Werfel, Marie, Miteigentümer; Brada, Ing.Karl, Brada, Franz	Prag-XIII, Strasnitz, Sohnleiten	280.000.-
813/39	Wertheimer, Hugo, Anna	Prag-XIX, Aspernpl. 4	930.000.-
78/39	Wiener, Josef	Prag-XVI, Donatg. 7	1.340.000.-
1291/40	Winternitz, Josef, Dr.Rudolf, Adolf	Kralup a/M.	1.114.600.-

<u>B.Nr.:</u>			<u>K</u>
1291/40	Winternitz, Dr.Rudolf, Alfred	Prag V, Nürnbergerstr.14	2.493.000.-
939/39	Winternitz, Olga	Prag-XVIII,Bohdaletzer- str. 10	548.800.-
531/41	Winterstein,Dr.Otto, Josef	Wscheraditz NC 71	6.000.-
531/41	Winterstein,Dr.Otto, Josef	Wscheraditz NC 87	38.500.-
531/41	dto.	Wscheraditz	1.700.-
801/41	Wotitz, Gabriele, Miteigentümer: Anna Fluss, jetzt Ausw.F.	Prag I, Plattnerg. 9	1.617.000.-
586/40	Wurm, Rudolf	Jewan NC 106, 300/79	200.000.-
737/39	Zelenka, Rudolf,Emilie	Prag XII, Beneschauer- str. 26	864.000.-
659/39	Zentner, Malvine	Habern	120.000.-
618/39	Zentner, Franz, Gertrude	Prag-XVIII, Streschowitzer- str. 6	590.000.-
365/40	Zuckermann, Dr. Friedr.	Prag-XIX, Wasgenwaldg.	398.900.-
714/42	Bermann, Moritz, Berta	Prag III, Melnikerstr.8	1.836.000.-
714/42	dto.	Prag-XVI, Radlitzerstr. 65	317.800.-
714/42	dto.	Prag-XVI, Wiese	127.000.-
406/41	Bixa, Robert, Miteigentümer: Seidmann, Marg.	Prag I, Kl. Stupartg.9	889.000.-
450/40	Desensy, Dr. Ernst	Jewan NC 103	107.000.-
83/40	Doleck, Kamilla	Prag XI, Tomekstr.31	912.600.-
892/41	Ehrenreich, Mor.	Prag II, Beethovenstr.43	1.340.000.-
1603/40	Epstein, Dr. Berthold, Ottilie	Prag XII, Manesgasse 1 a	1.750.000.-
28/42	Pantl, Gustav, Anna	Prag XI, Lutherstr.53	696.000.-
903/40	Feierabend, Johanna, Marie	Prag-XVIII, Margaretten- str. 17	625.000.-

B.Nr.:

K

1213/40	Fischer, Anton, Miteigentümer: Katz, Dr. Jul.	Prag II, Tischlerg. 19	607.200.-
1433/40	Fischer, Else, Marie Ostersetzer, Grete Doller	Prag II, Am Bürgles 6	777.000.-
1433/40	Marie Ostersetzer	Prag XII, Pribinastr.17	820.900.-
92/41	Fisl, Alois	Welwarn 12	190.000.-
591/41	Fischl, Karl, Elsa, Miteigentümer: Helene Schulhof	Semil NC 356	128.000.-
1006/39	Fischl, Robert, Max	Prag X, Hohenmautherstr.7	
1006/39	dto.	Prag-IX, Ackerparzellen	4.976.500.-
7/23	Fischmann, Susanne, Magdalene	Prag X, Gödingerstr.70	2.870.000.-
1408/40	Freund, Ernst, Miteigentümer: Neuspiel, Grete	Prag-XVI, Holecekstr. 66	1.031.000.-
628/42	Freund, Josef	Mnichowitz	286.300.-
709/41	Prag-XV, Fukatko, Dr.Ing. Jaroslav, Zdenka Fukatko	Prag-XV, Über dem Bruch 23	219.000.-
687/41	Iltis, Karl, Hedwig, Miteigentümer: Irma Müller	Turnau NC 476	33.370.-
1025/41	Levy, Dr.Ernst, Miteigentümer: Ausw.Fond	Prag-XIX, Sommerbergstr.10	364.700.-
147/42	Martinek, Joh. Miteigentümer: M.Martinek	Prag-XIX, Hanspaulka 36	119.500.-
766/39	Neumann, Gertrude, Miteigentümer: Antonie, Hanna, Olga Lederer	Prag-XIX, Fliegerstr.40	1.143.700.-
766/39	dto.	Prag-XIX, Fliegerstr.38	1.087.000.-
311/41	Österreicher, Dr.Erich, Ilsa, Miteigentümer: Gerta Wittenberg, Georg Hirsch	Prag-XIV, Böhm-gasse	758.000.-

<u>B.Nr.:</u>		<u>K</u>
535/42	Ovocensky, Dr.Joh.,Marie Prag-XIX, Kodymstr.2	429.700.-
544/41	Pauler, Fritz,Dora Königssaal,Jirasekstr.133	77.000.-
1299/40	Pick, Alfred Nachod 1203 NC 554	51.700.-
259/41	Polak, Josef,Franziska, Miteigentümer: Ing.Vl.Vltavsky Prag-XI, Pschemislidenstr.38	851.000.-
1345/40	Prochazka, Dr.Adolf, Miteigentümer: Dr.Hel.Prochazka Rostok b/Prag,Stilles Tal 7	44.900.-
1345/40	dto. Brünn,Mittlere Gasse 51	75.500.-
548/41	Sochor,Jarmila Prag-XII,Hradeschinerstr.51	1.480.000.-
1941/40	Sommer,Zdenka Prag-XIX, Am Oedtgarten12	147.600.-
552/42	Stern,Anna,Johann Senftenberg	174.100.-
1325/42	Tauber,Johanna Prag I, Karolina,Svetla- gasse 37	4.520.000.-
1132/42	Ullmann,Paul, Hedwig Prag VII, Bubnerstr.49	292.000.-
968/42	Zeckendorf, Otto, Olga, Miteigentümer: Fischer, Hans Fischer, Susi, Fischer,Kath., Fischer,Rosemarie Prag-IX, Königstr. NC 251	730.000.-
644/39	Spitz, Karl,Siegfried Prag I, Benediktgasse 1, Fischmarkt 20	2.298.700.-



=====  
 K 502.826.400.-  
 =====

167

Z u s a m m e n f a s s u n g

der in Prag gelegenen nicht von der "ATAG" verwalteten Grundstücke.

(Es handelt sich insbesondere um Grundstücke, die an Behörden überlassen wurden, sowie Privatvermögen von Firmeninhabern, die von den Treuhändern mitverwaltet werden.)

Altschul, Robert	Wenzelsplatz 18 (1/3)	6.410.000.-
Aschenbrenner, Ign. u. Anna	Prag-XIX, Fichtestr. 4 (3/10)	445.000.-
Barth, Gustav	Prag-XIX, Radetzkyst. 14	1.500.000.-
Bäcker, Olga	Prag-XII, Kopernikusg. 10	1.685.000.-
Barmherzige Brüder	Prag I	26.130.870.-
Loge "Bohemia"	Prag II, Rosengasse 5	2.425.000.-
" "	Prag-XIX, Fliegerstr. 15	1.645.000.-
Bondy, Herbert	Prag II, Olivaergasse 10	3.920.000.-
" "	Prag-XIX, Yorkstr. 14	2.300.000.-
" "	Prag VIII, Drahobejlstr. 49	52.000.-
Bondy-Tyrrasch	Prag II, Bredauergasse 19	2.855.000.-
Brod, Arthur u. Flora	Prag I, Fischmarkt 9	4.189.000.-
Bunzel, Arnold	Prag II, Neuwaagspl. 7	3.595.000.-
Dub, Friedrich	Prag-XIX, Dewitzerstr. 27	2.377.000.-
" "	Prag-XIX, Fichtestr. 6	2.785.000.-
Ederer, Fr. u. Irma	Prag III, Wenzelspl. 61	3.709.224.-
Eisler, Norb. u. Marta	Prag XII, Ritschanerstr. 1	2.200.000.-
Ellbogen, Marie	Prag-XIX, Gen. Röttigstr. 1	2.700.000.-
Feierabend, Lad.	Prag-XVIII, Henkestr. 11	880.000.-

Übertrag: 71.802.094.-

./.

	Übertrag:	71.802.094.-
Fuchs-Robetin	Prag-XIX, Jan v.Werthstr.10	1.975.000.-
Gerstel, Fr.u.Emil	Prag-IX	3.950.000.-
Gerstel, Emil	Prag II, Neuwaagsgasse 4	4.450.000.-
Gibian, Richard	Prag-XIX, Konr.v.Hötzendorfstr. 20	1.555.000.-
Graf, Adele,	Prag-XIX, Yorckstr. 23	1.150.000.-
Gutmann, Wilh., Franz	Prag XII, Italienischestr. 37	4.070.000.-
Hammerschlag, Arthur	Prag-XIX, Bubentscher Str. 15	800.000.-
Fr.u.E.Hermann	Prag II, Heinrichsgasse 34	5.900.000.-
Hlavka-Kolleg	Prag II, Jensteingasse 1	3.875.000.-
Hock, Alf.u.Josef	Prag II, Bauparzellen	75.600.-
Hock, Richard	Prag III, Traubengasse 5	1.400.000.-
Hüttner, Hans u.Felix	Maria, Theresiapl. 16	1.600.000.-
Jeric, Richard	Prag XIX, Laudonstr. 4	1.500.000.-
Justitz, Fr.u.El.	Prag X, Hohenmauthergasse 14	1.020.000.-
Kahler, Felix	Prag XIX, Unter d.Kastanien 18	880.000.-
Kenturek, Stanisl.	Prag-XVIII, Schwarzkosteletzerstr.	910.000.-
Klein, Franz	Prag-XIX, Brömsestr. 14	645.000.-
Klatscher, Ernst	Prag-XVI, Passauerstr. 37	1.114.000.-
Klein, V. u.Co.	Prag-XVI, Ackerparzellen	233.800.-
Haus Akad.Kollegg	Prag-XIX, Friedrichstr. 6	5.315.000.-
Körner, Marianne	Prag-XIX, Turkovska 1	950.000.-
Körbel, Prag-X, Olmützerstr. 10		367.500.-
Kussy,	Prag-XIX, Na Marne	1.060.000.-
Löwidt, Erw. u.Jos.	Prag-XII, Münchnerstr. 37	2.342.619.-
	Übertrag:	118.940.613.-

		118.940.613.-
Münz, Irma	Prag-XIX, Bubentscherstr.43	1.400.000.-
Neumann, Gertrude	Prag-XIX, Schillstr. 13	703.000.-
Penger, Hans	Prag-XII, Dykgasse 12	821.000.-
Perutz, Richard	Prag-XIX, Aspernplatz 5	1.000.000.-
Pick, Arthur, Val., Hermine	Prag-XVI, Wischehradgasse	5.757.000.-
Pick, Emil, Marta	Prag-XVI, Mozartgasse	575.000.-
Pick, Emil u.Rosa	Prag-XVI	369.000.-
Popper, Georg	Prag-XIX, Krönungsgasse 34	4.530.000.-
Popper, Karoline	Prag II, Wenzelspl. 18	6.410.000.-
Popper, Rudolf	Prag-XIX, Yorckstr. 6	585.000.-
Pollert, Anna	Prag XII, Pstroszgasse 7	5.550.000.-
Reiser, Elisabeth	Prag-XIX, Marakgasse 3	660.000.-
Fuchs-Roubetin	Prag-XIX, Grundstr. 4	1.545.000.-
Rosenbaum, Ullrich	Prag-XV, Lopatecka 13	1.536.000.-
Rosenbaum, Walter	Prag-VII, Messegasse 4	950.000.-
Rudinger, Karl, Otto, Camillo	Prag-II, Bauparzellen, Klemensgasse	1.714.000.-
Ryznar, Valerie	Prag-XVI, Körbern	1.400.000.-
Schiller M.	Prag I, Seilergasse 1	3.155.000.-
Schiller W. u.Marie	Prag II, Dreifaltigkeitstg. 2	3.135.000.-
Schiller M.	Prag I, Graben 1	3.571.000.-
Schiller, Viktor	Prag II, Smetschkagasse 9	1.840.000.-
Perutz, Leo, Arthur	Prag II, Florenzgasse 31	1.545.000.-

Übertrag: 163.161.613.-

./.

170

	Übertrag:	163.161.613.-
Svehla, Kolleg	Prag-XI, Gregrgasse 21	9.174.000.-
Steiner, Eugen	Prag-XVIII, Henkestr. 23	1.040.000.-
Stransky, Wilh. u. Klara Löw	Prag II, Hopfenstockgasse 16	1.760.000.-
Taussig, Julie	Prag-XIX, Schulgasse	710.000.-
Teltsch, Ernst	Prag-XVIII, Schillstr. 1	790.000.-
Traub, Edmund	Prag-XVIII, Vor d. Fest 17	1.460.000.-
Verein Jugosl. Studentenkolleg	Prag-XIX, Alexanderkolleg	9.258.000.-
Weiss, Rudolf	Prag I, Eisengasse 3	2.321.000.-
Winter, Olga	Prag-XIX, Konr. v. Hötzendorf- str. 19	985.000.-
Wellemin, Franz	Prag-X, Ufergasse 1	1.945.000.-
Dolecek, Kamilla	Prag-VII, verschiedene Parzellen	15.700.000.-
Gutmann, Wilhelm	Prag-XII, E.Z. 814	453.000.-
Glaser, Alfred	Prag II, Heuwaagspl. 20	1.440.000.-
Herrenhäuser, Dr. Prof.	Prag-XIII, E.Z. 327	105.300.-
Salz, Alice	Prag I, Königshoferstr. 14	3.650.000.-

12108




---

213.952.913.-

---

171

Auswärtige Grundstücke, die von der BUB verwaltet  
werden.

---

Brünn:

Eduard Outrata		40.000.-
Helene Roth	Hyp. 284.155.60	1.130.000.-
Paula Scherbak-Ulman		1.000.000.-
Georg Weinberger	" 500.000.-	900.000.-

Mähr.Ostrau:

Richard Bondy	" 250.000.-	320.000.-
Dr. Paul Körbl		320.000.-
Jakob Weiser		440.000.-

Olmütz:

Zdenek Fierlinger	" 40.000.-	100.000.-
-------------------	------------	-----------

Beraun:

K.u.E. Fischl		14.500.-
---------------	--	----------

Chrudim:

Okkultistischer Verein "Bildungsverein Jednota Komensky"		60.000.-
--	--	----------

Eisendorf:

Karl u. Eliska Fischl		4.000.-
-----------------------	--	---------

Gaya:

Herta Rosenberg		100.000.-
-----------------	--	-----------

Göding:

Wilhelm Weinberger		42.000.-
--------------------	--	----------

---

4.470.500.-

./.

172

Übertrag: 4.470.500.-

<u>Kaunitz:</u>		
Bernhard u. Lina Huppert		41.000.-
<u>Klattau:</u>		
Walter Klauber		100.000.-
<u>Märzdorf b/Starkenbach:</u>		
Dr. Franz Bachtik		50.000.-
<u>Moderschan b/Prag:</u>		
Rosa Drechsler		50.000.-
<u>Münchengrätz:</u>		
Josef und Olga Langer		100.000.-
<u>Nachod:</u>		
Paul und Ella Pick		695.000.-
Friedrich Schur	Hyp. 56.704.-	140.000.-
<u>Ober-Potschermitz:</u>		
Dr. Alfred Braun		24.000.-
<u>Pisek:</u>		
Dr. Louis u. Hedwig Castan	" 48.854.-	100.000.-
<u>Prosetsch:</u>		
Rud. u. Dr. Fleischmann	" 59.000.-	100.000.-
<u>Pschelautsch:</u>		
Friedrich Fuchs		10.000.-
<u>Reichenau a.Kn.:</u>		
Franz u. Jarmila Frys	" 30.000.-	57.500.-
<u>Strakonitz:</u>		
Wilma Löwenbach		120.000.-
<u>Tabor:</u>		
Samuel u. Agnes Bohrer		700.000.-
<u>Schimitz b:Brünn:</u>		
Dr. Alois u. Henriette Palecek		18.000.-

50408



18.000.-  
 6.776.000.-  
 ./.

113

abzüglich Hypotheken

Übertrag: 6.776.000.-

1.268.713.60

K 5.507.286.40

18102



174

P i l s n e r G r u n d s t ü c k e .

Abeles Josef	K	440.000.-
Adler, Hans und Franz	"	212.500.-
" " "	"	113.500.-
Adler, Heinrich, Selma, Max	"	500.000.-
Anninger, Martha	"	28.300.-
Bandler, Paul, Marie	"	172.500.-
Bandler, Marie	"	130.000.-
Beer, Paula, Lilli	"	315.000.-
Beer, Paula, Lilli	"	90.000.-
Berger, Emil	"	90.000.-
Bloch, Amalie	"	125.000.-
Bloch, Amalie	"	100.000.-
Bloch, Amalie	"	11.000.-
Bors-Rudinger, Olga	"	562.500.-
Deutsch, Lieselotte	"	180.000.-
Ehrlich, Ella	"	67.000.-
Eckstein, Johann, Robert	"	5.350.- 5.350.-
Eger, Anna	"	48.500.-
Einhorn, Gertrude	"	160.000.-
Ing. Leo Eisner	"	208.650.-
Eisner, Leopold Ing.	"	13.200.-
" " "	"	345.000.-
Feierabend, Ladislav Dr.	"	96.600.-
Fischl, Karl, Else	"	235.000.-
Freund, Else, Bernhard, Georg, Friederike, Helene, Olga, Wilhelmine	"	122.220.-
Friedländer, Else	"	18.800.-

80108



Geschmay, Sophie	K	11.880.-
Freund, Walter	"	63.750.-
Gellert & Co	"	50.000.-
Gellert & Co	"	120.000.-
Gellert & Co	"	800.000.-
Grünzweig, Marie	"	41.000.-
Gutwillig, Friedrich	"	6.000.-
Gutwillig, Walter	"	6.000.-
Gutwillig, Hugo	"	240.000.-
Halphen, Dr. Franz	"	38.000.-
Hecht, Grete	"	6.530.-
Hecht, Grete	"	485.000.-
Hecht, Grete	"	10.830.-
Hecht, Grete	"	8.330.-
Hecht, Grete	"	3.880.-
Hecht, Grete	"	4.580.-
Heller, Fr. u. Gertrude	"	205.000.-
Hirsch, Wilhelm u. Marta	"	260.000.-
Hofmann, Franz, Siegmund und Franz Wahle, Dr. Therese geb. Hofmann	"	200.000.-
Hofmann, Siegmund und Franziska, Hofmann, Franz, Wahle Dr. Therese geb. Hofmann	"	1.200.000.-
Hofmann, Siegmund und Franziska, Hofmann, Käthe u. Hofmann, Anton	"	2.000.000.-
Hofmann, Siegmund, Hofmann, Franz, Wahle, Dr. Therese und Hofmann, Anton	"	97.000.- 48.500.-
Hofmann, Franziska, Weisl, Arthur	"	790.000.-
Kurt Hohenberg	"	293.750.-
" "	"	125.000.-

50108



Hohenberg, Kurt	K	31.870.-
Israelitischer Freitischverein	"	430.000.-
" " "	"	1.000.-
Kohn, Rudolf	"	530.400.-
Kohn, Siegfried, Kohn, Marta, Gelb, Rosa	"	499.980.-
König, Rosa	"	20.940.-
König, Rosa	"	93.940.-
König, Rosa	"	17.250.-
Kraus, Trude	"	450.000.-
Kraus, Ing. Wilhelm	"	470.000.-
Kussi, Rudolf u. Mathilde	"	560.000.-
Kussi, Rudolf	"	1.350.000.-
Kussi, Rudolf	"	32.540.-
Kussi, Rudolf	"	70.000.-
Langer, Olga	"	45.330.-
Lederer, Paul	"	135.000.-
Lengsfeld, Grete	"	80.000.-
Lengsfeld, Grete	"	245.000.-
Lewit, Karl	"	53.000.-
Levit, Leopold u. Zdenka	"	500.000.-
" " " "	"	240.000.-
Lewi, Marie	"	7.500.-
Lewi, Marie	"	17.250.-
Lewi, Marie	"	93.750.-
Lüftschütz, Paul	"	36.670.-
Lüftschütz, Paul	"	25.000.-
Lüftschütz, Paul	"	46.875.-

10108



177

Mayer, Erna	X	325.000.-
Mayer, Erna	"	90.000.-
Pfeffer, Marianne	"	28.300.-
Pollak, Elisabeth	"	900.000.-
Popper, Klementine	"	11.875.-
Popper, Dr. Otto	"	16.540.-
Putmans, Margarete	"	25.185.-
Raumann, Hugo, Emil, Bruno, Moritz	"	64.000.-
Raumann, Bruno, Emil, Hugo, Moritz	"	6.400.-
Reiner, Paul	"	158.330.-
Riedl, Dr. Friedrich	"	153.350.-
Riedl, Dr. Fritz	"	1.085.-
Riethof, Marie geb. Deutsch	"	180.000.-
Roth, Klementine	"	862.500.-
Rudinger, Sophie	"	125.000.-
Sachs, Hedwig	"	48.500.-
Salz, Martha	"	280.000.-
Salz, Friedrich	"	350.000.-
Ing. Semler, Hugo	"	550.000.-
Semler, Kornelia	"	16.000.-
" "	"	1.660.-
Spiro, Nina	"	48.500.-
Schönmann, Klara	"	315.000.-
" "	"	24.250.-
Schreiber, Anna	"	18.880.-
Schulhof, Anna	"	80.000.-
Steiner, Alfred	"	650.000.-
Stein, Ing. Egon	"	7.500.-

80100



./.

Taussig, Paul	K	163.750.-
Taussig, Theodor	"	8.010.-
Taussig, Theodor	"	31.230.-
" "	"	10.000.-
" "	"	200.000.-
" "	"	110.000.-
" "	"	35.000.-
Loge "Union"	"	340.000.-
Vogl, Jos. u. Stefanie	"	97.000.-
" " "	"	80.000.-
Vogl, Josef u. Stefanie	"	7.500.-
Weil, Grete	"	18.800.-
Weil, Mitzi	"	17.000.-
Weiner, Adolf	"	175.875.-

Endsumme: K 26.264.995.-  
~~////~~=====

80108



Pilsner Brauënge.

Martha Anninger	K	250.000.-
Otto Augstein	"	750.000.-
Lilli Beer	"	900.000.-
Emil Berger	"	550.000.-
Amalie Bloch-Spitz	"	620.000.-
Olga Bors-Rudinger	"	800.000.-
Lieselotte Deutsch	"	600.000.-
Marie Deutsch	"	600.000.-
Johann Eckstein	"	55.000.-
Robert Eckstein	"	55.000.-
Anna Eger	"	300.000.-
Leo Eisner	"	3.000.000.-
Lilli Fischl	"	750.000.-
Else Freund	"	100.000.-
Georg Bernhard Freund	"	330.000.-
Wilhelm Freund	"	430.000.-
Else Friedländer	"	600.000.-
Marie Livia Grünzweig	"	330.000.-
Friedrich Gutwillig	"	180.000.-
Hugo Gutwillig	"	400.000.-
Walter Gutwillig	"	180.000.-
Franz Halphen	"	1.500.000.-
Anton Hofmann	"	300.000.-
Siegmond Hofmann	"	1.800.000.-
Rudolf Hofmann's Erben	"	300.000.-
Kurt und Alice Hohenberg	"	600.000.-

80128



Rosa König	K	510.000.-
Charlotte Cohn	"	30.000.-
Karl Levit	"	500.000.-
Zdenka Levit	"	3.000.000.-
Marie Lewy	"	820.000.-
Paul und Alice Lüftschütz	"	370.000.-
Erna Mayer	"	900.000.-
Marianne Pfeffer	"	250.000.-
Klementine Popper	"	370.000.-
Margarete Putmans	"	210.000.-
Bruno Raumann	"	680.000.-
Emil Raumann	"	680.000.-
Hugo Raumann	"	680.000.-
Moritz Raumann	"	680.000.-
Paul Reiner	"	250.000.-
Friedrich Riedl	"	30.000.-
Flora Roth	"	360.000.-
Paul Roth	"	360.000.-
Sophie Rudinger	"	200.000.-
Hedwig Sach's Erben	"	300.000.-
Kornelia Semmler	"	680.000.-
Nina Spiro	"	300.000.-
Clara Schönmann	"	900.000.-
Anna Schreiber	"	160.000.-
Egon Stein	"	70.000.-
Theodor Taussig	"	140.000.-
Grete Weil	"	160.000.-
Arthur Weisel	"	1.500.000.-

176108



Marie Wolf	K	300.000.-
Martha Salz	"	3.000.000.-
Therese Wahle	"	3.000.000.-
Paul Stein	"	65.000.-
Johann Selldorf	"	220.000.-
Hermann Pentlarz	"	160.000.-
Gertrud Leng	"	300.000.-
Friedrich Stein	"	300.000.-
Otto Eckstein	"	200.000.-
Friedrich Eckstein	"	100.000.-
Emilie Friedler	"	430.000.-
Trude Gutwillig	"	200.000.-
Paul Geschmay	"	30.000.-
Rudolf Reiner	"	250.000.-
Emilie Tanzer	"	30.000.-
Eduard Tanzer	"	60.000.-
Otto Klein	"	30.000.-
Rudolf Kussi	"	300.000.-
Grete Hecht	"	330.000.-
Karl Sabat	"	60.000.-
Mins.Präs. Beran	"	1.500.000.-

02108



---

Sa. K 42.235.000.-

---

---

Auswärts gelegene Grundstücke.

Angert, Hedwig	Königssaal	K	451.858.-
Arndt, Georg	Jinetz-Tschenkau	"	150.000.-
Benes, Ed. u. Hanna	Alt-Tabor	"	1.272.560.-
Berka, Ernst	Königssaal	"	210.000.-
Budoucnost	Ratais	"	800.000.-
Buxbaum, Willy	Eipel	"	823.348.-
Buxbaum, Eugen	"	"	1.859.679.-
" "	"	"	116.312.-
Estein, Georg	Tschebotau	"	1.585.000.-
Fierlinger, Zdenek	Sezimovo Usti	"	375.780.-
Fischl, Karl	Eisendorf	"	9.745.-
Fürth, Dr. Ernst	Schüttenhofen	"	496.640.-
Gellert, Rudolf	Budweis	"	520.800.-
Goldberger, Anna	Budweis	"	114.800.-
Goldschmidt, Hans	Nachod	"	250.000.-
Hahn, Ludwig	Budweis	"	460.000.-
Hirsch, Walter, Egon	Sbetschnik	"	1.229.875.-
Hirsch, Walter, Egon	Hronov	"	135.000.-
" " " "	"	"	90.000.-
Klein, Dr.Karl u.Anna	Budweis	"	163.800.-
Kornfeld, Felix	Golc-Jenikau	"	90.000.-
			<hr/>
			K 11.215.197.-

80108



Übertrag:

Kraus, Olga,

Strahl, Hoschtitz

7

180.000.-

8

350.000.-

2.980.000.-

---

27.946.755.-

./.

Übertrag: K 27.946.755.-

Johann Pick	Gr.Poric	370.000.-
" "	Hronov	420.000.-
Pick, Johann, Rosa, Marie, Schönberger, Irma	Hronov	140.000.-
Sommenschein, Paul	Rostok	449.610.-
Spitz, Karl, Siegfried	Klanowitz	800.000.-
Svoboda, Josef, Marie	Strodenitz	70.000.-
Schillinger Dr.Sam.	Klanowitz	200.000.-
Schlesinger, Johann	Boskowitz E.Z. 229,94,96 86, 247, 253, 256	22.500.-
Schwarz, Erich Joh.	Neuhaus	268.000.-
Stern, Anna, minderj.Stern, Joh.	Senftenberg	145.000.-
Stift, Hohenfurth	Budweis	363.400.-
" "	"	738.700.-
Stransky, Friedrich	Hronov	315.000.-
" "	Nachod	630.000.-
Strimpl, Georg u.Eva	Aät-Tabor	282.000.-
Weigener, G.u.Marie	Lubna-Pilsen	2.000.-
dto.	Neu-Benatek	12.000.-
Weisskopf Anna	Chotzen	139.000.-
Wessely, Hugo	Auspitz	118.400.-
Wilhelm, Dr. Paul	Wischlowka	16.000.-

22108



33.448.365.-

./.

Übertrag: 33.448.365.-

Behal, Karl	Hradischko	7.144.-
Lilly, Anna, Ignatz S o r	Budweis	630.000.-
Israelitischer Frei- tischverein	Pilsen	430.000.-
dto.	"	700.-
Körbel, Emilie	Wotitz	9.500.-
Krauskopf, Leo	Klattau	52.000.-
Klauber, Walter	Klattau	359.195.-
Klein, Dr. Otto	Beneschau	416.707.-
Kratochvil	Svietla	30.234.-
Kussi, Else	Klattau	27.700.-
Meissner, Vera	Beneschau	50.265.-
Opocensky, Dr. Joh.	Prag-XIX	110.000.-
Paudler, Fritz	Königssaal	164.800.-
Sachs, Karl	Prag	220.000.-
Saxl, Steffi	Klanowitz	560.105.-
Singer, Leo u. Otto	Klattau	115.610.-
Sigmund, Ing.	Wodnian	26.688.-
Sochor, Else	Königinhof	195.000.-
Köser, Josef	Rewnitz	600.000.-
" "	Slapy	375.000.-
Sternschein, Marie	Budweis	195.000.-
Neuhütte b/Beraun	Bau- u. Wohnungsgenossen- schaft d. Ges. Klubs	400.000.-



K  
 K 39.077.153.-  
 =====

IV.

Beschlagnahmte Barbeträge und Erlöse beweglicher Sachen.

---

Böhmische Escompte-Bank "Bredau"	K	1.512.600.-
Kreditanstalt der Deutschen "Sonderkonto"	"	4.076.023.-
Böhmische Escompte-Bank "Treuhand"	"	48.810.-
Bank der Deutschen Arbeit "Mobilien"	"	3.907.115.-
Böhmische Escompte-Bank "Sonderkonto"	"	18.913.-
Vermögensamt	"	31.500.000.-
Oberkasse:		
12.5.1942	K	1.513.482.-
30.7.1942	"	<u>231.131.-</u>
	K	<u><u>42.808.074.-</u></u>

12108



187

V. Sondervermögen.

1.) Vermögen der Fa. Petschek & Co und der Familie Petschek.

a) Bar	K	37.118.50
b) Einlagen bei Banken	"	26.018.222.60
c) Wertpapiere	"	158.021.550.25
d) Forderungen	"	28.577.110.80
e) Büro-Einrichtung	"	200.000.-
f) Grundstücke	"	124.582.592.-

-----  
K 337.436.594.15

abzgl. Passiven

" 970.422.30

-----  
K 336.458.171.85  
-----

08/08



./.

Übertrag: K 336.458.171.85

2.) S o k o l:

a) Bareinlagen	"	16.514.915.80
b) Wertpapiere	"	8.413.072.-
c) Bewegliches Vermögen	"	104.387.302.52
d) Forderungen	"	4.323.825.28
e) Betriebe	"	195.866.240.-
f) Grundstücke	"	453.000.000.-

---

K 1,,118.963.527.45

abzgl. Passiven

167.996.601.55

---

K 950.966.925.90

3.) Nationale Schützengarde:

" 9.170.000.-

---

K 960.136.925.90

4.) Tschechisches Rotes Kreuz:

K 155.140.000.-

./ Passiven " 40.000.000.-

" 115.140.000.-

---

---

K 1,,075.276.925.90



Liegenschaften Petschek und Gellert.

Petschek	Prag II, C.M.v.Weber Str. 13	K	3.200.000.-
"	Prag II, Beethovenstr. 20	"	3.290.000.-
"	Prag II, Bredauergasse 18	"	45.000.000.-
"	Prag II, C.M.v.Weber Str. 7	"	4.900.000.-
"	Dewitz, Welwarnerstr., Garten	"	2.920.000.-
"	Bubentsch, Dr.Winter Str. 10	"	2.710.000.-
"	Bubentsch, Bauparzelle 51 Bubentsch, Grundparzelle 21	"	576.000.-
"	Bubentsch, Jan v.Werth Str. 4	"	1.900.000.-
"	Bubentsch, E.Z. 554, Bauparzelle	"	868.000.-
"	Bubentsch, Kastanienallee 24	"	2.560.000.-
Gellert	Bubentsch, E.Z. 44, V sadech	"	8.090.000.-
"	Bubentsch, Grundparzelle 24	"	207.000.-
"	Bubentsch, Jan v.Werth Str. 9	"	1.370.000.-
Petschek	Dewitz, Bauparzelle 804/3	"	45.000.-
"	Dewitz, Zeltnergarten, Bauparzellen 78/2, 63/2, 84	"	1.540.000.-
"	Dewitz, Bauparzellen 227, 228/1, 130/" 1	"	24.000.-
"	Parzellen in Dewitz, E.Z. 1585	"	163.000.-
"	Parzellen Dewitz E.Z. 549, 563, 552, 548	"	234.0000.-
Gellert	Dewitz E.Z. 1603	"	335.000.-
"	E.Z. 12	"	6.300.000.-
			<hr/>
			" 86.232.000.-

81128



	Übertrag:	86.232.000.-
Gellert	Dewitz, E.Z. 1440, Parzellen 772, 773, 774, 897	2.550.000.-
"	Dewitz, E.Z. 1604, Parzellen 712/44 - 47	1.054.000.-
Petschek	Nebuschitz E.Z. 388, 332, 427, 404, 405	122.820.-
"	Lysolaje E.Z. 41, 182, 161, 185, 191	539.000.-
"	Bubentsch E.Z. 71, Gen.Röttig Str.20	1.255.000.-
"	Bubentsch, Kastanienallee 56	13.550.000.-
"	Bubentsch, E.Z. 132, Gen.Röttig- Str. 11	700.000.-
"	Bubentsch, Dr. Winter Str. 3	446.000.-
"	Bubentsch, Parzellen 201/32 Garten	12.000.-
"	Bubentsch, Parzelle 882, Park 81/2	980.000.-
"	Bubentsch, E.Z. 379	14.000.000.-
"	Bubentsch, E.Z. 1010	265.000.-
"	Bubentsch, E.Z. 1101	2.400.000.-
"	Bubentsch, E.Z. 1136 und 1142	476.772.-



=====  
K 124.582.592.-  
=====

11108

Liste der Aktiengesellschaften mit starker Beteiligung  
von jüdischem bzw. sonstigem reichsfeindlichem Kapital.

Name der AG.:	Aktienkapi- tal in Mill.:	Insgesamt aus- gegebene Aktien:	Anzahl d.beschl. bzw.eingez.Akt.:	Prozent- satz:
Böhm.Zucker	55 M.K.	110.000 St.	4.736 St.	4 %
Berg u.Hütten	375 " "	250.000 "	9.989 "	4 %
Böhm.Handelsges.	45 " "	112.500 "	6.972 "	6 %
Cosmanos Textil	24 " "	120.000 "	36.720 "	34 %
Carborundum	35 " "	13.710 "	13.710 "	8 %
Elbe-Kostelet- zer Zucker- Raffinerei	75 " "	125.000 "	10.107 "	8 %
ber	265 " "	1.325.000 "	14.285 "	1 %
Prizik	40 " "	100.000 "	4.848 "	5 %
W. Buch- druckerei	2 " "	2.000 "	1.000 "	50 %
Wendeker Pa- pierindustrie	5 " "	12.500 "	6.275 "	51 %
Goldhütte	200 " "	200.000 "	7.183 "	3,5 %
J. Heimer, Pa- piergroßhand- lung	10 " "	10.000 "	5.145 "	51 %
Grindler & Stein	13,6 "	34.000 "	5.113 "	15 %
Schiller & Co	90 " "	90.000 "	5.441 "	6 %
Skodawerke	220 " "	687.500 "	10.283 "	1 1/2 %
Tresoria- Kassenfabrik	1,5 "	7.500 "	2.074 "	27 %
Verein für chem. u.metall. Prod.	237 " "	395.000 "	22.928 "	6 %
Westböhm.Kohlen	125 " "	250.000 "	12.600 "	5 %



11708